

Nachträge

ZUR NEUEREN
VORARLBERGER
LANDESGESCHICHTE
MEINRAD PICHLER (HRSG.)



fink's verlag

BEITRÄGE ZU GESCHICHTE
UND GESELLSCHAFT
VORARLBERGS

Meinrad Pichler (Hrsg.)
Nachträge zur neueren
Vorarlberger Landesgeschichte

HERAUSGEGEBEN IN ZUSAMMENARBEIT MIT DER JOHANN-AUGUST-MALIN-GESELLSCHAFT

Überlegungen und Material zu einigen Themen der neueren Landesgeschichte einzubringen, die noch keineswegs als gesicherte Posten in einer historischen Bilanz der Entwicklung Vorarlbergs abgebucht werden können, ist das Anliegen dieses Sammelbandes. Entsprach Vorarlberg in jenem Dreivierteljahrhundert von ca. 1870 bis 1945, das unserer aktuellen Geschichte voranging, wirklich dem Muster eines Landes, wie es im gängigen Geschichtsbild propagiert wird - besonnen, demokratisch, eigenständig, stets den Weg der goldenen Mitte haltend?

Die Beiträge des vorliegenden Bandes widersprechen einem solchen Befund. Die geistigen Zeitströmungen und die gesellschaftlichen Grundkonflikte haben auch in Vorarlberg gewirkt: Der Kampf der Konservativen gegen den Liberalismus, der christliche Antisemitismus, die militärische Aufrüstung der Vorarlberger Konservativen in der Ersten Republik, die sozialistische Arbeiterbewegung der Zwischenkriegszeit, die frühe Liaison von Vorarlberger Industriellen und Nazis, die nationalsozialistische Herrschaft im Land und das gequälte Verhältnis der Vorarlberger Geschichtsschreibung zu diesem Zeitabschnitt - alles Themen dieses Bandes - sind dafür ein Beleg.

Nachträge

ZUR NEUEREN VORARLBERGER
LANDESGESCHICHTE

MEINRAD PICHLER (HRSG.)



fink's verlag

BEITRÄGE ZU GESCHICHTE
UND GESELLSCHAFT
VORARLBERGS

© dieser Ausgabe fink's verlag, Bregenz 1983

2. Auflage (1. Auflage 1982)

Alle Rechte vorbehalten

Umschlaggestaltung: Luger-Grafik, Dornbirn

Lektorat und Produktion: Kurt Greussing, Dornbirn

Satz: Textverarbeitung Karin Vogelsang, Berlin

Druck und Bindung: J. N. Teutsch, Bregenz

Printed in Austria

ISBN 3-900438-00-5

Inhalt

VORWORT	7
Leo Haffner	10
DIE AUFKLÄRUNG UND DIE KONSERVATIVEN EIN BEITRAG ZUR GESCHICHTE DER KATHOLISCH-KONSERVATIVEN PARTEI IN VORARLBERG	
Norbert Peter	32
CHRISTLICHER ANTISEMITISMUS AM BEISPIEL DER HOHENEMSER JUDENGEMEINDE	
Werner Dreier	51
GEGEN SOZIALISTEN UND NAZIS DER VORARLBERGER HEIMATDIENST ALS VERTRETER BÜRGERLICH-KONSERVATIVER INTERESSEN	
Ludger Rape	74
DIE VORARLBERGER HEIMWEHR UND DIE BAYERISCHE RECHTE 1920-1923	
Harald Walser	96
DIE HINTERMÄNNER VORARLBERGER INDUSTRIELLE UND DIE NSDAP 1933-1934	
Kurt Greussing	107
GRENZSTATIONEN - UMBRUCH UND DIKTATUR DIE VORARLBERGER SOZIALDEMOKRATIE 1918/19 UND 1934-1938	
Hermann Brändle	143
IM EINKLANG DER FEBRUAR 1934 IM SPIEGEL DER VORARLBERGER PRESSE	
Gernot Egger	156
VORARLBERG UND DIE REPUBLIK IN SPANIEN 1936-1939	
Meinrad Pichler	191
EINE UNBESCHREIBLICHE VERGANGENHEIT DIE VORARLBERGER GESCHICHTSSCHREIBUNG UND DER NATIONALSOZIALISMUS	
NACHWEISE	207
NAMENSREGISTER	208

SIGLENVERZEICHNIS

- AZ - Arbeiter-Zeitung
- DÖW - Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes
- VL - Vorarlberger Landeszeitung
- VLA - Vorarlberger Landesarchiv
- VN - Vorarlberger Nachrichten
- VT - Vorarlberger Tagblatt
- VV - Vorarlberger Volksblatt
- VW - Vorarlberger Wacht

Vorwort

Endgültige Bilanzen über historische Ereignisse sollten, wenn überhaupt, nicht zu früh und vor allem unter Berücksichtigung möglichst aller Posten gezogen werden. Der vorliegende Band versucht, einige Nachträge zur Vorarlberger Landesgeschichte zwischen ca. 1870 und 1945 einzubringen, bevor eine abschließende Verbuchung dieses geschichtlichen Abschnittes stattfindet. Darüber hinaus könnten die Beiträge dieses Bandes in ihrer thematischen und methodischen Unterschiedlichkeit auch den Blick auf die noch zahlreichen Lücken der Forschung zur Vorarlberger Zeitgeschichte öffnen. Bei der Zusammenstellung der einzelnen Beiträge ging es darum, Liegengelassenes aufzugreifen. Damit soll der Band zum ersten die historische Diskussion über oft allzu glatte Straßen hinaus auf neue Wege, die bisweilen krumm und voller Schlaglöcher sein mögen, vorantreiben und damit eine erweiterte Auseinandersetzung provozieren. Auch Sackgassen muß man dabei in Kauf nehmen.

Wenn wir mit Karl Heinz Burmeister annehmen, "daß das historische Verhältnis der christlichen Mehrheit zu der andersgläubigen Minderheit der Juden" als ein "Gradmesser für den kulturellen Fortschritt eines Landes" anzusehen sei, und diese Annahme auch auf andere Minderheiten ausdehnen, so könnten einige Beiträge dieses Bandes - und das wäre die zweite Absicht - Einblicke in die politische Kultur dieses Landes in der jüngsten Vergangenheit ermöglichen.

Leo Haffner, ein ausgewiesener Kenner der Landesgeschichte besonders des 19. Jahrhunderts, umreißt in seinem Beitrag die Herausbildung und schließlich den Zustand des im 20. Jahrhundert dominierenden politischen und kulturellen Bewußtseins. Im anschließenden Aufsatz von Norbert Peter wird ein Aspekt dieser politischen Kultur in der Praxis, nämlich im Verhalten gegenüber dem jüdischen Außenseiter, überprüft. Auch im Beitrag von Kurt Greussing geht es sozusagen um Eindringlinge, politische allerdings, in die "geschlossene Vorarlberger Gesellschaft". Die thematisch zusammenhängenden Aufsätze von Ludger Rape und Werner Dreier beschreiben die militanten bürgerlichen Formationen - Volksmiliz und Heimwehr - zur Abwehr dieses neuen politischen Gegners, der Sozialdemokratie. Daß die Heimwehr entgegen ihrer Grün-

dungsabsicht schließlich aber einen Feind zu bekämpfen hatte, der zum Teil aus den eigenen Reihen stammte, wird besonders in Dreiers Arbeit deutlich. Dies war um so schwieriger, als es mit dem nationalsozialistischen Gegner ideologische Berührungspunkte gab und dieser auf honorige und wirtschaftlich potente Hintermänner im Lande zählen konnte. Letzteres dokumentiert der Aufsatz von Harald Walser. Daß neben der Abwehr des Nationalsozialismus der Kampf gegen den Sozialismus nach 1934 zu den wesentlichsten Tätigkeiten der Vorarlberger Sicherheitsbehörden gehörte, veranschaulichen die Arbeiten von Kurt Greussing und Gernot Egger. Den Zweifrontenkampf der christlichsozialen Machthaber illustriert schließlich auch die Untersuchung von Hermann Brändle, welche die ständestaatliche Gleichschaltung der Vorarlberger Presse zum Inhalt hat.

Mit welcher nachhaltigen Folgen - auch für die Geschichtsschreibung - diese Politik schließlich scheiterte, wird im letzten Beitrag angeschnitten. Die demokratischen Verhältnisse sind wohl nach 1945 wieder hergestellt worden, doch eine bewußte Verarbeitung dessen, was die beiden Faschismen als "Lösung" der politischen und sozialen Probleme anzubieten hatten, hat bisher kaum stattgefunden. Welche Traditionen aus der Ersten Republik und den beiden Faschismen Vorarlberg in der Nachkriegszeit geformt haben, werden spätere Untersuchungen feststellen müssen. Daß aber doch einige Bestandteile der damaligen Denk- und Machtstrukturen nachwirken, dürfte allenthalben spürbar sein.

Damit ist bereits eine dritte Absicht, die dieser Aufsatzsammlung zugrunde liegt, angesprochen: nämlich der Bezug der historischen Forschung zur gegenwärtigen Situation. Die Beiträge des Bandes behandeln häufig Themen, um die die Landesgeschichtsschreibung bisher einen Bogen gemacht hat - sei es aus Befangenheit oder aus dem Sicherheitsbedürfnis heraus, bestimmte Bestände der neueren Geschichte vorerst ablagern zu lassen und wohlbehütet zu archivieren. Dieses Bedürfnis scheint besonders dann wirksam zu werden, wenn Ereignisse nicht in das Bild einer Gesellschaft passen, deren innere Harmonie und sichtbare Leistung im gängigen Geschichtsbild durchwegs beschworen werden. Die hier abgedruckten Beiträge verstehen sich demgegenüber auch als Selbstkritik an liebgewonnenen Positionen, die durch ihre eindringliche Verbreitung noch keineswegs historische Wahrheit zu sein brauchen. Es sind Nadelstiche gegen eine öffentlich zur Schau getragene Selbstzufriedenheit, die nur zu oft auch noch von der Geschichtsschreibung bestätigt wurde: ist es doch eine Binsenweisheit, daß die lokale und regionale Geschichtsschreibung fast allorts zur Beschönigung der eigenen Verhältnisse tendiert und damit unangenehme Erscheinungen verdrängt oder die Verantwortung dafür den politischen und kulturellen Metropolen zuschiebt. Inwiefern die landeseigene Politik und das Bewußtsein der einheimischen Bevölkerung für bestimmte Zustände verantwortlich waren

und inwiefern die hiesige Verwaltung höhererorts getroffene Entscheidungen nur exekutierte, auch davon ist in den einzelnen Beiträgen die Rede. Dies geschieht notwendigerweise schon deshalb, weil niemandem fremde Schuld zugeschlagen werden soll, andererseits aber gerade in der offiziellen Politik und Geschichtsschreibung die Eigenständigkeit Vorarlbergs nicht erst seit heute hervorgehoben wird. Deshalb wird sich der Historiker der Frage nicht entziehen können, ob Vorarlberg etwa in der Haltung gegenüber dem Nationalsozialismus oder bei der Behandlung politischer und gesellschaftlicher Außenseiter eine österreichische Sonderstellung beanspruchen kann und ob die beteuerte Besonderheit sich in mehr oder weniger Toleranz gegenüber politischen, religiösen oder ethnischen Minderheiten äußert oder doch bloß eine lokale Miniatur des jeweiligen Zeitgeistes darstellt. Auch darüber sollte der Leser nach der Lektüre dieses Bandes einigen Aufschluß erhalten.

So könnte das Buch, seinem Titel entsprechend, nicht nur eine nachträgliche Ergänzung zu einem - wie es scheint - fast abgeschlossenen Meinungsbildungsprozeß darstellen, sondern es sollte auch nachtragend in dem Sinne sein, daß es sich einer bewußten Vergeßlichkeit in den Weg stellen möchte.

Der Herausgeber hofft, daß die Älteren, die vermeintlich "eh wissen, wie es gewesen ist", sich mit diesen Nachträgen auseinandersetzen und daß sie für die Jüngeren ein Anlaß zu selbständigem Nachdenken über unsere jüngste Geschichte werden mögen.

Bregenz, im August 1982

Meinrad Pichler

VORWORT ZUR ZWEITEN AUFLAGE

Das Interesse, das die "Nachträge zur neueren Vorarlberger Landesgeschichte" gefunden haben, hat schneller als erwartet eine Neuauflage des Buches erforderlich gemacht. Herausgeber und Verlag haben dies zum Anlaß genommen, einige kleinere Fehler der ersten Auflage zu korrigieren. Im übrigen bleibt zu hoffen, daß der Band auch in Hinkunft zu einer kritischen Auseinandersetzung mit der neueren Geschichte Vorarlbergs Anlaß gibt und Mut zu weiterführenden Arbeiten macht.

Bregenz, im Jänner 1983

Meinrad Pichler

Die Aufklärung und die Konservativen

Ein Beitrag zur Geschichte der katholisch-konservativen Partei in Vorarlberg

Leo Haffner

DIE NEUE ZEIT

Das 19. Jahrhundert schuf Aufgaben und Probleme wie kein anderes zuvor. "Alle gesellschaftlichen Verhältnisse", so Kurt Fassmann, "gerieten in Bewegung. Die politischen Auseinandersetzungen um die fällige Lösung der konstitutionellen und nationalen Frage, die unaufhaltsame Technisierung der Zivilisation und die mit der Industrialisierung einhergehenden sozialen Konflikte - jedes dieser Probleme für sich schien auszureichen, alle überlieferten Konstellationen umzustürzen." Die Konflikte, welche die Versuche der sozialen und politischen Neuordnung begleiteten, führten zu einer tiefgehenden Spaltung der Gesellschaft. Gerade diese Spaltung "zeigt auch, wie sehr wir von jenem Jahrhundert abhängen, ob wir seine Standpunkte nun teilen oder nicht" (1).

Nähern wir uns - ausgehend von einer weiträumigen Betrachtungsweise - den regionalen und lokalen Dimensionen und untersuchen gleichsam die Mikroprozesse der gesellschaftlichen und politischen Entwicklung, so wird das Bild unübersichtlicher, die Spaltung scheint gemildert zu sein. Dieser Eindruck hängt jedoch weitgehend mit den Bedingungen und Gepflogenheiten der Betrachtung zusammen. (Darauf wird später noch näher einzugehen sein.) Die meisten Konflikte jener Zeit waren auch in politischen Kleiräumen wie Vorarlberg - abgesehen von der Rivalität zwischen bestimmten Orten - verknüpft mit gesellschaftlichen Grundkonflikten des 19. Jahrhunderts. Die politisch Interessierten und Aktiven in Vorarlberg hatten an den Idealen, am Traditions- und am Fortschrittsglauben sowie an den Vorurteilen und geistigen Fehlentwicklungen ihrer Zeit ebenso Anteil wie ihre Zeitgenossen in einem anderen, vergleichbaren Land. Es gab Verfassungsfreunde und Verfassungsgegner; Anhänger des Fortschritts und Fortschrittsgegner; Liberale und Konservative; Konfliktfelder bestanden zwischen Katholiken und Protestanten; zwischen Kapital und Arbeit; zwischen "bäuerlicher Bevölkerung" und "Gebildeten"; zwischen Klerus und Intellektuellen; zwischen Anhängern des Papstes, die die Einverleibung des Kirchenstaates in das Königreich Italien als Raub an der Kirche betrachteten, und Gegnern des Papstes in dieser Frage; zwischen Anhängern und Gegnern des deutschen Natio-

nalgedankens. Natürlich muß berücksichtigt werden, daß nur eine verhältnismäßig schmale Schicht, vor allem städtische Bürger, Beamte, zum Teil auch Lehrer, und ein kleiner Teil der Bauern oder Gastwirte, sich vom neuen Ideengut der Zeit erfassen ließ und an politischen Grundsatzen Interesse fand. Für die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung, die meist in Armut lebenden Bauern und die schlecht ernährten Arbeiter in den Vorarlberger Industriebetrieben, stand der Kampf ums Überleben im Vordergrund. Zudem verfügten die meisten nur über eine sehr bescheidene Schulbildung (2), die eine Anteilnahme an den geistigen Fortschritten kaum möglich machte.

Entscheidend ist jedoch - in bezug auf die tonangebende Bevölkerungsschicht -, daß die gesellschaftliche und politische Entwicklung Vorarlbergs nicht losgelöst betrachtet werden kann vom allgemeinen Strom des historischen Geschehens. Somit tritt das Bürgertum als geschichtsmächtige Kraft ins Blickfeld, sein wirtschaftlicher Aufstieg seit dem Ende des Mittelalters und seine durch die Ideen der Aufklärung und die bürgerlichen Revolutionen beförderte politische und kulturelle Emanzipation.

Gerhard Silberbauer, der mit seinem Werk "Österreichs Katholiken und die Arbeiterfrage" eine der wichtigsten Untersuchungen über die christlichsoziale Bewegung geliefert hat, schreibt über die Zeit des Liberalismus, die dem Bürgertum eine führende Rolle zuwies:

"Die liberale Ära brachte Österreich viel Positives. Die für das Moderne aufgeschlossene Oberschicht des Bürgertums und die Intelligenz konnten auf zahlreichen Gebieten den Kleingeist, das Hinterwäldertum und die lähmende Scheu vor dem Neuen überwinden und neuzeitlichen Ideen zum Durchbruch verhelfen. Dank der wirtschaftlichen Freiheit konnten große wirtschaftliche Projekte verwirklicht werden. Die Industrialisierung des Staates nahm einen stürmischen Verlauf. Unter dem Einfluß freiheitlich-demokratischer Ideen wurde der absolutistische Geist erheblich zurückgedrängt. Mit der Gewährung der Vereins-, Koalitions- und Pressefreiheit erhielt der Staatsbürger erstmals wesentliche Grundrechte zuerkannt. Der Parlamentarismus konnte, obwohl noch von vielen Kinderkrankheiten behaftet, festen Fuß fassen." Die Schattenseite des Liberalismus sieht Silberbauer im Fehlen einer regulierenden und ausgleichenden Instanz, insbesondere im wirtschaftlichen Bereich. Die Folge: Die Reichen wurden immer mächtiger, die wirtschaftlich Schwachen aber kamen zunehmend unter die Räder. Der Ausbeutung der Arbeiter waren lange Zeit keinerlei Grenzen gesetzt. Aus Konkurrenzgründen mußten sich selbst sozial aufgeschlossene Unternehmer dem allgemeinen Lohndruck beugen. Die soziale Not wuchs dadurch immer mehr (3). Im weiteren Verlauf entwickelte sich aus dem bürgerlichen Liberalismus eine neue Strömung, die Allmayer-Beck, einer der besten Kenner des Konservatismus in Österreich, als "liberalen Konservati-

vismus" bezeichnet. Diese Strömung ist gleichsam die liberale Reaktion auf die eigene Revolution. Allmayer-Beck sieht darin den Versuch, die revolutionäre Kettenreaktion, an der die Liberalen einen wesentlichen Anteil hatten, an einem für das Bürgertum günstig erscheinenden Punkt aufzuhalten: Das Bürgertum erkannte, daß der Verbündete von gestern, die Arbeiterschaft, der Gegner von morgen sei. Allmayer-Beck verweist auf Ähnlichkeiten mit einer anderen konservativen Strömung: "Die sicherlich recht egoistisch anmutende Grundhaltung des liberalen Konservatismus, zusammen mit dem kollektiven Klassencharakter des Großbürgertums, legt Vergleiche mit dem feudalen Konservatismus nahe" (4).

Für unseren Zusammenhang bedeutsam ist der Umstand, daß sich im Gefolge der Industrialisierung auch in Vorarlberg tiefgreifende gesellschaftliche Wandlungen vollzogen. Der Wirtschaftsaufschwung hatte schon in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts verschiedenen Familien ein beträchtliches Vermögen eingebracht, das politische Gewicht der Fabrikanten-Familien erhöht und zum Teil eine Art Patriziertum entstehen lassen. Der Einfluß dieser Familien und ihre Leitbildfunktion hatten die Ausbreitung liberalen Gedankengutes in den Städten Vorarlbergs und darüber hinaus stark gefördert. Für die Gebildeten, für Intellektuelle, Juristen, Beamte, Ärzte usw. war es - von Ausnahmen abgesehen - eine Selbstverständlichkeit, liberal zu sein. Gleichzeitig fand der Gedanke der nationalen Einheit aller Deutschen im Vorarlberger Bürgertum eine starke Anhängerschaft. Charakteristisch für viele liberale Demokraten war schließlich ihre distanzierte Haltung gegenüber dem Klerus. Schon im Revolutionsjahr 1848 hatten der Bregenzer Sängerverein und die Bregenzer Turngemeinde die "Loslösung von Tirol" gefordert, mit der Begründung, dies sei das Land der "Priesterherrschaft und Unduldsamkeit". Propagiert wurde ein Anschluß an ein demokratisches Deutschland, an ein "Deutschland des Frankfurter Parlaments" (5).

DIE KIRCHE UND DIE LIBERALEN

Als Beispiel für die Spannungen zwischen führenden Vertretern der Kirche und Vorarlberger Demokraten mag der Hinweis auf eine Episode dienen: Bürger von Feldkirch, der Hochburg der Demokraten, waren über einen der Vorarlberger Delegierten im Frankfurter Parlament, den Theologen und späteren Bischof von St. Pölten, Dr. Josef Feßler, "so aufgebracht, daß er auf der Heimreise, schon in Bregenz angelangt, nach Bayern zurückkehren mußte, um über Imst ins Oberinntal und nach Innsbruck und Brixen zu gelangen" (6). Er hatte sich, so Paula Geist in ihrer "Geschichte Vorarlbergs im Jahre 1848/49", "verdächtig gemacht

durch die Art, in der er für alles stimmte, was reaktionär war und allem opponierte, was nur anscheinend in den Bereich des Fortschritts gehörte. ... Er stimmte gegen die Aufhebung des Adels, weil er nicht einsah, 'warum ein Graf oder ein Baron oder ein Herr von ... seinen Titel verlieren sollte, der niemand schade'. Er stimmte für die Todesstrafe, 'weil Gott nach der Lehre der heiligen Schrift den Obrigkeiten das Recht über Tod und Leben gegeben hat'. ... Er hat gegen die Wahrung des Briefgeheimnisses gestimmt, weil dieses Gesetz für Vorarlberg, wo solche 'Mißbräuche' nicht herrschten, gar nicht in Betracht käme..." (7).

Die Kritik der Liberalen in Vorarlberg an der Einstellung des katholischen Klerus zu politischen und gesellschaftlichen Fragen darf nicht mit grundsätzlicher Religionslosigkeit oder -feindlichkeit gleichgesetzt werden. In der "Dritten Ansprache des Vereines der Verfassungsfreunde an die Vorarlberger", die 1869 in Feldkirch gedruckt wurde und die Grundsätze der Liberalen in der Schulpolitik zusammenfaßt, heißt es: "Der Familie sowohl als dem Staate muß alles daran gelegen sein, ihre Glieder zu religiös-sittlichen Menschen zu erziehen. Dazu gehört wesentlich der Unterricht in der Religion, welcher durch das Schulgesetz vom 25. Mai v. J. in die Hände der Kirche gelegt ist. Welche Familie, welcher Staat wollte wohl, daß seine Kinder ohne Religion erzogen werden?" (8).

Die von den konservativen Publizisten und Klerikern verbreitete Ansicht, die Politik der Liberalen Vorarlbergs sei identisch mit Sittenlosigkeit und Anarchie, ist als politische Polemik zu werten. Der Vorwurf der Religionslosigkeit trifft auch nicht auf die führenden Männer der liberalen Partei zu. Als Beispiel sei der schärfste Kritiker des Klerikalismus und Urvater der Liberalen Vorarlbergs, Carl Ganahl, genannt. Generalvikar Amberg stellte Ganahl im Vorarlberger Landtag das Zeugnis eines auch in religiöser Beziehung ehrenwerten Mannes aus. Ganahl habe sich edel gegen ihn, den Generalvikar, und gegen andere Mitglieder des Klerus erwiesen. Erwähnt sei noch der liberale Landeshauptmann Belrupt-Tissac, von dem das "Vorarlberger Volksblatt" schrieb, es müsse rühmend hervorgehoben werden, daß er seine religiösen Pflichten als Katholik stets getreu erfüllte (9).

Die geistige Ausrichtung des liberalen Bürgertums und seine Auffassungen über die Rolle von Wissenschaft, Bildung und Kultur bargen für das Verhältnis zur katholischen Kirche einen Konfliktstoff von weitreichender Bedeutung. Eine Wissenschaft, die nach Auffassung der Liberalen die Möglichkeit des "freien, voraussetzungslosen" Forschens haben sollte und auf die kirchlichen Dogmen keine Rücksicht zu nehmen brauchte, konnte von der Kirche nicht akzeptiert werden, genausowenig wie die Vorstellung, der Mensch könne sich ohne Bevormundung durch Staat und Kirche am besten entfalten. "Da der Mensch als ein soziales

Wesen und nicht als ein moderner Robinson Crusoe inmitten der Gesellschaft stehe, so gehe es ohne eine soziale Hierarchie, ohne Macht (Autorität) und dementsprechende Unterordnung nicht ab" (10).

Autorität ist denn auch der zentrale Begriff konservativer Theoretiker des 19. Jahrhunderts, etwa Adam Müllers. Für sie ist die Autorität von Staat und Kirche verankert in der katholischen Religion. Daraus ergibt sich das Ziel der "Wiederverchristlichung Europas", und zwar nicht nur als ethische, sondern auch als politische Forderung (11).

Ein System, das Staat und Kirche derart eng miteinander verknüpfen, der kirchlichen Autorität mehr Macht verleihen und das Leben der Gesellschaft - ähnlich wie im Mittelalter - ganz den von der Kirche gesetzten Normen unterwerfen wollte, war freilich im 19. Jahrhundert schwer denkbar. Zudem war die Kirche, vor allem in den ersten drei Vierteln jenes Jahrhunderts, den gewaltigen gesellschaftlichen und sozialen Problemen der Zeit nicht gewachsen. Auch die ihr spätestens seit Galileo Galilei nachgesagte Wissenschaftsfeindlichkeit hatte ihrer Autorität Schaden zugefügt. So stieß dieser Rückgriff auf weit zurückliegende Ordnungsvorstellungen - sechs Jahrhunderte nach dem Investiturstreit, drei Jahrhunderte nach der Reformation und noch mitten in einer Zeit, die unter dem Einfluß freiheitlich-demokratischer Ideen stand - auf heftigen Widerstand: Er war weder vom liberalen noch vom nationalen Standpunkt, geschweige denn vom sozialistischen her annehmbar.

DER SIEG DES POLITISCHEN KATHOLIZISMUS

Der politische Katholizismus konnte sich im gesamteuropäischen Maßstab nicht durchsetzen. Eine Ausnahme bilden kleine politische Gebilde wie z.B. Tirol, wo die katholische Kirche seit jeher eine mächtige Position innehatte, und Vorarlberg - hier allerdings erst seit dem Jahre 1870. Noch 1861 hatte Statthalter Lobkowitz nach einer Reise durch die (damaligen) sechs Bezirke des Landes festgestellt, "daß in Vorarlberg überhaupt eine freiere - vom klerikalen Einfluß unabhängige - Anschauung in politischen und religiösen Fragen sich bemerkbar macht" (12); der Vorarlberger Landtag war bis 1870 - von wenigen Ausnahmen abgesehen - liberal; im Bregenzerwald gab es in dieser Zeit durch Franz Michael Felder und Kaspar Moosbrugger bedeutsame Versuche, dem Gedankengut der Aufklärung zum Durchbruch zu verhelfen und den politischen Einfluß des Klerus zurückzudrängen (13). Doch der Wahlkampf des Jahres 1870, der mit einer bis dahin in Vorarlberg noch nie üblichen Härte und Leidenschaftlichkeit geführt wurde, und die Landtagswahl selbst brachten eine radikale Umkehr der Kräfteverhält-

nisse. Die katholisch-konservative Partei verfügte im Landesparlament nunmehr über 16 von 20 Landtagssitzen (14).

Damit wurde die Richtung des politischen Denkens in Vorarlberg entscheidend geändert. Die von den Liberalen verfolgten Leitbilder in den Bereichen Schule, Bildung und Gesellschaft wurden durch andere ersetzt. Schließlich ist auch in Vorarlberg jene Erscheinung zu beobachten, von der zu Beginn dieses Aufsatzes die Rede war. Der mit Macht ins politische Kräftespiel tretende ideologische Faktor entfaltete seine volle Wirkung: Das Land wurde in zwei Lager gespalten, das katholisch-konservative und das bürgerlich-liberale, und beide Lager bekämpften einander mit Erbitterung und zeitweilig sogar mit Haß. Der Freund-Feind-Gegensatz wurde zum konstituierenden Element politischen Denkens und Verhaltens. Die Propaganda der politischen Vereinigungen, in den Kirchen und Zeitungen brachte eine Erscheinung hervor, die in der Zeit des früheren parlamentarischen Systems in Vorarlberg, im Ständewesen, unbekannt gewesen war: Parteilichkeit als Massenphänomen. Die Konservativen gründeten in verschiedenen Landesteilen sogenannte "Kasinos" (15), die Liberalen stellten ihnen den "Verein für Verfassungsfreunde" und ähnliche Vereinigungen entgegen.

Kaspar Moosbrugger, der beiden Lagern sehr kritisch gegenüberstand, doch mit dem Versuch der Gründung einer eigenen, "auf der christlichen Weltidee fußenden", sozialdemokratisch ausgerichteten Partei keinen dauerhaften Erfolg hatte, berichtet in einem Brief vom 22.8.1868 an seinen Freund und politischen Mitstreiter Franz Michael Felder über eine Kasinoveranstaltung im Oberland: "Die Leute, die da mit dem Christentum groß tun und bei denen jedes zweite Wort 'Katholizismus' ist, sind so engherzig und so selbstzufrieden, daß vielleicht noch leider die liberalen 'Bourgeois' aus ihren Begriffs-Kerkern herauszubringen wären. Ich war letzten Sonntag bei dem Kasinofest in Nenzing, wo 3000 Menschen und Koryphäen unserer sog. Ultramontanen waren und letztere laut und vernehmlich sprachen, aber nicht ein Wort fiel für die Armen, Hilfsbedürftigen. Die reine Reaktion ist da Losung, und alles läuft darauf hinaus, die ultramontane Bourgeoisie zu stärken und zu organisieren, um so der liberalen Bourgeoisie Meister zu werden. Die Herren in beiden Lagern wollen eine Welt für sich, die große Weltströmung ist für sie nicht vorhanden" (16).

Zur sozialen Frage ist allerdings anzumerken, daß die konservative Partei unter dem Einfluß des "Volksblatt"-Redakteurs Florencourt einen scharf antikapitalistischen Kurs einschlug. Damit wurde schon früh der Boden für die Umwandlung der Bewegung in die christlichsoziale Partei bereitet (17).

Auch Vereine mit ursprünglich unpolitischen Zielsetzungen wurden in den Sog des Parteistreits hineingezogen und trugen dazu bei, die Kluft zwischen beiden - zahlenmäßig allerdings ungleichen - Lagern zu ver-

größern. Die "liberale Richtung" vereinigte mehr oder weniger die Bildungselite und die Geldaristokratie des Landes, die ultramontane, konservative Richtung umfaßte den übrigen, von der Geistlichkeit gelenkten und weit überwiegenden Teil der Bevölkerung.

Das Vereinswesen brachte eine außerordentlich starke Befruchtung des gesellschaftlichen Lebens in Vorarlberg mit sich. Die Vereine erfüllten das Bedürfnis nach Kommunikation, Information und Gruppenidentität. Durch die Propagandaarbeit der Kasinos, der Geistlichen und des "Vorarlberger Volksblattes" trat zudem landesweit etwas ein, was früher - im Zeitalter der Stände und der immer wieder aufflackernden Rivalität zwischen den einzelnen Orten und Talschaften - kaum vorhanden gewesen war: Ein Wir-Gefühl erfaßte Kleinbürger und Bauern, es mobilisierte bisher brachliegende Kräfte und sammelte eine breite Gesellschaftsschicht in einem ideologischen Konsens. Die Kasinos haben zudem sicherlich nicht wenig zur Schaffung eines "Vorarlberg-Bewußtseins" beigetragen. Das "Wir-Gefühl" förderte andererseits die Tendenz zur Abgrenzung nach außen und gegenüber anderen Gruppen, zur Geringschätzung oder Ablehnung anderer Werte. Man baute geistige Barrieren gegen die ohnehin dem Liberalismus anhängenden "Studierten" und Intellektuellen auf, und dies hemmte oder verhinderte die Bereitschaft, sich mit Neuem, Fremdartigem vorurteilslos und ohne Befangenheit zu befassen. Es war die Zeit geistiger Verfestigungen im Bauern- und Kleinbürgertum Vorarlbergs.

Diese Entwicklung ging einher mit einem äußerst strengen Puritanismus in Fragen der sogenannten "Sittlichkeit". Dies war freilich nicht allein eine Folge der gesellschaftlichen Kontrolle durch die Geistlichkeit, sondern man befand sich hier weitgehend im Einklang mit gesellschaftlichen Übereinkünften des viktorianischen Zeitalters.

Von weitreichender Bedeutung für den Charakter der Demokratie in der nunmehr anbrechenden Ära der Konservativen war der Umstand, daß Geistliche in der neuen politischen Landschaft Vorarlbergs eine zentrale Rolle spielten. Im demokratischen System der alten Vorarlberger Stände war der Klerus nicht wahlberechtigt bzw. von der Standschaft vollkommen ausgeschlossen gewesen (18). Wie Paula Geist feststellt, scheiterte jeder Versuch der Geistlichkeit, in der Standschaft aktives oder passives Wahlrecht zu erlangen, "an der Liebe der Vorarlberger zu allem Traditionellen und an dem Mißtrauen, das sie allen Neuerungen in ihrer Verfassung entgegenbrachten" (19). Als der Klerus dann in die politische Arena trat, kamen in jenen Kreisen, welche die Tradition gewahrt wissen wollten, schwere Bedenken dagegen auf.

Josef Ratz, der gemeinsam mit Dr. Andreas Fetz, einem fähigen Kopf und angesehenen Juristen, sowie mit fünf Gemeindevorstehern des Bregenzerwaldes eine eigene Kandidatenliste für die Landtagswahl 1871 aufgestellt hatte, schrieb im Jahr dieser Wahl: "Wir ehren und achten

den Klerus und möchten ihn hochgeachtet wissen und alles fernhalten, wodurch er an Achtung einbüßen könnte. ... Die Geistlichen aber sollen jetzt in den Landtag sitzen und sich herumbalgen lassen und ihr Ansehen verlieren..." Zudem sei die Einbeziehung von Pfarrern nicht vereinbar mit der politischen Tradition des Bregenzerwaldes (20). Mit Johannes Thurnher, Johann Kohler, Bartholomä Berchtold und Dr. Josef Anton Ölz setzte sich jedoch die radikale Gruppe innerhalb der konservativen Partei durch. Das Unternehmen des Josef Ratz, dem sich auch fünf Wahlmänner der Gemeinde Hard angeschlossen hatten, wurde als "mittelparteiliche" Initiative diffamiert und konnte sich aufgrund der scharfen Agitation der Radikalen nicht behaupten. Der Dornbirner Händler und Landtagsabgeordnete Johannes Thurnher gab als Organisator der Partei auch in den folgenden zwei Jahrzehnten weitgehend den Ton in Fragen der Parteistruktur an. In zahlreichen Schlüsselpositionen der Partei, etwa in der Redaktion des "Vorarlberger Volksblattes" sowie in den Kasinos und im Landtag, finden wir immer wieder politisch engagierte Geistliche. Das Eintreten des Klerus in die politische Arena hatte zur Folge, daß Parteien wie Glaubensgemeinschaften geführt wurden. Die Zugehörigkeit zu einer Partei hatte den Charakter religiösen Bekenntnens, und dies galt für beide politischen Lager. Dem Agieren der Geistlichen folgte spiegelbildlich die Reaktion der Liberalen.

So berichtet z.B. Dr. Leo Herburger, der Biograph des langjährigen Dornbirner Bürgermeisters Dr. Johann Georg Waibel, das Gemeindeoberhaupt und der ganze Gemeinderat von Dornbirn hätten sich geweigert, an der Fronleichnamsprozession teilzunehmen. Die "Kasiner" ihrerseits ließen, als das Gemeindevahlrecht zu ihren Gunsten geändert wurde, einen eigenen Marsch - den "Todesmarsch für Dr. Waibel" - komponieren und bei allen Gelegenheiten aufspielen (21).

HINDERNISSE FÜR DIE DEMOKRATIE

Daß hier wie Glaubensgemeinschaften geführte Parteien und zwei konkurrierende Grundmuster politischen Denkens einander gegenüberstanden, wirkte sich zwangsläufig auf den Charakter der Demokratie in Vorarlberg nachhaltig aus.

Die moderne Demokratieverfassung geht davon aus, daß gleiche Entwicklungsmöglichkeiten für alle Staatsbürger nicht allein im materiellen, sondern auch im ideellen Bereich zu gewährleisten sind. An eine Gleichberechtigung im ideellen Bereich war aber von seiten der Konservativen nicht gedacht. Ebenso wenig strebte die konservative Partei eine Mehrparteiendemokratie nach westlichem Muster an, das ein ständiges Wechselspiel von Regierung und Opposition erlaubt. Was den führenden

Männern der katholisch-konservativen Partei vielmehr vorschwebte, lief im Grunde auf die Errichtung eines geschlossenen Gesellschaftssystems hinaus. Ein Eingehen auf Argumente des politischen Gegners, eine Veränderung des eigenen Standpunktes und Kompromißbereitschaft rückten z.B. in den Augen des Parteiführers Johannes Thurnher in die Nähe von Prinzipienlosigkeit und Glaubensschwäche. Es ist freilich im einzelnen nicht immer leicht zu unterscheiden, ob die Vorgangsweise Johannes Thurnhers in konkreten politischen Fragen auf "Grundsatztreue" oder auf persönliche Ressentiments bzw. Mangel an Bildung zurückzuführen ist. Jedenfalls gehört die Haltung des Parteiführers in Schulfragen zu den dunkelsten Kapiteln in der Geschichte der konservativen Partei.

Der im folgenden zitierte Brief des Lustenauer Pfarrers Thomas Hagen an den Fürstbischof in Brixen vom 5.8.1884 beleuchtet deutlich die Spannungen, die zwischen der politisch ambitionierten Dornbirner Familie Rhomberg - sie stellte später mit Adolf Rhomberg einen verdienstvollen Politiker und Landshauptmann - und dem Dornbirner Johannes Thurnher bestanden. Der Brief wirft aber auch ein bezeichnendes Licht auf die starre Schulpolitik der damaligen Parteiführung, die lieber ein niedriges Bildungsniveau in Kauf nahm, als von ihrer alten Forderung nach einer geistlichen Oberaufsicht der Schulen abzugehen.

"Es ist, wie es einmal scheint, ganz epidemisch geworden, sogar unter dem Klerus, den Landtags- resp. Reichsratsabgeordneten Johann Thurnher als einen selbst- und herrschsüchtigen Tyrannen zu schildern. ... Vorarlberg wäre ohne Thurnher so liberal als vielleicht nur ein Land in der Monarchie sein kann. ... Bis die unheilvolle Entzweiung mit den früher in Dornbirn allmächtigen und angebetet sein wollenden Herren Rhomberg entstand, dachte kein Mensch, daß Thurnher in etwas nicht recht sei. ... Fürstb. Gnaden wissen vielleicht nicht genau, woher die Entzweiung zwischen Thurnher und Rhomberg kommt. - Die erste Veranlassung hierzu war ein Antrag des sel. Herrn Albert Rhomberg im Landtage bezüglich der jetzt bestehenden nichtswerten (sic!) Realschule in Dornbirn, ich weiß nicht vor welchem Jahre. Der konservative Landtag hatte von Anfang an beharrlich gegen das unchristliche neue Schulgesetz gekämpft und jede Aktion auf Grund des neuen Schulgesetzes zurückgewiesen. Die Parole lautete: 'So lang man uns nicht ein Schulgesetz auf christlicher Grundlage gibt, können wir bezüglich der Schule nicht in eine Verhandlung eintreten'. Trotzdem aber ließ sich Albert Rhomberg entgegen den Grundsätzen, die er bis dahin festgehalten, verleiten, einen Antrag zu Gunsten einer k.k. Realschule für Dornbirn einzubringen. Seine Kollegen machten ihn auf die Inkonsequenz aufmerksam, erklärten ihm, sie könnten seinen Antrag, so berechtigt er an und für sich auch wäre, nicht unterstützen. Er wurde aber von Rhomberg doch eingebracht, aber von den Konservativen ganz natürlich fallen

gelassen. - Das war natürlich ein Verbrechen, und weil Thurnher derjenige war, der dasselbe beging, katexochen ein Thurnherschες Verbrechen. ... Alles schreit über dessen Herrschsucht und kein Mensch scheint zu wissen, was er bisher dem Lande getan. ... In Anbetracht dessen erlaube ich mir, Euer fürstb. Gnaden ... zu bitten, alles zu tun, um Thurnher im Landtage zu behalten" (22).

Aus der Perspektive vieler Konservativer war das Verhalten Johannes Thurnhers deshalb gerechtfertigt, weil man ihn auf der Seite der guten Sache sah. Die Treue zur Partei wurde mit Treue zur Mutter Kirche gleichgesetzt, zu jener Institution, deren Richtlinien als Koordinatensystem für das Handeln des Katholiken über jeden Zweifel erhaben waren.

Am Rande sei hier auf einen sozialpsychologischen Faktor hingewiesen, der in der politischen Situation Vorarlbergs eine wesentliche Rolle spielte. Die Kirche wirkte nicht allein als Vermittlerin religiöser Inhalte, der Geistliche war nicht bloß Seelsorger. Im Einfluß der Kirche auf den einzelnen und auf die Gesellschaft findet sich ein Schlüssel zur Erklärung grundlegender Autoritätsverhältnisse. Sie prägte die psychische Disposition des einzelnen, bestehende Autoritäten anzuerkennen. Ihre Rolle in der Gesellschaft wirkte aber auch in vielen anderen autoritären Beziehungen nach oder formte diese wesentlich mit, etwa in den Bereichen der Schule, der politischen Parteien usw. Die Kirche erwies sich somit als gesellschaftsbildende Kraft, als "Mörtel der Gesellschaft" (23).

INNERPARTEILICHE DEMOKRATIE: WIRKLICHKEIT UND IDEALISIERUNG

Kehren wir zum Ausgangspunkt unserer Betrachtungen zurück - zu den Hypotheken, die uns das 19. Jahrhundert hinterließ. Gesellschaftliche Grundkonflikte, die die politische Entwicklung im 20. Jahrhundert mitprägten, im Großen wie im Kleinen, müssen unverstündlich bleiben ohne das Bemühen, auch die Wurzeln dieser Konflikte freizulegen. Dies bedeutet, sich zu Gegensätzen, zu Widersprüchen und zu problematischen Entwicklungen in der eigenen Geschichte zu bekennen: Nur zu oft aber fungiert Geschichtsschreibung als Kosmetikinstitut für die Vergangenheit.

Wie Karl Heinz Burmeister im Vorwort zu seiner "Geschichte Vorarlbergs" feststellt, ist der Landeshistoriograph in besonderem Maß der Spannung zwischen politischen Rücksichten und wissenschaftlichem Erkenntnisstreben ausgesetzt. Burmeister veranschaulicht die politischen Einflüsse, die den Erkenntniswert eines historischen Werkes mindern, durch den Hinweis auf ein mittelalterliches Bildnis: "Der Berner Chro-

nist aus der Stadtchronik des Diebold Schilling ist an seinem Schreibpult sitzend vor den leeren Seiten seines Buches dargestellt, in der Hand den Gänsekiel haltend; erwartungsvoll blickt er den Ratsherren entgegen, die ihm diktieren, was er zu Papier bringen soll" (24).

Es gibt zahlreiche Faktoren, welche die Unabhängigkeit der Wahrnehmung des Historikers beeinträchtigen. Die Tendenz zur Idealisierung, die Neigung zum positiven Vorurteil, ist schon bei der ersten, 1948 erschienenen Untersuchung festzustellen, die sich mit der Geschichte der politischen Parteien Vorarlbergs von 1870 bis 1918 befaßt. Dorle Petsche-Rüsch schreibt im Vorwort zu ihrer Dissertation unter Berufung auf einen Zeitungsartikel (!) aus dem Jahre 1948: "So ist in Vorarlberg nicht nur ein gewisser Wohlstand entstanden, sondern auch jene ruhige Atmosphäre, über die zu keiner Zeit, weder 1848 noch heute die Demagogie triumphieren konnte" (25). Dieses Urteil ist als Vorurteil anzusehen, weil es voraussetzt, was für die jeweilige konkrete historische Situation, für das jeweilige Ereignis und für die jeweils handelnde historische Person erst nachzuweisen ist.

Die Tendenz, das politische Verhalten "des Vorarlbergers" auf eine handliche Formel zu bringen, zeigt sich ebenso bei Ingo Binder: "Extreme Gefühlsäußerungen in politischen Belangen sind dem mehr vom Verstand als vom Gemüt beherrschten Vorarlberger bis heute fremd geblieben. ... Die politischen Parteien des Landes konnten infolge der demokratischen Reife der Bevölkerung nie zu Instrumenten des Hasses oder Kampfes werden" (26).

Abgesehen vom Mangel an Differenzierung und der unwissenschaftlichen Verfahrensweise besteht bei einer Neigung zur Idealisierung eine weitere Gefahr: Das Bild, das man sich - genährt durch ein positives Vorurteil - von einem historischen Untersuchungsgegenstand macht, kann nur dann aufrecht erhalten werden, wenn man in der Auswahl der Fakten, welche dieses Bild bestimmen, selektiv vorgeht, also bestimmte Faktoren - bewußt oder unbewußt - ausklammert.

Ein Beispiel dafür bietet Franz Vögel in seinem Rückblick "Hundert Jahre Vorarlberger Landtag 1861 - 1961". Zum Thema der Meinungsfreiheit innerhalb der im Landtag vertretenen Parteien nach 1870 lesen wir: "Die Ausübung eines Klubzwanges im heutigen Sinn war aber zu jener Zeit noch undenkbar. ... Bei der Abstimmung war jeder Abgeordnete wirklich frei und an keinerlei Parteidisziplin gebunden" (27). Dem ist aber entgegenzuhalten, daß z.B. im Jahre 1884 ein unter der Leitung von Johannes Thurnher stehendes konservatives Zentralwahlkomitee bestand (auch Landeswahlkomitee genannt), das die Wahlvorschläge für das ganze Land zusammenstellte und das nur solche Männer in die Kandidatenliste aufnahm, die mit dem Kurs der Parteiführung völlig einig gingen. So konnte es geschehen, daß große Gemeinden wie Götzis, Hohenems und Lustenau in jener Landtagsperiode aufgrund der "Auslese"

des Zentralwahlkomitees keinen Vertreter in den Landtag entsenden konnten, hingegen mehrere Vorsteher kleiner, unbedeutender Gemeinden zu einem Abgeordnetenmandat kamen, wobei nicht die politische Profilierung, sondern die Gefolgstreue der Betreffenden den Ausschlag gab. Zu erwähnen ist auch, daß bei früheren Landtagswahlen der Dornbirner Arzt Dr. Josef Anton Ölz als Kandidat der Landgemeinden des Bezirkes Bregenz-Bregenzerwald aufgestellt und gewählt worden war, obwohl sich im Bregenzerwald sicherlich zahlreiche geeignete Persönlichkeiten für die Ausübung eines Landtagsmandats hätten finden lassen. Schon der bereits erwähnte Josef Ratz, eine angesehene Persönlichkeit im Bregenzerwald, hatte im Jahre 1872 gegen die Vorgangsweise des Parteiführers Johannes Thurnher protestiert und erklärt, es sei ein Armutszeugnis für den Bezirk Bregenz-Bregenzerwald, wenn er sich - auf Druck der Parteiführung - "einen Abgeordneten von Dornbirn holen müsse" (28).

Ein weiterer Beleg für die durchaus autoritäre Führung der Partei unter Johannes Thurnher ist eine Notiz in den Lebenserinnerungen Adolf Rhomberts (Rhombert spricht darin über sich in der dritten Person): "In der 2. Session 1885 begann die seitens des Klubobmannes Johannes Thurnher im Klub durchgesetzte Isolierung und Boykottierung Rhomberts. Er wurde in keinen der Ausschüsse gewählt, nur zum Hohn wählte man ihn in einen dreigliedrigen Petitionsausschuß, der aber nichts zu tun hatte" (29).

DIE ABWEHR DES "FREMDEN"

Das historische Wissen hängt auch von den Fragen ab, die man an die Quellen stellt. Versucht man z.B. die Frage zu beantworten, wie sich der Toleranzgedanke in Vorarlberg entwickelt hat, so wird diese Darstellung ein anderes Bild ergeben als die Arbeit eines Historikers, der die Frage nach der Toleranz gegenüber Protestanten und Juden als nebensächlich erachtet und dafür die "Glaubenseinheit" als wichtiges Element der Eigenständigkeit Vorarlbergs ansieht.

Durch das von den Liberalen durchgesetzte Protestantenpatent vom 8. April 1861, einem Meilenstein auf dem Weg zur Gleichberechtigung aller Bürger des Staates, erhielten die protestantischen Gläubigen wieder das Recht der gemeinsamen öffentlichen Religionsausübung zugestanden. Sie durften nach eigenem Ermessen Schulen gründen und sich zu Vereinen zusammenschließen: "Die Verschiedenheit des christlichen Glaubensbekenntnisses kann keinen Unterschied in dem Genusse der bürgerlichen und politischen Rechte begründen" (30). Schon mehrere Jahre zuvor hatte es Bestrebungen der Vorarlberger Protestanten gegeben, die Gleichberechtigung zu erlangen.

"Im Jahre 1857 richteten die in Bregenz und Umgebung lebenden evangelischen Glaubensgenossen ein Gesuch um Errichtung eines Friedhofes mit einer Kapelle und der Aufstellung eines Pastors an den Bregenzer Stadtmagistrat. In einem Schreiben an die Statthalterei ... setzte sich Kreishauptmann Sebastian von Froschauer (der spätere liberale Landeshauptmann; Anm. d. Verf.) wärmstens für dieses Gesuch ein. Aufgrund der 372 in Vorarlberg wohnenden Protestanten scheinete ihm dieses Gesuch gerechtfertigt. Um ihre Religionsverrichtungen ausüben zu können, seien sie auf die Gemeinden von Lindau und der Schweiz angewiesen. Da nur die Vermögendere die Mittel zur Befriedigung der religiösen Bedürfnisse besäßen, lebe der größte Teil der evangelischen Glaubensgenossen ohne Stärkung der Religion. ... Die Anzahl der Protestanten sei zudem im Wachsen begriffen, da die industriellen Verhältnisse Vorarlbergs besser geschulte Leute benötigten, die größtenteils aus evangelischen Ländern kämen" (31).

Der Bregenzer Stadtpfarrer sowie der Stadtmagistrat sprachen sich gegen den Wunsch der Protestanten aus. Trotzdem wurde das Gesuch der Protestanten von der Statthalterei in Innsbruck positiv entschieden (32).

Wenige Tage nach dem Erlaß des Protestantenpatents, in der Nacht vom 14. auf den 15. April 1861, fand in Bregenz eine Plakataktion statt, die gegen das Patent gerichtet war. Die Bevölkerung wurde dabei aufgefordert, eine Petition an den Landtag zu unterschreiben mit dem Zweck, dieser möge sich beim Kaiser dafür einsetzen, "daß dem Lande Vorarlberg die Glaubenseinheit erhalten werde und die Protestanten von der Ansäßigmachung ausgeschlossen bleiben" (33). In dem Aufruf finden sich bereits Argumentationsmuster, die in späteren Jahrzehnten in Aussagen der konservativen Partei wiederkehrten:

"Seit den ältesten Zeiten war Einheit des Glaubens der große Vorzug unseres Landes, die Ehre und der Ruhm unseres Volkes, der Hort des Friedens in den Gemeinden. Mit Strömen Blutes haben unsere Väter dieses kostbare Gut erkämpft und vertheidiget. Jetzt sollen wir es auf einmal, für immer, verlieren. Fremde, welche einen andern Glauben bekennen als wir, Fremde, ohne Liebe für unseren Glauben und unsere Sitten, sollen sich bei uns ansäßig machen dürfen, unsere alten, theuer erkauften Rechte, unseren Boden, unseren Erwerb mit uns theilen, und in unseren Gemeinden mit uns, vielleicht bald ohne uns, unsere Angelegenheiten ordnen. An die Stelle des verlorenen Gutes werden Zwietracht, Aergerniß und Ohnmacht des Volkes treten, und auf demselben Boden, wo unsere Väter stark, frei und geehrt waren, werden dann unsere Kinder in Schwäche und Dienstbarkeit ein nicht beneidenswerthes Dasein fristen. Schwerer Kummer lagert auf den Herzen der Vaterlandsfreunde, und schon lange haben sich im Stillen die Meisten im Lande für Bewahrung der Glaubenseinheit ausgesprochen. Jetzt ist die Stunde

wieder gekommen, wo jeder katholische Christ seinen Glauben öffentlich bekennen und mit allen erlaubten Mitteln dessen Schmälerung abwehren soll. Jetzt noch, und später vielleicht nie mehr wieder, können, dürfen und sollen wir einmüthig und kräftig, wie unsere Brüder in Tirol, aussprechen: Wir wollen in unseren Ortschaften nicht zweierlei Kirchen und Schulen, wir wollen nicht vergrößerte Lasten und Umlagen in der Gemeinde; wir wollen unsern kargen Boden *s e l b s t* besitzen und bearbeiten, wir wollen unsere bürgerlichen Gewerbe *s e l b s t* betreiben, wir wollen keine Dienstbarkeit unter fremdem Kapitale und fremder Intelligenz; wir wollen unsere alte Freiheit und unsere altehrwürdigen Sitten nicht verkaufen, wir wollen die Einheit des Glaubens, wie wir sie von unseren Vätern ererbten, ungeschmälert auf unsere Kinder überliefern..." (34).

Der Aufruf ist das früheste gedruckte Dokument der konservativen Bewegung in Vorarlberg, der Unterzeichner der aus Dornbirn stammende Arzt und spätere Landtags- und Reichsratsabgeordnete Dr. Josef Anton Ölz. Der Appell wurde in den meisten Gemeinden von der Kanzel aus verbreitet, die Unterschriftenlisten wurden im Gemeindehaus, im Schulhaus oder in der Sakristei aufgelegt. Wie Walter Spiegel feststellt, fand der Aufruf in der Bevölkerung geteilte Aufnahme. In den Städten Bregenz, Feldkirch und Bludenz fanden sich nur wenige zur Unterschrift bereit, der größte Teil der Industriearbeiter und der Gebildeten nahm Anstoß am Vorgehen des Dr. Ölz und seines Komitees. Dort, wo keine Industriebetriebe existierten, bzw. in den zahlreichen Landgemeinden fand der Aufruf die größte Zustimmung. Walter Spiegel weist in diesem Zusammenhang auf den großen Einfluß und den moralischen Druck des Klerus auf die Landbevölkerung hin. Ein junger Geistlicher z.B. bezeichnete jene, die die Unterschrift verweigerten, "schlechter als die Protestanten und ließ sie die ewige Verdammnis erwarten" (35).

Will man die Haltung der Bevölkerung in öffentlichen Angelegenheiten beurteilen, so wird man stets auch die Rolle der Propaganda, die Autorität einflußreicher Personen sowie die jeweiligen Abhängigkeitsverhältnisse berücksichtigen müssen. Die Kraft der protestantengefeindlichen Initiative reichte damals (1861) jedenfalls nicht aus, um den Gläubigen des augsburgischen und helvetischen Bekenntnisses im Lande ernsthaft Schaden zuzufügen. Dennoch ist der Aufruf für uns von Bedeutung, weil hier soziale Einstellungen und Argumente auftreten, die auch im Kampf der Konservativen gegen ihre Gegner in Vorarlberg wirksam wurden: Ein Anliegen der katholischen Kirche wurde zum Anliegen des gesamten Landes erklärt. Der Appell an "die Herzen der Vaterlandsfreunde" suggeriert, das Auftreten gegen die Protestanten sei identisch mit einem Bekenntnis zur Heimat Vorarlberg: Die Angehörigen der religiösen Minderheit werden zu Fremden, Heimatlosen gemacht.

Gleichzeitig knüpft der Aufruf an die "Tradition" an: Er erinnert an die Gegenreformation und beschwört das Opfer der Väter, die "mit Strömen Blutes das kostbare Gut der Glaubenseinheit erkämpft haben". Die Anerkennung der Protestanten werde nicht nur den sozialen Abstieg der Vorarlberger Bevölkerung zur Folge haben, der Verfasser spricht auch im Namen der Freiheit: "Wir wollen unsere alte Freiheit und unsere altehrwürdigen Sitten nicht verkaufen." Es ist ein Freiheitsbegriff, der ins Mittelalter zurückreicht und von der Aufklärung unberührt blieb - 82 Jahre nach Lessings "Nathan", dem berühmtesten Stück der Aufklärung. Freiheit nur für die eigene, nicht aber für die "fremde" Religion.

BILDUNG WOZU?

Die entscheidenden Schritte, die zur Schaffung der konservativen Partei führten, sowie ihre weitere Entwicklung können hier kurz skizziert werden. Sie sind in einer anderen Arbeit des Verfassers (36) ausführlich geschildert. 1866 gründeten katholische Geistliche das "Vorarlberger Volksblatt", das zum wichtigsten Bindeglied und Propagandainstrument der Partei werden sollte. Ende 1867 setzte die katholische Vereinsbewegung ein, die der Partei den organisatorischen Rückhalt gab. Eine besondere Bedeutung für die Geschichte und die ideologische Ausrichtung der katholisch-konservativen Bewegung erlangte die Auseinandersetzung um das Konkordat. Dieser 1855 zwischen Kaiser und Papst geschlossene Vertrag überantwortete der Kirche eine große Fülle an Macht: die kirchliche Aufsicht über den niederen und mittleren Schulunterricht, die volle Gerichtsbarkeit der Kirche in Eheangelegenheiten; weiter sah der Vertrag die staatliche Beihilfe zur Unterdrückung kirchenfeindlicher Bücher und Schriften vor, der Grundsatz der Gleichberechtigung für Nichtkatholiken wurde aufgehoben, der Kirchenaustritt wurde erschwert u.a.

Als nach dem Zusammenbruch des Absolutismus die Liberalen an die Macht kamen, war die Bekämpfung und die Beseitigung der Konkordatsbestimmungen eines ihrer wichtigsten Ziele. Das Parlament wies den Unterricht in den Volksschulen und Gymnasien dem Wirkungsbereich des Staates zu. Die Liberalen vertraten außerdem das Prinzip, daß der Unterricht in allen Gegenständen, außer in Religion, unabhängig von jedem Einfluß der Kirche zu erfolgen habe. Kirche und Schule wurden somit getrennt, dem Staat stand nunmehr das Recht der obersten Leitung und Schulaufsicht zu. Den nun einsetzenden Protesten in Vorarlberg erwiderten die Liberalen in der "Ersten Ansprache des Vereins der Verfassungsfreunde an die Vorarlberger":

"Da richtet sich die Klage der Kirche dahin, daß sie, die bisher die ausschließliche Herrschaft über die Schule hatte, ihren Einfluß nun mit der Gemeinde und dem Staate teilen soll. Aber ist dies mehr als billig, da ja Gemeinde und Staat die Schule b e z a h l e n ? - Und der schlechte Zustand der Volksschulen beweist, daß es nöthig, das Schulwesen ganz anders in die Hand zu nehmen, als es bisher von Seite der Geistlichkeit geschehen ist. Auch nach dem neuen Schulgesetze bleibt der Kirche ein großer Einfluß auf die Schule gewahrt, und die Erteilung des Religionsunterrichtes wird ja geradezu der Geistlichkeit zur Pflicht gemacht. Also von Entsittlichung und Entchristlichung der Schule ist keine Rede" (37).

Beim Widerstand und in der Propaganda gegen die liberale Verfassung spielten jene Geistlichen, die im Priesterseminar in Brixen ausgebildet worden waren, eine entscheidende Rolle. Sie gingen ungleich radikaler vor als jene Priester, die man der "Konstanzer" oder "Badischen Schule" zuzählte (38). Zusammen mit einigen Laien waren sie der Motor bei der Mobilisierung vor allem der bäuerlichen und kleinstädtischen Bevölkerung gegen die neuen Gesetze.

Benedikt Bilgeri sieht in diesem mit außerordentlicher Heftigkeit geführten Kampf vor allem eine Auseinandersetzung mit dem Zentralismus. In einem Aufsatz mit dem Titel "Die politische Entwicklung Vorarlbergs bis 1918" schreibt er unter anderem:

"Seit Juli 1870 verloren die Liberalen, geschwächt durch ihre geistige Verwandtschaft mit der Regierungspartei in Wien, infolge ihrer unpopulären Einstellung zur Schule und auch zum Kapitalismus für immer die Mehrheit an die Konservativen (im Landtag; Anm. d. Verf.). Kaum jemals ist das tausendjährige Staatsrecht Vorarlbergs mit größerer Energie und bis heute beispielhaft verfochten worden, als in der Frühzeit der Konservativen. Damals ging der Kampf in erster Linie gegen das 'Heer von fremden Beamten', für die selbständige Verwaltung des Landes durch Vorarlberger, unter eigener Landesoberleitung. Die Steuerämter und das ganze Schulwesen sollten an das Land übergehen..." Über die Qualität des Vorarlberger Schulwesens urteilt Bilgeri: "Die Schulbildung war mancher Mißstände ungeachtet die beste im ganzen Groß-Staat" (39).

Diese Aussagen Bilgeris sind in mehrfacher Hinsicht bemerkenswert - insbesondere im Hinblick darauf, daß sie nicht etwa im 19. Jahrhundert, sondern im Jahre 1968 formuliert wurden. Der Autor identifiziert sich vorbehaltlos mit dem Anliegen der damaligen konservativen Partei, ja er attestiert deren Haltung die Funktion eines bis in die Gegenwart nicht mehr übertroffenen Vorbilds. Das Anliegen der konservativen Partei wird bei Bilgeri ohne Umschweife zum Anliegen "des Landes" erklärt. In der Liberalen Partei Vorarlbergs hingegen sieht er völlig unvorarlbergische Elemente am Werk: Denn die Liberalen seien "ge-

schwächt durch ihre geistige Verwandtschaft mit der Regierungspartei in Wien".

Die positiven Assoziationen, die der Autor mit der Berufung auf das Streben der Konservativen nach größerer Eigenständigkeit Vorarlbergs beim Leser zu wecken sucht, können jedoch nicht vergessen machen, daß die Landtagsmehrheit unter der Führung der Abgeordneten Johannes Thurnher, Johann Kohler und Pfarrer Bartholomäus Berchtold nahezu drei Jahrzehnte lang eine Politik verfolgte, die der Entwicklung des Landes in den Bereichen Schule und Kultur schweren Schaden zufügte. Der Landtag weigerte sich bis zum Jahre 1889, auf der Grundlage der von den Liberalen beschlossenen Verfassung in irgendeine Verhandlung zu treten. Für die Parteiführung war das Problem eine Prinzipienfrage, die Folgen freilich waren verheerend: "Vorarlberg entlohnte in jenen Jahrzehnten seine Lehrer am schlechtesten von allen Ländern der Monarchie", stellt Gerhard Oberkofler fest, "und das, obwohl Vorarlberg als Industrieland außerordentlich hohe Lebenshaltungskosten aufwies. ... Ohne einer Nebenbeschäftigung nachzugehen, konnte ein Lehrer, oder gar ein Unterlehrer kaum daran denken, eine Familie zu gründen und zu ernähren" (40). Meist waren die Lehrer gezwungen, zum Nebenerwerb als Organisten, Gastwirte, Landwirte, Versicherungsvertreter und später als Kassierer bei Raiffeisenkassen tätig zu sein - und dies alles trotz der eifriger Bemühungen der Statthalterei, den Vorarlberger Lehrern ihr gesetzliches Gehalt zu sichern.

Einer der wenigen konservativen Parteiangehörigen, die sich für die Verbesserung der jämmerlichen sozialen Situation der Lehrer Vorarlbergs einsetzten, war der Dornbirner Abgeordnete Martin Thurnher, einer der fleißigsten und verdienstvollsten Mandatäre, die Vorarlberg in den letzten Jahrzehnten der Monarchie besaß. Charakteristisch für den Stil des Parteiführers Johannes Thurnher war, daß die konservativen Klubmitglieder durch ein Gelöbnis gebunden wurden, in allen Fällen so zu stimmen, wie die Klubmajorität entschied (41). Bezeichnend auch die Haltung gegenüber liberalen Lehrern: Im Falle einer Erhöhung der Lehrergehalte war daran gedacht, nur katholischen Lehrern eine Gehaltsaufbesserung zu gewähren. "Den Mitgliedern des starken liberalen Lehrervereines, deren Richtung in striktem Widerspruche steht mit christlicher Lehre und christlicher Weltanschauung', wollte man ... die Vorteile einer Gehaltserhöhung nicht zuteil werden lassen" (42) - wessen Richtung da wohl wirklich christlicher Lehre widersprach?

Es war nicht verwunderlich, daß zahlreiche Vorarlberger Lehrer, vor allem jene mit besseren Zeugnissen, in andere Kronländer der Monarchie abwanderten. Diese Tendenz zur negativen Auslese innerhalb der Lehrerschaft sowie der für die verbleibenden Lehrer bestehende Zwang, einen zweiten Beruf auszuüben, wirkten sich auf das Niveau des Schulwesens naturgemäß schädlich aus. Die Bemerkung Benedikt Bilgeris, die

Schulbildung sei die beste im ganzen Großstaat gewesen, kann sich lediglich auf die Maßnahmen zur Beseitigung des Analphabetentums beziehen. Aufgrund der relativ hohen Schuldichte wies Vorarlberg im Jahre 1913 "0,81 Prozent Analphabeten auf, die geringste Quote der in den Alpen- und Karstländern gelegenen Gebiete" (43). Über die Einstellung der Landtagsmehrheit zum mittleren Schulwesen gibt der früher zitierte Brief des Lustenauer Pfarrers Thomas Hagen Aufschluß.

KULTURELLE KONSEQUENZEN

Dreißig Jahre lang Rückständigkeit im Schulwesen - die Folgen sind nicht meßbar, sicherlich aber sehr weitreichend. Vielleicht hängt damit jene Ungleichzeitigkeit zusammen, die jahrelang die Situation im kulturellen Bereich bestimmte. Ungleichzeitigkeit - damit meine ich den Umstand, daß bestimmte Erscheinungsformen von Kunst und Kultur in Vorarlberg noch zu einer Zeit abgelehnt wurden, da sie andernorts längst zu einem Bestandteil des kulturellen oder gesellschaftlichen Bewußtseins geworden waren. Man wird an einen Eisenbahnzug erinnert, der mehrere Jahrzehnte lang in einer Station stehengeblieben ist und dessen Fahrgäste dann bei der Weiterfahrt ganz verwirrt sind, weil sich die Landschaft inzwischen völlig verändert hat.

Wie es der Pfarrer von Mellau, Mätzler, 1887 formulierte, sollte die Aufführung von Theaterstücken "vor allem nach den Grundsätzen unserer heiligen geoffenbarten Religion gemessen werden". Diesen Maßstab anzulegen sei jeder Katholik, vorab aber der Priester, berechtigt. Pfarrer Mätzler sprach sich aus diesem Grund und wegen der "Schlechtigkeit des Stückes" vehement gegen die Aufführung von Schillers "Räuber" durch die Theatergesellschaft Bizau aus. Als dasselbe Stück 1893 im Dornbirner Vereinshaussaal über die Bühne gehen sollte, wurde die Aufführung von der Kasinoleitung überhaupt verboten - 111 Jahre nach der Uraufführung dieses Dramas der Kampfansage gegen Zwang und Gewalt. In Dornbirn war es üblich, daß der Direktor der jeweils gastierenden Wanderbühne das Textbuch des aufzuführenden Stückes vorzulegen hatte, damit unpassend erscheinende Stellen gestrichen werden konnten. Jede Theateraufführung wurde erst dann genehmigt, wenn die Wanderbühne sich diesem Verfahren unterwarf.

Vorarlberg dürfte auch nach dem Zweiten Weltkrieg eines der wenigen Gebiete im demokratischen Europa gewesen sein, in dem eine solche Zensurpraxis fortgesetzt wurde. In den folgenden Darlegungen folgen wir einer Untersuchung von Sibylle Fritsch, in der die Situation des professionellen Theaters der Nachkriegszeit in Vorarlberg geschildert wird (44). Der Intendant der Vorarlberger Landesbühne, Kaiser, berichte-

te der Verfasserin, daß er vor jeder Vorarlberg-Tournee die einzelnen Gemeinden um eine Aufführungsbewilligung anschreiben und den Text des Stückes beilegen mußte. Die Genehmigung erfolgte, wenn die Thematik der Haltung der jeweiligen Behörde entsprach. Die von den Vorarlberger Gemeinden vorgenommene Zensurierung der Stücke ging laut Kaiser "weit über den Rahmen der nationalsozialistischen Zensurstellen hinaus" (45). Auch die Landesregierung schaltete sich bei der Frage der Stückwahl ein. Sie hatte z.B. gegen die Inszenierung der "Lustigen Witwe" Bedenken - bemängelt wurden die Frivolität und die mangelnde moralische Basis des Stückes. Wahrscheinlich befürchtete man eine zu offenherzige Darbietung des Grisettenballettes. Die Gründe waren zu wenig triftig, so daß schließlich die Aufführung genehmigt wurde - allerdings unter Jugendverbot. Die Jugendlichen wurden jedoch nicht beim Eintritt kontrolliert, sondern erst, nachdem sie sich bereits im Zuschauerraum befunden hatten, von der Polizei wieder ausgewiesen (46). Das war 1948. 1946 rief in der innerösterreichischen Presse die Tatsache Aufruhr hervor, daß ein Stück von Hermann Bahr, "Das Konzert", zensuriert und neben vielen Pointen auch der Schlußszene entledigt worden war, weil einige Stimmen gegen die Unmoral dieses Lustspiels protestierten. Die Zensurierung erfolgte erst nach der Premiere (47).

Die Gemeinde Götzis - in früheren Jahrzehnten eine der Hochburgen der "Kasiner" - entwickelte in Fragen der Zensur besonders strenge Maßstäbe. Da wurde Schillers "Kabale und Liebe" aus folgenden Gründen verboten:

1. Der Held des Stückes, Ferdinand, flüchtet in den Selbstmord. Den Vorarlbergern sei jedoch durch "jahrhundertealtes Traditionsgut" der Selbstmord immer "fremd, unverständlich krankhaft und grauenerregend, ob der inneren Haltlosigkeit" erschienen. Nach den Kriegsnotén dürften nur Beispiele des Mutes und des Aufrufes genehmigt werden.
2. Durch die Katastrophe des Dritten Reiches sei das Volksvertrauen zu jeder Art Autorität erschreckend geschwunden. Der "redliche Führer", Landeshauptmann Ilg, könnte durch die Rolle des Präsidenten im Drama angegriffen werden.
3. Ein zünftiges Stück wie "Kabale und Liebe" könnte als Aktion gegen die Bourgeoisie, den "faulen Oberbau der bürgerlichen Schichte", aufgefaßt werden. Vorarlberg bestehe aber seit Generationen zu achtzig bis neunzig Prozent aus dieser Schichte. Deshalb sei es in Vorarlberg notwendig, die "Untersten" anstelle der "Obersten" kritisch zu betrachten (48).

Dieser Brief an die Vorarlberger Landesbühne wurde am 12.6.1946, 162 Jahre nach der Uraufführung von "Kabale und Liebe", geschrieben.

Schiller hat sein Stück übrigens "ein bürgerliches Trauerspiel" genannt.

BILANZ

Die konservative Partei wurde als Partei zur "Verteidigung der Rechte der Kirche" gegründet. Ein politisches Programm im weiteren Sinn trat erst später hinzu. Die enge Verbindung mit der Kirche verlieh der konservativen Partei einen Einfluß auf die Vorarlberger Bevölkerung, den sie sonst wohl nicht gewonnen hätte.

In den ersten Jahren ihrer Existenz gelang es dieser Partei, in ihren Anhängern eine Art "Vorarlberg-Bewußtsein" zu wecken. Sie wußte das Bedürfnis nach sozialer und kultureller Identität eng mit ihren politischen Zielen zu verknüpfen.

In ihrer Demokratieauffassung unterschied sich die Partei deutlich vom Konzept der traditionellen Stände-Demokratie, doch ebenso deutlich von den Vorstellungen der bis 1870 dominanten liberalen Partei. Die politische und geistige Emanzipation des Individuums, einer der Kerngedanken der Aufklärung und lange Zeit ein Leitbild der Liberalen, war nie ein Anliegen der Konservativen.

Politik und Kulturpolitik sollten nach Auffassung der Konservativen stets mit den Zielen der katholischen Kirche in Einklang gebracht werden. Folglich konnte es auch nicht Aufgabe kultureller Bestrebungen sein, emanzipatorisches Gedankengut zu verbreiten. Literatur und Theater mit emanzipatorischem Anspruch, z.B. Schillers "Räuber" und "Kabale und Liebe", wurden konsequent abgelehnt.

Die Haltung der Konservativen gegenüber dem "liberalen Staat" hat ihre Haltung zum Staat allgemein wesentlich beeinflußt. In den Jahren von 1870 bis 1914, der Zeit des Liberalismus schlechthin, verfolgte die konservative (später christlichsoziale) Partei eine betont klerikale Politik. Diese politische Frontstellung gegen die Liberalen und die Zentrale Wien förderte die Neigung, sich sowohl kulturellen Einflüssen, die vom "gehobenen Bürgertum" ausgingen, als auch politisch-geistigen Strömungen aus den Metropolen zu verschließen. Im Verkehr mit der gegnerischen liberalen Partei wurden außerdem Verhaltensmuster der Konfrontation und der Ausgrenzung geprägt, die später auch die Beziehungen etwa zur sozialdemokratischen Bewegung bestimmten.

Das Gedankengut der Aufklärung wurde in Vorarlberg in dem Maße zurückgedrängt, da es der konservativen Partei gelang, den Einfluß ihrer Gegner einzudämmen. Im Industrieland Vorarlberg konnte sich die Aufklärung, die große Errungenschaft des Bürgertums, als Leitbild politischen und kulturellen Handelns nicht durchsetzen.

ANMERKUNGEN

- 1) Kurt Fassmann: Vorbemerkungen. In: Die Großen der Weltgeschichte, Band VIII, Charles Darwin bis Friedrich Nietzsche, München 1970, S.9.
- 2) Vgl. Gerhard Oberkofler: Volks- und Fachschulgeschichte Vorarlbergs von 1869 - 1914. Phil. Diss., Innsbruck 1964.
- 3) Gerhard Silberbauer: Österreichs Katholiken und die Arbeiterfrage. Graz-Wien-Köln 1966, S.78 ff.
- 4) Johann Christoph Allmayer-Beck: Der Konservatismus in Österreich. München 1959, S.56 ff.
- 5) Paula Geist: Geschichte Vorarlbergs im Jahre 1848/49. Ein Beitrag zur politischen Entwicklung des Landes im 19. Jahrhundert. Bern - Bregenz-Stuttgart 1922, S.58.
- 6) Ebd., S.87.
- 7) Ebd., S.85 f.
- 8) Dritte Ansprache des Vereines der Verfassungsfreunde an die Vorarlberger. Feldkirch 1869, Privatbesitz des Verfassers.
- 9) Leo Haffner: Die Kasiner Vorarlbergs Weg in den Konservatismus. Bregenz 1977, S.31.
- 10) Allmayer-Beck (Anm.4), S.38.
- 11) Ebd., S.37.
- 12) Zitiert nach: Walter Spiegel: Das kirchliche Leben Vorarlbergs von 1855 bis 1870. Hausarbeit in Geschichte, Innsbruck o.J. (maschinschriftl. Manusk.), S.30.
- 13) Vgl. Walter Methlagl: Franz Michael Felder und Kaspar Moosbrugger im Kampf der politischen Parteien Vorarlbergs 1864-1868. Bregenz 1978.
- 14) Vgl. Haffner (Anm.9), S.16ff.
- 15) Ebd., S.42ff.
- 16) Zitiert nach: Pius Moosbrugger: Kaspar Moosbrugger als politischer Mensch. In: Kaspar Moosbrugger. Zur Wiederkehr seines 60. Todesjahres (= Beihefte des Franz-Michael-Felder-Vereins 2), Bregenz 1977, S.11-23, hier S.18.
- 17) Vgl. Haffner (Anm.9).
- 18) Geist (Anm.5), S.22.
- 19) Ebd.
- 20) Zitiert nach: Haffner (Anm.9), S.106.
- 21) Leo Herburger: Dr. J. G. Waibel, sein Leben und Wirken. Dornbirn 1909, S.34ff.
- 22) Pfarrer Thomas Hagen an den Fürstbischof von Brixen, 5. August 1884. Generalvikariatsarchiv Feldkirch, Mappe Klerus und Politik, verschiedene Aktenstücke.
- 23) Vgl. dazu: Leo Löwenthal: Zur politischen Psychologie des Autoritarismus, Frankfurt 1982, S.273ff.
- 24) Karl Heinz Burmeister: Geschichte Vorarlbergs. Ein Überblick. Wien 1980, S.7.
- 25) Dorle Petsche-Rüsch: Die Entwicklung der politischen Parteien Vorarlbergs von 1870-1918. Dornbirn 1948, S.4.

- 26) Ingo Binder: Vorarlberg im 1. Weltkrieg 1914-1918. Diss. Innsbruck 1959, S.203.
- 27) Franz Vögel: Hundert Jahre Vorarlberger Landtag 1861-1961. In: Landstände und Landtag in Vorarlberg, Bregenz 1961, S.87-191, hier S.102.
- 28) Haffner (Anm.9), S.153f.
- 29) Nachlaß Adolf Rhomberg, Lebenserinnerungen, handsch. Manusk., Bibliotheksgut 152
- 30) Zitiert nach: Spiegel (Anm.12), S.25. Zur politischen Situation Vorarlbergs um 1860 vgl. auch Kurt Tschegg: Sebastian Ritter von Froschauer, Erster Landeshauptmann von Vorarlberg. Ein Beitrag zur Geschichte der Demokratie in Vorarlberg. Maschinschr. Diss., Innsbruck 1962.
- 31) Spiegel (Anm.12), S.20ff.
- 32) Ebd., S.21.
- 33) Nachlaß Dr. Josef Anton Ölz, Privatbesitz.
- 34) Ebd.
- 35) Spiegel (Anm.12), S. 28.
- 36) Haffner (Anm.9).
- 37) Erste Ansprache des Vereines der Verfassungsfreunde an die Vorarlberger. Zweite Auflage, Bregenz 1868, Privatbesitz.
- 38) Methlagl (Anm.13), S.12.
- 39) Benedikt Bilgeri: Die politische Entwicklung Vorarlbergs bis 1918. In: 50 Jahre selbständiges Land Vorarlberg 1918-1968. S.41ff.
- 40) Oberkofler (Anm.2), S.71ff.
- 41) Ebd., S.117.
- 42) Ebd., S.186.
- 43) VV 8.11.1913
- 44) Sibylle Fritsch: Die Situation des professionellen Theaters der Nachkriegszeit in Vorarlberg mit besonderer Berücksichtigung der Bregenzer Festspiele (1945-1947). Maschinschr. Diss., Wien 1975.
- 45) Ebd., S.74.
- 46) Ebd., S.91.
- 47) Ebd., S.68.
- 48) Ebd., S.112.

Christlicher Antisemitismus am Beispiel der Hohenemser Judengemeinde

Norbert Peter

VORBEMERKUNG

Die ersten nachweisbar in Hohenems eingewanderten Juden haben sich aufgrund eines "den vierten tag monats Marty anno 1617" in Günzburg durch den Grafen Karl dekretierten Ausweisungsbefehls zum Verlassen der Markgrafschaft Burgau (östlich von Ulm im heutigen Landkreis Günzburg gelegen) entschlossen (1). Die jüdischen Familien wurden für damalige Verhältnisse zu durchaus annehmbaren Bedingungen als Untertanen des Grafen Kaspar (1587-1640) in Hohenems aufgenommen. Im Gegensatz zu damals üblichem Brauch mußten sich die Neuankömmlinge nicht in einem Ghetto bewegen, wenn sie auch vornehmlich das Viertel zwischen Emsbach und Domprobstengasse bewohnten. Um der christlichen Bevölkerung kein Ärgernis zu geben, war ihnen aufgetragen, ihre kultischen Handlungen nicht in der Öffentlichkeit zu verrichten.

Während der ganzen über dreihundertjährigen Geschichte der Juden in Hohenems kam es niemals zu tätlichen Auseinandersetzungen zwischen der christlichen und jüdischen Bevölkerung. Diese Tatsache darf rühmend hervorgehoben werden. Trotzdem kann das Zusammenleben der beiden Religionsgruppen nicht immer als ein friedliches bezeichnet werden. Die Meinungsverschiedenheiten beschränkten sich jedoch zum Beispiel auf Klagen und Beschwerden bei höheren Instanzen. Schlimmstenfalls kam es zu Verleumdungen und Drohungen gegen die Juden.

Eine Reihe kritischer Bemerkungen über die Hohenemser Juden zeigt, daß ein vielfältiges Mißtrauen, mitunter auch eine Aversion, gegen die Söhne Israels vorhanden war. Vor allem die Verschmelzungsverhandlungen zwischen Christen- und Israelitengemeinde vor etwa hundert Jahren zogen "streitbare" Äußerungen nach sich, und die Hohenemser Korrespondenten ließen ihre Gedanken und die vieler Gleichgesinnter in Form von heftigen Angriffen in den verschiedenen Tageszeitungen erkennen.

GRÄFLICHE "JUDENPOLITIK"

Unter Graf Karl Friedrich (1646-1675) traten die ersten Verschlechterungen in den Verhältnissen der Juden ein. In dem Ausmaß, in dem der Reichtum der Hohenemser Grafen abnahm, erhöhten diese das Schutzgeld und besondere Verpflichtungen der Juden. Bedenkt man jedoch die zahlreichen und vielfältigen Leiden, die die Bevölkerung der mitteleuropäischen Staaten aufgrund der Geschehnisse im Dreißigjährigen Krieg und danach erdulden mußte, so sind die Juden in Hohenems noch glimpflich davongekommen. Trotzdem, die Lage der jüdischen Bewohner war nicht mehr so günstig wie unter den früheren Schirmherren. Aron Tänzer hielt dem Grafen "judenfeindliche Gesinnung" vor, die mit der rapiden Abnahme seines Reichtums Schritt hielt.

"Karl Friedrich war überhaupt stets geneigt, die oft genug ungerechtfertigten Beschwerden seiner christlichen Untertanen gegen die Juden zu Ungunsten der letzteren zu entscheiden, unbekümmert darum, daß mit solch willkürlichen Befehlen oder Verboten so oft eine krasse Rechtsverletzung verbunden war" (2).

Im Jahre 1669 ordnete der Graf an, die Juden hätten von ihm sechs Pferde zu einem festgesetzten Preis zu kaufen oder auszuwandern. Als die Juden dieser Aufforderungen nicht nachkamen, befahl er, daß die gesamte jüdische Bevölkerung innert dreier Monate Hohenems zu verlassen habe. Nach einem Bittgesuch der Juden entschied der Graf, sie sollten 600 Gulden Strafgeld, 100 Dukaten neue Einstandsgebühr und jährlich 20 Reichstaler Schutzgeld bezahlen, dann wären sie wieder in Gnaden aufgenommen. Die Juden erfüllten diese Bedingungen und blieben für dieses Mal von der Ausweisung verschont.

Ernst wurde es mit der Vertreibung der Juden aus Hohenems nach der Regierungsübernahme durch den Grafen Franz Karl Anton (1675-1716), der sie trotz Bestätigung des Schutzbriefes am 9. Jänner 1676 wenige Monate später aus seinem Herrschaftsbereich jagte. Die aus Hohenems vertriebenen Juden ließen sich zumeist in der damals österreichischen Herrschaft Feldkirch, insbesondere in Sulz, nieder. Einige wenige zogen in ihre deutsche Heimat zurück, mehrere Familien wanderten nach Innsbruck weiter. Derselbe Graf Franz Karl Anton gab jedoch auf inständiges Bitten eines Teiles der aus Hohenems vertriebenen Juden hin am 20. Juli 1688 zehn jüdischen Familien die Erlaubnis, sich wieder anzusiedeln. Inzwischen war nämlich auch in der ehemaligen Herrschaft Feldkirch für die Juden kein Bleiben mehr. Das Kesseltreiben der Vorarlberger Stände hatte schließlich Erfolg, und am 17. September 1688 lautete die Verfügung der Hofkammer in Innsbruck, "dass die in Arlbergischen herrschaften sich befindende judenschaft bis auf drei haushaben restringiert und die übrige ausgeschaffen werden solle" (3).

Der letzte der Hohenemser Reichsgrafen, Franz Wilhelm III. (1756-1759), brachte den Juden, wie Tänzer sich ausdrückte, "eine glücklicherweise nur kurze Ära der Bedrückung und Unsicherheit, die daran war, mit der vollständigen Ausweisung aller Juden aus Hohenemsischem Gebiet ihren Abschluß zu finden" (4). Wiederholte Befehle zur Ausweisung zuerst aller, dann vor allem ärmerer Juden, kamen nicht zur Ausführung. Durch den Tod Franz Wilhelms in der Nacht vom 5. zum 6. November 1759 blieb allen Juden, auch den armen, die Auswanderung erspart.

DIE RELATIVEN FOLGEN DES TOLERANZPATENTS

Das Haus Habsburg bemühte sich sofort um die Übernahme des reichsgräflichen Lehens. Nach jahrelangen Verhandlungen trat Österreich im Jahre 1765 die Herrschaft über die erledigte Reichsgrafschaft Hohenems und die dem Reiche lehenbaren Stücke an. Für die Hohenemser Juden ergab sich als österreichische Untertanen vorderhand keine Änderung in ihrer rechtlichen Lage. Maria-Theresia verfügte jedoch, "daß auf die Verminderung der Juden hinzuwirken sei und die Erteilung von Ehebewilligungen nur sehr vorsichtig zu geschehen habe" (5).

Nach wie vor war den Juden jeder Handel in Vorarlberg außerhalb von Hohenems verboten. Diese Behinderung in ihrem Erwerb sollte ihrer Meinung nach fallen, weil sie "jetzt nicht mehr als gräflich Hohenembische Schutzjuden sondern als k.k. Unterthanen" zu betrachten seien, wie sie 1769 in einer Eingabe an die Regierung ausführten (6). Das Handelsverbot blieb jedoch bestehen, sie mußten als Landkrämer und Makler die Mittel für die 800 Gulden jährlichen Schutzgeldes aus weiter Ferne herbeiholen.

Auch das Toleranzpatent Kaiser Josefs II. vom 16. Mai 1781 gestattete zwar den freien Handel in Vorarlberg noch nicht, aber andere Verbesserungen in den Verhältnissen der Juden wurden dankbar entgegengenommen, zum Beispiel die Errichtung von "nach der Normallehrart eingerichteten Schulen bei den Hauptsynagogen"; Erlaubnis und Pflicht der Kinder zum Besuch der schon bestehenden öffentlichen Schulen; Gestattung des Ackerbaues auf pachtweise übernommenem Boden; Zulassung zu Handwerken, freien Künsten, zu Arbeiten in den Fabriken bei besonderen, kostbaren Maschinen, in Manufakturen; Gestattung des Betriebes von Fuhrhandel (7).

Die Bestimmung des Toleranzpatents "Aufhören aller äußerlichen Abzeichen (z.B. Davidstern) und Unterschiede in Tracht und Kleidung der Juden" wurde von allen Bekennern des mosaischen Glaubens mit

größter Freude begrüßt. Für die Hohenemser Juden war sie ohne Bedeutung, weil sie nie auf solche Art Gezeichnete gewesen waren.

Am 7. März 1802 wurde auf öffentlichem Platz in Hohenems eine Gemeindeversammlung abgehalten. In Gegenwart der Landammannschaft des sämtlichen Gerichts, der Gemeindevorsteher und der versammelten Gemeindebewohner wurde laut Protokoll der Beschluß gefaßt, daß jeder Verkauf, Tausch usw. von Haus- und Grundbesitz an Juden verboten wird (8). Am 9. März 1805 verlangte die Landesregierung in Innsbruck Aufklärung von der Christen- und Israelitengemeinde, "auf was Art und mit welcher Bewilligung und welcher Befugnis" die Juden "nicht nur sehr viele Häuser und auch Gründe besitzen, sondern auch ihre Häuser selbst verschiedentlich unter die Christenhäuser vermengt sind". Außerdem mußte Bericht erstattet werden, "auf was Art und mit welcher Befugnis die Juden zu Hohenems sich so sehr vermehrt haben, ob selbe auf eine gewisse Anzahl bestimmt seien und auf welche Anzahl, falls dies bisher nicht geschehen wäre, selbe für die Zukunft zu bestimmen sein dürften" (9).

Die Israelitengemeinde führte am 24. Juni 1805 in ihrer Antwort die Vorteile an, die die christlichen Bewohner von Hohenems durch die Anwesenheit der Juden genossen:

"Der Hohenemser Handwerker hat für seine Arbeit, der Bauer für seine Naturalien fast nur bei Juden Absatz. Der Hoffaktor Wolf Josef Levi und seine Söhne haben in den letzten 6 - 8 Jahren beim Baue von Gebäuden und der Kultivierung eines in einem Steinhauften bestandenen Grundstückes den Hohenemsern nahezu fl. 80.000 zu verdienen gegeben. Weder die Post, noch Arzt und Apotheke könnten in Hohenems ohne Juden bestehen. Selbst die kleinen Christenkinder lösen jährlich über 200 fl. für in den Bergen gesammelte Erdbeeren, die sie in der Judengasse verkaufen. Nathan Elias und seine Söhne haben die Fabrikation von Baumwollwaren in Hohenems eingeführt, einen neuen Nahrungszweig für Viele in ihrer Spinnerei und Weberei geschaffen. In Frieden und bestem Einvernehmen lebe auch das Volk mit den Juden, und nur des Landammanns Gehässigkeit suche die Ruhe zu stören. Eine Beschränkung der jüdischen Einwohnerzahl durch Einführung der Normalzahl müßte auch der Entwicklung des Ortes Hohenems zum Nachteile gereichen" (10).

Tänzer führte wiederholt judenfeindliche Quertreibereien des erwähnten Landammanns Halbeisen an. In seiner Gengerschrift tritt der letzte Landammann (11) der Grafschaft Hohenems, Johann Georg Halbeisen (1796 - 1800 und 1803 - 1806), die Ausführungen der Israelitengemeinde nicht ab, "wollte aber eben in den durch Juden neu erschlossenen Erwerbsquellen eine Schädigung der christlichen Bevölkerung erblicken, weil diese bei vermehrtem Verdienste zur Verschwendung verleitet werde" (12).

DIE JUDENGEMEINDE AUS DER SICHT DER KREISHAUPTMÄNNER

Die österreichischen Behörden hatten nicht mehr die Zeit, neue Verfügungen in dieser Angelegenheit zu treffen, denn im Frieden von Preßburg fielen am 26. Dezember 1805 Tirol und Vorarlberg an Bayern. Am 26. April 1806 wurde Vorarlberg von Tirol getrennt und mit der schwäbischen Provinz als Teil des Illerkreises vereinigt. Die im Jahre 1805 von den österreichischen Behörden bereits erwogene Beschränkung der isrealitischen Einwohnerzahl auf die sogenannte Normalzahl wurde nun Wirklichkeit. Die "Normalzahl" der beschützten Judenfamilien von Hohenems betrug gemäß der nach Kempten gemeldeten ansässigen Juden 90 Haushaltungen. "Um den jüdischen Glaubensgenossen in unserem Königreiche eine gleichförmige und der Wohlfahrt des Staates angemessene Verfassung zu erteilen" (13), verkündete Maximilian I. Josef am 10. Juni 1813 ein die Rechtsverhältnisse der Juden regelndes Edikt. Mit diesem Edikt wurden die Juden den christlichen Mitbürgern völlig gleichgestellt, lediglich die Bestimmung bezüglich der "Normalzahl" galt nach wie vor und wurde von den Juden als diskriminierend empfunden.

Vorarlberg fiel am 3. Juni 1814 durch den Pariser Vertrag wieder an Österreich zurück. Laut einer Aufforderung der Landesstelle in Innsbruck erhielt das durch eine Neuorganisierung geschaffene Kreisamt in Bregenz den Auftrag, in einem ausführlichen Gutachten über die Judenschaft in Hohenems zu berichten. Auf die Frage: Wie waren die Verhältnisse der Juden in Hohenems vor dem Eintritte der fremden Regierung beschaffen mit Hinsicht auf Gewerbe und Industrie überhaupt und wie bestehen selbe gegenwärtig? führte das Kreisamt unter anderem aus:

"Es schien von jeher den Juden eine sowohl mit Hinsicht auf ihren Charakter als auch auf ihre abergläubischen Religionsgrundsätze heilige Norm zu sein mit Hintansetzung aller übrigen im bürgerlichen Leben als ordentlich anerkannter Verdienste sich ausschließlich mit dem Handel zu beschäftigen und sich damit ihren Unterhalt zu erwerben, denn während selbe einerseits alle übrigen bürgerlichen Gewerbe als eine unter ihrer Würde liegende Beschäftigung hielten, glauben sie sich andererseits nach ihren religiösen Meinungen, nach welchen alle übrigen Religionsverwandten in ihren Augen als Ketzer erscheinen, auch vollends berechtigt jeden andern, der sich nicht zu ihrer Sekte bekennet, ungescheut auf welch immer für eine Art, zu übervortheilen oder von selbem nach ihrer Sprache den Zehend auf eine ergiebige Weise einzubringen, wozu freilich der Handel vor Allem das schicklichste Mittel ist. Diesem Grundsatz getreu verlegten sich die Juden zu Hohenems auch von jeher größten Theils bloß auf den Handel mit Beseitigung eigentlich gemeinnütziger Gewerbe und industriöser Geschäfte..." (14).

Weiters hieß es in dem genannten Schriftstück, die Juden seien als eigentlich konsumierende Menschenklasse zu betrachten, weil sie durch ihren Handel auf Kosten der übrigen Bewohner ihren Unterhalt finden. Zwar könne der Jude ohne feste Etablierung seinen Schacher nicht aufgeben, doch sei es sehr problematisch, den Häusererwerb auch nur unter der Bedingung des Verzichts auf Schacher zu gestatten, weil der Schacher, geheim fortbetrieben, lediglich weiter verbreitet würde und weil es sehr wahrscheinlich sei, daß Jude immer Jude und daher Makler und Wucherer bleibe.

Der dem Kreisamt in Bregenz vorstehende Kreishauptmann Franz Anton Daubrava, Ritter von Daubraweik befaßte sich in einem seiner für das Gubernium in Innsbruck bestimmten Berichte im Jahre 1819 auch mit den Israeliten in Hohenems. Er schrieb an seine vorgesetzte Behörde:

"In dieser Gemeinde allein in ganz Vorarlberg ist auch Hebräern der Aufenthaltsort gestattet. Da eben zur Zeit meiner Kreisbereisung in mehreren anderen Orten, wo Judenschaft besteht, die bekannten Vorfälle sich ergeben hatten, habe ich den Landrichtern von Dornbirn und Lustenau, die größtmögliche Aufmerksamkeit und Sorgfalt anbefohlen. Es hat auch wirklich hierlands das berüchtigte Hep Hep nirgends verlautet. Der Christengemeinde in Hohenems ist zwar der dasige Wohnplatz der Hebräer, von denen ein großer Teil der Markteinwohner lebt, vorteilhaft. Im allgemeinen aber wäre es allerdings sehr erwünscht, wenn die Judengemeinde zu jener Zeit, als sie aus ihrem damaligen Aufenthaltsorte vertrieben wurden, ihren neuen Aufenthalt nicht in Vorarlberg gesucht und gefunden hätte. Die Hebräer bringen, besonders durch ihren Schacherhandel, im allgemeinen vielen Nachteil und wenigstens die gemeinere Klasse derselben will sich zu ordentlicher Arbeit nicht verstehen" (15).

Auch Johann Jakob Staffler erwähnte den Schacherhandel der Hohenemser Juden, der jedoch durch den im Jahre 1834 gegründeten israelitischen Handwerker-Verein nicht mehr das frühere Ausmaß erreichte:

"Besondere Erwähnung verdient der seit mehreren Jahren in Hohenems bestehende sehr wohlthätige Juden-Verein, dessen Streben dahin geht, Kinder armer Ältern zu brauchbaren Handwerkern oder andern nützlichen Bürgern zu bilden, und sie dadurch dem so sehr verderblichen Schacher- und Kleinhandel zu entziehen" (16).

Eine stichhaltige Erklärung für die Unbeliebtheit der reichen Hohenemser Juden ergibt sich aus dem Bericht des Kreishauptmanns Johann Ritter von Ebner, der von 1822 bis 1849 als höchster Beamter in Vorarlberg die sechs Landgerichte visitierte. Im Jahre 1839 nannte er die Gemeinde Fraxern eine der ärmsten Gemeinden Vorarlbergs. Der Großteil ihrer Bewohner sei als Schuldner der Hohenemser Juden "durch

Wucher unter so listigen Formen, daß das Gesetz nichts machen konnte", oft um Haus und Hof gebracht worden.

Ebner beschrieb ihre Vorgangsweise so: "Das gewöhnliche Manöver, wenn ein Bauer Geld brauchte, war folgendes. Er ging zum Juden, der ihm zusagte, kein Geld zu leihen, wohl aber einen Schuldbrief kaufen zu wollen. Der Bauer mußte einen Schuldbrief auf einen Christen lautend z.B. 100 fl. ausstellen, dieser mußte dann den Schuldbrief an den Juden gerichtlich zedieren lassen, der ihn dann natürlich nur um 80 fl. kaufte. So wurde der Bauer schon am Kapital mit 20 fl. überwuchert, ohne daß das Gesetz einschreiten konnte, da nichts den Ankauf von Privatobligationen unter ihrem Nennwert verbietet. Kaum war dieser Schuldbrief, der auf halb- oder vierteljährliche Kündigung ausgestellt war, im Besitz des Juden, als dieser auch schon das Kapital wieder abkündete. Um nun den Juden zu vermögen, daß er das aufgekündete Kapital noch liegen ließ, mußte ihm der Bauer allerhand Geschenke machen, z.B. Holz, Obst usf., kurz von allem, was der Bauer besaß. Die Geschenke überstiegen oft den Jahreszins, so daß der Bauer in Wirklichkeit bis 12 1/2 Prozent Zinsen zahlen mußte. Auch Geschenke an den Gläubiger sind nicht strafbar, sodaß auch in diesem Falle das Gesetz nicht einschreiten konnte" (17).

Ebner schloß seine Ausführungen über Fraxern mit der Feststellung, daß die Juden durch solche Praktiken in Wirklichkeit die Herren und Tyrannen der Gemeinde seien, die sich somit in den schlimmsten Händen befunden habe.

Ein Zeitgenosse des Kreishauptmannes, Meinrad Merkle, zählte eine ganze Litanei von angeblichen oder tatsächlichen Vergehen der Hohenemser Juden auf. Er erwähnte folgende Beschwerden, die bei der Landesregierung immer wieder vorgebracht würden:

"Bettelarm kommen die meisten Juden in das Land, werden in kurzer Zeit reich, bauen eigene Häuser, und bringen viele Grundstücke an sich. Die Mittel dazu sind: sie kaufen aller Art abschätziger Waaren, tragen sie im Stillen herum, bis sie einen einfältigen Abnehmer um theures Geld finden. Bei Roß- und Hornviehkäufen verschweigen sie die Mängel, nehmen zwar auch schlechte Stücke, aber nur mit großem Aufgeld in Tausch, und führen mit so einer Mähre wieder einen Andern an. Gestohlene Sachen finden an den Juden einen Käufer, und nicht nur das, sondern sie beherbergen auch Diebe ihres Glaubens. ... Um sich Zutrauen zu erwerben, zeigen sie kleinere Diebereien selbst an, und treiben dann das Geschäft im Größern. Minderjährige, welche Geld brauchen, stellen Schuldbriefe unter den nachtheiligsten Bedingungen aus, oder tragen Gold, Silber, Kupfer und andere Mobilien aus dem Hause, welche den Juden um geringes Geld in die Hände fallen. Durch einschmeichelndes Borgen veranlassen sie unnöthige und kostbare Einkäufe, vergessen aber nie die Zahlungszeit, und berechnen die Zwischen-

zine mit unnachsichtlicher Strenge; kann der Käufer nicht bezahlen, so leiten sie den Gantprozeß ein, bei welchem ihnen nach Gantrecht ein Drittel Überschuß zuerkannt werden muß. Ihre Handelsbücher führen sie hebräisch, damit Niemand von denselben Einsicht nehmen kann; da ergiebt es sich oft, daß nach dem Absterben eines Christen Forderungen gemacht werden, von denen bei Lebenszeiten nie eine Vermuthung war, viel weniger Meldung geschah; ist aber eine Schuld bekannt, so erscheint sie in den hebräischen Büchern weit größer, als der ursprüngliche Empfang lautete. Durch solche Praktiken steht der Bauersmann häufig unter jüdischer Bothmäßigkeit, er muß oft den Wein noch am Rebstocke abtreten, und eine schlechte Gattung ist nicht unwillkommen, denn der Jude kauft noch guten Bergwein dazu, mischt untereinander, und bringt alles für gute Waare an den Mann" (18).

Josef Bergmann sagt den Hohenemser Juden ebenfalls eine besondere Art von "Geschäftstüchtigkeit" nach, wenn er schreibt:

"In frühern Zeiten war ihr Vermögensstand bei weitem nicht so bedeutend wie gegenwärtig, weil sie jetzt mehr Spekulationsgeist besitzen. ... Mehrere sind Gutsbesitzer, lassen es aber noch immerhin an Selbstbearbeitung der Felder ermangeln" (19).

Noch eine Einzelheit fand Bergmann erwähnenswert, daß nämlich die Jüdinnen nichts arbeiten "als für ihren Putz". Neben jenen schwerwiegenden Vorwürfen in wirtschaftlichen Belangen erhielt die Landesregierung auch Klagen darüber, daß die Juden die christliche Religion und manche den Christen heilige Einrichtungen verspotteten:

"Die Kinder der Christen und Juden laufen untereinander herum, jene lernen hebräisch reden und singen, hören die gehässigsten Schmähereden über Jesus von Nazareth, und wissen mehr aus dem Talmud, als aus dem Katechismus zu antworten. ... Kaum aber ist ihre Feier vorüber, und der christliche Vorabend eingetreten, so fangen sie an zu schreien, jauchzen, tanzen und springen; an Sonn- und Feiertagen verrichten sie absichtlich ihre knechtlichen Arbeiten, schlachten Vieh, backen, waschen, reinigen die Ställe, halten während des Gottesdienstes Trinkstuben offen, und verleiten die Christen zur Übertretung der kirchlichen Gebothe. Wird zum Abendgebethe geläutet, so erheben die Juden ein Geschrei, lachen und spotten über diejenigen, welche sich zu dieser Andacht anschicken. Geht ein Priester durch das Dorf, so darf er sich auf alle Grobheiten von Kindern und erwachsenen Juden gefaßt machen; wird nun das hl. Sakrament zu einem Kranken in Prozession getragen, so kennt die Spott- und Schmähsucht der Juden keine Gränzen" (20).

Alle angeführten Ansichten über die Juden, so bemerkte Merkle, seien nicht etwa geheim und nur in den eingereichten Vorstellungen enthalten, sondern sie verpflanzten sich von Geschlecht zu Geschlecht fort. Die von Merkle zitierten Vorwürfe religiöser Intoleranz der Juden trafen für die Hohenemser Vertreter dieses Glaubens gewiß nicht zu, da

ihnen ausdrücklich Vermeidung aller Streitigkeiten und Anzüglichkeiten gegenüber dem katholischen Kultus auferlegt war.

In einer Skizze über "Das Judenthum und seine Drangsale in Tirol" bemerkte Hermann Bidermann über die Juden in Hohenems, sie "gedeihen sichtlich unter dem bereichernden Einflusse fein berechnender Spekulation" (21), eine Formulierung, die bedeutend milder als die vorhin erhobenen Beschuldigungen ist.

DIE AUSEINANDERSETZUNGEN UM DEN KONKURRENZVERTRAG

Zu ernstern Spannungen in den Beziehungen zwischen Christen und Juden kam es in Hohenems, als letztere den Konkurrenzvertrag aus dem Jahr 1825 aufkündigten und die Existenz einer politischen Israelitengemeinde als mit den Gesetzen in Widerspruch stehend erklärten. Der über insgesamt acht Jahre von 1870 bis 1878 sich hinziehende Konflikt (22) führte verständlicherweise zu einer Radikalisierung. Während er anfangs nur die zuständigen politischen und Verwaltungsinstanzen, nämlich die Vorstehungen der Christen- und Israelitengemeinde, die Bezirkshauptmannschaft in Feldkirch, den Landesausschuß in Bregenz und die Statthalterei in Innsbruck beschäftigte, weitete sich der Streit allmählich aus und fand seinen Niederschlag in Hetzartikeln in den verschiedenen Vorarlberger Tageszeitungen.

Im Mai 1874 richteten 22 Gemeindevertreter der Christengemeinde eine "Äußerung" an den Landesausschuß, in der sie sich gegen die beabsichtigte Auflösung der Israelitengemeinde wandten. Rückblickend führten sie aus, es seien durch die Ansiedlung von Juden in Hohenems "nun einmal zwei Gemeindewesen in Hohenems nebeneinander entstanden und großgewachsen, verschieden nach Religion, Besitz und Lebensweise der beiderseitigen Gemeindeglieder" (23). Sie sprachen sich gegen eine gewaltsame engere Verknüpfung aus "zum Heile einer friedlichen Fortentwicklung dieser zwei bisher coexistirenden Gemeinden". Die Verfasser des Schreibens hoben die "heterogenen Interessen" der beiden Bevölkerungsgruppen hervor. Schon früh hätten die Juden als Schutzjuden der Grafen "eine gewisse Gewerbefreiheit als das natürliche Element der Israeliten" gewährt erhalten. Da die israelitische Bevölkerung "merkantiler Natur" sei, während die christliche wesentlich dem Bauernstand angehöre, wären Reibungen unausbleiblich und der bisher ungetrübte Kommunalfriede wäre bald gefährdet. Sie hätten andere Neigungen und andere Anschauungen, und auch in sozialer Beziehung habe die christliche Bevölkerung einen von der jüdischen "grundverschiedenen Charakter". Ein gewichtiger Grund, die Verschmelzung abzulehnen, gipfelte in der Angst, das Gemeindevermögen nach vollzogener Vereinigung mit den

Israeliten teilen zu müssen. Das nicht unbedeutende Gemeindevermögen umfaßte vor allem Gemeindealpen mit dem Recht auf Viehweiden und Waldbesitz. Der wesentliche Besitz der christlichen Bewohner von Hohenems, führten die Gemeindevertreter weiter aus, bestehe aus Alpen und Weiden, welche für die Existenz besonders des kleinen Landwirts eine Hauptlebensfrage und eine Hauptstütze seiner bäuerlichen Wirtschaft bilden. Am Schluß ihrer "Äußerung" schrieben sie:

"Es ist begreiflich, daß die meisten Israeliten kein Verständnis für die Alpwirtschaft der Christengemeinde Hohenems auf dem Allmeindboden haben, und daß sie eher vielleicht im Wege einer Verpachtung solcher Realitäten einen möglichst hohen Zins zu erzielen trachten würden, unbekümmert darum, ob dabei ein Kleinhäusler die Pachtung nicht erschwinge oder bei seinem kleinen Privatbesitz zugrunde geht."

Ähnliche Gedanken wiederholte Bürgermeister Johann Georg Witzemann (1869-1882) namens der Christengemeinde in einer "Gegenschluß-äußerung" an den Landesausschuß am 28. Juni 1874:

"Die löbl. Judenpräsentanz glaubt zwar in gewohntem Selbstvertrauen auch und noch besser als die Landwirte der Christenbevölkerung sich auf Feldbau und Viehzucht zu verstehen und rühmt ihre Leistungen auch auf diesem Gebiete. Wir wagen diese aber aus eigener Erfahrung zu bezweifeln, indem wir stets beobachten, daß nur einige wenige Israeliten Grundbesitz haben, diesen durch Tagelöhner teuer bewirtschaften und ihre Dienstleute in der Folge für andere Ökonomen unanstellig werden. Die Tagelöhnerwirtschaft der Israeliten hat überhaupt in der Gegend geschadet und den Arbeiterstand corrumptirt. Die Israeliten in Hohenems entäußern daher auch notorisch allmählig ihren Realbesitz, weil sie in anderen Werten ihre reichen Mittel höher zu fructifizieren wissen, sie sind daher auch im allgemeinen in der Landwirtschaft nicht kompetent, ja derselben abgeneigt" (24).

Im selben Schreiben warf Witzemann den Israeliten auch vor, sie wollten nach politischer Herrschaft über andere streben. Ihr Ziel sei, nicht nur in ihrer Gemeinde die eigenen Interessen zu lenken, "sondern das Steuer auch in der Christen- resp. in der zu gründenden Gesamtgemeinde zu führen".

Nachdem der Streit um die Verschmelzung der beiden Gemeinden seitens des Ministeriums des Innern zugunsten der Israeliten entschieden worden war, mußte sich auf Betreiben der Christengemeinde der Verwaltungsgerichtshof als Höchstgericht mit dieser Materie befassen. Der Verwaltungsgerichtshof schloß sich den Argumenten des Ministeriums-Entscheidendes an und erklärte die Israelitengemeinde in Hohenems als einen integrierenden Bestandteil der Ortsgemeinde. Ein Detail soll aus der Verhandlung herausgegriffen werden: Dr. Johann Bergmeister, Advokat in Feldkirch, der die Christengemeinde vor Gericht vertrat, führte unter anderem aus, die Christengemeinde in Hohenems lasse sich

nicht durch Intoleranz leiten, wohl aber hege sie die Besorgnis, das Gemeindevermögen könnte von handeltreibenden Juden zum Schaden der christlichen Ackerbauern veräußert werden. Diese Befürchtung war, wie erwähnt, schon öfter von den Gegnern der Verschmelzung auch dem Landesausschuß in Bregenz gegenüber ausgesprochen worden. Dr. Philipp Mauthner als Vertreter der Israeliten legte entschieden Verwahrung ein gegen eine solche "Insinuation" (25).

DAS "VOLKSBLATT" ALS VORKÄMPFER DES ANTISEMITISMUS

Nach dem Urteil des Verwaltungsgerichtshofes waren für die Gegner der Verschmelzung alle Rekursmöglichkeiten erschöpft. Die Bezirkshauptmannschaft Feldkirch ordnete für den Herbst desselben Jahres Gemeindewahlen in Hohenems an. Die Israeliten unterstützten den Bürgermeister Witzemann, der, nachdem die Vereinigung eine unumstößliche Tatsache geworden war, in Verhandlungen ihr Vertrauen zu gewinnen wußte. Von den zehn Gemeindevertretern des 1. Wahlkörpers waren vier Israeliten, mit deren Hilfe Witzemann wiederum das Amt des Bürgermeisters erreichte, wie das "Vorarlberger Volksblatt" in einer Rückschau auf die Gemeindewahlen schrieb. Die christliche Bevölkerung des 3. und 2. Wahlkörpers habe sich in der überwältigenden Mehrheit von ihm abgewandt, lediglich der großteils aus jüdischen Wählern bestehende 1. Wahlkörper habe ihm zum Sieg verholfen. Die Verärgerung des Volksblatt-Korrespondenten richtete sich denn auch in erster Linie gegen diese, als er schrieb:

"Die Israeliten von Hohenems treiben dieselbe kurzsichtige Politik, die sie in der ganzen Welt heutzutage treiben; sie sammeln sich, kleiner Vortheile halber, einen dauerhaften und steigenden Haß, der eines Tages, wenn auch vielleicht nicht in Hohenems, zum Ausbruche kommen wird. Wenn sie mit den Christen leben wollen, sich ihnen förmlich aufdrängen, und unter ihnen gelten wollen ganz wie ihresgleichen, so müssen sie ihre jüdischen Sonderinteressen fahren lassen, und können sie das nicht - wie wir glauben, daß sie es nicht können, daß sie vielmehr immer eine eigene Gesellschaft in der Gesellschaft nicht bloß in religiöser Hinsicht bilden müssen - so müssen sie sich des Gebrauches vieler Rechte freiwillig entschlagen, die ihnen im Prinzipie zustehen, entschlagen zu ihrem eigenen Besten" (26).

Abschließend meinte der Korrespondent, er gehe einig mit allen Vorarlbergern, wenn er behaupte, daß die Israeliten mit der Unterstützung Witzemanns nicht ein "diplomatisches Meisterstück" vollbracht hätten.

Im September 1880 kursierte in Hohenems ein Pamphlet übelster Sorte, das den Volksblatt-Korrespondenten, wie er sich äußerte, in einen "heiligen" Zorn versetzte (27). Anlaß für dieses Pamphlet war die Neuauflage der Kirchenordnung des Jahres 1875. Den Stein des Anstoßes bildete die Bestimmung: "Unter dem Hauptgottesdienst darf an Einheimische nicht ausgeschenkt werden und sind nachts 11 Uhr alle Wirtschaftshäuser zu schließen." Die ganze Kirchenordnung, also auch dieser Passus, fand mit großer Mehrheit die Zustimmung der Gemeindevertreter, um "dem hochw. Pfarramte unterstützend an die Hand zu gehen", wie die Begründung hieß. Ein Exemplar der teils per Post, teils auf geheimen Wegen herumgesandten gedruckten Schmähchrift ist nicht erhalten. Da ihr Inhalt von keiner Seite wiederholt wurde, kann er lediglich aus Andeutungen erraten werden. Danach war sie in Form einer Litanei abgefaßt und gerichtet gegen die Geistlichkeit und vielleicht auch gegen das Komitee, das die Kirchenordnung ausgearbeitet hatte.

Zuerst vermutete der Volksblatt-Schreiber den Hohenemser Korrespondenten des "jüdischen Landboten", wie er die liberale "Feldkircher Zeitung" hintergründig nannte (28), hinter diesem Machwerk. Als sich jedoch auch diese Zeitung von dem Pamphlet distanzierte, zog der Volksblatt-Korrespondent den Schluß, solche "satanische Wutausbrüche", wie sie in der Schmähchrift enthalten seien, müßten "einer völlig verwilderten orientalischen Phantasie" entspringen, "gepaart mit dem fanatischen Ingrim eines richtigen Talmudjuden". Der Volksblatt-Korrespondent konnte keinen Beweis für seine Behauptung beibringen und seine Vermutung auch nicht logisch untermauern, weshalb er einen - wie er es nannte - psychologischen Beweis ins Treffen führte. So folgerte er, selbst wenn ein Katholik sich noch so tief in den Morast sittlicher Verkommenheit verirrt habe, lasse eine nicht bewußte Scheu vor überkommenen Gebetsformeln und Respekt vor den Vertretern der Kirche eine solche Sprache nicht zu, wie sie im besagten Pamphlet verwendet worden sei. Der oder die Verfasser des Pamphlets wurde(n) nie ausgeforscht; die ausfälligen Beschuldigungen des Korrespondenten gegen die orientalischen Einwanderer blieben unbewiesen im Raum stehen.

Daß Hetzkampagnen im Stile des Volksblatt-Schreibers keinen Einzelfall darstellten, daß er sich vielmehr in zahlreicher Gesellschaft befand, beweist folgender Hinweis in der "Feldkircher Zeitung":

"Heute, wo die Wogen der 'antisemitischen' Bewegung hochgehen, wo preußisch-deutsche Junker eine förmliche Treibjagd auf das 'orientalische Wild' veranstalten, heute wo protestantische Orthodoxe und Christlich-Soziale von ihrem Systeme der Lösung der sozialen Fragen eine gar sonderbare Probe ablegen, indem sie ihr Reformprojekt mit einem christlichen (?) Gewaltakte beginnen möchten, wo von der hohen Klerisei bis herab zu den einfachen Früh- und Sechsemessern alles aus vollem Halse schreit: 'Stimmt an das Lied der Lieder, haut die Juden, schlägt

sie nieder', und dadurch auf das Untrüglichste bestätigen, wie sie das Wort ihres göttlichen Meisters 'Liebe den Nächsten' verstanden und ausgelegt wissen möchten, heute glaube ich über einen Punkt nicht ruhig und stillschweigend hinweggehen zu dürfen, weil mir darin eine wohlangebrachte Berechnung zu liegen scheint, in der sogenannten Judenfrage oder richtiger Judenhetze - die sie zum zweifelhaften Wohle der Gemeinde schon seit einem Dezennium dahier angezettelt haben - im jetzigen Momente, wo auch anderwärts gestürmt wird, mit verdoppelter Force vorzugehen" (29).

Der Volksblatt-Korrespondent wurde also offensichtlich durch vielerlei Publikationen antisemitischen Charakters zu seiner Schreibweise animiert.

Die ältesten Einwohner von Hohenems erinnern sich an die Wohltätigkeit der zur Zeit ihrer Kindheit nur noch wenigen zurückgebliebenen Juden. Als in den letzten Tagen des Jahres 1880 der Handelsmann Leopold Brettauer starb, hob der Korrespondent des "Boten für Tirol und Vorarlberg" sein Rechtlichkeitsgefühl und seine Spendefreudigkeit an arme Bewohner hervor. In einer Anmerkung fügte er hinzu:

"Hätten die Berliner solche Juden, wie wir in Hohenems, sie hätten ihre Extravaganzen sicherlich nicht in antisemitischen Demonstrationen Luft gemacht" (30).

In einem Kommentar über die stetige zahlenmäßige Abnahme der israelitischen Bewohner in Hohenems nannte der Volksblatt-Korrespondent einen eigenartigen Beweggrund: "Die meisten von ihnen wanderten ins Ausland, weil die Vorarlberger dieselben immer besser kennen lernten" (31). Dieser Seitenhieb gegen die Juden ist wohl auch unter dem Blickwinkel der damals bevorstehenden Gemeindewahlen zu betrachten. Denn er wünschte sich den Sieg von Gemeindevorsteher Dr. Hermann Mathis, der während der ganzen vergangenen Wahlperiode "treu und muthig für die Sache der Christen gekämpft" habe. Ein Warnsignal für die zuständigen Behörden mußte eine von Unbekannten inszenierte Aktion bedeuten. An einem Sonntag fand sich in der Frühe an zahlreichen Orten - besonders in der Christengasse - die Aufschrift "Tod den Juden". Es ist möglich, daß das die Tat eines einzelnen Fanatikers war; andererseits wäre auch eine gezielte Aktion christlichsozialer Parteigänger denkbar. Die christlichsoziale Partei hatte sich jedenfalls mehr als einmal gegen die Juden ausgesprochen. Der Korrespondent der "Feldkircher Zeitung" machte der Gemeindevorsteherung und damit dem Bürgermeister Dr. Mathis den Vorwurf, er habe die Entfernung der Plakate nicht veranlaßt, sondern sie bis gegen Mittag "zur Erbauung mündiger und unmündiger Gassenbuben" hängen lassen. Erst dann seien die Plakate durch Gendarmerie und Private entfernt worden.

Knapp vor den Gemeindewahlen des Jahres 1882 erschien im "Vorarlberger Volksblatt" ein ausführlicher Wahlkampfartikel, in dem scharfe

Attacken gegen die Juden in Hohenems geritten wurden. Die Hauptschuld an dem "in größter Unordnung und Verwirrung befindlichen Gemeindewesen von Hohenems" treffe die jüdischen Bürger. Hohenems sei jüdische Domäne, und die Juden seien es, die schützend und fördernd ihre Hände über den verfahrenen Zustand halten. Wörtlich hieß es:

"Wer auf Hohenems blickt und sieht, was durch die aufgezwungene Beimischung des schwer verträglichen Elementes aus der großen blühenden Gemeinde geworden, begreift, wie man im Norden und Süden, im Osten und Westen Europa's gegen die Juden sich aufbäumt. Die Juden werden nicht anders können, es wird ihnen vielleicht nicht einmal am besten Willen fehlen, allein sie sind und bleiben einmal ein fremder und fremdartiger Bestandtheil und große wie kleine Gemeinwesen gehen zu Grunde, mit oder ohne Absicht der Juden, sobald dieselben auch nur mit geringeren Procentsätzen der christlichen Einwohnerschaft ohne Unterschied beigement werden" (32).

Der Verfasser des Artikels hatte die Verschmelzung der Israeliten mit der Christengemeinde offensichtlich auch nach mehr als drei Jahren noch nicht verkräftet, besonders weil die Juden gemeinsame Sache mit den politischen Gegnern - den Liberalen - machten.

In den Jahren vor der Jahrhundertwende zeichnete sich der Korrespondent des "Vorarlberger Volksblattes" wiederholt durch antijüdische Bemerkungen als Judenhasser aus. So berichtete er von einem gewissen Dr. Fränkl, der seiner Großmutter einen größeren Geldbetrag entwendet habe, aber über Vermittlung der Juden bald wieder aus der Haft entlassen worden sei. "Seine Verurtheilung wäre ja für die Juden ein Scandal gewesen" (33), gab er als Erklärung für die ihm unverständliche Freilassung an. Anlässlich eines größeren Diebstahls von Meterware in der Textilfirma Rosenthal im Schwefel beschäftigte sich jener Hohenemser Berichterstatte kritisch mit den Zuständen in diesem damals größten Hohenemser Betrieb:

"Allgemein werden bittere Klagen laut über schlechte Ordnung in den Fabriken im Schwefel. Es muß daher in den rosenthalischen Fabriken nicht gar rosig aussehen; die Löhne sind dort auch nicht derart, daß die Arbeiter auf Rosen gebettet wären. Eine brave Frau sagte unlängst, sie wollte lieber mit ihren Kindern Hunger leiden, als dieselben in den Schwefel in die Fabrik schicken, wo sie in großer Gefahr wären, an Leib und Seele zu Grunde zu gehen. Ich bin fest überzeugt, manche Eltern würden ihre Kinder nicht zum Rosenthal in die Fabrik schicken, wenn nicht der Hunger sie dazu zwingen würde. Die Hohenemser kennen halt den Philipp Rosenthal; er ist der beste Beförderer des Antisemitismus in Hohenems und versteht es, die Fabriken zu Pflanzschulen der Socialdemokratie zu machen" (34).

Ein anderes Mal apostrophierte er den Besitzer der Rosenthal'schen Fabriken in einer Notiz als "Restenverschleißer". Der mit dem Vulgonamen "Feisel" genannte Fabrikant habe im Fasching einen sogenannten Judenball veranstaltet, "dann heißt es Gott über die Welt, wie sind das noble Lait, die Herren Rosenthal" (35). Kurz darauf strich der nämliche Berichterstatter den Geschäftssinn der Juden hervor. Er nahm die Abdankung eines Rabbiners zum Anlaß folgender Äußerung: "Die Juden in Hohenems sind eben zu sehr mit ihren Fabriken etc. beschäftigt, und da schwänzt man lieber die Synagoge, als 'Geschäft', Zeit und Geld zu verlieren" (36).

Auch bei der Besetzung von öffentlichen Posten achteten manche auf die Herkunft der Angestellten, wie aus einer Notiz hervorgeht:

"Als Stationsleiter für den abgetretenen Stationschef Pezzei fungiert einer 'von unsere Lait'. Jener Antisemit von Hohenems, der über den Weggang des Pezzei so sehr erfreut war, ist jetzt vom Regen unter die Traufe gerathen. Wir erwarten von der Betriebsdirection auf das Bestimmteste, daß sie unserer christlichen Gemeinde auch einen christlichen Stationschef geben werde" (37).

Weil sich die Geistlichkeit von Hohenems kritisch distanziert über die Juden geäußert hatte, ging die örtliche Bürgermusik ihrer traditionellen Unterstützung seitens der israelitischen Kultusvorstehung verlustig. So jedenfalls formulierte es der Korrespondent des "Vorarlberger Volksblattes". Die Bürgermusik sei abgewiesen worden, "weil unser hochw. H. Katechet vor einiger Zeit in einer katholischen Versammlung sich ein Urtheil über die Juden im a l l g e m e i n e n zu fällen erlaubte, wie es die hl. Kirche durch alle Jahrhunderte gethan und die traurige Erfahrung oft Gelegenheit dazu gibt". Der Korrespondent schloß sich der Ansicht des Katecheten an und untermauerte sie mit dem Ratschlag:

"Wer nicht glaubt, daß die Juden stets die Feinde der Christen gewesen, der studiere nur die Kirchengeschichte oder sonst eine diesbezügliche einschlägige Literatur, z.B. die Broschüre: Warum sind Sie Antisemit?"

Hierauf setzte er sich noch mit wirtschaftlichen Aspekten auseinander:

"Solange man dem Juden schmeichelt, ihn ehrt und auf Händen trägt und ihm bezüglich seiner Handelspolitik nicht zu nahe kommt, so lange ist er gut Freund; sobald man aber seine Untugenden bekrittelt, da zeigt er seine wahre Natur" (38).

Noch einen literarischen Tip konnte der Korrespondent seinen Lesern geben:

"Wer übrigens die Juden und ihr Treiben kennenlernen will, dem rathe ich, das Büchlein: Der Jude des 19. Jahrhunderts zu lesen. Es

kostet nur 40 kr., bietet aber eine Fülle von Material und zeigt klar, wie berechtigt der Antisemitismus in Österreich ist" (39).

Der Hohenemser Korrespondent muß in seinem Haß gegen die Juden und das Jüdische allgemein in der Redaktion des "Vorarlberger Volksblattes" Gleichgesinnte gehabt haben, denn anders ist es nicht zu erklären, daß immer wieder antisemitische Gedanken in dieser Zeitung publiziert wurden. Ein eigenartiges Licht auf die Leitung des "Volksblattes" wirft auch folgende Einschaltung, die vom 9. April 1898 bis zum 16. Juni 1898 täglich erschien:

KAUFT NUR BEI CHRISTEN

Ein aus einer Faust gestreckter Zeigefinger links und rechts des Textes hob die Einschaltung jeweils noch zusätzlich hervor.

Einmal erregte ein jüdischer Warenhändler den Unwillen des Korrespondenten, weil er auch an den Sonntagen seinem Beruf nachging:

"Immer noch schleppt sich jeden Sonntag ein Bündeljude von hier mit einer schweren Last zum Bahnhof. Bald geht's auf- bald abwärts. Aber gemauschelt muß sein. Uns wundert nur, wo es so dumme Christen gibt, die den Juden am Sonntag noch bereichern helfen zum Schaden der christl. Handelsleute, die am Sonntag im Handel beschränkt sind. Juden am Sonntag wenigstens nichts abkaufen wäre erlaubter Antisemitismus. Der kleine christliche Gewerbsmann, der hohe Steuern zahlen muß, kann sich ärgern an solchem Treiben, aber Hilfe findet er scheint's keine dagegen höheren Ortes. Darum sollten aber desto mehr die Christen zusammenhelfen und sich nicht zum Dank für ihre gemachten Geschäfte mit Juden - eigentlich ist das Umgekehrte der Fall - d u m m e G o i m nennen lassen" (40).

Etwa einen Monat später erhitzte sich der Berichterstatter über zwei hausierende Juden, die im ganzen Land eingerahmte Bilder, darunter auch Heiligenbilder, zum Verkauf anboten. Er wiederholte den wochenlang abgedruckten Aufruf: "Christen, kauft nur bei Christen!" und meinte dann: "Hie und da wäre solch krummnasigen Händlern mit Heiligen etwas Frechheit schon nicht gar ohne" (41).

SCHLUSSBEMERKUNG

Die beigebrachten Beispiele zeigen, daß es in Hohenems und darüber hinaus in ganz Vorarlberg sehr wohl Gedanken gab, die als "Antisemitismus" bezeichnet werden können. Besonders zahlreich finden sich solche Äußerungen bei Anhängern der christlichsozialen Partei. Gerade diese Tatsache deutet jedoch darauf hin, daß es sich dabei nicht um den späterhin berüchtigten Rassen-Antisemitismus handelte, sondern daß die Juden nach traditioneller Auslegung der Bibel als die "geschworenen

Gegner des christlichen Glaubens" eingestuft wurden. Ein weiterer Grund für die Aversion gegen "die Juden" war der generalisierende Vorwurf, alle Juden übervorteilten ihre Mitmenschen in wirtschaftlicher Hinsicht. Einen dritten, in seiner Bedeutung nicht zu unterschätzenden, Beweggrund für die Hetzkampagne gegen die Juden stellte deren Zusammenarbeit mit dem politischen Gegner, der deutschfortschrittlichen Partei, dar.

1938 hat die ehemals blühende Judengemeinde zu bestehen aufgehört. Der Abbröckelungsprozeß begann im Jahre 1867, als innerhalb eines Jahres die jüdische Bevölkerung in Hohenems beinahe auf die Hälfte sank. Die Ursachen für diese augenfällige Entwicklung:

- in St. Gallen war im Jahr zuvor eine Israelitengemeinde gegründet worden und

- die Verfassung des Jahres 1867 erlaubte den Juden freies Niederlassungsrecht in der ganzen Österreichisch-Ungarischen Monarchie.

Zurück blieben vor allem ältere und ärmere Personen. Verglichen mit dem geschäftlichen Vorteil, der mit der Auswanderung verbunden war, besaß Hohenems zu wenig Anziehungskraft. So war es dann auch nur eine Frage der Zeit, bis der israelitischen Kultusgemeinde keine andere Wahl mehr blieb, als die in bestem Ruf stehende jüdische Volksschule aufzulassen. In den Jahren zwischen den beiden Weltkriegen wurden der Juden in Hohenems noch weniger, zum Teil weil sie starben, zum Teil weil sie ebenfalls wegzogen. Die letzten konnten sich vor der Machtergreifung Hitlers durch Flucht über die nahe Schweizer Grenze ihrer Verhaftung und Liquidierung entziehen. Nur eine jüdische Familie konnte sich nicht entschließen, die Heimat zu verlassen: der Versicherungs-generalagent Theodor Elkan mit der Gattin Helene und der Sohn, der Mittelschullehrer Dr. Hans Elkan. Alle drei wurden am 31. Mai 1940 nach Wien abtransportiert. Von dort kamen sie nach Warschau. Ihr Schicksal war besiegelt.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges diente Hohenems einige Jahre als Zwischenstation für jüdische Ostflüchtlinge nach Israel. Danach leerten sich die Judenhäuser stetig, der Strom der jüdischen Umsiedler ließ nach, und nach einer aufgelösten Schmuggelaffäre verließen im Sommer 1954 auch die letzten Durchzügler Hohenemser Boden. Im Gegensatz zu den alteingesessenen Juden des vorigen Jahrhunderts suchten diese Umsiedler nicht zu einem Nahverhältnis zur einheimischen Bevölkerung zu finden. Ihr Sinn und Trachten war darauf gerichtet, möglichst schnell das Gelobte Land zu erreichen.

Eine jüdische Gemeinde gehört in Hohenems also der Vergangenheit an. Sie stellte eine Bereicherung dar in geistiger, religiöser und wirtschaftlicher Hinsicht. Sie wurde aber auch zu einem Prüfstein der Toleranz der Zeitgenossen in Hohenems und im Land Vorarlberg.

ANMERKUNGEN

- 1) Aron Tänzer: Die Geschichte der Juden in Hohenems und im übrigen Vorarlberg. Meran 1905. Tänzer standen anfangs dieses Jahrhunderts sämtliche Akten und Belege des Gemeindearchivs der Israeliten zur Verfügung.
- 2) Tänzer (Anm. 1), S.38.
- 3) Ebd., S.47.
- 4) Ebd., S.69.
- 5) Ebd., S.111.
- 6) Ebd., S.126.
- 7) Ebd., S.134f.
- 8) Gemeindearchiv Hohenems: Akten "Juden-Christengemeinde" 15.
- 9) Tänzer (Anm. 1), S.162f.
- 10) Ebd., S.163f.
- 11) Siehe Ludwig Welti: Die Entwicklung von Hohenems zum reichsfreien Residenzort. In: Hohenems - Geschichte, Hg. Marktgemeinde Hohenems. Bregenz 1975, Band 1, S.170.
- 12) Tänzer (Anm.1), S.164.
- 13) Gemeindearchiv Hohenems: "Historische Akten" 107.
- 14) Tänzer (Anm.1), S.437f.
- 15) Meinrad Tiefenthaler: Die Berichte des Kreishauptmannes Ebner. Ein Zeitbild Vorarlbergs aus der 1. Hälfte des 19. Jahrhunderts. Dornbirn 1950, S.45f.
- 16) Johann Jakob Staffler: Das deutsche Tirol und Vorarlberg, topographisch, mit geschichtlichen Bemerkungen; in zwei Theilen. Innsbruck 1847, Band 1, S.72.
- 17) Tiefenthaler (Anm.17), S.183.
- 18) F. Weizenegger/M. Merkle: Vorarlberg. Innsbruck 1839, S.358f.
- 19) Joseph Bergmann: Über Hohenems und die dortige Judengemeinde, die einzige in Tyrol und Vorarlberg. In: Österreichische Zeitschrift für Geschichts- und Staatskunde, 100/1836.
- 20) Weizenegger/Merkle (Anm.18), S.360.
- 21) Hermann Bidermann: Das Judentum und seine Drangsale in Tirol. Eine historische Skizze. Separatabdruck aus der Zeitschrift "Phoenix" Jg.1853, S.11.
- 22) Siehe Norbert Peter: Auseinandersetzungen um die Verschmelzung der Israelitengemeinde mit der Christengemeinde in Hohenems. In: Jahresbericht 1978/79 des Bundesrealgymnasiums Dornbirn-Schoren, S.5-16.
- 23) Gemeindearchiv Hohenems: "Juden-Christengemeinde" 178.
- 24) Ebd., 179.
- 25) Bote für Tirol und Vorarlberg 80/1878.
- 26) VV 78/1878.
- 27) VV 76/1880.
- 28) Die "Feldkircher Zeitung" hielt sich nicht an die Politik der Deutschfortschrittlichen Partei der Wiener Zentrale, sondern vertrat eine jüdenfreundliche Linie.
- 29) Feldkircher Zeitung 101/1880.

- 30) Bote für Tirol und Vorarlberg 7/1881.
- 31) VV 9/1888.
- 32) VV 6/1882.
- 33) VV 156/1895.
- 34) VV 165/1895.
- 35) VV 31/1896.
- 36) VV 48/1896.
- 37) VV 168/1896.
- 38) VV 17/1897.
- 39) VV 251/1898.
- 40) VV 253/1899.
- 41) VV 287/1899.

Gegen Sozialisten und Nazis Der Vorarlberger Heimatdienst als Vertreter bürgerlich-konservativer Interessen

Werner Dreier

1918 war der Erste Weltkrieg zu Ende, und damit brach auch die alte politische Ordnung zusammen. Eine neue Kraft, deren revolutionäre Reden und Programme Bürgertum und Bauernschaft zutiefst verunsicherten, war bedeutsam geworden: die Sozialdemokratie. Die Besitzenden und Anhänger des alten Systems fühlten sich in die Defensive gedrängt. Heer und Gendarmerie waren plötzlich mit Sozialdemokraten durchsetzt, die Belegschaften in den Betrieben waren sozialdemokratisch organisiert, es wurde gestreikt, Arbeiterunmut machte sich auf der Straße Luft. Es bildeten sich Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte - Zeichen eines neuen politischen Bewußtseins, doch in ihrer Stärke vielfach überschätzt. Zur weiteren Verunsicherung des Bürgertums trug die chaotisch verlaufende bayerische Revolution bei; die Räterepublik Lindau lag nur wenige Kilometer von der Vorarlberger Landeshauptstadt entfernt.

DIE GRÜNDUNG DER VOLKSMILIZEN 1919 UND IHRE ENTWICKLUNG BIS 1926

Am 17. April 1919 beschloß die Vorarlberger Landesregierung angesichts der "vierten Revolution" in Bayern, die ein blutiges Chaos mit sich brachte (1), die Schaffung freiwilliger bewaffneter Volksmilizen. Bei der entsprechenden Sitzung waren Landeshauptmann Dr. Ender, seine drei bürgerlichen Stellvertreter Dr. Redler, Loser und Natter, der Landesamtsdirektor Hofrat Walderdorff, der Oberbefehlshaber der Volkswehr in Vorarlberg Oberst Steuerer und dessen Stabschef Major Burger anwesend. Der sozialdemokratische Landeshauptmannstellvertreter Fritz Preiß fehlte (2). Am 30. April 1919 wurde der Erlaß der Landesregierung, der die Bildung der Volksmilizen regelte, im "Volksblatt" publiziert (3). Die offizielle Bezeichnung war "Freiwillige Vorarlberger Volks-

miliz". Es gab anfangs keine Uniformen. Eine Armbinde in den Landesfarben weiß-rot mit dem Aufdruck "V.V.M." diente als Kennzeichnung. Als Bewaffnung waren Gewehre, Jagdgewehre und eventuell Faustfeuerwaffen vorgesehen. Der Einsatz der Freiwilligen sollte in Rotten zu mindestens zehn Mann erfolgen. Die Landesregierung beabsichtigte die Bildung von vier Gruppen; für Bregenz waren 400 Gewehre, für Dornbirn 700, für Feldkirch 600 und für Bludenz 700 Gewehre vorgesehen. Mitte 1920 war die Verteilung der hauptsächlich aus Bayern stammenden Infanteriewaffen bereits erfolgt (4). Die Volksmiliz war in Bezirksverteidigungsräten (B.V.R.) und in Ortsverteidigungsräten (O.V.R.) organisiert. Ihre Aufgabe war es - nach Meinung der Landesregierung -, Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten und den Schutz des Privateigentums zu gewährleisten. Sie sollte "absolut keinen Parteizwecken" dienen. Es dürfte kein Zufall sein, daß die Volksmilizen ins Leben gerufen wurden, kurz nachdem die Nationalversammlung - am 14.3.1919 - das Gesetz über die Vorbereitung der Sozialisierung verabschiedet hatte. Am 11.4.1919 war die Sozialisierungskommission, in die die Sozialdemokratie große Hoffnungen setzte (5), erstmals zusammengetreten (6). Mit den Volksmilizen sollte der "roten Gefahr" begegnet werden, die von Wien und von Bayern zu drohen schien.

Die Vorarlberger Sozialdemokratie sah - im Gegensatz zur Landesregierung - in den bewaffneten Verbänden kein Instrument zur Verteidigung des Landes gegen äußere Gefahren, sondern "weiße Garden" der Reaktion, durch die sie sich bedroht fühlte (7). Der LandesparteiSekretär Anton Linder reiste nach Wien und erreichte vom Staatsamt für Heerwesen folgendes Telegramm an den Landesbefehlshaber in Bregenz:

"Jede Ausgabe von Waffen und Munition unterliegt einer besonderen Bewilligung des Staatsamtes für Heerwesen, einvernehmlich mit dem Staatsamt des Inneren. Nur im Falle drohender Gefahr kann eine solche Ausgabe gestattet werden; aber ausschließlich an Formationen der Volkswehr unter gleichzeitiger Meldung an das Staatsamt für Heerwesen. Wenn eine Waffen- und Munitionsausgabe bereits erfolgt ist, sind Waffen und Munition sofort einzuziehen" (8).

Die "Vorarlberger Wacht", das Organ der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (SDAP), glaubte die Volksmilizen bereits aufgelöst und die rechte Gefahr gebannt. Die Vorarlberger Landesregierung faßte jedoch am 9. Mai 1919 folgenden Beschluß: "Der vorliegende Erledigungsentwurf, wonach das Verlangen abgelehnt wird, und der Landesbefehlshaber angewiesen wird, dem Auftrage des Staatsamtes für Heerwesen nicht zu entsprechen, wird genehmigt" (9). Das "Vorarlberger Volksblatt", das Organ der Christlichsozialen Volkspartei (CVP), die mit 22 von 30 Mandaten die absolute Mehrheit im Landtag hatte (Deutsche Volkspartei: 2, Sozialdemokratische Arbeiterpartei: 5), berichtete nur, die Einziehung der Waffen mache Schwierigkeiten, deswegen habe die

Landesregierung befohlen, sie nicht einzusammeln, sondern der Volksmiliz zu belassen (10). Der sozialdemokratische Landeshauptmannstellvertreter Preiß stellte in der Regierungssitzung vom 21. Mai 1919 erneut einen Antrag auf Auflösung der Volksmiliz; die bürgerliche Mehrheit lehnte ab. Die Landesregierung beschloß, den inzwischen beim Landesbefehlshaber eingelangten Erlaß des Staatsamtes für Heerwesen, der die Auflösung befahl, ohne Erwiderung zur Kenntnis zu nehmen bzw. die Beantwortung dem Landesbefehlshaber zu überlassen; sie kam auch mehreren weiteren Auflösungsanweisungen des Staatsamtes nicht nach (11).

Am 8. Juli - nach dem Austritt der SDAP aus der Landesregierung - wurde im Landtag ausführlich über die Volksmilizen debattiert (12). Landeshauptmann Ender stellte sich in der Beantwortung einer von christlichsozialen Abgeordneten gestellten - bestellten? - Anfrage auf den Standpunkt, die Volksmilizen seien geschaffen worden, um die bolschewistische Gefahr abzuwehren, die von den Spartakisten Lindaus gedroht habe (13). Ein weiterer Grund sei die prekäre innenpolitische Situation gewesen: Linder habe selbst gesagt, bei der Einführung der Räterediktatur in Bayern hätten Genossen geglaubt, die Zeit des Anschlusses an Bayern sei gekommen. Aufgabe der Volksmiliz sei es, für Ruhe und Ordnung zu sorgen. Sie sei jedoch kein Instrument der Reaktion und auch keine "weiße Garde", die an eine Restauration der Monarchie denke. Der Landeshauptmann beschloß seine Ausführungen mit einem harten Angriff auf den Abgeordneten Linder, der es gewagt hatte, die Vorarlberger Landesregierung in Wien zu "verklatschen" (14), indem er das Staatsamt um ein Eingreifen ersucht hatte. Linder sei kein Vorarlberger, ein Vorarlberger hätte die Angelegenheit im Landtag einer Klärung zugeführt: "Ein Vorarlberger, der in Vorarlberg geboren und ein wahrer Vorarlberger ist, hätte das gefühlt. Dadurch, daß Sie das getan haben, Herr Linder, haben Sie bewiesen, daß Sie sich nicht akklimatisiert haben, noch kein Vorarlberger geworden sind, das hätten Sie sonst nicht getan" (12).

Linder ging auf den Diffamierungsversuch nicht ein. Er warf der Landesregierung in seiner Entgegnung vor, die Volksmilizen heimlich geschaffen zu haben und Arbeitern den Beitritt zu verweigern; die Volksmilizen seien unter anderem dazu da, Lohnkämpfe der Arbeiterschaft zu verhindern. Der Landeshauptmann wiederum bestritt vehement den Einfluß der Volksmilizen auf Lohnverhandlungen u. dgl. und lieferte eine neue Begründung für die Existenzberechtigung der bewaffneten bürgerlichen Selbstschutzverbände. Er zitierte bedeutende Sozialdemokraten wie Friedrich Adler und Karl Seitz, die die Diktatur des Proletariats als Ziel der Politik der SDAP bezeichnet hätten. Die Aktualität sozialistischer Bedrohung sei durch den Gewaltakt von Dornbirn, mit dem Linder sympathisiert habe, genügend bewiesen. (Dornbirner Arbeiter

hatten im März die Ausfuhr von Vieh aus dem hungernden Vorarlberg des Jahres 1919 zu verhindern gesucht.) Die Volksmiliz werde erst aufgelöst, "wenn nicht mehr Räte-Kongresse von der historischen Stunde reden". Linder forderte nochmals die Auflösung und betonte, die Sozialdemokratie werde ihrerseits in Vorarlberg auf eine Bewaffnung verzichten. Doch das Schreckgespenst des Bolschewismus, das Kleinbürger militant machte, ließ sich nicht mehr bannen. Die revolutionäre Diktion der SDAP-Politiker, die mit ihrer der Reform verpflichteten Praxis nicht übereinstimmte, hatte mitgeholfen, es zu schaffen.

Die Volksmiliz breitete sich rasch über das Land aus. Am 8.7.1920 sprach der Landeshauptmann im Landtag von Ortsgruppen in Bregenz, Dornbirn, Götzis und Feldkirch (15). Die Bewaffnung konnte nicht geheimgehalten werden, wie die Diskussion um die Verteilung von 100 Gewehren in Frastanz (16) sowie der Diebstahl von 56 Gewehren und einer Kiste Munition aus dem Schulhaus in Bürs zeigen. Es gab teilweise zu viele Gewehre: In Schruns im Montafon wurden Gewehre und Munition im Saal des Bezirksgerichts aufbewahrt - man wußte nicht, wo die Waffen sonst hätten gelagert werden sollen (17).

Ludger Rape, dem für seine Darstellung der Vorarlberger Heimwehren weitgehend nur die Lageberichte der Vorarlberger Heimwehrführung an die Organisation Kanzler zur Verfügung standen, tendiert dazu, die Heimwehr in Vorarlberg als politisch weithin autonome Macht zu betrachten und den Einfluß der Vorarlberger Landesregierung auf ihre Aktivitäten zu unterschätzen. Er übernimmt auch Fehleinschätzungen der Heimwehrleitung. So wird in dem christlichsozialen Landtagsabgeordneten und Bundesrat Dr. Drexel ein Förderer der Heimwehrebewegung vermutet; gerade Drexel war jedoch ein Gegner aller demokratiefeindlichen Bestrebungen (18). Bei der Würdigung der Quellen, die Rape zur Verfügung standen, muß beachtet werden, daß es sich um Berichte der Heimwehrleitung an den ausländischen Waffenlieferanten handelte, die gewisse Übertreibungen hinsichtlich der Stärke und Bedeutung der Formationen enthalten konnten.

Die 1919 aufgestellte Volksmiliz, für das Volk die "Hahnenschwänzler" und österreichweit die Heimat- oder Heimwehr, war bis Sommer 1920 in Vorarlberg vollständig bewaffnet (19). Als am 20. November 1920 2000 aufgebrachte Oberländer Bauern einige wegen "Schädigung der Volksernährung" zu Gefängnisstrafen verurteilte Standesgenossen befreiten, wurden die Volksmilizen nicht eingesetzt; als klassenorientiertes konservatives Machtinstrument konnten sie besitzende Bauern nicht gegen andere besitzende Bauern mobilisieren, es wurde vielmehr befürchtet, daß sich die Bauern selbst mit Volksmilizausrüstung bewaffnen könnten: Als zwischen April 1919 und November 1920 aus dem Bürser Schulhaus 56 eingelagerte Gewehre samt einer Kiste Munition verschwanden, wurden neben Sozialdemokraten auch Landbündler ver-

dächtigt (19). Das Bezirksgericht Schruns wiederum ersuchte am 12.12.1920 die Landesregierung um eine Verlagerung des Waffendepots, das in seinen Räumen eingerichtet worden war; der Verhandlungsaal werde benötigt, und die Waffen seien für rebellierende Bauern zu leicht erreichbar. Am 21.2.1921 ordnete die Landesregierung die Übergabe der Gewehre an den Gendarmerieposten an (19).

FINANZIERUNG

Im März 1923 veranstaltete die Heimatwehr Bregenz (20) ihren Gautag, zu dem auch die Wehren der umliegenden Orte erschienen waren. Der Landeshauptmann hielt eine Rede: Er sei zu diesem Gautag gekommen, da er wisse, daß die Heimatwehrangehörigen "dem Frieden, der Ruhe und der Ordnung und unserem lieben Ländchen, unserer Heimat dienen wollen...". Die Heimatwehr, die Schwesterorganisation des Notbanns (21), wahre "das Recht der Allgemeinheit gegen ungerechte Gewaltanwendungen einer einzelnen Klasse...". Dem Landeshauptmann wurde das Abzeichen der Heimatwehr überreicht, nachdem er ihr die aktive Unterstützung durch die Landesregierung zugesagt hatte. Bis zu diesem Zeitpunkt habe das Land der Entwicklung nur wohlwollend zugeschaut, nun aber, da der Republikanische Schutzbund als Kampfbund zur Errichtung der Diktatur des Proletariats auch in Vorarlberg geschaffen worden sei, habe sich die Situation grundlegend verändert. Daß die Landesregierung allerdings bereits an der Gründung der Volksmilizen – den Vorläufern der Heimatwehr – maßgeblich beteiligt gewesen war und daß sie die Heimatwehr in der Folge nicht nur ideell, sondern auch materiell kräftig unterstützen würde, verschwieg Landeshauptmann Ender.

Es findet sich zwar kein Budgetansatz "Finanzierung Heimatwehr" in den einzelnen Landesvoranschlägen (22), der Landeshauptmann hatte aber bei der Landeshypothekenbank unter dem Decknamen "Abteilung VII" ein Konto eingerichtet, auf dem sich für den Heimatdienst bestimmte Gelder befanden. Der Heimatdienst bediente sich auch bei anderen Gelegenheiten des Decknamens "Abteilung VII" (23). Die Landesregierung finanzierte die Einrichtung des Heimatdienstbüros, die Anschaffung eines Kurzwellensenders, sie kam für die Bezahlung des Landesführers sowie für die Kosten eventueller Einsätze auf und war bereit, Versorgungsansprüche von Mitgliedern des Heimatdienstes und deren Angehörigen bei Invalidität oder im Todesfall zu befriedigen (24). Mit Landtagsbeschluß vom 28.6.1922 wurde der Landeshauptmann ermächtigt, den Verein "Notbann" finanziell zu unterstützen, und mit

Landtagsbeschluß vom 13.12.1929 wurde diese Ermächtigung auf den Verein "Vorarlberger Heimatdienst" ausgedehnt (24a).

Unter den Empfängern der bedeutenden italienisch-ungarischen Heimwehsubventionen scheint Vorarlberg nicht auf (25). Von den knapp eineinhalb Millionen Schilling italienischer Geheimgelder, die die österreichischen Heimwehren von 1928 bis 1930 erhalten und ausgegeben hatten, wurden größere Beträge in der von Kerekes (25) publizierten Abrechnung gesondert ausgewiesen. So erhielten von Oktober bis Dezember 1929 die Landesorganisationen von italienischer Seite 190 694,50 Schilling; davon entfielen 130 000 Schilling allein auf die Steiermark, 20 000,-- auf Kärnten und 20 500,-- auf Oberösterreich. Die Abrechnung war zeitlich und nach Beiträgen an die Bundesländer, Beiträgen für Ausrüstungszwecke, Beiträgen für Aufmärsche, Geldern für Presse und Propaganda sowie Geldern für Wahlen gegliedert. Es läßt sich daraus nicht erkennen, ob italienische Gelder auch nach Vorarlberg geflossen sind. Da größere Beträge jedoch sonst immer nach Bundesländern gesondert ausgewiesen wurden, ist zu vermuten, daß es sich -wenn überhaupt - um keine wesentlichen Summen gehandelt haben kann.

Die Vorarlberger Heimwehr wurde maßgeblich durch die Industrie finanziert. 1926 druckte die sozialdemokratische "Vorarlberger Wacht" einen Bittbrief der Landesführung der Heimwehr ab, der an Industrielle und Gewerbetreibende gerichtet war (26). 1928 veröffentlichte die "Wacht" eine Aussendung des Vorarlberger Industriellenverbandes, in dem die Heimwehr als das einzige "Aktivum" bezeichnet wurde, das in der österreichischen Innenpolitik zu entdecken sei: "... und ich halte es für ein Gebot der Selbsterhaltung, bei jeder Gelegenheit dafür einzutreten, daß diese Volksbewegung ... stark erhalten wird. Es besteht die Möglichkeit, daß wir ihrer noch dringender bedürfen, als damals im Juli 1927" (27). Der Industriellenverband hoffte, mit der Unterstützung der Heimwehren folgende Ziele leichter erreichen zu können: "Abbau der zu starren Bestimmungen über die Arbeitszeit, der zu großen Urlaubsausmaße des Angestelltengesetzes, der zu langen Kündigungsfristen..." Da hier das sozialdemokratische Parteiorgan "Vorarlberger Wacht" als Quelle dient, kann die Echtheit des zitierten Briefes angezweifelt werden - es könnte sich um eine Fälschung der "Wacht"-Redakteure handeln. Doch spricht ziemlich viel für die Echtheit der beiden Schreiben. Zum einen findet sich in keiner der beiden bürgerlichen Tageszeitungen ("Vorarlberger Volksblatt", "Vorarlberger Tagblatt") eine Gegen-darstellung, zum anderen entsprach der Inhalt durchaus der Politik des Industriellenverbandes. Schließlich sind aus anderen Bundesländern die Zahlungen der Industrie an die Heimwehren gesichert nachgewiesen (28).

Außerdem findet sich in den Akten der Vorarlberger Landesregierung ein Brief der Landesleitung des Vorarlberger Heimatdienstes vom 1. Juni 1929, in dem Spenden für das alljährliche Landesschießen erbeten

werden. Es heißt dort: "Wenn auch die Mehrzahl unserer regelmäßigen Spender unterstützende Mitglieder einzelner Ortsgruppen sind und diesen für die Ausbildung der mobilen Kompagnien sehr ansehnliche Geldbeträge zukommen ließen, erachtet es die Landesleitung dessenungeachtet für ihre Pflicht, im Interesse der Gesamtorganisation an Euer Hochwohlgeboren abermals die ergebene Bitte zu richten, uns durch einen für Ehrengaben gewidmeten Geldbetrag gütigst unterstützen zu wollen. Das österreichische Volk wird vielleicht in absehbarer Zeit vor wichtige Entscheidungen gestellt werden, die nur dann einer für jeden Bürger und die gesamte österreichische Wirtschaft günstigen Lösung zugeführt werden können, wenn die Geschlossenheit der Gesamtorganisation neuerlich gefestigt wird." Die Landesleitung - Leiter des Schutzdienstes: Major Moriz von Matt; Landesführer: Dr. Mohr - bat um Unterstützungszahlungen auf das Postsparkassenkonto A 45.499. Die Landesregierung spendete, wie schon 1927 und 1928 sowie anschließend 1930 und 1931, 300 Schilling zum Ankauf einer Ehrengabe (29).

Die finanzierende Industrie versuchte, ihren Einfluß auf die Heimwehr auch personalpolitisch zu sichern. Der Dornbirner Fabrikant Julius Rhomberg wollte den Ex-Oberstleutnant Kunze neben Major von Matt als Landesführer eingesetzt sehen, da der Heimatdienst dessen militärische Fähigkeiten benötige. Landeshauptmann Dr. Ender kam einem diesbezüglichen Ersuchen Rhombergs allerdings nicht nach, da sich im Oberland Widerstand gegen die Bestellung zweier ehemaliger Offiziere zu Landesführern regte. Er schlug Rhomberg einen Kompromiß vor: Kunze solle Bregenzer Bezirksführer werden. Dr. Ender hatte das Schreiben Rhombergs vom 29.12.1926 als Angebot zur Übernahme der Besoldung Kunzes durch den Fabrikanten aufgefaßt; am 11.1.1927 - Kunze war inzwischen vom Landeshauptmann als Landesführer abgelehnt worden - distanzierte sich Rhomberg von der Besoldung des Ex-Offiziers (30).

DER HEIMATDIENST:

VEREINIGUNG VON NOTBANN UND HEIMATWEHR

Die Vorarlberger Landesregierung hatte schon 1922 ihren Einfluß auf Arbeitskämpfe erprobt, indem sie Streikbrecher schützte oder Streiks sogar verhinderte. Um Schäden infolge von Elementargewalten, politischen Streiks oder mutwilligen Lohnstreiks - was politisch oder mutwillig war, wußte die Landesregierung zu entscheiden - besser bekämpfen zu können, wurde der "Notbann" als Streikbrecherorganisation gegründet. Diese Organisation orientierte sich an der deutschen Nothilfe und am Beispiel anderer Bundesländer (30a). Die sozialdemokratische Landtags-

fraktion leistete heftigen Widerstand. Die christliche Arbeiterbewegung und deren Sekretär Troidl, dem die "Wacht" anlässlich eines organisierten Streikbruchs in Bludenz eine "unklare Rolle" attestierte (30b), gerieten über diese Frage mit ihrer Partei kurzfristig in Konflikt (30c), konnten sich aber nicht durchsetzen. Die bürgerliche Mehrheit im Landtag beschloß, der Landeshauptmann werde beauftragt, "den Verein 'Notbann Vorarlberg' (Nothilfe Vorarlbergs in lebenswichtigen Betrieben) bei seinen Einführungsarbeiten zu unterstützen und er wird ermächtigt, seine Tätigkeit durch Zuweisung von Räumen und anderen Kanzleibehelfen zu fördern". Der Notbann wurde erstmals beim österreichweiten Eisenbahnerstreik vom 7. bis 13.11.1924 eingesetzt, wobei er einen Kraftfahrzeugaushilfsdienst organisierte (30d).

Am 31.12.1926 stellte das "Volksblatt" den Vorarlberger Heimatdienst vor, in dem Heimatwehr und Notbann zusammengefaßt wurden (31). Der Landeshauptmann band den bürgerlichen Schutzverband eng an die Landesregierung; er hatte das Recht, die Landesleitung zu ernennen und abzurufen. Die Landesleitung setzte sich aus Major Moriz von Matt (Landesführer des Heimatdienstes, Landesstabsleiter der Heimatwehr), Dr. Wilhelm Mohr (Vorsitzender der Landesleitung des Heimatdienstes) und Ingenieur Johannes Wolf (Landesleiter des Heimatdienstes, Leiter der Technischen Nothilfe) zusammen. Ihr stand ein Ausschuß mit beratender Funktion zur Seite, dem auch der Landesführer der Heimatwehr, Stefan Kohler, angehörte. Der Ausschuß setzte sich aus 6 öffentlich Bediensteten, 4 Angestellten, 13 Selbständigen, 4 freiberuflich Tätigen und 6 anderweitig Beschäftigten zusammen. 1928 war der Heimatdienst in ein mobiles Bataillon (4 Kompagnien mit Lastkraftwagen in Bregenz, Dornbirn, Feldkirch, Bludenz) und in lokale Formationen gegliedert (32). Nach der Darstellung im Heimwehrbuch "Heimatschutz in Österreich" gab es in Vorarlberg 7 mobile Kompagnien mit insgesamt 600 Mann, Ortsformationen unbekannter Stärke und die Technische Nothilfe. Insgesamt sei der Heimatdienst 2000 Mann stark. Diese Angaben dürften zu hoch angesetzt sein (33).

Für die "Vorarlberger Wacht" war der Heimatdienst kein Instrument zur Verteidigung des bedrohten Volkes, sondern ein klassenorientiertes Machtmittel, das dazu diene, die Machtübernahme durch die SDAP nach einem möglichen Sieg bei den nächsten Nationalratswahlen gewaltsam zu verhindern (34). In der "Wacht" war noch wenige Jahre zuvor über die Heimatwehr gespöttelt worden, sie sei eine "Sonntagsarmee" (35). 1929 wurde im Heimatdienst dann eine "Gefahr für die Ruhe und Ordnung in der Republik" erkannt, wie es die sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten in einem Antrag zur Liquidierung des Heimatdienstes formulierten (36).

EXKURS: DER REPUBLIKANISCHE SCHUTZBUND

Hier ist nicht der Platz, eine Geschichte des Republikanischen Schutzbundes in Vorarlberg zu schreiben. Mit Hilfe weniger Quellen soll lediglich versucht werden, seine Existenz zu verdeutlichen. Am 25.4. 1920 druckte die "Vorarlberger Wacht" einen Artikel der "Salzburger Wacht" auszugsweise ab, in dem die Gründung von Arbeiterwehren zum Schutze der Republik vor der aufkommenden bewaffneten Reaktion gefordert wurde (36a). Der Republikanische Schutzbund entwickelte sich in Österreich - von den Ende 1918 gegründeten Arbeiterwehren ausgehend - zu einem der innenpolitisch relevantesten Machtfaktoren (37). 1920 wurden die lokalen Arbeiterwehren in den Ordnerabteilungen der SDAP zusammengefaßt (38). 1922 akzeptierte der Parteitag der SDAP Österreichs die "Notwendigkeit der Wehrhaftmachung des Proletariats zur Abwehr der bewaffneten Gewalt der Besitzenden". Im Februar 1923 wurde der Wiener Republikanische Schutzbund vom Magistrat als erster Österreichs genehmigt, 1924 wurde die Schutzbundorganisation in die Gesamtorganisation der SDAP übernommen (39). Schon einen Monat nach der Wiener Gründung, am 20.3.1923, fand die Gründungsversammlung der Ortsgruppe Bregenz des Republikanischen Schutzbundes statt. Julius Deutsch, der ehemalige Staatssekretär für Heerwesen und Leiter des Schutzbundes, referierte (40). Am 3.9.1923 wurde die Ortsgruppe Dornbirn gegründet (41). Die Landesleitung der Heimwehren Vorarlbergs hatte bereits 1921 in einem Lagebericht an die Münchner Organisation Kanzler (Orka) festgehalten, die sozialistischen Arbeiterwehren seien im Bezirk Bregenz ca. 200 Mann stark und das Land sei in vier Wehrbezirke aufgeteilt (42).

Weitere Angaben zur Vorgeschichte des Schutzbundes liegen nicht vor, auch die weitere Entwicklung ist nicht ausreichend dokumentiert. Eines scheint klar zu sein: Der Schutzbund war in Vorarlberg kaum oder gar nicht bewaffnet (43). Seine Haupttätigkeit war der Versammlungsschutz (44). Der bedeutendste Aufmarsch erfolgte in Dornbirn am 19. September 1929 mit ungefähr 900 zum Teil uniformierten, zum Teil nur mit Armbinden versehenen Teilnehmern (45). Ende 1925, als Italien massiven Druck auf Österreich ausübte, wurde erwogen, den Vorarlberger Schutzbund zu einer eventuellen Verteidigung Tirols heranzuziehen (46).

In ihrem Linzer Programm (1926) bekannte sich die SDAP zur "defensiven Gewalt". Die militärischen Mittel der Partei - der Schutzbund - sollten nur zur Abwehr von Angriffen eingesetzt werden. Der Vorarlberger Schutzbund allerdings konnte dem Abwehr-Auftrag nicht gerecht werden, er blieb - von der Parteileitung nicht forciert? - ein zu Aktionen unfähiges Instrument. Eine militaristische Organisation, wie

sie Alexander Eifler gegen die Intentionen Theodor Körners durchdrückte, war in Vorarlberg nicht aufzubauen. Hier hätte angesichts der drückenden Überlegenheit der Reaktion nur das Guerillakonzzept Körners Aussicht auf Erfolg gehabt (47). Als der Schutzbund im März 1933 aufgelöst wurde, wurden am 15. und 16. März die Arbeiterheime in Bregenz, Dornbirn, Feldkirch und Bludenz sowie die Gebäude der Konsumvereine Bregenz-Vorkloster und Dornbirn von Gendarmerie und Militär durchsucht. Gefunden wurden: 8 Gummiknüppel, 3 Kleinkaliberge-
wehre, 2 alte Karabiner, 4 Bajonette, 1 Trommelrevolver, 1 Stutzen und 1 Werndlgewehr. Diese Information stammt aus der "Vorarlberger Wacht"; das christlichsoziale "Volksblatt" berichtete erst gar nicht über die Waffensuche, die Funde waren anscheinend nicht ausgiebig genug (48).

DER VORARLBERGER HEIMATDIENST - EIN INSTRUMENT DER LANDESREGIERUNG

Am 15. Juli 1927 waren die Arbeiter Wiens außer Kontrolle der Partei geraten. Sie handelten angesichts einer unglaublichen Justiz - die Schattendorfer Mörder waren freigesprochen worden -, angesichts einer aus der Rechtsstaatlichkeit entbundenen, bedrohlichen Staatsgewalt und angesichts berittener und mit Gewehren bewaffneter Polizei: Der Justizpalast brannte. Am Ende gab es 81 tote, 57 schwer verletzte und 196 leicht verletzte Demonstranten sowie 4 tote Polizeibeamte, 1 toten Bundesheeroffizier, 61 schwer, 28 unbestimmten Grades und 430 leicht verletzte Polizeibeamte (48a). Kerekes konstatiert in seiner Aufarbeitung ungarischen Archivmaterials zur österreichischen Heimwehr: "Der Brand des Justizpalastes am 15. Juli 1927 war - und damit müssen wir einen weiteren geschichtlichen Irrtum zerstreuen - eigentlich eine zielbewußte Provokation der Regierung, was Schober nachträglich auch dem ungarischen Gesandten Ambrozy eingestand" (49). Um staatliche Ordnungsmacht zu demonstrieren, war Militär bewußt erst eingesetzt worden, als der Aufruhr zu groß war, um leicht und ohne Blutvergießen eingedämmt zu werden. Die Parteiführung der SDAP, die es versäumt hatte, mit dem Schutzbund rechtzeitig ordnend einzugreifen, wollte die Bewegung der Straße durch einen eintägigen Generalstreik und einen unbegrenzten Verkehrsstreik in geordnete Bahnen lenken. Sie versuchte, die Dynamik der Straße für ihre politischen Ziele nutzbar zu machen und, wenn möglich, die Regierung Seipel zu stürzen (50). Es gelang ihr, mit der Perspektive eines Sturzes der Regierung die Massen zu disziplinieren.

Der eintägige Generalstreik erreichte Vorarlberg nicht, dafür aber dauerte der Verkehrsstreik hier länger. Gendarmerie und Militär hatten die Bahnhöfe besetzt. Der Zugverkehr wurde nicht Montag 24 Uhr, sondern erst Dienstag vormittags wieder aufgenommen, nachdem sich Ordnungsmacht und Streikende auf einen Kompromiß geeinigt hatten (51). Um des Verkehrsstreiks Herr zu werden, war erstmals auch der Heimatdienst einberufen worden: "An die gesamte heimattreue Bevölkerung ergeht die Aufforderung, sich dem Heimatdienst zur Verfügung zu stellen ...", so Dr. Ender im "Volksblatt" vom 18.7.1927. Der Einsatz erfolgte aber nicht, um irgendwelchen Unruhen zu begegnen - keine der Zeitungen wußte von solchen zu berichten -, sondern um den Streik zu beenden und die Macht der Konservativen zu demonstrieren. Die Straße sollte nicht - wie in Wien - den Sozialisten überlassen werden. Dabei war jedoch der mit Gewehren bewaffnete Heimatdienst nicht sehr erfolgreich: Gendarmerie und Militär weigerten sich, mit den großteils jungen und unerfahrenen Burschen zusammenzuarbeiten, worauf der Heimatdienst vom Landeshauptmann zurückbeordert wurde (51). Wichtiger als der Einsatz selbst war wohl sein Presseecho. Das "Volksblatt" feierte die Ordnungsaktion als großen Erfolg - eine Stärkung konservativ-reaktionären Selbstbewußtseins, den Gegner auf der Straße und im Betrieb unter Kontrolle halten zu können.

Am 31.7.1927 veranstaltete der Heimatdienst am Bregenzer Kornmarktplatz eine Fahnenweihe. Gendarmerie und Militär sowie die Tiroler Heimwehr entsandten ihre Vertreter, auch der Bregenzer Bürgermeister, der Bezirkshauptmann von Bregenz, der Landesamtsdirektor, der Landeshauptmann, der Dekan und Stadtpfarrer von Bregenz waren dabei (52). Die Sozialdemokraten fehlten. Die "Wacht" hatte sie aufgefordert, die Feier nicht zu stören und den Kornmarktplatz zu meiden (53). Auch 1929, wieder anlässlich eines Heimwehraufmarsches, schrieb die "Wacht": "Was wir von unseren Genossen fordern, ist die Disziplin, sich nicht provozieren zu lassen" (54). Die Sozialdemokraten gingen einer offenen Konfrontation aus dem Weg, sie wußten sich unterlegen. Statt dessen versuchten sie, den Konflikt zwischen Heimwehr- und Arbeiterinteressen aufzuzeigen und so die christliche Arbeiterschaft der Heimwehr politisch zu entfremden. Die "Wacht" zitierte christlichsoziale Funktionäre, die die Heimwehr als Dienerin des Kapitals und als den Arbeiterinteressen fremd bezeichneten (55).

Der große Heimwehraufmarsch am 7.10.1928 in Wiener Neustadt, eine bewußte Provokation, berührte auch Vorarlberg: 120 Gendarmen wurden nach Niederösterreich verlegt, um Schutzbund und Heimwehr auseinanderzuhalten. Der Heimatdienst und das Militär hielten Bereitschaft und versahen Objektschutz am Spullersee-Staudamm, an den größeren Bahnhöfen und Postämtern sowie an der Kraftwerksbaustelle Partenen (56). Vorarlberg drohte allerdings keinerlei Gefahr von links.

Die "Wacht" hatte am 6.10.1928, also am Vortag des Wiener Neustädter Aufmarsches, auf Seite 1 nachhaltig an die Bevölkerung appelliert, Ruhe und Ordnung zu bewahren. Der Landesparteitag und die Landesgewerkschaftskommission warnten vor einem Heimwehrputsch; sie forderten die sozialdemokratische Arbeiterschaft auf, sich nicht provozieren, aber auch nicht einschüchtern zu lassen (57).

1928 wurden Alarmpläne des Bregenzer Heimatdienstes bekannt, der gegebenenfalls durch vier Böllerschüsse vom Martinsturm seine Mitglieder mobilisieren wollte. Die "Wacht" berichtete auch von Waffentransporten: Aus dem Bregenzer Austriahaus wurden am 2.10.1928 2 Kisten Gewehre, 4 Kisten Munition, 1 Kiste Bestandteile und 2 Maschinengewehre weggebracht, "... dabei wurde der Verschluss eines bayerischen MG verloren, der bei der Redaktion der Wacht zu betrachten ist" (58). Die Meldungen der "Wacht" finden sich in den Akten der Vorarlberger Landesregierung bestätigt: Der Heimatdienst-Landesführer Mohr mußte sich mit Schreiben vom 8.10.1928 gegenüber dem Landeshauptmann rechtfertigen - die Zeitungsmeldung war zu unangenehm. Die Maschinengewehre hatten sich seit 1920 im Besitz der Heimwehr befunden (59). Im November 1928 veröffentlichte die "Wacht" die Namen von Heimatdienstmitgliedern, insbesondere von Geschäftsleuten: Kein anständiger Arbeiter solle bei ihnen kaufen. Boykott war die Devise (60), die aber mangels wirtschaftlicher Kraft der Arbeiterschaft undurchführbar war.

In seiner "politischen Neujahrsbetrachtung" zur Jahreswende 1928/29 erklärte Landeshauptmann Dr. Ender, der Heimatdienst sei die Antwort auf die sozialdemokratischen Gewalttaten, die Gewerkschaftsbewegung und deren Terror, auf den Eisenbahnerstreik und auf die parlamentarische Praxis der SDAP, als Minderheit die Beratung von Gesetzen zu verhindern: "Ist es verwunderlich, daß diese Gewaltmethoden eine Gegenaktion gezeugt haben? Der Heimatdienst trat ins Leben. Ausgehend vom richtigen Gedanken, daß Notwehr der Gewalt entgegengesetzt werden darf, und daß man Gewalt nicht mit Worten allein abwehren kann, hat er sich zu einer Macht organisiert. Nun schreit man: das führt zum Bürgerkrieg! Natürlich: wenn man sich die Gewalttätigkeit ohne Notwehr gefallen ließe, dann könnte die Gewalttätigkeit Siegerin werden ohne Krieg" (61). Anders stellte ich die Sachlage aus der Sicht der Sozialdemokratie dar: "Der Heimatdienst, wen schützt er? Die Frage löst sich von selbst, wenn man weiß, wer den Zauber bezahlt - den Kapitalisten", so Fritz Preiß zur Neujahrsbetrachtung Enders (62).

Es läßt sich kaum erschließen, was in den Köpfen der christlichsozialen Landespolitiker vorging, als sie 1919/20 die Volksmilizen und 1926 den Heimatdienst schufen: War es unreflektierte Sozialistenangst, wirkliche Angst vor einem äußeren Feind oder nur vorgeschobene Angst zur Sicherung der eigenen Machtposition? Eines ist sicher: Eine abzuweh-

rende Gefahr bestand weder 1919/20 noch 1926 in dem Maße, in dem sie der Landeshauptmann zu beschwören pflegte und der zu begegnen MGs und hunderte Gewehre notwendig gewesen wären.

Einigem Vorarlberger Christlichsozialen wurde denn auch spätestens 1929 bewußt, daß die Heimatwehren österreichweit nicht nur willige Handlanger christlichsozialer Politik, sondern eine durchaus eigenständige politische Kraft waren. Bundesrat Prälat Dr. Drexel warnte auf dem außerordentlichen Parteitag der CVP Vorarlbergs in Feldkirch am 2.6.1929: "Die Heimatwehren haben nach dem 15. Juli (1927) stärker eingesetzt und sind stark geworden und jetzt besteht die Gefahr, daß sie eine eigene Partei anfangen, von uns gefördert und unterstützt und zu spät als eine Gefahr erkannt" (63). Auf demselben Parteitag forderte Drexel eine Annäherung der CVP an die SDAP zur Abwehr antidemokratischer Bestrebungen.

Ein Heimwehputsch wurde ständig für möglich gehalten (64) und eine Rechtsdiktatur in Österreich befürchtet (65). Schlägereien zwischen Heimwehrlern und Arbeitern häuften sich in den Bundesländern östlich des Arlbergs. In Vorarlberg hingegen herrschte relative Ruhe, die Christlichsozialen saßen unangefochten im Sattel. Während zum Beispiel bei den Nationalratswahlen am 9.11.1930 der Heimatblock, die politische Organisation der Heimatwehren, in allen anderen Bundesländern kandidierte und acht Mandate erreichte (67), galt für Vorarlberg der Entschluß: "In Rücksicht auf die besonderen Verhältnisse in Vorarlberg stellt der Heimatdienst für die kommenden Nationalratswahlen keine Wahlwerberliste des Heimatblocks auf. ... Bregenz, 4. Oktober 1930. Die Landesleitung" (68).

Als der Tiroler Heimwehführer Steidle am 8.9.1929 bei einem Heimwehraufmarsch in Vorarlberg eine Verfassungsrevision forderte und die nebulösen Ziele seiner Bewegung andeutete - eine Gesellschaft ohne Klassengegensätze, wahre Demokratie auf Grund der Zusammenfassung, autoritativen Lenkung und Ausgleichung aller volkserhaltenden Kräfte (69) (die Ständestaatsideologie Spans machte sich die Heimwehr erst Anfang 1930 zu eigen) -, erschien wenige Tage später ein Leitartikel im "Volksblatt", der mit "Die alte Fahne hoch" überschrieben war und sich gegen die radikalen Ziele Steidles wandte: "Gewiß geben die Parteien und der Parlamentarismus Anlaß zu Vorwürfen. Aber man wird bedenken müssen, ob die tatsächlichen Fehler dadurch beseitigt werden, daß man die ganze demokratische Form und den Parlamentarismus aus dem Wege räumt" (70, 71).

Am 21. September 1929 nahm die christlichsoziale Volkspartei Vorarlbergs im "Volksblatt" Stellung zum Heimatdienst: Der Heimatdienst unterstehe dem Landeshauptmann und sei nur für Einsätze im Lande geschaffen, den einzelnen Mitgliedern stehe es jedoch offen, freiwillig in anderen Ländern tätig zu werden. Die CVP begrüße eine

Verfassungsreform, die die volle Handlungsfähigkeit des Parlaments herstelle und die Freiheit am Arbeitsplatz gewährleiste. Der Bundesrat solle in eine Länderkammer umgewandelt und eventuell neben dem Nationalrat eine Ständekammer geschaffen werden. Im übrigen sei es schade, daß die Heimwehren ihre Vorschläge zur Verfassungsänderung nicht konkret zur Diskussion gestellt hätten (72).

In der "Wacht" vom 28.9.1929 erläuterte die SDAP hierzu ihren Standpunkt: Die Ablehnung jeder Diktatur durch die CVP wurde begrüßt, eine Linksdiktatur komme sowieso nicht in Frage. Es sei aber festzuhalten, daß der Heimatdienst kein vom Landtag genehmigtes oder offiziell begutachtetes Instrument darstelle; es müsse aber zugegeben werden, "daß gerade der Umstand, daß der Landeshauptmann an der Spitze des Heimatdienstes steht, vielleicht eine gewisse Gewähr bietet, daß der Vorarlberger Heimatdienst nicht jene Abenteuerpolitik mitmachen wird, wie sie von der Bundesleitung der österreichischen Heimwehren propagiert und mit ekelhafter Selbstüberhebung angekündigt und angedroht wird" (73). Es sei auch nichts Besonderes, daß ein mehrfach auf die Verfassung vereidigter Landeshauptmann ihm unterstehende Einheiten nicht zu einem Marsch auf Wien und zum Sturz der Verfassung abkommandiere; vielmehr sei von ihm zu erwarten, daß er alles Mögliche veranlasse, um derartiges zu verhindern.

Für die Entwicklung der Heimwehrebewegung in Vorarlberg war die enge Bindung an den frei und demokratisch gewählten Landeshauptmann sicher bedeutsam. Der Vorarlberger Heimatdienst bildete zu keinem Zeitpunkt eine akute Bedrohung der Landesdemokratie. Er diene der rechtsgerichteten und autoritären Politik der Landesregierung, war aber kein Instrument zur Schaffung einer Rechtsdiktatur. Das ist dem Landeshauptmann als Verdienst anzurechnen. Dr. Ender setzte sich gegen "rechte Auswüchse" sofort und vehement zur Wehr. Als zum Beispiel der Landesführer des Heimatdienstes, Dr. Mohr, ohne Rücksprache mit Ender den sogenannten "Korneuburger Eid" leistete, wurde er von Ender scharf kritisiert, der Eid wurde verworfen. Ebenso scharf wandte sich Ender gegen den Größenwahn des Tiroler Heimwehrführers Steidle (74). Ender bekannte sich zur "Demokratie" als einem autoritativ verfaßten Gebilde und lehnte die radikaleren politischen Ambitionen der Heimwehren ab (75). So distanzierte sich die Landesleitung des Heimatdienstes auch vom Putschversuch des steirischen Heimwehrführers Dr. Pfrimer im Jahre 1931 - sie stand blindem Putschismus ohnehin fern (76).

DER ANSCHLUSS DES HEIMATDIENSTES AN DIE HEIMWEHREN. GEGEN SOZIALISTEN UND NATIONALSOZIALISTEN

1932 näherte sich der Heimatdienst den österreichischen Heimwehren an, die ihre Glanzzeit aber schon hinter sich hatten (77). Das "Volksblatt" veröffentlichte folgende Erklärung, die vom Landesführer Mohr unterzeichnet war: "Die offen hervortretenden Bestrebungen des Marxismus und Kommunismus, mit Gewalt die staatliche Entwicklung zu beeinflussen und zu stören, zwingen zu einer Gesamtheit aller vaterländischen Wehrverbände. Der Vorarlberger Heimatdienst schließt sich deshalb dem österreichischen Heimatschutz als Wehrbewegung an, um in einer einheitlichen überparteilichen Wehrführung zum Schutze von Freiheit, Recht und Wirtschaft des österreichischen Volkes bereitzustehen. Durch diesen Anschluß wird der Vorarlberger Heimatdienst dem Führerrate beigezogen, erhält aber nur in Wehrangelegenheiten beschließende Stimme. Die Organisation des Vorarlberger Heimatdienstes bleibt in seinen Satzungen, Aufruf und Aufbau unverändert" (78). Von christlichsozialer Seite wurden Bedenken gegen den Anschluß laut. Ein Wochenkommentar des "Volksblatts" forderte die Abrüstung aller bewaffneten Verbände, kritisierte die österreichischen Heimwehren und mahnte: "Die Heimwehr muß auf dem Boden der Demokratie und auf dem Boden des Staates stehen..." (79).

Die "Wacht" begrüßte die Klarheit, die durch diesen Schritt des Heimatdienstes geschaffen wurde: "Man weiß nun endlich, wohin er gehört und wird sich dementsprechend einzurichten wissen. Ohne oder mit dem Vorarlberger Heimatdienst, auf jeden Fall ist dafür gesorgt, daß die Träume der Faschisten nicht zur Wirklichkeit werden" (80). In Vorarlberg blieb es auf sozialdemokratischer Seite bei rhetorischen Mitteln zur Abwehr der rechten Gefahr; der Schutzbund befand sich hier in einem desolaten Zustand: "... nicht einmal eine Turnorganisation, er war noch schlechter als eine Turnorganisation ...", so charakterisierte ihn einer, der dabei gewesen war (81).

Der Vorarlberger Heimatdienst war ab 1930, ebenso wie die österreichischen Heimwehren, immer schwächer geworden. Die "Wacht" sah ihn im Frühjahr 1931 schon in Agonie liegen: "Und auch das kleine Restchen, das in Vorarlberg übrig geblieben ist, wird in Zukunft, soweit es sich nicht um die Erhaltung aus öffentlichen Mitteln handelt, keine Katze mehr interessieren" (82). Eine solche Einschätzung war vielleicht eine polemische Übertreibung. Doch auch der Beitrag über den Vorarlberger Heimatdienst im offiziellen Heimatwehr-Prachtband aus dem Jahre 1934, "Heimatschutz in Österreich", gibt den Verfall dieser Organisation zwischen 1930 und 1933 zu (83). Dafür war neben anderen Faktoren hauptsächlich die aufkommende nationalsozialistische Bewegung verantwortlich, die unter den Heimatdienstmitgliedern viele Anhänger

fand: Der militärische Leiter des Heimatdienstes, Major von Matt, und der Bezirks- und Stadtführer von Bregenz, Oberst Kunze, traten 1933 mit zahlreichen Gesinnungsgenossen als Nationalsozialisten aus dem Heimatdienst aus (84). Neuer Landesführer wurde der Dornbirner Toni Ulmer, der im März 1934 auch den Landesführer Dr. Mohr ablöste und den Heimatdienst zu neuer Stärke führte (August 1933: 1400 Mann). Mit christlichsozialer Hilfe gelang die Neugründung von etlichen Heimatdienstgruppen im Bregenzerwald (85). Die Bauern wurden aktiver.

1933 hatte innerhalb des Heimatdienstes ein großer Wandel stattgefunden. Bis dahin war es das rote Feindbild gewesen, das als kleinster gemeinsamer Nenner die bewaffnete kleinbürgerliche Rechte zusammengehalten hatte. Am 15. März 1933 war jedoch der Schutzbund verboten worden. Der Heimatdienst stand nun vermehrt einem ganz anderen Gegner gegenüber: dem militanten Nationalsozialismus. Diese politische Umorientierung strapazierte im Frühjahr 1933 den Heimatdienst bis an die Grenze seiner Belastbarkeit. Er drohte auseinanderzubrechen. Auf diese Situation bezog sich Landeshauptmann Ender in seinem Schreiben an Toni Ulmer vom 3. Juli 1934, in welchem er sich vom Heimatdienst, der sich Bundeskanzler Dollfuß und Vizekanzler Starhemberg unterstellt hatte, verabschiedete. Gleichzeitig kündigte er Verhandlungen an, die ein neues Naheverhältnis des Landes zum Heimatdienst begründen sollten: "Ich nehme diesen Anlaß wahr, um mich vom Vorarlberger Heimatdienst zu verabschieden. Der Heimatdienst ist in Zeiten entstanden, die noch unter den Auswirkungen des Umsturzes von 1918 standen, die Sicherheit des Landes war wiederholt gefährdet; lebenswichtigen Betrieben drohte Gefahr. Damals leisteten viele mutige und waffengewohnte Männer unseres Landes meinem Rufe Folge und traten willig in die Doppelreihe. Durch all' die Jahre, in denen ich die erste Verantwortung im Lande zu tragen hatte, war uns der Bestand des Heimatdienstes von großem Werte. Ich danke bei meinem Abschied der Leitung und allen Männern der Doppelreihe für ihre Treue, mit der sie Volk und Heimat gedient haben. Mein besonderer Dank gilt jenen, die im Frühjahr 1933, als manche sich irrten und wankten, unserer heimatlichen Sache treu geblieben sind, und jenen, die in diesen schicksalsschweren Tagen neu in die Reihe traten..." (86).

Ab August 1933 unterstützte der Vorarlberger Heimatdienst in zahlreichen Gemeinden die Gendarmerieposten durch nächtliche Patrouillengänge bei der Abwehr nationalsozialistischer Aktionen (87). 1934 wurde zur Entlastung der im Bregenzer Sicherheitsdienst Tätigen eine Abteilung des Wiener freiwilligen Schutzkorps nach Bregenz versetzt. Das führte zu vielen Reibereien und gewalttätigen Auseinandersetzungen mit Bevölkerung und städtischer Sicherheitswache; die Assistenz mußte diszipliniert werden (88).

Die Heimatdienstmitglieder mußten in jenen Jahren eine bittere Erfahrung machen: Sie standen nicht mehr auf der Seite der wirtschaftlichen Macht. Zahlreiche Vorarlberger Industrielle waren Förderer der illegalen NSDAP geworden. Heimatdienstmitglieder waren in den Betrieben Schikanen ausgesetzt, oft verloren sie sogar ihren Arbeitsplatz (89).

ZUSAMMENFASSUNG

Die Sozialdemokratie hatte 1918/19 in Österreich kurzfristig die politische Macht erobert. Es gelang ihr jedoch nicht, auch die wirtschaftliche Macht zu erlangen und gesellschaftliche Schlüsselpositionen zu besetzen. In Vorarlberg bildete die SDAP im Landtag immer eine kleine Minderheit. Der Druck von der Straße und die Stärke der Freien Gewerkschaften sicherten ihr lediglich 1918/19 für kurze Zeit Einfluß. Um dem Druck von der Straße zu begegnen, begann eine Koalition aus den christlichsozialen Bürgern, Bauern, Arbeitern und Angestellten und den großdeutschen Beamten, Kaufleuten, Gewerbetreibenden und Industriellen, sich Heer und Gendarmerie dienstbar zu machen. In diesen Institutionen wurde eine gezielte Einstellungspolitik betrieben, Sozialdemokraten wurden nicht mehr aufgenommen. Mit Hilfe der Exekutive und der neu gegründeten Heimwehr (Volksmilizen) war es möglich, die Macht der Freien Gewerkschaften innerhalb und außerhalb der Betriebe zu brechen. Die Vorarlberger Sozialdemokratie konnte (wollte?) den bewaffneten Verbänden nichts Ebenbürtiges entgegensetzen. Spätestens 1927 waren die Sozialdemokraten in ganz Österreich in die Defensive gedrängt. Jetzt wirkte sich die Dialektik, die die Heimwehren als Reaktion auf die "Beinahe-Revolution" von 1918/19 so stark hatte werden lassen, umgekehrt aus: Mangels eines entsprechenden Widerparts im Lande wurde der Heimatdienst - von Grund auf ein reagierendes Instrument - schwächer. Die Radikalen wandten sich in der Folge immer mehr den Nationalsozialisten zu, die am Anfang der dreißiger Jahre zur Bedrohung alter Machtverhältnisse wurden. Die Landesregierung als Exponentin konservativer bürgerlich-bäuerlicher Gruppierungen begann, den Heimatdienst auf ein neues Ziel auszurichten: auf die Abwehr nationalsozialistischer Umtriebe. Dieser Schwenk konnte jedoch von einem großen Teil der Mitglieder des Heimatdienstes nicht mitgemacht werden. Die Organisation brach fast auseinander. Der Landeshauptmann reagierte rasch: Er bestellte 1934 eine neue Führung, die den Heimatdienst wieder aufbaute. Im Kampf gegen den nationalsozialistischen Gegner konnte ein neues Potential erschlossen werden, die Bauern wurden aktiver. Erstmals gelang es, im Bregenzerwald Fuß zu fassen. So änderten sich zwar die Mitgliedschaft, die Führung und die

Zielsetzung des Heimatdienstes, nur eines blieb gleich: die bürgerlich-konservativen Interessen, denen er diente.

ANMERKUNGEN

- 1) Vgl. Handbuch der Bayerischen Geschichte. Vierter Band: Das neue Bayern. 1. Teilband. Hg. Max Spindler, München 1974, S.425ff., und Karl Schweizer: Die Revolutions- und Rätebewegung in Lindau/Bodensee von November 1918 bis Juni 1919. Lindau 1978.
- 2) Vgl. Präsidium der Vorarlberger Landesregierung: Protokoll über die Landesregierungssitzungen im Jahre 1919, Sitzung vom 17.4.1919; hierzu sowie zum Folgenden s.a. VLA, LReg.Abt.II, Landeshauptmann 1106/1923, Sammelakt Volksmiliz, Bürgerwehr.
- 3) VV 30.4.1919. Die Landesregierung berief sich dabei auf einen Erlaß des Staatsamtes für Heerwesen vom 12.2.1919, der der Vorarlberger Landesregierung als Abschrift durch die Tiroler Landesregierung übermittelt worden war. Am 15.5.1919 teilte das Staatsamt der Landesregierung mit, daß Gründungen von Bürgerwehren nach dem Erlaß vom 12.2. nur nach vorheriger Genehmigung durch den Kabinettsrat zulässig seien, die Vorarlberger Volksmilizen daher zu Unrecht bestünden und aufzulösen seien. Derselbe Standpunkt wurde vom Staatsamt noch in mehreren Schreiben vertreten. Die Landesregierung kam keiner Aufforderung nach. Vgl. Sammelakt Volksmiliz, Bürgerwehr (Anm. 2).
- 4) Sammelakt Volksmiliz, Bürgerwehr (Anm. 2), Beantwortung eines Fragebogens des Staatsamtes für Heerwesen mit Stand 1. April 1920 zur Erfassung lokaler Streitkräfte. Vgl. auch Ludger Rape: Die österreichischen Heimwehren und die bayerische Rechte 1920-1923. Wien 1977, S.106; Rape schreibt von 3600 Gewehren im September 1920 (siehe den Beitrag Rapes in diesem Band).
- 5) VW 7.5.1919, S.1.
- 6) Vgl. Erwin Weissel: Die Ohnmacht des Sieges. Arbeiterschaft und Sozialisierung nach dem Ersten Weltkrieg in Österreich. Wien 1976, S.263ff.
- 7) VW 5.5.1919, S.1.
- 8) VW 12.5.1919, S.1; vgl. auch Sammelakt Volksmiliz, Bürgerwehr (Anm. 2).
- 9) Präsidium, Sitzung v. 9.5.1919, Punkt II (Anm. 2).
- 10) VV 18.5.1919, S.3.
- 11) Präsidium, Sitzung v. 21.5.1919 (Anm. 2), vgl. auch Sammelakt Volksmiliz, Bürgerwehr (Anm. 2).
- 12) Stenographische Sitzungsberichte des Vorarlberger Landtags zu Bregenz, 6. Sitzung, 6.7.1919, S.41ff.
- 13) Auf die bolschewistische Gefahr bezog sich auch der Landesbefehlshaber des Heeres, Oberst Steuerer, in einem Schreiben vom 20. Mai 1919 an das Staatsamt für Heerwesen. Am 10.4.1919 hatten

nach Darstellung Steuerers Mitglieder des Lindauer Arbeiter-, Bauern- und Soldatenrates mit einem Auto die Grenzsperrung durchbrochen und waren zum Sitz der Vorarlberger Landesregierung gefahren, wo sie die Freilassung des angeblich festgenommenen Ratsvorsitzenden forderten, andernfalls revolutionäre Truppen einmarschieren würden. Steuerer stellte sich in dem Brief in Übereinstimmung mit der Landesregierung gegen die Anordnung des vorgesetzten Amtes, die Volksmilizen aufzulösen; Sammelakt Bürgerwehr, Volksmiliz (Anm. 2). Vgl. auch Schweizer (Anm. 1), S.167.

- 14) So die Formulierung von Landeshauptmann Ender (Anm. 12).
- 15) Stenographische Sitzungsberichte (Anm. 12), 8. Sitzung, 15.6.1919, S.4.
- 16) Vgl. Sammelakt Bürgerwehr, Volksmiliz (Anm. 2). Anton Linder hatte die Gemeindevertretung Frastanz wegen unbefugter Waffenverteilung angezeigt. Die Frastanzer sozialdemokratischen Gemeindevertreter waren zurückgetreten, da sie die Bewaffnung der Besitzenden gegen die Nichtbesitzenden nicht dulden wollten; es hatten nur Bürger mit Grundbesitz ein Gewehr bekommen. Vgl. auch Stenographische Sitzungsberichte (Anm. 12), 14. Sitzung v. 7.9.1920, S.17ff.
- 17) Im September 1920 verfügte die Heimwehr nach Rape (Anm.4), S.170, über 3 600 Gewehre und 16 Maschinengewehre, die aus Bayern geliefert worden waren. Vgl. zu den Maschinengewehren auch das Schreiben des Heimwehr-Landesführers Mohr an Landeshauptmann Ender vom 8.10.1928, VLA, LReg.Präs.900/1928, Sammelakte Vorarlberger Heimatdienst.
- 18) Zu Drexel siehe weiter unten.
- 19) Vgl. Sammelakt Volksmiliz, Bürgerwehr (Anm. 2).
- 20) Vom VV 30.3.1923, S.1, als Heimatwehr bezeichnet.
- 21) Zum Notbann siehe weiter unten.
- 22) Vgl. Stenographische Sitzungsberichte (Anm. 12), Beilage "Voranschlag des Landeshaushaltes für das Jahr ...", Voranschläge der einzelnen Jahre.
- 23) Sammelakt Vorarlberger Heimatdienst (Anm. 17).
- 24) Ebd. Die Landesregierung verwehrte jedoch dem Heimatdienst, seine Post in Kuverts der Landesregierung zu versenden; VLA, LReg. Präs. 488/1931.
- 24) a) Vgl. LReg. Präs. 484/1934.
- 25) Lajos Kerekes: Abenddämmerung einer Demokratie. Mussolini, Gömbös und die Heimwehr. Wien-Frankfurt-Zürich 1966.
- 26) VW 17.7.1926, S.1.
- 27) VW 10.11.1928, S.6. Zwei Briefe des Textilfabrikanten Julius Rhomberg aus Dornbirn an den Landeshauptmann sind im Sammelakt Vorarlberger Heimatdienst (Anm. 17) enthalten.
- 28) Vgl. Briefe Rhombergs (Anm. 27) und Kerekes (Anm. 25), S.41; Adam Wandruszka: Österreichs politische Struktur. Die Entwicklung der Parteien und politischen Bewegungen. In: H. Benedikt (Hg.): Geschichte der Republik Österreich. Wien 1954, S.290-485, hier S.363; Rape (Anm.4), S.170.

- 29) VLA, LReg. Präs.674/4-1929.
- 30) Brief Rhomberts an Landeshauptmann Ender vom 11.1.1927 (Anm.27).
- 30 a) Stenographische Sitzungsberichte (Anm. 12), 1921/1922, 22. Sitzung vom 18.6.1922, S.17f.
- 30 b) VV 21.7.1923, S.5f.
- 30 c) Stenographische Sitzungsberichte (Anm. 12), 1921/22, 22. Sitzung vom 18.6.1922, S.20f.
- 30 d) VV 8.11.1924, S.3.
- 31) VV 31.12.1926, S.3; vgl. auch: Der Vorarlberger Heimatdienst. In: Heimatschutz in Österreich. Wien 1934, S.292, wo erst die zweite Jahreshälfte 1927 als Zeitpunkt der Schaffung des Heimatdienstes angegeben wird.
- 32) VV 30.10.1928, S.2.
- 33) Der Vorarlberger Heimatdienst (Anm.31), S.292.
- 34) VV 8.1.1927, S.3f.
- 35) Vom 25. bis 29.7.1923 hatte die Heimwehr ihr Landesschießen abgehalten; Landeshauptmann Ender hatte eine Parade abgenommen, an der 404 Mann teilgenommen hatten - für die "Vorarlberger Wacht" vom 4.8.1923, S.3, eine lächerliche Zahl; vgl. auch VV 31.7.1923, S.1f.
- 36) Der vom Landtag abgelehnte Antrag in VLA, LReg. Präs.149/1929.
- 36 a) VW 25.4.1920, S.1.
- 37) Vgl. zur Entstehung des Schutzbundes Ilona Duczynska: Der demokratische Bolschewik. Zur Theorie und Praxis der Gewalt. München 1975, und Christine Vlcek: Der Republikanische Schutzbund in Österreich. Geschichte, Aufbau und Organisation. Diss. Wien 1971.
- 38) Vlcek (Anm. 37), S.28f.; Duczynska (Anm.37), S.67ff.
- 39) Vlcek (Anm.37), S.48f., 67, 89.
- 40) VW 28.7.1923, S.6.
- 41) VW 10.9.1923, S.4.
- 42) Vlcek (Anm. 37), S.30f.
- 43) Sozialdemokratische Abgeordnete behaupteten im Landtag, der Schutzbund sei unbewaffnet. Das erregte keinerlei Widerspruch der bürgerlichen Abgeordneten; Stenographische Sitzungsberichte (Anm. 12), 1927/28, 11. Sitzung vom 22.12.1927, S.59.
In derselben Sitzung überreichte der sozialdemokratische Abgeordnete Rauscher Landeshauptmann Ender ein Paket Dummdumgeschosse, die der Schutzbund der Heimwehr abgenommen hatte; ebd., S.40. Während das "Volksblatt" von Waffensuchen bei innerösterreichischen Schutzbundorganisationen ausgiebig berichtet, weiß es aus Vorarlberg nichts zu vermelden. Die Zeitung ist gezwungen, sich auf Waffenfunde in Wien zu berufen, um den Sozialdemokraten klarzumachen, sie hätten kein Recht, gegen die Bewaffnung der Vorarlberger Heimwehr zu agitieren (VV 15.2.1929, S.1).
- 44) 1923 schützte der Bregenzer Schutzbund eine Versammlung, auf der Dr. Renner sprach, mit 60 Mann; VW 17.10.1927.
- 45) VW 19.10.1929, S.3; 30.9.1929, S.1; 3.10.1929, S.3; 8.10.1929, S.3; VV 1.10.1929, S.4

- 46) Vlcek (Anm. 37), S.108 ff., bes. S.110.
- 47) Vgl. zur "defensiven Gewalt" und zum Linzer Programm Duczynska (Anm. 37), S.89ff., zum Programm Körners und dessen Ablehnung durch die Partei ebd., S.111f., sowie Vlcek (Anm.37), S.280-285, die die "Allgemeinen Bemerkungen" Theodor Körners zum Aktionsplan Alexander Eiflers für die Oststeiermark aus dem Jahre 1932 wiedergibt.
- 48) VW 18.3.1933, S.1.
- 48 a) Zahlen nach Hans Leo Mikoletzky: Österreichs Zeitgeschichte, Vom Ende der Monarchie bis zum Abschluß des Staatsvertrages 1955. Wien-München 1962, S.116. Walter Kleindl: Österreich. Daten zur Geschichte und Kultur. Wien-Heidelberg 1978, S.329, nennt 89 Tote, 660 Schwer- und 1000 Leichtverletzte. Vgl. zur Rolle der Polizei Walter Goldinger: Der geschichtliche Ablauf der Ereignisse in Österreich 1918 bis 1945. In: H. Benedikt (Hg.): Geschichte der Republik Österreich. Wien 1954, S.15-288, hier S.154. Bei Jaques Hannak: Karl Renner und seine Zeit. Wien 1965, S.484ff., sind auszugsweise die Reden Bauers und Renners vom Parteitag 1927 abgedruckt, die sich mit dem 15. Juli beschäftigten. Hannak erwähnt noch eine wichtige Komponente, die zur Eskalation auf der Straße beigetragen hatte: Der Schutzbund war zu spät und in zu geringer Stärke ordnend eingesetzt worden. Er wäre besser in der Lage gewesen, Arbeiterunmut zu begegnen, als Polizei und Heer (ebd., S.482). Vgl. auch Vlcek (Anm.37), S.148ff. und Duczynska (Anm. 37), S.110ff. Duczynska nennt Gründe für die späte Mobilisierung - die Demonstration sollte keinen offiziellen Charakter bekommen -, und sie zeigt die Tragödie auf, die der späte Einsatz dann bedeutete: Der Schutzbund war zwischen die Fronten geraten - von der Polizei beschossen, von der Arbeiterschaft bespuckt.
- 49) Kerekes (Anm. 25), S.182; vgl. die Einleitung von Friedrich Heer zu Duczynska (Anm. 37), S.26f. und S.45f., der Ignaz Seipel als erbarmungslosen Bekämpfer des Sozialismus charakterisiert.
- 50) Vgl. Goldinger (Anm. 48a), S.155.
- 51) VW, 23.7.1927, S.1, S.4; VV 18.7.1927, S.2. Der Eisenbahn wurde auch in den folgenden Jahren große Bedeutung beigemessen. 1930 waren zur Sicherung des Zugverkehrs 646 Mann Heimatdienst vorgesehen; VLA, LReg. Präs. 900/1928, Sammelakt Vorarlberger Heimatdienst.
- 52) VV 1.8.1927, S.1; 8.8.1927, S.1.
- 53) VW 30.7.1927, S.3.
- 54) VW 7.9.1929, S.4.
- 55) VW 7.4.1928, S.2.
- 56) VLA, LReg. Präs. 865/1928. Vgl. zu Wiener Neustadt Kerekes (Anm.25), S.27f.
- 57) VW 6.10.1928, S.1.
- 58) VW 6.10.1928, S.2.
- 59) VLA, LReg. 900/1928, Sammelakt Vorarlberger Heimatdienst.
- 60) VW 17.11.1928, S.3.
- 61) VV 29.12.1928, S.1.

- 62) VW 5.1.1928, S.1.
 63) VV 4.6.1929, S.3.
 64) VW 11.8.1928, S.1; 9.10.1928, S.2; 16.8.1928, S.1. Mussolini forderte von den Heimwehren ständig die "Marcia su Wien", auch das österreichische Kapital erwartete ihre Machtergreifung und den energischsten Kampf gegen die Sozialdemokratie; s. Kerekes (Anm.25), S.58ff. u. S.95.
 65) VW 28.8.1928, S.1.
 66) VW 22.11.1928, S.1.
 67) Wandruszka (Anm.28), S.366.
 68) VV 4.10.1930, S.1.
 69) VV 9.9.1929, S.1f.
 70) Wandruszka (Anm.28), S.364f.
 71) VV 13.9.1929, S.1f.
 72) VV 21.9.1929, S.1. Was "Freiheit am Arbeitsplatz" aus christlich-sozialer Sicht bedeutete, hatten Arbeiter schon früher erfahren können: Streiks wurden abgewürgt, das "Volksblatt" rief Streikbrecher herbei, die von der Gendarmerie geschützt wurden - so beim Bauarbeiterstreik Bludenz 1922 (VV 1.10.1922, 4.10.1922, 29.9.1922).
 73) VW 28.9.1929, S.3f.
 74) VW 29.5.1930, S.1. Der Korneuburger Eid vom 18. Mai 1930 bedeutete die Festlegung der österreichischen Heimatwehren auf ein gemeinsames Programm, das - auf der Ständestaatsidee Spanns aufbauend - den westlichen Parlamentarismus und den Parteienstaat verwarf und den Umbau Österreichs in einen ständisch organisierten Staat forderte. In der ersten Fassung des Eids war gegen die Kirche und zu Fragen der Erziehung Stellung bezogen worden: "Die Erziehungsaufgabe wird der Einflußnahme der Kirche völlig entzogen und einem staatlichen Organ zur Regelung überwiesen. Die Kirche selbst wird der Oberaufsicht des Staats unterstellt." Dieser Punkt führte zu besonderen Differenzen mit Vertretern der Christlichsozialen Partei und wurde später von Steidle als "zurückgezogen" erklärt; vgl. dazu Fritz Klenner: Die Österreichischen Gewerkschaften, Wien 1952 (2 Bände), S.992 ff. sowie Klaus Bertschold (Hg.): Österreichische Parteiprogramme 1868-1966. Wien 1967, S.402f. Hier ist der Text des Eides allerdings in einer Fassung zu finden, die den Passus bezüglich Kirche und Erziehung nicht mehr enthält.
 75) Vgl. Hans Huebner: Dr. Otto Ender. Dornbirn 1957, S.126; die "Endersche Formel" bedeutete die Ablehnung parteipolitischer Ambitionen der Heimwehren, während die Existenzberechtigung der Heimwehren als Kampfinstrument der politischen Rechten nicht angezweifelt wurde. Die Darstellung Huebners enthält hagiographische Züge, sie setzt sich mit dem Landeshauptmann nicht sehr kritisch auseinander.
 76) VV 15.9.1931, S.1. Zum "Pfrimerputsch" vgl. Wandruszka (Anm.28), S.366f. und Klenner (Anm.74), S.995ff.; Klenner hebt die Rolle der Sozialdemokratie bei der Niederwerfung des Putsches hervor.

- 77) Vgl. zur Krise der Österreichischen Heimwehren Wandruszka (Anm. 28), S.366.
- 78) VV 4.3.1932
- 79) Wochenkommentar "Am Webstuhl der Zeit", VV 12.3.1932, S.2.
- 80) VW 5.3.1932, S.3.
- 81) Alois Hammer in einem Interview, zit.n. Kurt Greussing: Vorarlberger Sozialdemokraten in der Illegalität 1934-1938. In: Gerhard Botz u.a. (Hg.): Bewegung und Klasse. Studien zur österreichischen Arbeitergeschichte. Wien-München-Zürich 1978, S.341-359, hier S.344.
- 82) VW 21.5.1931, S.3.
- 83) Vorarlberger Heimatdienst (Anm.31), S.295; VLA, LReg. Präs. 778/1-1933; zum Bregenzerwald s. VLA, BH Bregenz, III-1876/1933.
- 84) Vgl. dazu Hubert Frommelt: Vorarlberg 1933/34. Die Anfänge des neuen Systems Dollfuß-Schuschnigg (Hausarbeit aus Geschichte der Neuzeit an der Universität Innsbruck). Innsbruck o.J., S.33. Frommelt befaßt sich u.a. mit den Auswirkungen der NS-Propaganda auf den Heimatdienst.
- 85) Vgl. Vorarlberger Heimatdienst (Anm. 31), S.295; VLA, LReg. Präs. 778/1-1933; zum Bregenzerwald s. VLA, BH Bregenz, III-1876/1933.
- 86) VLA, LReg. Präs. 484/1934.
- 87) VLA, LReg. Präs. 716/1-8/1933: Der Landeshauptmann rief den Heimatdienst in Dornbirn (4.8.1933), Bregenz, Feldkirch, Bludenz, Lustenau, Rankweil, Schruns, Höchst (11.8.1933) zur Unterstützung der Gendarmerie auf. Insgesamt kamen 68 Mann zum Einsatz. Vgl. auch VLA, BH Bregenz III-310/1934, Terrorakte-Abwehr.
- 88) VLA, LReg. Präs. 321/1934.
- 89) Vgl. dazu Harald Walser: Wer stand hinter der NSDAP? Ein Beitrag zur Geschichte Vorarlbergs 1933 und 1934. In: Zeitgeschichte 8/Mai 1980, S.294f. (Abdruck des Aufsatzes in diesem Band).

Die Vorarlberger Heimwehr und die bayerische Rechte 1920—1923

Ludger Rape

In Österreich ist die Entwicklung der bürgerlichen Wehrformationen während der Zwischenkriegszeit wesentlich durch die Zusammenarbeit mit den Rechtskräften des benachbarten Auslandes bestimmt worden. Konservative Wehrführer und Politiker der westlichen Bundesländer Salzburg, Tirol und Vorarlberg haben vor allem mit dem 1919 in Bayern unter der Leitung von Dr. Georg Escherich und Rudolf Kanzler entstandenen "Einwohnerwehrverband" bald intensive Kontakte hergestellt. Der folgende Beitrag untersucht die Gründungsphase der Vorarlberger Heimwehren aus der Perspektive ihrer Verbindungen mit der bayerischen Rechten.

Nach dem Ersten Weltkrieg ersetzen auch in Vorarlberg die bürgerlichen Parteien die politische Diskussion mit den Sozialdemokraten sehr schnell durch eine rein machtorientierte Konfrontationspolitik. Die Anfänge der Heimwehrebewegung liegen hier sogar noch erheblich früher als in Tirol und Salzburg. Nicht erst die Wehrpolitik der österreichischen Sozialdemokraten, sondern bereits die bayerische Räterepublik fordert das bürgerliche Lager zur Errichtung parteigebundener bewaffneter Kräfte heraus. Diese im Frühjahr 1919 gegründete Volksmiliz bleibt allerdings schlecht bewaffnet, mangelhaft durchorganisiert und überdies ein volles Jahr lang ohne jeden Kontakt zur benachbarten bayerischen Einwohnerwehr (1).

Unter dem Eindruck der sozialdemokratischen Wehrpolitik beginnt man jedoch am weiteren Erfolg dieses Verfahrens zu zweifeln. Einflußreiche Kreise im bürgerlichen Lager wollen den weiteren Ausbau der Heimwehrebewegung beenden und statt dessen versuchen, nach Auflösung der Volkswehr durch systematische Propaganda unter der Landbevölkerung so viele loyale Soldaten in das neue Bundesheer hineinzuschleusen, daß wenigstens im eigenen Lande eine von der Wiener Regierung unabhängige Truppe geschaffen werden kann (2). Die Mehrheit ist mit solchen Erwägungen allerdings nicht einverstanden, sondern plädiert für eine enge Kooperation mit der bayerischen Einwohnerwehr und erwartet von diesem Bündnis den möglichst raschen Ausbau der heimischen Wehrorganisation zu einer scharfgeschliffenen innenpolitischen Waffe.

Rudolf Kanzler, der Initiator der bayerischen Einwohnerwehren, hat daher schon kurz nach seinen ersten Verhandlungen mit Salzburger und Tiroler Wehrfunktionären Gelegenheit, die Präsenz der Einwohnerwehr auch in Vorarlberg zu demonstrieren, und knüpft noch während des Aprils 1920 wichtige Kontakte zu führenden Repräsentanten der beiden bürgerlichen Parteien und der von ihnen gegründeten Volksmiliz. Vom 17. bis zum 19. April 1920 trifft sich sein Stabsleiter, Oberleutnant Krazer, mit dem stellvertretenden Landeshauptmann Dr. Redler, dem Großdeutschen Dr. Karrer, dem Präsidenten des christlichsozialen Bauernbundes, Josef Müller, sowie den Leitern der Volksmiliz, Major v. Berque und Major Oskar Burger, und vereinbart mit ihnen den konsequenten weiteren Ausbau der Vorarlberger Heimwehr unter tatkräftiger bayerischer Protektion (2). Zwar macht einer der anwesenden Milizführer, der Major Oskar Burger, kein Hehl daraus, daß er persönlich der im bürgerlichen Lager ebenfalls vertretenen Alternativlösung zuneigt und durch den forcierten Ausbau der Heimwehr nur die erfolgreiche Werbung für ein bürgerlich orientiertes Bundesheer gefährdet sieht, doch kann der bayerische Verbandsfunktionär schließlich alle Bedenken mit dem Hinweis auf umfangreiche Waffenlieferungen zerstreuen (2).

Die Konferenz endet daher mit handgreiflichen Ergebnissen. Man konstituiert einen vorbereitenden Ausschuß, dem die Majore Berque und Burger sowie Dr. Karrer und der Präsident des Bauernbundes, Müller, angehören, und beschließt, sich der hilfreichen Mitwirkung sämtlicher Gemeindevorstände zu versichern und die Reihen der Heimwehr durch eine gezielte Propaganda unter der Bauernschaft weiter aufzufüllen (3).

Während der nun folgenden Aufbauphase steht die von Bayern aus protegierte Heimwehr vor dem Problem, ihr Verhältnis zu den einander widerstreitenden Richtungen im bürgerlichen Lager regeln zu müssen.

Die Meinungsverschiedenheit über die Art und Weise, wie der sozialdemokratischen Wehrgesetzgebung entgegengetreten werden soll, ist nur Teil einer viel tiefer reichenden politischen Auseinandersetzung über das Verhältnis Vorarlbergs zum österreichischen Gesamtstaat. Nach wie vor treten Landeshauptmann Dr. Ender und die Christlichsoziale Partei für den Anschluß des Landes an die Schweiz ein und unterstützen mit dieser Politik eine breite Volksbewegung, die sich 1919 in einem überwältigenden Abstimmungsieg Bahn gebrochen hat und auch im Frühjahr 1920 noch lebendig ist (4).

Der Meinungsstreit um den künftigen Weg des Landes erschüttert nach wie vor den Zusammenhalt des bürgerlichen Lagers. Ebenso wie die Sozialdemokraten, die bereits nach der Volksabstimmung vom 11. Mai 1919 auf die Linie der Wiener Parteileitung einschwenken, bekämpfen auch die Großdeutschen den Anschluß an die Schweiz und sorgen damit für eine recht ungewöhnliche politische Konstellation. Forum ihres Widerstandes wird das sogenannte "Schwabenkapitel", ein Komitee

großdeutsch gesinnter Politiker, das sich unter dem Vorsitz des nationalen Landtagsabgeordneten Dr. Karrer bemüht, die Schweiz als Vasallenstaat Frankreichs hinzustellen und den Anschluß an das stammverwandte Württemberg durchzusetzen (5).

Rückendeckung für diese Politik findet man bei einem Großteil der Vorarlberger Textilindustrie, die in den benachbarten Schweizer Betrieben gleicher Branche eine unerwünschte Konkurrenz wittert und unter der Leitung des Fabrikanten Julius Rhomberg ebenfalls gegen die Regierungspolitik zu Felde zieht (6).

Die Position der Heimwehr gestaltet sich unter solchen Umständen außerordentlich schwierig. Da sie auf das Vertrauen beider bürgerlicher Parteien angewiesen ist und auch die Kontakte zur heimischen Wirtschaft nicht vernachlässigen darf, muß sie ihre Stellungnahme zum Anschlußproblem sorgfältig abwägen und sich hüten, eine der beiden Seiten durch voreilige Erklärungen zu verärgern.

Besondere Vorsicht erscheint gegenüber den Christlichsozialen geboten. Der Landeshauptmann und andere einflußreiche Politiker dieser Partei betrachten den forcierten Ausbau der Heimwehr offenbar in erster Linie als einen Gewinn für ihre Unabhängigkeitspolitik und sehen in der mit dem bayerischen Wehrverband angebahnten Kooperation lediglich eine nun einmal nicht zu umgehende militärtechnische Voraussetzung dieses Kurses. Die möglichen politischen Nebenwirkungen dieser Zusammenarbeit - das Bewußtwerden einer gesamtdeutschen Solidarität und ein wachsender bayerischer Einfluß auf die Vorarlberger Innenpolitik - werden dagegen mit unverkennbarem Mißtrauen bewertet.

Alles in allem gesehen herrscht zwischen Heimwehrrführung und Christlichsozialer Partei ein recht unbestimmtes Klima beiderseitiger Zurückhaltung. Die offene Konfrontation wird nur deshalb vermieden, weil die Verbandsleitung angesichts der eindeutigen politischen Mehrheitsverhältnisse im Landtag - 22 Christlichsoziale gegenüber nur fünf Sozialdemokraten und drei Großdeutschen (7) - keinen offenen Widerstand gegen die Politik des Landeshauptmanns wagt und auch die Christlichsoziale Partei von Anfang an viel zu sehr an der Pflege dieses künftigen Machtinstrumentes interessiert ist.

Grundlegend anders entwickelt sich demgegenüber die Zusammenarbeit mit den Großdeutschen. Sie sind dem separatistischen Kurs des Landeshauptmanns von Anfang an kompromißlos entgegengetreten, haben mit dem "Schwabenskapitel" ein eigenes Agitations- und Propagandakomitee gegründet und sehen nun in einer eng mit den Bayern kooperierenden Heimwehr einen weiteren Hebel zur Durchsetzung ihres Kurses. Ihr Engagement im Heimwehrverband ist daher von vornherein besonders stark. Die militärischen und politischen Führungsgremien der Organisation werden zunächst einmal überwiegend mit großdeutschen Parteigängern besetzt. Zweitstärkste Gruppe sind parteilose Fachkräfte oder

Honoratioren, und erst an dritter Stelle erscheinen Vertreter der auffällig zurückhaltenden Christlichsozialen.

Als Chef des Landesstabes fungiert schon bald der großdeutsch orientierte Angehörige des "Schwabenkapitels" Major Moritz von Matt, seine Stellvertreter werden der großdeutsche Abgeordnete Dr. Karrer, der Hauptmann Martin Feuerstein und als besonders wertvolle Kraft der im Dienst der Wiener Regierung stehende Nachrichtenoffizier Hauptmann Dal Lago (8).

Das gleiche Bild zeigt die Landesleitung. Nachdem zunächst die von der Einwohnerwehr initiierte Bürgerinitiative des Vorarlberger "Ordnungsblocks" die politische Leitung übernommen hat (9), rücken bis zum Juni 1920 Führungskräfte nach, die entweder im nationalen Lager stehen oder als mehr oder weniger unpolitische Honoratioren ihren Einfluß in den Dienst der Wehrbewegung stellen können: Vorsitzender wird der Bregenzer Stadtrat und Kaufmann Stefan Kohler, sein Stellvertreter der Direktor der Handelskammer, Abgeordnete und einflußreiche Großdeutsche Dr. Bruno Karrer. Ein Großdeutscher ist auch der Vorsitzende des Finanzausschusses, der Fabrikant Julius Rhomberg, während die Finanzabteilung des Vorarlberger "Ordnungsblockes" von einem Parteilosen geleitet wird, und zwar vom Direktor der Industrie- und Handelsbank, Adolf Hansi (10). Lediglich Dr. Josef Feuerstein, der die Propagandarbeit unter den Bauern leitet und Mitglied der Verwaltungskanzlei Dr. Enders ist (11), kann als Vertrauensmann des Landeshauptmanns und nützlicher Informant der Christlichsozialen angesehen werden.

Trotz dieser unverkennbar engen Verflechtung mit den Großdeutschen, und obwohl sie mit Karrer und Rhomberg die Protagonisten der Gegenkampagne in ihren Reihen weiß, ist die Heimwehrführung weit davon entfernt, auch den parteipolitischen Kurs der Nationalen zu übernehmen. Maßstab ihres Verhaltens bleibt die Politik der Christlichsozialen Partei. Während sich die Heimwehr des Nachbarlandes Tirol in geradezu unbekümmerter Manier über wesentliche Richtlinien der christlichsozialen Landesparteiführung hinwegsetzt und ihr schon im Mai die eigene Kursrichtung aufzwingt, wagt man sich in Vorarlberg lange Zeit nicht aus dem Schatten der Partei hinaus und bemüht sich mit geradezu ängstlicher Beflissenheit, deren latent vorhandenes Mißtrauen durch weitgehende politische Enthaltensamkeit einzuschläfern. Bereits im Juli 1920 erklärt der doch eindeutig großdeutsch orientierte Stabsleiter Matt dem Emissär Kanzlers, Oberleutnant Krazer, die Heimwehr mache nur deshalb so gute Fortschritte, weil sie es "aufs Peinlichste" vermeide, irgendwelche innen- oder außenpolitischen Gesichtspunkte zu berühren (12).

Die Gefahr, angesichts dieser zur Schau gestellten politischen Indifferenz zu den Separatisten gezählt zu werden, erscheint den leitenden Funktionären der Heimwehr zweitrangig. In seinen Lageberichten, die ab

September 1920 regelmäßig über die Entwicklung der Heimwehr und die politischen Verhältnisse im Lande Auskunft geben, bekräftigt Stabsleiter Matt seinen Standpunkt immer wieder und begründet den Anpassungskurs noch Ende Oktober 1920 mit der übermächtigen Stärke des christlichsozialen Blocks, welcher der Heimwehr keine offene Propaganda für den Anschluß an Deutschland gestatte und ihr im Ernstfall alle parteigebundenen Mitglieder abspenstig machen könne (13). Lediglich unter der Hand will man gegen den separatistischen Kurs der Landesregierung tätig werden, das "Nationalbewußtsein" heben, ohne daß die Bevölkerung es merkt (13) - eine Methode, die nun allerdings sehr stark an den bequemen und risikoarmen Weg des geringsten Widerstandes erinnert.

Bis auf weiteres jedenfalls müssen markige Kommentare zur außen- und innenpolitischen Lage die eigentlich notwendige Aktivität der Heimwehr ersetzen. Der Stabsleiter informiert die Bayern über die Einstellung wichtiger christlichsozialer und nationaler Politiker, erwähnt unerschwellige, zur einen oder anderen Richtung tendierende Strömungen innerhalb des christlichsozialen Parteivolkes und zeichnet das Auf und Ab der Verhandlungen zwischen Landeskabinett, Völkerbund und Schweizer Regierungsorganen nach.

Mit dem entschlossenen Willen Enders und der christlichsozialen Parteimehrheit zum Anschluß an die Schweiz muß man sich auch während des Herbstes 1920 noch abfinden, zumal deren politische Aktivität gerade jetzt einen neuen Höhepunkt erreicht: Rudolf Kanzler erhält die recht bedenkliche Nachricht, daß der Kampf um den weiteren Weg des separatistischen Bundeslandes vor dem Völkerbund ausgetragen und der Antrag Österreichs auf Mitgliedschaft durch Gegeninitiativen Enders und der Schweizer Bundesregierung entwertet werden soll (14).

Im November 1920 spitzen sich die Ereignisse auf dem Genfer Forum dramatisch zu: Vorarlberger und Schweizer Delegierte treten gemeinsam für die Rechtmäßigkeit der Separationspolitik ein und werden in ihrem Vorhaben noch durch eine überaus deutliche Erklärung des Schweizer Bundespräsidenten unterstützt, wonach die Schweiz den Bestand des österreichischen Staates zwar nicht beeinträchtigen wolle, aber das Recht Vorarlbergs auf Selbstbestimmung gewahrt sehen möchte (14).

Beide Delegationen arbeiten dabei Hand in Hand. Während Enders Abgesandte, der stellvertretende Landeshauptmann Barnabas Fink, Landesrat Wachter und Dr. Neubner, dem Völkerbund ein Memorandum über die Anschlußfrage zu unterbreiten suchen, startet die Schweiz einen wohlberechneten indirekten Angriff, indem sie den Antrag stellt, die laut Völkerbundsvertrag bestehende wechselseitige Beistandspflicht aller Mitglieder im Falle Österreichs auf feindliche Angriffe von außen zu beschränken (14).

Mit dieser kritischen Zuspitzung der Lage deutet sich jedoch bereits die endgültige Wende an - eine Entwicklung, welche die leitenden Funktionäre der Heimwehr allerdings aus der Perspektive unbeteiligter Zuschauer verfolgen müssen.

Stabsleiter Matt kann mit gleicher Post nach München berichten, daß der Völkerbund Österreich als Mitglied aufgenommen, die Wünsche Vorarlbergs dagegen weitgehend unberücksichtigt gelassen hat, ist es dem Delegierten Enders doch nicht einmal gelungen, ihr Anschlußmemorandum an offizieller Stelle zu übergeben (15).

Mehr Sorgen bereitet dem Stabsleiter die Schweizer Initiative. Er ist ungewiß, ob sich die Völkerbundskommission mit der von Bern vorgeschlagenen weitherzigen Interpretation des Beistandsartikels, die den Austritt Vorarlbergs aus dem österreichischen Staatsverband erleichtern würde, einverstanden erklärt hat, tröstet sich und die Bayern aber mit dem Argument, daß die realen politischen Grundlagen für einen solchen Schritt nicht mehr vorhanden seien (16). Unter diesem Aspekt bewertet er im Laufe des Winters 1920/21 auch immer stärker die politische Gesamtsituation Vorarlbergs. Zwar kann er anfangs noch nicht wissen, wie sehr bereits der Eintritt Österreichs in den Völkerbund die Sonderpolitik des Bundeslandes ad absurdum führt, doch sieht er die realen Grundlagen der Separationspolitik schon während der Wintermonate durch so wesentliche Faktoren bedroht, daß er Anfang Dezember 1920 das Ergebnis der Volksabstimmung von 1919 bei weitem nicht mehr zutreffend nennen und vom weiteren Ablauf der Dinge erhebliche Fortschritte erwarten kann (16).

Die Ursachen für seinen allmählich wachsenden Optimismus sieht Matt in wirtschaftlichen Tendenzen, Wandlungen auf dem Felde der österreichischen Innenpolitik und einem teils daraus resultierenden, teils irrationalen Stimmungswandel in der Bevölkerung. Besonders hoffnungsvoll stimmt ihn der wirtschaftliche Aspekt der Separationspolitik. Schon im November 1920 steht für ihn fest, daß die Schweiz ihre Anziehungskraft als wirtschaftlich prosperierender Staat mehr und mehr verliert (17). Der ungünstige Stand des Wechselkurses schädigt Geschäftsleben und Industrie (17). Vor allem die schweizerische Stickereiindustrie, die sich vom Anschluß Vorarlbergs steigende Gewinne verspricht (18), ist durch den Rückgang von Aufträgen aus dem Ausland betroffen (19). Matt, der sich auf die Berichte der Arbeitsämter von St. Gallen und Rorschach stützt, weist nicht ohne Genugtuung darauf hin, daß der Beschäftigungsgrad bei den Stickereiunternehmen nur zwischen 30 und 45 Prozent liegt und die Situation bei verschiedenen Zweigen der Metall- und Maschinenindustrie nicht viel besser ist (19).

Eine ebenso heilsame Wirkung erwartet der Stabsleiter von den inzwischen eingetretenen Veränderungen auf der Bühne der österreichischen Innenpolitik. Der Zusammenbruch der großen Koalition in Wien,

das Resultat der Nationalratswahlen und die erstmals bundesweit sich abzeichnende Blockbildung im bürgerlichen Lager stimmen ihn recht hoffnungsvoll: Zwar hat sich gerade in Vorarlberg der Streit zwischen Christlichsozialen und Großdeutschen vor den Nationalratswahlen so sehr verschärft, daß der weitere Ausbau des Heimwehrverbandes dadurch sogar noch im November behindert ist, doch hält der Stabsleiter es für sicher, daß die neue bürgerliche Bundesregierung genügend Autorität besitzen wird, die Christlichsozialen Vorarlbergs von ihrem separatistischen Kurs abzubringen (20).

Seinen Optimismus sieht er schon während der Wintermonate durch einen sich immer stärker Bahn brechenden Stimmungswandel in der Christlichsozialen Partei und der Bevölkerung bestätigt.

Bereits Ende September schätzt er die Volksstimmung relativ günstig ein und teilt den Einwohnerwehrfunktionären mit, es werde zwar noch lange dauern, bis das "Nationalgefühl" der Vorarlberger Bevölkerung voll zum Durchbruch gelange, doch sei der Höhepunkt der Anschlußbewegungen bereits überschritten (21). Die erfolglosen Sondierungen der nach Genf entsandten Delegation, die fortschreitende Wirtschaftskrise der Schweiz und die allmählich energischer werdende Gegenagitation prominenter Landespolitiker verstärken diesen Trend bis zum Januar 1921 noch erheblich (22).

Der sich verschärfenden Gegenkampagne widmet Matt in seinen Lageberichten verständlicherweise ein recht großes Kapitel, kann dadurch allerdings nicht verdecken, daß die Heimwehr auch auf diesem Felde weitgehend passiv bleibt und die Initiativen vorsichtshalber "unverdächtigen" Honorationen oder eingeschworenen Parteigängern der Großdeutschen überläßt.

Landeshauptmann Dr. Ender und seine unmittelbaren politischen Gehilfen aus seiner Rechtsanwaltskanzlei, Dr. Neubner und Dr. Josef Feuerstein (23), können die Separationspolitik jedenfalls schon vom Herbst 1920 an nicht mehr unwidersprochen propagieren. Kompromißlosen Widerstand leistet außer Großdeutschen und Sozialdemokraten zunächst einmal das sogenannte "Schwabenkapitel", ein im überparteilich-bürgerlichen Raum angesiedeltes Aktionskomitee anschluswilliger Honoratioren (24), die für eine Vereinigung des alemannischen Bundeslandes mit dem schwäbischen Süddeutschland eintreten (25).

Der Stabsleiter hebt vor allem den leidenschaftlichen Einsatz des großdeutschen Parteipolitikers und Heimwehrfunktionärs Dr. Bruno Karrer hervor und charakterisiert ihn als unbedingten "Orgesch"-Anhänger (Organisation Escherich, Dachverband aller deutschen Selbstschutzverbände), der "in Schrift und Wort" gegen den Kurs des Landeshauptmanns zu Felde zieht und durch seine große Autorität im großdeutschen Lager sowohl die Partei selbst wie auch die Parteipresse stark beeinflusse (26).

Wichtiger als die Aktivität prononcierter Großdeutscher erscheint jedoch die Tatsache, daß auch in der Christlichsozialen Partei die Gegenkräfte wachsen. Während der Monate September, Oktober und November 1920 registriert der Stabsleiter erstmals die Teilnahme christlichsozialer Parteimitglieder an Sitzungen des "Schwabenkapitels" - ein Anfangserfolg (27), der im Sinneswandel führender christlichsozialer Parteipolitiker seine Bestätigung findet.

Die Bayern erfahren in diesem Zusammenhang von einer wachsenden großdeutschen Tendenz im Klerus, vom demonstrativen Richtungswechsel des im politischen Ausschuß der Heimwehr tätigen Landtagsabgeordneten und Chefs des christlichsozialen Bauernbundes, Josef Müller, und von der Rückkehr einer populären Vorarlberger Landesgröße aus russischer Kriegsgefangenschaft, die sofort gegen einen Anschluß an die Schweiz Stellung genommen hat (28). Der Stabsleiter lobt dieses offenbar recht volkstümliche Mitglied der Honoratiorenschaft - es handelt sich um den ehemaligen Feldgeistlichen beim 2. Regiment der Tiroler Kaiserjäger, Professor Dr. Drexel - in den höchsten Tönen, erwähnt voll Genugtuung, daß der Geistliche noch vor seiner Ankunft in Vorarlberg in den Bundesrat gewählt worden ist, und charakterisiert ihn als einen begeisterten Förderer der Heimwehrebewegung, der "seine Erfahrungen in Rußland gern in den Dienst unserer Sache stellen wird" (29).

Die Lage ist bis zum Jahreswechsel allerdings noch längst nicht so weit stabilisiert, daß die Heimwehr offen ins Lager der großdeutschen Richtung übergehen könnte. Bezeichnenderweise hält sich Matt selbst noch Ende Oktober 1920 klüglich zurück und wagt trotz seiner Mitgliedschaft im "Schwabenkapitel" bis zu diesem Zeitpunkt kein offenes Auftreten gegen die Separationspolitik der Landesregierung (30).

Auch in den folgenden Monaten berichtet er nicht von eigenen Aktivitäten, registriert dagegen sehr sorgfältig den immer noch anhaltenden Widerstand gegen die stärker aufkommende großdeutsche Agitation: Als sich in anderen österreichischen Bundesländern die Anschlußbewegung mit Macht Bahn bricht und die Landtage von Tirol, Salzburg und der Steiermark für den 27. Februar, 24. April und 3. Juli 1921 Volksabstimmungen anberaumen (31, 32), reagiert die Vorarlberger Landesregierung mit einer energischen Abwehrgeste und zeigt damit, daß die Befürworter eines Anschlusses an Deutschland noch immer in der Minderheit sind. Die Bayern lesen Anfang Februar 1921 von einem ziemlich weitreichenden Eventualprogramm, welches das Bundesland vor überraschenden innerösterreichischen Entwicklungen abschirmen soll und den Selbstbehauptungswillen der Autonomisten schlagend kennzeichnet: Falls Tirol sich an Deutschland anschließe und dadurch die Verbindung mit dem übrigen Österreich unterbreche, die Wiener Zentralgewalt in die Hände von "linksradikalen Elementen" übergehe oder der österreichische Staat in seine Länder zerfalle, wolle Vorarlberg "seine oft betonte

Selbständigkeit erklären" (33). Zwar soll auch in diesem Fall die Anschlußfrage zunächst nicht berührt werden, doch rechnet der Stabsleiter auf jeden Fall mit einschneidenden staatlichen Maßnahmen zur Sicherung der einmal erklärten Souveränität - einer eigenständigen Währungspolitik und dem Aufbau einer unabhängigen Schutztruppe aus Gendarmerie und Heimwehren (33).

Die wichtige Rolle der Heimwehren in jenem Eventualprogramm ist nun allerdings recht fatal. Selbst im Januar 1921 können maßgebliche Kreise der Christlichsozialen Partei offenbar noch davon ausgehen, daß die Wehrbewegungen dem radikalen Unabhängigkeitskurs des Landeskabinetts widerspruchslos folgen würde. Bezeichnenderweise hüllt sich Stabsleiter Matt über die Stellung der Heimwehr zu diesem Projekt in viel-sagendes Schweigen, glaubt also auch selbst noch nicht so recht an deren Standfestigkeit.

Die Bayern werden statt dessen durch ein vernichtendes Urteil über die wirtschaftlichen Voraussetzungen der erwogenen Selbständigkeit beruhigt: Matt hält den Versuch, eine eigene Landeswährung zu schaffen, die sich gegenüber den drei umliegenden Währungen behaupten soll, für absurd und nur dazu angetan, das Wirtschaftsleben des Landes zu ruinieren (33) - eine Voraussage, die nun allerdings voll und ganz den ökonomischen Realitäten entspricht.

Nach diesem recht unvermittelten Rückschlag wendet sich das Blatt endgültig. Da die Anschlußbewegungen in den österreichischen Alpenländern ohne reale politische Konsequenz bleiben und auch die Sozialdemokraten nicht zum gewaltsamen Umsturz antreten, verschwindet das radikale Eventualprogramm des Vorarlberger Landeskabinetts wieder in der Versenkung und befreit Stabsleiter Matt von der leidigen Notwendigkeit, den Bayern immer wieder beruhigende Statements liefern zu müssen.

Schon im März 1921 ist die düstere Perspektive vom Januar vergessen. Matts Lagebericht enthält neben einer Darstellung der nach wie vor schlechten wirtschaftlichen Lage in der Schweiz lediglich eine kurze Notiz über die Verhandlungen des stellvertretenden Landeshauptmanns Fink mit der Schweizer Bundesregierung. Ein letztes Mal werden die Führer der "Orka" (Organisation Kanzler) beschwichtigt: Die Kontakte Finks bedeuteten keine Neubelebung der alten, auf einen Zusammenschluß mit der Schweiz hinarbeitenden Politik, sondern hätten lediglich den Zweck, die Berner Regierung für eine Wirtschaftshilfe an das notleidende Vorarlberg zu gewinnen (34). Die Propagandakampagne des Landeswerbeausschusses "ruhe vollständig", ein sicheres Zeichen dafür, daß Dr. Ender seine Anschlußpolitik nun allmählich aufgabe (34).

Mit diesem Hinweis beendet der Stabsleiter seine Kommentare zur Anschlußfrage. Ganz offenbar ist es ihm genug, daß die separatistische Politik nun ihr Ende gefunden hat und Vorarlberg damit ungeachtet

aller noch bestehenden Widerstände für einen späteren Anschluß ganz Österreichs an Deutschland gesichert ist.

Im Vordergrund seiner Berichte stehen von nun an die internen Aufgaben der Heimwehr - Zusammenarbeit mit den bürgerlichen Parteien und der Landesregierung, Ausbau der Kontakte zur Wirtschaft und zur Industrie und Einschüchterung der sozialdemokratischen wie der kommunistischen Linken.

Auf diesem Felde kann die Heimwehrleitung nun die Früchte ihrer außenpolitischen Abstinenz ernten. Die maßgeblichen Führer der Christlichsozialen werten das sich geschmeidig dem außenpolitischen Parteikurs anpassende Verhalten der Wehrbewegung als Zeichen bedingungsloser Loyalität und machen dem Verband noch im Herbst 1920 ernstgemeinte Avancen.

Bereits im September 1920 kann Stabsleiter Matt den Bayern versichern, daß von der Masse der christlichsozialen Parteifolgschaft keine Opposition zu erwarten sei und selbst Landeshauptmann Ender "politische Einsicht genug" besitze, "um das Fortschreiten der Heimwehrbewegung" nicht zu stören und in manchen Belangen "sogar zu unterstützen" (35).

Der Zusammenhalt gegenüber den Sozialdemokraten ist noch die am wenigsten erstaunliche Tatsache - bleibt den Christlichsozialen in diesem Falle doch kaum eine andere Wahl, wollen sie nicht grundsätzliche Verhaltensprinzipien der österreichischen Gesamtpartei ignorieren.

Immerhin findet es Stabsleiter Matt Ende September doch sehr bemerkenswert, daß der Versuch der Sozialdemokraten, die Gründung des Vorarlberger "Ordnungsblocks" und den anlaufenden Waffenschmuggel durch eine Interpellation im Landtag zu torpedieren, vom Landeshauptmann selbst vereitelt wird, der den oppositionellen Antrag zurückweist, ohne die von ihm angeschnittenen Fragen auch nur näher zu behandeln (36).

Der entscheidende Schritt zum direkten und massiven Engagement in der Heimwehrbewegung ist damit allerdings noch nicht getan.

Erst der imponierende christlichsoziale Erfolg bei den Nationalratswahlen im Oktober 1920 schafft einen grundsätzlichen Wandel. Neben die mehr und mehr verblässende Möglichkeit eines Anschlusses an die Schweiz tritt nun die verlockende Perspektive eines christlichsozialen oder doch zumindest bürgerlich regierten Österreichs - eine Alternative, die ganz offenbar auch den Führungskreis um Landeshauptmann Ender zu beeindruckend beginnt. Die christlichsozialen Parteistrategen greifen jedenfalls mit überraschend großem Eifer nach dem Machtinstrument der Heimwehr und folgen damit endgültig dem Streben der benachbarten alpenländischen Regimes nach einer unangreifbaren konservativen Machtbastion. Mag sich damit auch die antidemokratische Grundströmung im österreichischen Gesamtstaat weiter verstärken, so verringert das

wachsende Engagement Vorarlbergs in dieser Politik doch zugleich auch die Kluft zum innerösterreichischen bürgerlichen Lager und wirkt dadurch - auf zugegebenermaßen höchst fragwürdige Weise - integrierend.

Die Wandlung der christlichsozialen Politik zeigt sich noch im Laufe des Herbstes. Noch vor Mitte November zieht eine Reihe christlichsozialer Parteifunktionäre in den Führungskreis der Heimwehr ein und bestimmt deren Kurs nunmehr auch de jure mit.

Das gilt nicht für den Landesvorstand, in dem neben Landesführer Stadtrat Kohler von nun an parteilose bürgerliche Honoratioren fungieren, und zwar der Fabrikant Hubert Rhomberg als stellvertretender Landesführer, der Bankdirektor Adolf Hansi als Landesschatzmeister und der Ingenieur Schwärzler als Kommandant der Technischen Nothilfe (37).

Zur Kontrolle der Führung wird jedoch eigens ein politischer Landesausschuß eingerichtet, den Christlichsoziale und Großdeutsche paritätisch besetzen. Den politischen Beirat bilden je vier Parteienvertreter, und zwar Dr. Karrer, Julius Rhomberg, Karl Huter und Bahnadjunkt Denner als Vertreter der Großdeutschen, Dr. Josef Feuerstein, der Präsident des Bauernbundes, Josef Müller, Ingenieur Johannes Wolf und Andreas Schwendinger als Delegierte der Christlichsozialen (37).

Die Entwicklung des Heimwehrverbandes gibt den Kalkulationen der christlichsozialen und großdeutschen Parteistrategen recht.

Abgesichert durch die geschickte außenpolitische Neutralität der Heimwehrleitung und gestützt auf den bereits vorhandenen Grundstock der Volksmiliz, nimmt der Verband schon während des Frühjahrs 1920 einen recht deutlichen Aufschwung und wächst innerhalb weniger Monate zur stärksten militärischen Macht im Lande heran. Bis zum Juni 1920 sind so große Fortschritte erzielt, daß fünf Gaue gebildet werden können, die allerdings auch weiterhin dem direkten Kommando der Landesführung unterstellt bleiben (38). Bis Ende August haben sich bereits 3350 Wehrmänner unter den Bannern der Organisation versammelt - 1000 im Gau Bregenz, 200 im Bregenzerwald, 550 im Gau Dornbirn, 900 im Gau Feldkirch und 700 im Gau Bludenz (39).

In den folgenden Monaten verlangsamt sich das Aufbautempo allerdings erheblich. Stabsleiter Matt, der noch Anfang Dezember 1920 einen weiteren raschen Anstieg des Mitgliederstandes auf eine Gesamtstärke von 4000 bis 5000 Wehrmännern erwartet (40), muß sein Ziel vorerst zurückstecken. Bis zum Beginn des Februar 1921 vergrößert sich die Gesamtstärke des Verbandes nur auf insgesamt 3650 Wehrmänner, von denen Stadt und Land Bregenz rund 1000 Mann stellen (41), der Bezirk Feldkirch 900 (42), der Bezirk Bludenz 700, der Gau Dornbirn 550 und der Bregenzerwald 500 (41).

Offenbar ist das Freiwilligenreservoir im konservativen Bürger- und Bauerntum nun erschöpft - ein Umstand, den Stabsleiter Matt freilich

durch den Hinweis auf verstärkte sozialdemokratische Aktivität im Bereich von Bludenz und Mängel der inneren Verbandsstruktur (43, 44) zu verschleiern sucht.

Immerhin zieht die Heimwehrführung aus der sich abzeichnenden Stagnation nun die Konsequenzen und gibt dem Ausbau des inneren Organisationsgefüges den Vorrang (43). Bereits im Herbst wird auf diesem Gebiet ein entscheidender Schritt getan. Bis Mitte Dezember ist der Aufbau einer eigenen Stadtwehr in Bregenz abgeschlossen (45) und damit ganz Vorarlberg mit einem Netz von Verbandszellen überzogen. Bis Ende Januar 1921 haben die Wehren im ganzen Land einen solchen Aufschwung genommen, daß die Landesleitung sich entschließt, in Bregenz, Dornbirn, Feldkirch und Bludenz eigene Bezirksleitungen zu errichten und nur die weiterhin sehr schwachen Ortswehren des Bregenzerwaldes unter ihrem unmittelbaren Kommando zu belassen (45).

Der ausgeweitete Verwaltungsapparat zeigt jedoch schon bald seine Mängel. Es fehlt einfach am nötigen Personal für die neugeschaffenen Positionen, so daß man sich im März 1921 entschließen muß, den Bezirk Dornbirn zwischen den beiden Nachbarorganen Bregenz und Feldkirch aufzuteilen (46).

Auch die Integration der Volksmiliz leidet unter den Mängeln der inneren Struktur. Besonders langwierige Verzögerungen entstehen in den Gauen Bludenz und Feldkirch, deren aus Milizangehörigen bestehende Verbände auch im Januar 1921 weder in die Heimwehr übernommen noch von ihr bewaffnet sind (47).

Alle diese Schwächemomente werden jedoch durch die erfolgreiche Aufrüstungspolitik des Heimwehrverbandes mehr als ausgeglichen.

In enger Kooperation mit den Bayern erzielt man Resultate, die - gemessen an der geringen Stärke der Vorarlberger Wehren - die Erfolge sämtlicher Nachbarorganisationen in den Schatten stellen. Obwohl rigorose Beschaffungsaktionen nach Tiroler Muster unmöglich erscheinen (48), wird das angestrebte Ziel überraschend schnell erreicht.

Alarmiert durch die anschließende Kampagne der Christlichsozialen, demonstrieren Kanzler und seine Helfershelfer die Vorzüge der bayerischen Präsenz, strengen alle verfügbaren Kräfte an und liefern über die Kreisleitung Allgäu innerhalb weniger Wochen den Löwenanteil der benötigten Waffen.

Die Vorarlberger Heimwehr kann zwar bis zum Juli 1920 noch keinen einzigen Waffentransport entgegennehmen (49), verfügt jedoch bereits sechs Wochen später über 2500 Gewehre (50). Einen weiteren Monat danach ist der Bestand an Waffen bereits auf 3600 Gewehre und sechzehn Maschinengewehre angewachsen (51, 52), - ein Umstand, der zu der grotesken und für die österreichische Gesamtbewegung beispiellosen Situation führt, daß die Vorarlberger Wehren monatlang mehr Gewehre als Mitglieder besitzen. Trotzdem findet die Aufrüstung erst

ein Ende, nachdem im Oktober eine weitere bayerische Lieferung von einigen hundert Gewehren eingelangt ist (53) und Verhandlungen mit der heimischen Wehrmacht im Januar 1921 zu dem Ergebnis führen, daß zwei Maschinengewehre mit insgesamt 10000 Schuß Munition übernommen werden können und auch ein Teil von 600 "überzähligen" Gewehren des Alpenjäger-Bataillons in Aussicht stehen (53).

Ähnliche Erfolge erringt die Heimwehr in ihrer Finanzpolitik. Obwohl der Verband keine Subventionen der Landesregierung erwarten kann und im Gegensatz zu so mancher anderen Nachbarorganisation auch keinerlei Zuschüsse aus den Kassen der bayerischen Bundesgenossen erhält (55), löst er alle finanziellen Probleme in überraschend souveräner Manier. Die Gründe dieses Erfolges liegen sicher zum größten Teil in der hier wie überall sich regenden unreflektierten Sozialistenfurcht der Unternehmerschaft, ganz gewiß aber auch bei dem im Führungskader wirkenden Textilfabrikanten Rhomberg und dem Bankdirektor Hansi, die über entsprechende Kontakte zu Handel und Industrie verfügen, und bei der nicht greifbaren Privathilfe so manches führenden Christlichsozialen. Noch während des Jahres 1920 strömt über die Industrie soviel Geld in die Verbandskassen, daß die notwendigen Ausgaben bis zum Jahresende gedeckt werden können (56). Ende Januar 1921 setzt man sich bereits eine größere finanzielle Rücklage als Ziel und will die Organisation "durch eine neue Sammlung bei Industrie und Kaufmannschaft" gleich für ein ganzes Jahr im voraus absichern (56). Zwar gelingt dieses ehrgeizige Vorhaben nicht ganz, weil der fortschreitende Währungsverfall die Auslagen der Heimwehr inzwischen verdoppelt hat und allein die Personalkosten monatlich 25 000 Kronen ausmachen (57), doch sichern die bis zum März 1921 einlaufenden Spenden immerhin die Finanzierung für ein halbes Jahr (58) und gestatten dem Heimwehrverband damit eine recht unbehinderte und handfeste Machtpolitik.

Hand in Hand mit der fortschreitenden Aufrüstung läuft eine konsequente Vernebelungs- und Infiltrationskampagne, welche die politischen Gegner auf der Linken möglichst noch unterhalb der Schwelle des Bürgerkrieges irritieren und lähmen soll. Bereits im August 1920 geht man an den Aufbau eines eigenen Nachrichtendienstes, der die Heimwehr möglichst lückenlos abzuschirmen und gleichzeitig Entscheidungen wie Abwehrmechanismen der linken Parteien aufzudecken hat (59). Die Heimwehrzentrale arbeitet auf diesem Felde keineswegs ins Blaue hinein, sondern nutzt die Erfahrungen und Beziehungen der in ihr tätigen ehemaligen Wehrmachtsangehörigen in recht nachdrücklicher Weise. Neulinge sind ebenso unerwünscht wie überflüssig. Stabsleiter Matt übernimmt vielmehr das alte Konfidentennetz der kaiserlichen Armee, entfernt alle "obskuren", das heißt wohl in erster Linie der Heimwehr politisch nicht ins Konzept passenden Mitglieder (59) und setzt mit dem

Hauptmann Dal Lago einen recht geschickten Taktiker an die Spitze, der das Instrument virtuos zu handhaben versteht (60).

Die Sozialdemokraten haben diesem systematisch vollzogenen Aufmarsch des konservativen Lagers wenig entgegenzusetzen. Die übermächtige Christlichsoziale Partei, ihre allmählich enger werdende Koalition mit der Heimwehr und die von Bayern so wirksam unterstützte Militarisierungspolitik nehmen der Linken in zunehmendem Maße den politischen Spielraum und drängen sie spätestens nach dem Jahreswechsel 1920/21 in ein Gettodasein ab. Die sozialdemokratische Parteiorganisation wird von vornherein nicht als ernstzunehmende Gefahr angesehen. Ihre parlamentarische Schwäche und ihr Unvermögen, der erstarrenden Heimwehr in kurzer Zeit Arbeiterwehren entgegenzustellen (61), bekräftigen das bürgerliche Lager nur noch in seinem Überlegenheitsgefühl. Die wenigen kommunistischen Aktionen (62) bewirken erst recht keine Alarmstimmung in den Reihen der konservativen Bataillone. Erst in den Wintermonaten raffen sich die Sozialdemokraten zu energischeren Gegenwirkungen auf, können bis zum Januar 1921 jedoch in der um Bregenz gelegenen Industrieregion Vorarlbergs nicht mehr als 200 Arbeiter mobilisieren (63).

Trotzdem erscheint ihre Position im innenpolitischen Kräftespiel zunächst nicht völlig aussichtslos, bestehen doch enge Verbindungen zu den im Lande stationierten Kontingenten des Bundesheeres. Die Personalpolitik des sozialdemokratischen Heeresministers Deutsch und die von der Partei durchgedrückte Wehrgezetznovelle haben auch in Vorarlberg so eindeutige Verhältnisse geschaffen, daß noch im Herbst 1920 75 Prozent der hier stationierten Gebirgskanonier-Batterie Nr. 6 und mindestens 50 Prozent des 450 Mann starken Alpenjäger-Bataillons Nr. 4 als Verbündete der Sozialdemokraten gelten (64).

Gemeinsam mit diesen Soldaten und der im übrigen Österreich ja ungleich stärkeren Gesamtpartei gelingt es den Vorarlberger Sozialdemokraten im November 1920 sogar, das bürgerliche Machtkartell in ernste Verlegenheit zu bringen: Dem gegen das Landesschießen der Tiroler Wehren ausgerufenen allgemeinen Verkehrsstreik stehen Heimwehr und bürgerliche Parteien in Vorarlberg ebenso machtlos gegenüber wie ihre Gesinnungsfreunde in den österreichischen Nachbarländern. Mit den Bajonetten der Heimwehr ist weder hier noch in Tirol oder Salzburg ein Zug in Bewegung zu setzen; die Eisenbahnergewerkschaft kann sich gegen die ohnehin nur verschwindend kleine Anzahl bürgerlich orientierter Streikbrecher mühelos durchsetzen, und zu allem Überfluß macht ein Sprecher des Soldatenrates klar, daß zwei Drittel der Wehrmacht eindeutig hinter den Aktionen der Arbeiterschaft stehen (65).

Diesen Erfolg können die Sozialdemokraten allerdings nicht wiederholen. Unter dem Eindruck der Niederlage stellt die christlichsoziale Regierungspartei alle ihre Vorbehalte gegenüber der Heimwehr zurück

und weitet die inoffiziell längst bestehende Kooperation mit dem Wehrverband auf alle wesentlichen Bereiche der Exekutive aus. Hält es der Landeshauptmann am 11. November noch für nötig, die beabsichtigte volle Unterstützung des Wehrverbandes von einem in geheimer Sitzung tagenden Parteivorstand sanktionieren zu lassen (66), so läßt man nach dem Donnerschlag der sozialdemokratischen Gegenoffensive alle Masken fallen. Am 28. November liest der Vorarlberger "Ordnungsblock" den Sozialdemokraten in einer Protestresolution coram publico die Leviten und stempelt sie zu einer "machtlüsternen Minderheit", der die breite Mehrheit der - wie es so verfälschend heißt - "ordnungsliebenden" Bevölkerung in Zukunft mit entschlossenem Widerstand entgegentreten werde (67).

Am 2. Dezember findet diese kaum verhüllte Drohung mit dem Säbel ihre erste reale Konsequenz. Mußten die Heimwehrführer noch Ende September 1920 froh sein, wenigstens mit dem Landesgendarmeriedirektor Kontakt zu bekommen (68), so können sie nun im Kreise sämtlicher Vertreter des staatlichen Verwaltungsapparates über mögliche Abwehrmaßnahmen diskutieren.

Die Bezirkshauptleute, die Bürgermeister der Städte, Delegierte der Bahnverwaltung, der Landesgendarmeriedirektor, der Leiter der Heeresverwaltungsstelle und der Kommandant des Alpenjägerbataillons Nr. 4 beräumen zusammen mit den Heimwehrchefs für den 2. Dezember eine Art militärischen Planspiels an, das die dominierende Position der Wehren als Streitmacht des konservativen Lagers eindrucksvoll bestätigt (69). Ausdrücklich wird festgestellt, daß die Soldaten des Heeres auch jetzt noch als "politisch unzuverlässig" anzusehen seien, die Landesgendarmerie mit ihren lediglich 200 Mann zwar gegen streikende Eisenbahner vorgehen könne, einer Auseinandersetzung mit der gesamten Arbeiterschaft aber nicht gewachsen sei, so daß dem Wehrverband die Hauptlast aller Verteidigungsanstrengungen zufalle (69).

Auch die Landesregierung zögert nun nicht länger, den bewaffneten Bataillonen eigener Couleur durch demonstrative Gesten ihr Wohlwollen zu bekunden, indem sie die Satzungen der Organisation offiziell anerkennt (70) und es allen untergeordneten Exekutivorganen zur Pflicht macht, die Heimwehr "nach Kräften zu unterstützen und zu fördern" (71).

Art und Umfang der den Sozialdemokraten drohenden Gegenschläge werden zwar erst im Laufe der kommenden Monate näher festgelegt, sind jedoch so gehalten, daß beiden Lagern relativ wenig politischer Spielraum bleibt. Obwohl der erste wichtige Schritt auf den Konflikt hin den Sozialdemokraten überlassen wird und in den Berichten der Vorarlberger Heimwehrleitung keine Notizen über militärische Ausbildungsprogramme für den Fall eines Bürgerkrieges enthalten sind, ist der Weg zur totalen Konfrontation im Ernstfall auch hier schnell zurückgelegt.

Haben sich die Sozialdemokraten erst einmal zum Mittel des politischen Streiks entschlossen, mobilisieren sie damit auch zugleich das gesamte Abwehrsystem des bürgerlichen Lagers - ein System, das nur bei einem begrenzten Konflikt stark genug ist, um der Linken ohne den Einsatz militärischer Machtmittel entgegenwirken zu können: Bis zum März 1921 kann die Heimwehr über ihre "Technische Nothilfe" ein Kommando aus arbeitswilligem Bahnpersonal zusammenstellen, das bei einem erneuten Verkehrsstreik den Einsatz wenigstens der wichtigsten Züge garantieren soll (72). Geht die sozialdemokratische Arbeiterschaft jedoch mit Gewalt gegen diese Streikbrecher vor oder wird gar der Generalstreik ausgerufen, tritt auch in Vorarlberg die Heimwehr auf den Plan - eine Heimwehr, die sich im Dienst der legalen Regierung sieht und daher um so bedenkenloser bereit sein kann, deren Standpunkt mit Waffengewalt durchzusetzen, mögen nun arbeitswillige bürgerliche Parteigänger, die Nachrichtenverbindungen der staatlichen Exekutive oder lebenswichtige, durch die "Technische Nothilfe" in Gang gehaltene Produktionsstätten von Grundenergien abzuschirmen sein.

Gleichsam als Vorspiel des militärischen Aufeinanderpralls beginnt noch im Herbst 1920 eine gesteigerte agitatorische und personalpolitische Fehde um wichtige innenpolitische Bastionen. Hauptkampfplatz der beiderseitigen Infiltrationsversuche sind die in Vorarlberg stationierten Truppenkontingente.

Seit dem durch die Nationalratswahlen heraufbeschworenen Machtwechsel in Wien erliegt die Personalpolitik der Sozialdemokraten in zunehmendem Maße einer verstärkten konservativen Gegenoffensive. Noch während des Herbstes weiß die Vorarlberger Heimwehrleitung nur das heimische Offizierskorps voll und ganz auf ihrer Seite, vor allem den Leiter der Gebirgskanonier-Batterie Nr. 6, Hauptmann Webering, und den hier Dienst leistenden Chef des Nachrichtenapparates, Hauptmann Dal Lago, die sich - wie es so sinnig heißt - bemühen, bei der Truppe für einen "wenigstens relativ guten Geist" zu sorgen (73).

Wie gering der Erfolg dieser Bemühungen vorerst bleibt, ergibt sich schon aus der geheimen weiteren Funktion Dal Lagos: treibt er doch nebenbei ein wenig Sabotage, indem er dafür sorgt, daß die Geschütze der Batterie dem Heimwehrverband nicht gefährlich werden können (73).

Auch im Januar 1921 zieht man die genaue Beobachtung der Truppe eigenen Gegenwirkungen noch vor.

Stabsleiter Matt wertet in einem seiner Lageberichte die Heereskontingente Vorarlbergs nach wie vor als größte Gefahr für die Heimwehr (74). Er beklagt die - angeblich - so mangelhafte Disziplin der Truppe, beobachtet voll Mißtrauen die Aktivität der Vertrauensleute aus der sozialdemokratischen Gewerkschaftsorganisation und sendet der Einwohnerwehr ein Verzeichnis der Soldatenräte und auch einer Anzahl kommunistischer Agitatoren (74, 75), die den alarmierenden Auftrag

haben sollen, "im geeigneten Moment die Führer der Gegenpartei unschädlich zu machen" (74).

Inzwischen ist jedoch der Boden für eine erfolgreiche Gegenkampagne des bürgerlichen Lagers auch hier schon vorbereitet. Noch bevor der christlichsoziale Bundespolitiker Carl Vaugoin das Heeresministerium übernimmt und die von den Sozialdemokraten geschaffene Machtbastion durch eine eigene rigorose Personalpolitik Stück für Stück abträgt, tritt den im "Militärverband" organisierten sozialdemokratischen Heeresangehörigen der "Wehrbund" als Gewerkschaftsorganisation christlichsozialer und überparteilicher Gruppen entgegen. Bereits im Jahr 1921 hat die neue Organisation unter den Soldaten der in Vorarlberg stationierten Truppen soviel Anhang, daß sie die Aufgabe übernehmen kann, im Falle eines Umsturzes oder eines Aufrufs der Heimwehr das Waffendepot der Wehrmacht zu verteidigen (76).

Dieses Verhalten erscheint vorerst als Neutralität nach beiden Seiten hin, und Stabsleiter Matt wertet es auch ganz so, schickt seine Nachricht noch ohne weiteren Kommentar nach München und stuft den Wehrbund entgegen den Tatsachen als "unpolitischen Verband" ein (76). Vier Wochen später geht die Phase beiderseitigen Abtastens jedoch schon zu Ende. Der Stabsleiter sieht im "Wehrbund" nun den entscheidenden Faktor für einen allmählichen Umschwung zugunsten des bürgerlichen Lagers und teilt der Einwohnerwehr voll Zuversicht mit, daß die Organisation den christlichen Gewerkschaften angeschlossen sei, daß sie mit mehr als hundert Mitgliedern schon eine beträchtliche Minderheit der Soldaten für ihre Ziele gewonnen habe und sich der Heimwehr nun eine unverhoffte Chance biete, den Verlauf der Entwicklung mitzubestimmen (77).

Damit ist das Signal zum Sturm auf die letzte sozialdemokratische Bastion im Lande bereits gegeben. Statt wie bisher den Widerstreit der politischen Richtungen im Heer lediglich zu beobachten und sich mit der Gefolgschaft der Offiziere und eines kleinen Teils der Mannschaften zu begnügen, kann die Heimwehrleitung jetzt endlich eine erfolgversprechende Initiative ergreifen und den "Wehrbund" als willkommenes trojanisches Pferd einsetzen (77).

Als hilfreiches Antriebsmittel wirkt wieder einmal das Geld. "Bei einer günstigen Gelegenheit" soll die bürgerliche Soldatengewerkschaft finanziell unterstützt werden (77) und damit mehr Spielraum für eine verstärkte, natürlich heimwehfreundliche Agitation gewinnen.

Bis zum März 1921 hat sich das Machtkartell zwischen Heimwehr und bürgerlichen Parteien endgültig im Lande etabliert. Zwar bäumen sich die Sozialdemokraten noch einmal energisch gegen die Aufrüstungspolitik ihrer Gegner auf, erkunden im März durch eingeschmuggelte Spitzel endlich die Namen der Heimwehrführer und verlangen gleichzeitig in einem an alle Gemeindevorsteher adressierten Rundschreiben ihrer

Gewerkschaft die Auflösung der Wehren, doch bleibt all das bei den einseitigen Kräfteverhältnissen im Lande ohne Belang (78).

Die bayerischen Protektoren erhalten von jetzt an nur noch beruhigende Erfolgsmeldungen: Die sozialdemokratische Arbeiterwehr bleibt auch im März noch überaus schwach (78), im April erringen die bürgerlichen Parteien bei den Wahlen zur Angestellten- und Arbeiterkammer einen beträchtlichen Stimmenanteil (79), und außerdem läßt sich ein wachsender Trend der gemäßigten Gewerkschafter zur Heimwehr verzeichnen (78).

Noch im April wird auch die letzte Gefahr, die der Aufrüstungspolitik der bürgerlichen Koalition noch droht, gegenstandslos. Als es darum geht, die vom Wehrgesetz geforderte allgemeine Entwaffnung nun endlich durchzuführen, greifen die bürgerlichen Abgeordneten im österreichischen Nationalrat ein und verhindern durch geschicktes Taktieren alle den Heimwehren drohenden negativen Konsequenzen (80). Schon am 25. April kann man in der Vorarlberger Heimwehrzentrale befriedigt aufatmen.

Die Landesregierung erläßt zwar einen Aufruf zur Ablieferung aller noch vorhandenen Kriegswaffen, weist jedoch die Führer der Heimwehr vorsorglich darauf hin, daß der Wehrverband als "legale Formation" nicht unter das Entwaffnungsgesetz falle und dieser Standpunkt allen Ortsverbänden vertraulich mitgeteilt werden dürfe (81).

Da auch die Ententemächte hier wie im übrigen Österreich die Militarisierung der bürgerlichen Parteien hinnehmen, sind knapp ein Jahr nach dem Beginn alle wesentlichen Ziele erreicht.

Die Vorarlberger Heimwehr erringt zwar innerhalb der österreichischen Gesamtbewegung keine so wichtige Position wie etwa die Verbände Tirols, Oberösterreichs oder der Steiermark, sie trägt jedoch die wesentlichen Zielsetzungen mit und verknüpft damit die heimische konservative Bewegung noch zusätzlich mit der innerösterreichischen.

ANMERKUNGEN

- 1) bis 3) Bericht über die Verhandlungen in Bregenz zwischen dem 17. und dem 19. April 1920, Akten der Organisation Kanzler (Orka), ehemaliges NSDAP-Hauptarchiv, Bundesarchiv Koblenz, NS 26/vorl. 649.
- 4) Zur Schweizer Anschlußbewegung grundlegend Elfriede Zuderell: Die Anschlußbewegung Vorarlbergs an die Schweiz, 1918 bis 1921. Diss., Innsbruck 1946.
- 5) Otto Ender, Vorarlbergs Schweizer Anschluß-Bewegung 1918 bis 1924, Dornbirn 1952, S.20f.
- 6) Ebd., S.15f. und 20f.

- 7) Walter Goldinger: Der geschichtliche Ablauf der Ereignisse in Österreich von 1918 bis 1945. In: Heinrich Benedikt (Hg.): Geschichte der Republik Österreich. Wien 1954, S.15-288, hier S.70.
- 8) Der Stabsleiter der Heimwehr Vorarlbergs an Major Hörl, Stabsleiter der Orka, Bregenz, am 28. Oktober 1920. Akten der Organisation Kanzler, ehemaliges NSDAP-Hauptarchiv, Bundesarchiv Koblenz, NS 26/vorl.648.
- 9) Kurzer Bericht Krazers über eine Zusammenkunft mit den Herren von Matt, Feuerstein, Dal'Lago aus Vorarlberg, Kreishauptmann Hindelang, Stabsleiter Oberleutnant Bendt von der Kreisleitung Allgäu und Finanzassessor Ott. Lindau, den 11. Juni 1920. (Hier wird Stadtrat Kohler zum erstenmal als Präsident des "Ordnungsblocks" erwähnt.) Akten der Organisation Kanzler, ehemaliges NSDAP-Hauptarchiv, Bundesarchiv Koblenz, NS 26/vorl.649.
- 10) Landesleitung der Heimwehren Vorarlbergs. Lagebericht Nr. I für die 2. Monatshälfte September 1920. Bregenz, den 28. September 1920. Der Stabsleiter: Matt. - Akten der Organisation Kanzler, ehemaliges NSDAP-Hauptarchiv, Bundesarchiv Koblenz, NS 26/vorl. 648. Hiernach werden im folgenden auch alle weiteren Lageberichte zitiert.
- 11) Der Stabsleiter der Heimwehr Vorarlbergs an Major Hörl, Stabsleiter der Orka. Bregenz, am 28. Oktober 1920. A.a.O.
- 12) Landesleitung der Einwohnerwehr Bayerns, Nebenstelle Rosenheim. Zusammenkunft mit dem Stabsleiter von Vorarlberg, Herrn v. Matt, dem Stabsleiter der Kreisleitung Allgäu, Herrn Bendt, und Herrn Krazer in Lindau, am 16. Juli 1920. Der Stabsleiter der Orka: Krazer; a.a.O., NS 26/vorl. 649.
- 13) Der Stabsleiter der Heimwehr Vorarlbergs an Major Hörl, Stabsleiter der Orka, Bregenz, am 28. Oktober 1920. A.a.O., NS 26/vorl. 648.
- 14) bis 16) Landesleitung Vorarlberg. Sonderlagebericht vom 3. Dezember 1920. A.a.O.
- 17) Landesleitung der Heimwehren Vorarlbergs. Lagebericht Nr. II für die Zeit vom 1. September bis 15. November 1920. Bregenz, am 18. November 1920. Der Stabsleiter: Matt.
- 18) Goldinger (Anm. 7), S.73.
- 19) 20) Landesleitung der Heimwehren Vorarlbergs. Lagebericht Nr. II für die Zeit vom 1. September bis 15. November 1920. Bregenz, am 18. November 1920. Der Stabsleiter: Matt.
- 21) Lagebericht Nr. I für die 2. Monatshälfte September 1920, Bregenz, den 23. September 1920.
- 22) Landesleitung des Selbstschutzverbandes Vorarlbergs. Lagebericht Nr. IV für Jänner 1921. Bregenz, den 4. Februar 1921. Der Stabsleiter: Matt.
- 23) 24) Lagebericht Nr. I für die 2. Monatshälfte September 1920. Bregenz, den 23. September 1920. - Der Stabsleiter der Heimwehr Vorarlbergs an Major Hörl, Stabsleiter der Orka, Bregenz, am 28. Oktober 1920 (Anm. 8) - Goldinger (Anm. 7), S.71.
- 25) Landesleitung der Heimwehren Vorarlbergs. Lagebericht Nr. II für die Zeit vom 1. September bis 15. November 1920. Bregenz, am

28. November 1920. Der Stabsleiter: Matt. Zum Schwabenkapitel zusammenfassend Goldinger (Anm. 7), S.71, und Ender (Anm. 5), S. 20f.
- 27) Landesleitung der Heimwehren Vorarlbergs. Lagebericht Nr. II für die Zeit vom 1. September bis 15. November 1920. Bregenz, am 28. November 1920. Der Stabsleiter: Matt.
- 28) 29) Landesleitung Vorarlberg, Sonderlagebericht vom 3. Dezember 1920. Akten der Organisation Kanzler, ehemaliges NSDAP-Hauptarchiv, Bundesarchiv Koblenz, NS 26/vorl.648.
- 30) Der Stabsleiter der Heimwehr Vorarlbergs an Major Hörl, Stabsleiter der Orka. Bregenz, am 28. Oktober 1920. A.a.O.
- 31) Goldinger (Anm. 7), S.106.
- 32) Ebenda.
- 33) Landesleitung des Selbstschutzverbandes Vorarlbergs. Lagebericht Nr. IV für Jänner 1921. Bregenz, den 4. Februar 1921. Der Stabsleiter: Matt. Akten der Organisation Kanzler, ehemaliges NSDAP-Hauptarchiv, Bundesarchiv Koblenz, NS 26/vorl.648.
- 34) Landesleitung des Selbstschutzverbandes Vorarlbergs, Lagebericht Nr. V für den Monat Feber 1921. Bregenz, den 1. März 1921.
- 35) Lagebericht Nr. I für die 2. Monatshälfte September 1920, Bregenz, den 23. September 1920.
- 36) Landesleitung der Heimwehren Vorarlbergs. Lagebericht Nr. I für die 2. Monatshälfte September 1920. Bregenz, den 28. September 1920. Der Stabsleiter: Matt.
- 37) Landesleitung der Heimwehren Vorarlbergs, Lagebericht Nr. II für die Zeit vom 1. September bis 15. November 1920. Bregenz, den 18. November 1920. Der Stabsleiter: Matt.
- 38) Kurzer Bericht Krazers über eine Zusammenkunft mit den Herren von Matt, Feuerstein, Dal Lago aus Vorarlberg, Kreishauptmann Hindelang, Stabsleiter Oblt. Bendt von der Kreisleitung Allgäu und Finanzassessor Ort. Lindau, den 11. Juni 1920. - NS 26/vorl. 648.
- 39) Kartenskizze von Vorarlberg mit Darstellung der Heimwehrorganisationen und Angaben über Stärke und Bewaffnung. Liegt einem am 23. August 1920 an die Nachrichtencentralstelle Rosenheim geschickten kurzen Lagebericht bei. - NS 26/vorl.648.
- 40) Sonderlagebericht vom 3. Dezember 1920. Landesleitung der Heimwehren Vorarlbergs. An die Orgesch, Gruppe Orka in München. Der Stabsleiter: Matt.
- 41) Selbstschutzverband Vorarlberg. Kartenskizzen von Vorarlberg mit Angaben über die Gliederung der Heimwehr, über die Volksmiliz und die Stärke der einzelnen Gaue. Bregenz, den 1. Februar 1921.
- 42) Kartenskizze von Vorarlberg mit Darstellung der Heimwehrorganisationen und Angaben über Stärke und Bewaffnung. Liegt einem am 23. August 1920 an die Nachrichtencentralstelle Rosenheim geschickten kurzen Lagebericht bei.
- 43) Landesleitung der Heimwehren Vorarlbergs. Lagebericht Nr. V für Feber 1921. Bregenz, den 1. März 1921. Der Stabsleiter: Matt.
- 44) Selbstschutzverband Vorarlberg. Kartenskizze von Vorarlberg mit Angaben über die Gliederung der Heimwehr, über die Volksmiliz und die Stärke der einzelnen Gaue. Bregenz, den 1. Februar 1921.

- Landesleitung der Heimwehren Vorarlbergs. Lagebericht Nr. VI für März 1921.
- 45) Landesleitung der Heimwehren Vorarlbergs. Lagebericht Nr. IV für Jänner 1921. Bregenz, den 4. Februar 1921. Der Stabsleiter: Matt.
- 46) Landesleitung der Heimwehren Vorarlbergs. Lagebericht Nr. VI für März 1921.
- 47) Selbstschutzverband Vorarlberg, Kartenskizzen von Vorarlberg mit Angaben über die Gliederung der Heimwehr, über die Volksmiliz und die Stärke der einzelnen Gaue. Bregenz, den 1. Februar 1921.
- 48) Sonderlagebericht vom 3. Dezember 1920. Landesleitung der Heimwehren Vorarlbergs an die Orgesch, Gruppe Orka in München. Der Stabsleiter: Matt.
- 49) Siehe Bericht über die Verhältnisse in Vorarlberg vom 3. Juli 1920. Geheim. Handschriftlich. Von einem Angehörigen der Lindauer Einwohnerwehr. Der Verfasser, der nach seinen Angaben alle 2 bis 3 Tage mit Hptm. Dal'Lago in Bregenz zusammentrifft, schreibt über die Waffenfrage: "Waffen hereinzubekommen, ist nun die Hauptsache." - NS 26/vorl.649.
- 50) Kartenskizze von Vorarlberg mit Darstellung der Heimwehrgenerationen und Angaben über Stärke und Bewaffnung. Liegt einem am 23. August 1920 an die Nachrichtenzentralstelle Rosenheim geschickten kurzen Lagebericht bei. - NS 26/vorl.648.
- 51) 52) Landesleitung der Heimwehr Vorarlbergs, Lagebericht Nr. I für die 2. Monatshälfte September 1920. Bregenz, den 28. September 1920. Der Stabsleiter: Matt. - Nach einer am 24. September 1920 von Matt angefertigten Kartenskizze von Vorarlberg sind insgesamt 3 540 Gewehre und 16 Maschinengewehre vorhanden.
- 53) Am 14. Oktober 1920 gehen 500 Gewehre an die Kreisleitung Allgäu für Reutte und Vorarlberg ab.
- 54) Landesleitung der Heimwehren Vorarlbergs. Lagebericht Nr. IV für Jänner 1921. Bregenz, den 4. Februar 1921. Der Stabsleiter: Matt. Bundesarchiv Koblenz. NS 26/vorl.648.
- 55) Siehe: Bericht über die Verhandlungen in Bregenz zwischen dem 17. und dem 20. April 1920. Der Stabsleiter der Orka: Krazer. Bei dieser Gelegenheit erfahren die Vertreter Vorarlbergs, daß sie keinerlei finanzielle Hilfe zu erwarten haben. NS 26/vorl.649. - Über Zuschüsse der Vorarlberger Landesregierung verlautet nichts.
- 56) Landesleitung der Heimwehren Vorarlbergs. Lagebericht Nr. IV für Jänner 1921. Bregenz, den 4. Februar 1921. Der Stabsleiter: Matt.
- 57) 58) Landesleitung der Heimwehren Vorarlbergs. Lagebericht Nr. V für Feber 1921. Bregenz, den 1. März 1921. Der Stabsleiter: Matt.
- 59) An die Nachrichtenzentralstelle der Orgesch in Rosenheim. Bregenz, am 23. August 1920. Der Stabsleiter: Matt.
- 60) Lagebericht Nr. I für die 2. Septemberhälfte 1920. Landesleitung der Heimwehren Vorarlbergs. Bregenz, am 28. September 1920. Der Stabsleiter: Matt.
- 61) Lagebericht Nr. 1 für die 2. Monatshälfte September. Bregenz, den 28. September 1920. Der Stabsleiter: Matt.

- 62) Landesleitung der Heimwehren Vorarlbergs. Lagebericht Nr. II für die Zeit vom 1. September bis 15. November 1920. Bregenz, den 18. November 1920. Der Stabsleiter: Matt. - Landesleitung der Heimwehren Vorarlbergs, Lagebericht Nr. IV für Januar 1921. Bregenz, den 4. Februar 1921. Der Stabsleiter: Matt.
- 63) Landesleitung der Heimwehren Vorarlbergs. Lagebericht Nr. IV für Jänner 1921. Bregenz, den 4. Februar 1921. Der Stabsleiter: Matt.
- 64) 65) Sonderlagebericht vom 3. Dezember 1920. Landesleitung der Heimwehren Vorarlbergs an die Organisation Escherich, Gruppe Orka in München. Der Stabsleiter: Matt.
- 66) Landesleitung der Heimwehren Vorarlbergs. Lagebericht Nr. II für die Zeit vom 1. September bis 15. November 1920. Bregenz, den 18. November 1920. Der Stabsleiter: Matt.
- 67) Sonderlagebericht vom 3. Dezember 1920. Landesleitung der Heimwehren Vorarlbergs an die Organisation Escherich, Gruppe Orka in München. Der Stabsleiter: Matt.
- 68) Landesleitung der Heimwehren Vorarlbergs. Lagebericht Nr. I für die 2. Hälfte September 1920. Bregenz, den 28. September 1920. Der Stabsleiter: Matt.
- 69) Sonderlagebericht vom 3. Dezember 1920. Landesleitung der Heimwehren Vorarlbergs an die Orgesch, Gruppe Orka in München. Der Stabsleiter: Matt.
- 70) Landesleitung der Heimwehren Vorarlbergs. Lagebericht Nr. II für die Zeit vom 1. September bis 15. November 1920. Bregenz, den 18. November 1920. Der Stabsleiter: Matt.
- 71) Sonderlagebericht vom 3. Dezember 1920. Landesleitung der Heimwehren Vorarlbergs an die Orgesch, Gruppe Orka in München. Der Stabsleiter: Matt.
- 72) Landesleitung der Heimwehren Vorarlbergs. Lagebericht Nr. VI für März 1921.
- 73) Landesleitung der Heimwehren Vorarlbergs. Lagebericht Nr. II für die Zeit vom 1. September bis 15. November 1920. Bregenz, den 18. November 1920. Der Stabsleiter: Matt.
- 74) Landesleitung der Heimwehren Vorarlbergs. Lagebericht Nr. IV für Jänner 1921. Bregenz, den 4. Februar 1921. Der Stabsleiter: Matt.
- 75) Dieses Verzeichnis ist nicht erhalten.
- 76) Landesleitung der Heimwehren Vorarlbergs. Lagebericht Nr. IV für Jänner 1921. Bregenz, den 4. Februar 1921. Der Stabsleiter: Matt.
- 77) Landesleitung der Heimwehren Vorarlbergs. Lagebericht Nr. V für Februar 1921. Bregenz, den 1. März 1921. Der Stabsleiter: Matt.
- 78) Landesleitung der Heimwehren Vorarlbergs. Lagebericht Nr. VI für März 1921.
- 79) Lagebericht Nr. VII für April 1921. Bregenz, den 26. April 1921.
- 80) Landesleitung der Heimwehren Vorarlbergs, Lagebericht Nr. VI für März 1921.
- 81) Lagebericht Nr. VII für April 1921. Bregenz, den 26. April 1921.

Die Hintermänner Vorarlberger Industrielle und die NSDAP 1933—1934

Harald Walser

Der vorliegende Beitrag konzentriert sich auf die Beziehungen zwischen der NSDAP und den großen Unternehmern Vorarlbergs in den Jahren 1933 und 1934.

In diesem Zusammenhang erweist sich unter der Literatur zur neueren österreichischen Geschichte besonders das Werk von Norbert Schausberger "Der Griff nach Österreich" (1) als anregend. Denn mit diesem Buch gelang es dem Autor, den "großdeutschen Gedanken" im wesentlichen als Gedanken einer großdeutschen Wirtschaftseinheit darzustellen. Diese Behauptung wird verständlich und erklärbar, wenn man weiß, daß im "Jahre 1930 ... bereits rund zwei Drittel der österreichischen Großindustrie vom ausländischen, davon die Hälfte allein vom deutschen Finanzkapital beherrscht (wurden)" (2).

In Vorarlberg war die Situation etwas anders, denn die alles beherrschende Textilindustrie war und ist noch heute zu einem großen Teil in den Händen ansässiger Unternehmer. Dennoch darf nicht übersehen werden, daß gerade in den dreißiger Jahren einige Fabriken an Reichsdeutsche verkauft wurden.

DIE POLITISCHEN VERHÄLTNISSE ZU BEGINN DER DREISSIGER JAHRE

Die große Weltwirtschaftskrise und das Ansteigen der Arbeitslosigkeit führten in Vorarlberg zu einer Verschärfung der politischen Auseinandersetzungen. Bei den Landtagswahlen am 6. November 1932 gelang es der NSDAP, wie überall in Österreich, ihren Stimmenanteil erheblich zu vergrößern. Die Nationalsozialisten konnten ihre Stimmen von 774 im Jahre 1928 auf 8 033 steigern und erhielten im neuen Landtag zwei Mandate. Den Christlichsozialen gelang es mit 43 346 Stimmen (18 Mandaten) nur knapp, ihre Zweidrittelmehrheit zu verteidigen. Zum Teil auf Grund des sensationellen Ergebnisses der erstmals kandidierenden KPÖ (2 615 Stimmen) verlor auch die Sozialdemokratische Partei erheb-

lich an Boden. Gegenüber der Landtagswahl 1928 verringerte sich ihre Wählerschaft um rund 4300 (Stand 1932: 11 906 Stimmen), und sie hielt nun bei vier (1928 sechs) Mandaten. Der Landbund und die Großdeutsche Partei erreichten jeweils ein Mandat.

Wichtiger aber als das Wahlergebnis, das ja keineswegs einen "Erd-rutsch" im politischen Kräfteverhältnis herbeiführte, waren die sich ändernden politischen Vorstellungen der wirtschaftlichen und politischen Machtelite im Lande.

Die traditionell liberalen und großdeutschen Vorarlberger Textilfabrikan-ten (3) wandten sich in dieser Zeit allmählich von "ihren" Parteien ab und unterstützten immer offener die Gruppierungen der extremen Rechten. Bereits Anfang der dreißiger Jahre kamen diese Unternehmer deshalb mit der Arbeiterkammer in Konflikt, weil die Textilfabrikanten "wiederholt faschistische Heimwehrinteressen vertraten und schließlich auch nationalsozialistischen Bestrebungen Gehör schenkten" (4).

Auch die Arbeitslosen wurden durch ihre unerträgliche wirtschaftliche Lage radikalisiert. Eine am 2. Jänner 1933 von einigen hundert Arbeitslosen in Bregenz durchgeführte Demonstration - sie wurde von Funktionären der damals sehr aktiven KPÖ geleitet - erregte die Gemüter. Einer Abordnung der Arbeitslosen erklärte der damalige Landeshauptmann Dr. Ender, daß "in den vergangenen Jahren der Zuzug aus Innerösterreich nach Vorarlberg so stark gewesen sei, daß das kleine Land mit seiner geringen Einwohnerzahl nicht mehr imstande sei, allen Zugezogenen Arbeit zu bieten" (5). Diese lapidare Antwort führte zu tumultartigen Ausschreitungen, sodaß nur mit Hilfe der Gendarmerie die Stürmung des Landesregierungsgebäudes verhindert werden konnte (6).

Ende November 1932 gab es in Vorarlberg 7 740 unterstützte Arbeitslose, von denen 3 229 nur die Notstandsaulhilfe erhielten, d.h., sie waren schon mehr als dreißig Wochen arbeitslos und schieden daher von der Masse der Vollunterstützten aus (7).

DIE ZUSPITZUNG DES KONFLIKTES ZWISCHEN DEM DEUTSCHEN REICH UND ÖSTERREICH

Zu Beginn des Jahres 1933 wurde vom Deutschen Reich aus ein "groß angelegter Propagandafeldzug ... gegen Österreich und die Regierung Dollfuß geführt" (8). Mitte Mai erfolgte die Ausweisung des baye-rischen Justizministers Hans Frank, der in Österreich an der Spitze einer antiösterreichischen Kampagne stand. Diese Ausweisung führte zu einer Eskalation des schwelenden Konfliktes und zum Bruch zwischen den Regierungen Dollfuß und Hitler. Die Regierung des Deutschen Reiches verhängte am 27. Mai 1933 die sogenannte "Tausend-Mark-Sper-

re". Das vom Fremdenverkehr stark abhängige Österreich sollte durch diese Maßnahme ruiniert werden (9).

Die nationalsozialistischen Formationen in Österreich wurden angewiesen, das politische Klima durch verstärkte Aktivitäten zu vergiften. Die SA (Sturmabteilung) bekam in dieser Zeit folgenden Befehl: "Die derzeitige Regierung darf nicht zur Ruhe kommen. ... Die Führer der Stürme haben diese Anordnung sofort als Befehl an die unterstehenden örtlichen S.A.-Führer hinauszugeben" (10).

DIE TERRORWELLE DER NSDAP IN VORARLBERG

In Vorarlberg lag das Zentrum der nationalsozialistischen Terrorwelle in den Gemeinden Dornbirn und Lustenau, den Zentren der Vorarlberger Stickerei- und anderer Textilindustrie. Auf Grund der vielen Attentate entschloß sich der Landeshauptmann am 2. Oktober 1933, einen politischen Kommissär, "nämlich Dr. Adolf Straub von der Wiener Bundespolizeidirektion", einzusetzen (11).

Die Anschläge gingen dennoch weiter. So explodierten beispielsweise am 10., 11., 12., 14. und 15. Oktober an mehreren Stellen Dornbirns Böller. Nachdem auch am 7., 8. und 9. November eine ähnliche "Böllerwelle" über das Stadtgebiet hinweggegangen war, sah sich Dr. Straub veranlaßt, die Sperrstunde der Gasthäuser auf 22 Uhr herabzusetzen. Bekannte Nazi-Gaststätten mußten schon um 19 Uhr schließen. Ab 22.30 Uhr durfte man nicht mehr ohne Bewilligung auf der Straße angetroffen werden (12).

Da diese Maßnahme - sie wurde übrigens auch in Lustenau angewandt - erfolglos blieb und nach dem Wahlerfolg der NSDAP im Deutschen Reich eine neuerliche Terrorwelle die Stadt erschütterte, wurde die Sperrstunde am 13.11.1933 im ganzen Ortsgebiet auf 19 Uhr, die Ausgangssperre auf 20 Uhr herabgesetzt. Es kann kaum verwundern, daß trotz dieser Maßnahmen der Terror weiterging. Am 10.12.1933 wurde sogar das Dornbirner Rathaus durch einen Anschlag schwer verwüstet (13).

Den Höhepunkt erreichte die Terrorwelle aber erst im Jänner 1934, als fast täglich bis zu 25 Bölleranschläge im Gebiet der Stadt Dornbirn gezählt wurden. Die Täter konnten meist nicht ausgeforscht werden. War dies aber dennoch der Fall, so waren die Strafen zumeist wirkungslos. Die wurden nämlich von der NSDAP oder von einer Firma bezahlt. Dies ist für das Unternehmen F.M. Hämmerle belegt, wo noch vor der großen Böllerwelle, also bis zum Oktober 1933, etwa zwanzig Angestellte und Arbeiter politische Strafen erhalten hatten (14).

Im Zuge der Februarereignisse des Jahres 1934 ebte die Terrorwelle ab und nahm erst in den Wochen unmittelbar vor dem Juli-Putsch wieder zu (15).

DIE BEZIEHUNGEN DER TEXTILUNTERNEHMER ZUR NSDAP

Das Zentrum der Vorarlberger Textilindustrie, Dornbirn, war von der ungeheuren Krise dieser Branche besonders betroffen. Dies führte dazu, daß alle Betriebe zur Kurzarbeit übergehen mußten. "Die rund 5.000 noch in der Textilindustrie Beschäftigten erhielten für ihre Kurzarbeit einen so geringen Lohn, daß dieser sogar unter dem Niveau der Arbeitslosenunterstützung lag" (16). Die Behörden des Landes waren der Situation nicht gewachsen und versuchten, im Lande befindliche innerösterreichische Arbeitslose abzuschieben. Diese wurden "zusammengefangen, in Arreste gesteckt (und) ... willkürlich auf fünf Jahre des Landes verwiesen und wie Landstreicher auf den Schub geschickt. Dabei handelt es sich z.T. um Arbeitslose, die seit Jahren in Vorarlberg ansässig sind und entweder die Arbeitslosenunterstützung oder die Notstandsaulhilfe beziehen" (17).

Wie bereits erwähnt, entschlossen sich in dieser Zeit die einflußreichsten Unternehmer des Landes, beeindruckt vom Erfolg der "nationalen Einigung" im Reich, eine gemeinsame Kampffront mit der NSDAP zu bilden. Dies geschah natürlich nicht *expressis verbis*, sondern auf dem Umweg über die Großdeutsche Partei und deren Organ, das "Vorarlberger Tagblatt" (18). "Die Großdeutsche Volkspartei in Vorarlberg bekundet ihre Bereitschaft zu dieser gemeinsamen Kampffront im besonderen dadurch, daß sie auf das Herausgaberecht des Vorarlberger Tagblattes verzichtet..." (19).

Doch auch die direkte Unterstützung der NSDAP durch Unternehmer ist nachweisbar. Noch vor dem Verbot der Partei konnte der Führer der Vorarlberger Nationalsozialisten, Anton Plankensteiner, bei einer Rede in den Rankweiler Hirschensälen am 11. Juni 1933 auf die guten Beziehungen der Partei zu den Unternehmern hinweisen. Der anwesende Vertreter der Behörde vermerkte in seinem Bericht: "Unter anderem forderte der Redner auch zur treuen Gefolgschaft auf und ermahnte seine Genossen, vor eventuellen Strafen nicht abzuschrecken, da Geldstrafen ... ja ohnehin von den N.S.D.A.P.-Fabrikanten von Dornbirn bezahlt werden. Die einzelnen Ortsgruppen hätten die Strafbeträge allmonatlich nur in einem Verzeichnis dem Bezirksobmann Plankensteiner nachzuweisen" (20).

Für das Jahr 1935 ist sogar nachweisbar, daß die wegen politischer Delikte mehrmals verurteilte Fabrikantentochter Erika Rhomberg öfters

Geldbeträge an führende Funktionäre der illegalen Partei übergeben hat. Die Behörden berichteten damals, daß "ohne Zweifel Erika Rhomberg, die bei allen Fabrikanten und wirtschaftlich bessergestellten Nationalsozialisten in Dornbirn Zutritt hat, als Sammlerin dieser Gelder in Betracht" komme (21).

Die Nazis brüsteten sich mit ihren prominentesten Geldgebern und scheuten sich nicht, die Namen einiger bekannter Unternehmer im "Roten Adler", dem "Kampfblatt der NSDAP für Tirol und Vorarlberg", zu nennen. Dies war beispielsweise bei der Verhaftung einflußreicher NS-Sympathisanten Ende 1933 der Fall (22).

Vor allem die Teilhaber der Firma F.M. Hämmerle waren es, die die NSDAP immer wieder finanziell und personell unterstützten. Der Seniorchef des Unternehmens, Kommerzialrat Victor Hämmerle, langjähriges Mitglied der Großdeutschen Partei, veranstaltete zusammen mit dem Führer der NSDAP, Anton Plankensteiner, eine Hilfsaktion für die Geschädigten einer Hochwasserkatastrophe im Montafon. Aus dieser Aktion wurde ein derartiger Propagandafeldzug für die Nationalsozialisten, daß sich die Landesregierung gezwungen sah, die Bewilligung für diese Sammlung wieder zurückzuziehen (23). Der Gendarmeposten Dornbirn, der, wie noch zu beweisen sein wird, keineswegs radikal Front gegen die einheimischen Unternehmer machte, vermutete in einem Brief an den Sicherheitsdirektor: "Richtig mag auch sein, daß er (Victor Hämmerle; H.W.) die Partei finanziell unterstützt" (24). Trotz dieser Vermutungen - sie waren ein offenes Geheimnis - wurde Victor Hämmerle am 27. Februar 1935 zum Ehrenbürger von Dornbirn ernannt. Hans Nägele, früher selbst Nationalsozialist, der sich hauptsächlich mit der Vorarlberger Unternehmensgeschichte befaßte, meint von diesem Fabrikanten:

"Die Aufgabe, die das Schicksal Victor Hämmerle als Gesellschafter und Seniorchef der Firma F.M. Hämmerle auf sozialem, politischem und kulturellem Gebiete gestellt hat, war sehr groß; nur eine außerordentliche Persönlichkeit wie die Victor Hämmerles, nur ein Mann von echtem Schrot und Korn konnte sie lösen. In der Geschichte unserer Heimat im 19. und 20. Jahrhundert wird die Gestalt Victor Hämmerles allzeit als Vorbild gelten" (25).

Der Schwiegersohn Victor Hämmerles und Prokurist des Unternehmens, Gustav Wagner-Wehrborn, war den Behörden seit langem als führendes NSDAP-Mitglied bekannt. Wagner-Wehrborn tat sich vor allem als Finanzier der Partei hervor und wurde von dieser "Mitte April 1933 mit der Aufstellung eines Motor-SA-Sturmes für das Land Vorarlberg" beauftragt, was ihm "in kürzester Zeit" auch gelang (26). Auf Grund illegaler Tätigkeit für die NSDAP wurde er mehrmals verhaftet und verurteilt. Als er am 17. April 1934 mit dem Zug aus dem Anhaltelager Kaisersteinbruch zurückkehrte, wurde er am Bahnhof von ca. zweitausend

send Personen erwartet, was der "Rote Adler" am 30.4.1934 triumphierend berichtete (die Anzahl der Personen ist sowohl im "Roten Adler" als auch im Gendarmeriebericht mit 2 000 angegeben). Der "Rote Adler" verschweigt allerdings, daß in einigen Dornbirner Firmen "Sorge getragen (wurde), daß die Arbeiter und Angestellten sämtlicher Betriebe von der Ankunft des Barons Kenntnis erlangen", also mit "sanftem Druck" aufgefordert wurden, ihn am Bahnhof zu empfangen (27). Die Behörden standen diesem von langer Hand geplanten Propagandaunternehmen hilflos gegenüber. Auffallend war, daß für Wagner-Wehrborn kein Auto zur Verfügung stand; es lag also "zweifellos die Absicht (vor), den Baron Wagner zu Fuß durch die Menge zu führen, damit die Anwesenden Gelegenheit haben, ihn zu begrüßen" (28).

Es gibt noch eine Reihe weiterer Hinweise, daß führende Angestellte und Teilhaber der großen Dornbirner Textilunternehmen Beziehungen zur (illegalen) NSDAP unterhielten (29).

Insgesamt schätzten die Behörden die Zahl der Parteimitglieder in Dornbirn auf 3 000 bis 4 000. Diese stammten "hauptsächlich aus den Kreisen der Handels- und Gewerbetreibenden, aus der Angestelltenschaft und auch aus der Dornbirner Realschule. ... Daß sich die NS(DA)P in Dornbirn so rasch entwickelt hat, ist in erster Linie dem Einfluß der dortigen Fabrikanten zuzuschreiben, von denen ein Großteil der Bevölkerung irgendwie abhängig ist" (30). Dieses Zitat - es ist einem Bericht der Bezirkshauptmannschaft Feldkirch an die Sicherheitsdirektion entnommen - trifft die Situation in Dornbirn sehr genau.

DER EINFLUSS DER UNTERNEHMER AUF DIE BEHÖRDEN UND DIE BEVÖLKERUNG

Es gibt eine Reihe von Hinweisen, daß es den Behörden oft genug am Mut und an der Energie fehlte, gegen die einflußreichen Hintermänner der NSDAP vorzugehen, da verschiedentlich angenommen wurde, die Gendarmerie stecke mit den Unternehmern "unter einer Decke". Darauf deutet eine ganze Reihe von Anzeigen hin, die der Sicherheitsdirektion für Vorarlberg in den Jahren 1933 und 1934 zuzingen.

So beschwerte sich am 16. Oktober 1933 der Sekretär des Christlichen Arbeitersekretariats, Lorenz Dür, über vier namentlich genannte Gendarmeriebeamte des Postens Dornbirn, da diese "besondere Aufmerksamkeit und Ergebenheit gegenüber den NS-Fabrikanten (Eugen Rhomberg, Victor Rhomberg, Dr. Ginzel, Dr. Paul Rhomberg, Siegfried Nosko, Fr. Cleweta)" zeigten (31). Nach einer ausführlichen Beschreibung der Zustände in der Firma F.M. Hämmerle wurde sogar der Bezirkshauptmann Dr. Graf angegriffen: "All das zusammengenommen

erweckt unwillkürlich den Eindruck, als ob die BH Feldkirch bzw. ihr Chef das Protektorat und die Anwaltschaft für die verfolgten Nationalsozialisten übernommen hätte..." (32) Im Protokoll der Ortsleitungssitzung der Vaterländischen Front vom 25.9.1933 steht: "Die Bevölkerung ärgert sich ständig über die Gendarmerie... Wir verlangen gründliche Ordnung, sonst hört unsere Arbeit auf. In Bregenz begreift man die Verhältnisse in Dornbirn nicht. Es ist dringend notwendig, daß nach Dornbirn eine andere Exekutive kommt: 20 Bundespolizisten und eine Garnison." Weiters meinten die Führer der Vaterländischen Front, ihre Organisation müsse sich "auf ein Treffen mit der NSDAP, die vielleicht stärker ist als wir, (vorbereiten)" (33). "Die Arbeiterschaft hat längst die Überzeugung, daß man in Bregenz gegenüber den Herrn Fabrikanten sich zu schwach zeigt. Es hat den Anschein, als ob die Regierung tatsächlich einen Kniefall vor dem Geldsack gemacht habe" (34). Trotz dieser Beschwerden und Forderungen, die sämtlich von den Parteifreunden des Landeshauptmannes stammen, wurde das Vertrauen der Bevölkerung (durch die Maßnahmen der Landesregierung und ihr untergegebener Organe) in die staatlichen Behörden nicht größer. Der den Nazis besonders verhaßte Lorenz Dür richtete am 18. Jänner 1934 einen weiteren Beschwerdebrief an den Sicherheitsdirektor:

"... Solange die zuständigen Faktoren nicht wissen wollen oder den Mut nicht aufbringen, den Dornbirner Industriellen als den verantwortlichen Drahtziehern und Geldgebern der NSDAP das Handwerk zu legen, den zweifelhaften Exekutivorganen und öffentlichen Angestellten vaterländisches Denken und Handeln beibringen ..., hat es für den einzelnen keinen Zweck, sich für eine so zweifelhaft gewordene Sache einzusetzen. ... Ich ersuche Sie dringend, Herr Sicherheitsdirektor, sich zu interessieren für den Anteil, den die Dornbirner Industriellen, besonders die verschiedenen Teilhaber der Firma F.M. Hämmerle, am Tun und Treiben der NSDAP im Lande von Anfang an genommen haben; will man der Gefahr Herr werden, dann müssen in erster Linie diese Herren kleiner werden" (35).

Diese ausführlich zitierten Beschwerdebriefe und Protokolle bilden keineswegs Einzelfälle. Die zu einem großen Teil anonymen Anzeigen richten sich fast ausschließlich gegen die Textilunternehmer und gegen die Exekutivorgane in Dornbirn. Aber auch aus anderen Teilen Vorarlbergs sind solche Beschwerden an die Landesbehörden geschickt worden (36).

Es kann daher nicht verwundern, daß die Bevölkerung - gerade in Dornbirn - kaum offen gegen die Nationalsozialisten aufzutreten wagte. Insbesondere die Arbeiter der Fabriken mußten sich politisch den Vorstellungen ihrer Arbeitgeber anpassen. Die Ortsgruppe der Vaterländischen Front (VF) schrieb am 8.12.1933 an die Landesregierung: "Nationalsozialistisch eingestellte Arbeitgeber üben auf die hiesige Bevölkerung

einen derartigen Druck aus, daß es nicht zu wundern wäre, daß Arbeiterkreise, die der VF gar nicht so ferne stehen, immer mehr von uns abrücken, wenn die Behörden nicht hinreichend helfen, daß jenem unheimlichen Drucke zumindest dort begegnet werde, wo es möglich und auch wirksam wäre" (37).

Daß dieser Druck und die Abhängigkeit der Arbeiter sehr realer Natur waren, zeigen viele Gendarmerieprotokolle, die mit entlassenen Arbeitern praktisch aller Dornbirner Textilunternehmen angefertigt wurden. Das Heimwehr-Mitglied Bruno Mätzler gab am 20.9.1933 auf dem Posten Dornbirn an, daß er wegen seiner Tätigkeit in der Heimwehr zum Prokuristen Wagner-Wehrborn und dem Firmenchef Hubert Hämmerle gerufen worden sei. Die beiden Herren hätten ihm nahegelegt, die Heimwehr, "die schließlich gegen die Firma arbeite", zu verlassen (38). Einem anderen Heimwehr-Mitglied derselben Firma, das ebenfalls zum Firmenchef gerufen wurde, empfahl sein Meister, es solle dem Chef "sagen, daß ich schon 2 Monate aus der HW ausgetreten sei und daß ich mich künftighin in der NSDAP betätigen werde. Er wolle dann ebenfalls sein bestmögliches tun, damit ich wieder im Betrieb weiterverbleiben könne. ... Er sagte dann, wenn ich mich bei der NSDAP betätigen und vielleicht dadurch eine Strafe mir zuziehen würde, so wäre ich beim Firmenchef, Herrn Franz Hämmerle, in ganz anderem Ansehen und könnte mein Bleiben im Betrieb ziemlich gesichert sein. Über kurz oder lang werden ja doch alle H.W. Männer aus dem Betrieb hinausfliegen, man wird schon einen Grund finden..." (39). Schon das Verkehren "in Kreisen, die unserer Anschauung nicht passen" (40), genügte, um mit der Gefahr der Kündigung konfrontiert zu werden.

Im Oktober 1933 kam es dann zu weiteren politisch motivierten Entlassungen in der Firma F.M. Hämmerle (41). Nationalsozialistische "Personalpolitik" soll es aber auch in Textilunternehmen außerhalb Dornbirns gegeben haben. Schwere Beschuldigungen kamen in diesem Zusammenhang gegen den Direktor des Hohenemser Unternehmens "Neumann & Söhne" (die heutige Firma Otten) auf (42).

Die Beschuldigungen gegen die Vorarlberger Behörden, sie seien im Kampf gegen die Nationalsozialisten nicht konsequent genug, waren keineswegs aus der Luft gegriffen. Ein typisches Beispiel ist die Anfrage des Handelsministeriums über die politische Einstellung der Firmeninhaber von Josef Hubers Erben (Götzis), Bengers Söhne (Bregenz) und der Vorarlberger Trikotfabrik (Hohenems) wegen Heereslieferungen Ende 1933. Obwohl alle als Sympathisanten der Nationalsozialisten galten, gaben die Vorarlberger Behörden eine günstige Auskunft. Auf dem Akt steht zur Begründung der handschriftliche Vermerk: "Heereslieferungen wären sonst an Wiener Firmen vergeben worden" (43).

Den Arbeitern Vorarlbergs waren die politischen Vorstellungen der Unternehmer eher suspekt. "In der Vorarlberger Arbeiterschaft ... (bestand) ... eine klare Ablehnung des deutschen Nationalsozialismus" (44). Diese Ablehnung dürfte auch durch die Politik der meist nationalsozialistischen Unternehmer nicht abzubauen gewesen sein. Diese nützten ihre Stärke - die Gewerkschaften waren ja praktisch ausgeschaltet -, um Ende 1933 trotz der wieder etwas verbesserten Konjunkturlage die Löhne zu drücken. Bei der Firma F.M. Rhomberg hofften die Arbeiter nach der langen Kurzarbeit auf ein höheres Einkommen. "Sie konnten dies umso mehr glauben, als ja im Betrieb Hochkonjunktur herrscht, die letzte Rolleumaschine in Gang gebracht wird und auch Arbeitskräfte neu eingestellt wurden. Die Arbeiterschaft war daher sehr überrascht, als ein Anschlag der Firma den Arbeitern zu wissen tat, sie sei gezwungen, einen Lohnabbau durchzuführen. ... Die Chefs der Firma sind stramme Hitleranhänger und beschäftigen auch mit Vorliebe gesinnungstreue Arbeiter..." (45).

ZUSAMMENFASSUNG

Die vorliegenden Quellen erlauben eine Antwort auf die Frage, warum es der NSDAP gerade in Dornbirn und den umliegenden Gemeinden gelungen ist, eine derart starke und dominierende Stellung im politischen Leben einzunehmen, wie dies Anfang der dreißiger Jahre der Fall war. Die wirtschaftlich und politisch so ungemein starke Position der Fabrikanten, ihre finanziellen Unterstützungen für die Partei und deren Mitglieder sowie die Bekämpfung politisch andersdenkender Menschen über den Umweg der Personalpolitik in den einzelnen Unternehmen waren sicherlich die ausschlaggebenden Faktoren. Daneben ist natürlich auch eine Art politischer "Großwetterlage" zu berücksichtigen, die die NSDAP vor dem Juli-Putsch begünstigte.

Zur Zeit, als die Vaterländische Front und die Heimwehr eine anscheinend fast absolute Herrschaft ausübten, konnten es sich Unternehmer in Dornbirn leisten, Arbeiter auf Grund ihrer Zugehörigkeit zur Heimwehr zu entlassen. Diese Tatsache belegt eine gewisse Hilflosigkeit der Behörden gegenüber den Wirtschaftskräften.

Nicht zu unterschätzen ist denn auch der Anteil der Behörden am Aufkommen der Nationalsozialisten, denn sie traten der Partei und ihren Hintermännern nicht energisch genug entgegen. Die Ursachen dafür sind sicher komplexer, als sie hier dargestellt werden konnten.

Die Bevölkerung erwies sich zunächst als nicht sehr anfällig für die nationalsozialistischen Ideen. Auf Grund der "Machtdemonstrationen" der "Nationalen" und der zögernden Haltung der Behörden arrangierte man

sich aber schließlich mit der Partei. Denn gerade die Arbeiter, die dem direkten Zugriff der Fabrikanten ausgesetzt waren, wurden immer wieder durch Entlassungen verunsichert. Die anscheinend so machtvolle Kundgebung der Nazis bei der Rückkehr Gustav Wagner-Wehrborns aus dem Anhaltelager Kaisersteinbruch am Dornbirner Bahnhof ist offensichtlich nicht nur wegen der Beliebtheit des "Barons" bei den Arbeitern zustande gekommen: Die Angst vor Repressalien durch die Firmenleitung war - wie dargestellt wurde - keineswegs unbegründet. Die Arbeiter hatten kaum mehr die Möglichkeit, sich gegen Entscheidungen der Firmenleitung zu wehren. Die damals in Österreich herrschenden Politiker hatten durch die Niederschlagung der Arbeiterbewegung eine entscheidende Kraft im Kampf gegen den Nationalsozialismus aus blinder Angst vor der "roten Gefahr" selbst ausgeschaltet.

ANMERKUNGEN

- 1) Norbert Schausberger: Der Griff nach Österreich. Der Anschluß. Wien-München 1978.
- 2) Ebd., S.180.
- 3) Vgl. Leo Haffner: Die Kasiner. Vorarlbergs Weg in den Konservatismus. Bregenz 1977.
- 4) Gerhard Wanner: Die Geschichte der Vorarlberger Kammer für Arbeiter und Angestellte 1921-1938. Ein Beitrag zur Geschichte der Vorarlberger Arbeiterbewegung, Feldkirch o.J. (1978), S.75.
- 5) VV 11.1.1933.
- 6) Ebd.
- 7) Hubert Frommelt: Vorarlberg 1933/34. Die Anfänge des neuen Systems Dollfuß-Schuschnigg. (Hausarbeit aus Geschichte der Neuzeit an der Universität Innsbruck) Innsbruck o.J., S.15.
- 8) Gerhard Botz: Gewalt in der Politik. Attentate, Zusammenstöße, Putschversuche, Unruhen in Österreich 1918 bis 1934. München 1976, S.215.
- 9) Vgl. Gustav Otruba: Österreichs Wirtschaft im 20. Jahrhundert. Wien-München 1968, S.20.
- 10) Das Braunbuch. Hakenkreuz gegen Österreich. Wien 1933, S.15.
- 11) Vgl. Frommelt (Anm.7), S.75.
- 12) VLA, BH Feldkirch/Politische Expositur Dornbirn 1933, Faszikel NS-Betätigung.
- 13) Vgl. Anm. 12.
- 14) VLA, BH Feldkirch/Politische Expositur Dornbirn Zl. 194/1933.
- 15) Vgl. Frommelt (Anm. 7), S.124ff.
- 16) Ebd., S.16.
- 17) VW 26.1.1933.
- 18) Vgl. Frommelt (Anm. 7), S.35.
- 19) VT 3.4.1933.
- 20) VLA, LReg. Prés. 312/1933.

- 21) VLA, BH Bregenz, III-Zl. 1138/1935.
- 22) Vgl. Roter Adler, Jg. 2, 17.12.1933.
- 23) Vgl. VT 26. und 28.8.1933.
- 24) VLA, LReg. Präs. 544/1933 (Brief vom 16.9.1933).
- 25) Hans Nägele: Dornbirner Unternehmer. Leistung und Bedeutung der Gründer und Gesellschafter einiger Textilfirmen für die Wirtschaft, Politik und Kultur der Heimat. Lustenau 1965, S.68.
- 26) VT 11.3.1939.
- 27) VLA, BH Feldkirch, Sammelakt NS, Zl. 17/1934.
- 28) Ebd.
- 29) VLA, BH Feldkirch/Politische Expositur Dornbirn Zl. 2/1934.
- 30) VLA, LReg. Präs. 596-1/1933.
- 31) VLA, LReg. Präs. 1033/1933.
- 32) Ebd.
- 33) Vgl. Anm. 31.
- 34) Ebd.
- 35) Ebd.
- 36) VLA, LReg. Präs. 544/1934.
- 37) VLA, BH Feldkirch/Politische Expositur Dornbirn Zl. 520/1933.
- 38) VLA, BH Feldkirch/Politische Expositur Dornbirn Zl. 133/1933.
- 39) Ebd. (Protokoll vom 18.9.1933).
- 40) Ebd. (Protokoll vom 19.9.1933).
- 41) VLA, BH Feldkirch/Politische Expositur Dornbirn Zl. 214/1933.
- 42) Ebd., Zl. 36/1933.
- 43) VLA, LReg. Präs. 1282-1/1933.
- 44) Wanner (Anm. 4), S. 108.
- 45) VW 5.12.1933.

Grenzstationen — Umbruch und Diktatur

Die Vorarlberger Sozialdemokratie 1918/19 und 1934—1938

Kurt Greussing

Regionalgeschichtliche Untersuchungen scheinen zwei Gefahren ausgesetzt zu sein: daß sie entweder den "biederen Stallgeruch der dilettierenden Heimatkunde, vermischt mit überschäumendem Lokalpatriotismus" (1), nicht loswerden oder daß sie vorschnell Fragestellungen, Begriffe und Wertungen übernehmen, die die historisch-soziologische Forschung bei der Analyse umfassenderer, meist gesamtstaatlicher, Entwicklungen formuliert hat.

Im ersten - wohl häufigeren - Fall werden in der Regel jene gesellschaftlichen Grundkonflikte ausgeblendet, die überhaupt erst die Rahmenbedingungen für die jeweiligen politischen Kämpfe und für die längerfristigen sozialen, politischen und kulturellen Entwicklungsprozesse einer Region abgegeben haben. Aus dieser Tilgung von Gegensätzen, die in der Struktur der Gesellschaft selbst angelegt sind, entsteht das glatte Bild eines Völkchens, dessen "Wesen", allen Anfechtungen durch äußere und innere Störenfriede zum Trotz, die Geschichte bestimmt hat - und nicht etwa umgekehrt. Die ideologische Funktion solcher Geschichtsschreibung liegt auf der Hand: Der angebliche "Volkscharakter" wird da zum letztlich alles erklärenden, geradezu übergeschichtlichen Faktor (2) - und zur handlichen Gußform, in der sich historisches Material, das zur Perspektive von Harmonie und Kontinuität in der regionalen Entwicklung querliegt, bequem einschmelzen läßt.

Im zweiten Fall werden die geschichtlichen Entwicklungen der Region im Lichte jener Ereignisse und Ergebnisse gelesen, die von den großen - und meist in den Zentren entschiedenen - gesellschaftlichen Auseinandersetzungen hervorgebracht worden sind. Ein solches Verfahren hat jedenfalls den Vorteil, daß die Frage nach Brüchen in der Gesellschaft, nach sozialen Konflikten und Formen ihrer Austragung überhaupt erst einmal gestellt und die Vorstellung einer stets gradlinigen historischen Entwicklung verabschiedet wird. Doch paradoxerweise vermag sich auch hier der Lokalpatriotismus, gleichsam durch die Hintertür, wieder einzustellen: wenn nämlich in den regionalen Ereignissen lediglich die verkleinerte Abbildung der Geschehnisse in den Zentren - dasselbe Drama, nur auf der Seitenbühne und in verringerter Besetzung - gesehen wird. Die besonderen gesellschaftlichen Verhältnisse der Region - ökonomische

mische und soziale Strukturen, kulturelle und politische Traditionen
- fallen da allzu leicht aus der Betrachtung heraus.

KLASSE ALS PROZESS

Genau diesen Problemen muß sich auch eine Untersuchung zur Entwicklung der Arbeiterklasse und der Arbeiterbewegung Vorarlbergs stellen. Die Schwierigkeiten beginnen aber schon damit, was wir unter "Klasse" und "Bewegung" verstehen. Solange "Klasse" lediglich aus den Produktionsverhältnissen definiert wird und wir folglich verschiedene Bevölkerungsgruppen nach Besitz oder Nichtbesitz von Produktionsmitteln, nach Beschäftigungsverhältnissen, Arbeitsbedingungen etc. unterscheiden, ist die Sache relativ einfach - aber analytisch noch nicht sehr ergiebig. Wir erhalten dann statistische Größen, die sich im Zeitverlauf ändern, doch noch lange keine Erklärung für politische und soziale Entwicklungen. Denn wie die Angehörigen einer Klasse gesellschaftlich handeln, hängt nicht allein von ihrer Stellung im Produktionsprozeß ab; genauso bestimmend sind Traditionen, Wertsysteme, Ideen, Organisationsformen, die Gestaltung des Alltags außerhalb der Arbeit - also Faktoren, durch die die Klassenerfahrung kulturell verarbeitet und in politische Praxis umgesetzt wird. So betrachtet ist Klasse nicht einfach ein Bestandteil der gesellschaftlichen "Struktur", sondern ein geschichtlicher Prozeß, an dem sie selbst mitwirkt (3). Zu diesem Prozeß gehören Erfolge und Niederlagen in sozialen Kämpfen, Kontinuität und Brüche in der politischen Organisation, die Reaktionen anderer Klassen auf wirtschaftliche und politische Forderungen. Klassen werden von äußeren Faktoren bewegt und bewegen sich genauso selbst; diese Bewegung ist gekennzeichnet durch innere und äußere Reibungen, Kurven, Umwege, vorschnelle Durchbrüche, auch Sackgassen, durch sehr unterschiedliche und sich wandelnde Formen, in denen Klassenerfahrung artikuliert und bewußt wird.

Auf die Vorarlberger Arbeiterbewegung haben gesellschaftliche Bedingungen und geschichtliche Erfahrungen eingewirkt, die ihr schon vor dem Ersten Weltkrieg und auch in der Zwischenkriegszeit in vielem eine eigene Prägung verliehen haben.

Dazu gehört zuerst einmal der besondere Verlauf der kapitalistischen Industrialisierung in Vorarlberg. Bei einer fast ausschließlichen Konzentration auf die Textilherstellung war das Land um 1890 in bezug auf die Beschäftigtenzahl nach Niederösterreich (einschließlich Wien) das höchstindustrialisierte Kronland der Monarchie. 43,5% der Beschäftigten waren in Industrie und Gewerbe tätig - im österreichischen Durchschnitt waren es nur 27,5%.

Obwohl sich durch die Industrialisierung im Laufe des 19. Jahrhunderts auch in Vorarlberg die Wohnbevölkerung auf einige größere Orte konzentrierte, wurden der bäuerliche Hintergrund vieler Industriearbeiter und ihre alten Bindungen an den Boden nicht völlig zerstört. Durch die althergebrachte alemannische Realteilung des Bauernbesitzes erfolgte eine starke Zersplitterung der Güter. Die Industrie konnte ihre einheimischen Arbeitskräfte nicht aus einem Heer von Landproletariern rekrutieren, um diese dann in einigen wenigen industriellen Ballungsräumen zu vereinen, sondern sie folgte dem Arbeitskräfteangebot: Die im 19. Jahrhundert entstehenden Fabriken siedelten sich zerstreut über verschiedene Gemeinden des Rheintals und des Walgaus an. Es ist bezeichnend, daß - bei einer Gesamtzahl von rund 24 000 Arbeiterinnen und Arbeitern (einschließlich der in der Industrie tätigen Tagelöhner und mithelfenden Familienangehörigen) im Jahre 1890 - etwa 10 000 Menschen neben ihrem Hauptberuf als Arbeiter oder Bauern einem landwirtschaftlichen bzw. industriellen Nebenerwerb nachgingen (4).

Das gegen die Industrialisierung relativ widerstandsfähige bäuerliche Milieu ist auch für den weit über dem österreichischen Durchschnitt liegenden Anteil von Frauen an der industriellen Arbeitskraft verantwortlich. So stellten etwa im Jahre 1846 Männer nur 37,2%, Frauen hingegen 47,2% (und Kinder 15,6%) der industriell-gewerblichen Arbeitskräfte (5). Es waren wohl vor allem die unversorgten Töchter, die angesichts der bäuerlichen Armut als erste den Weg in die Fabrik antraten, doch dürften andererseits gerade sie in besonderem Maße die (oft unrealistische) Hoffnung auf einen Abschied vom industriellen Arbeitsprozeß und eine Rückkehr zu Heim und Herd bewahrt haben.

Und schließlich war da noch die bedeutende Zuwanderung italienischer Arbeitskräfte, vor allem zwischen 1880 und 1900. In der Vorarlberger Textilindustrie stellten sie um die Jahrhundertwende rund ein Viertel der Belegschaft - drei Viertel davon waren Frauen und Mädchen. In den Industrieorten des Landes (außer Dornbirn) bildeten die Zuwanderer aus Italien oft mehr als ein Fünftel der Bevölkerung. Sie waren in der Tat Proletarier im klassischen Sinn, völlig getrennt von ihren gewerblichen oder bäuerlichen Produktionsmitteln. Die Textilindustriellen drückten ihre Löhne auf ein Niveau, auf dem sie mit ihren Familien vielfach nicht leben konnten. Im Winter mußten sie oft bettelnd durchs Land ziehen (6) - die abwertende umgangssprachliche Bezeichnung zugewandeter Arbeiter als "frönde Beattlar" ("fremde Bettler") könnte hier ihren Ursprung haben.

Vor und nach dem Ersten Weltkrieg zogen verstärkt auch Arbeiter aus Innerösterreich zu. Sie waren ein wichtiger Teil des sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Potentials. Angesichts des kleinstädtischen und dörflichen Milieus standen sie unter einem besonderen sozialen und politischen Anpassungsdruck. Den Konservativen im Land

gelang es leicht, den politischen Gegner in der Arbeiterbewegung als Heimatlosen, da Nichtvorarlberger, zu markieren.

Die soziale Zusammensetzung der Vorarlberger Arbeiterklasse ist zu berücksichtigen, wenn man ihre politische Dynamik verstehen will. Während viele einheimische Arbeiter ihre persönlichen und gesellschaftlichen Bindungen an das traditionelle kulturelle und soziale Milieu wahren konnten, mußten sich die Zuwanderer erst eine neue sozio-kulturelle Umgebung aufbauen - sie taten das, zusammen mit proletarisierten Einheimischen, durch die Organisation in den Arbeiterbildungsvereinen und später in der sozialdemokratischen Partei und Gewerkschaft.

Die ursprünglich vom liberalen Bürgertum geförderten Arbeiterbildungsvereine waren am Beginn der siebziger Jahre des 19. Jahrhunderts entstanden, doch schon bald unter den Einfluß sozialdemokratischer Arbeiter geraten. Die Behörden reagierten mit Verboten, etwa 1877, als sich die Delegierten der Arbeiterbildungsvereine von Bregenz, Feldkirch, Dornbirn, Bludenz und Hard auf einer Tagung des Bodensee-Gauverbands der Arbeiterbildungsvereine in Lindau offen zur Solidarisität mit der deutschen Sozialdemokratie bekannten. Doch in den Untergrund wollte man die Vereine auch nicht drängen, so daß bald wieder Neubildungen zugelassen wurden (7). Am 5. März 1893 konstituierte sich dann in Bregenz der "Politische Verein" der Sozialdemokraten, der am 23. April jenes Jahres mit einer großen Versammlung an die Öffentlichkeit trat (8). Sozialdemokratische Vereine und Gewerkschaften erlebten nun einen kontinuierlichen Aufschwung: 1895 bestanden sieben Arbeiterbildungsvereine (mit rund 300 Mitgliedern) und vier Gewerkschaften mit zehn Ortsgruppen (9). 1893 hatte auch die erste Landeskonferenz der Tiroler und Vorarlberger Sozialdemokraten in Innsbruck stattgefunden, von der vor allem erste Impulse für das sozialdemokratische Pressewesen in Vorarlberg ausgingen (10).

Freilich konnte die Sozialdemokratie unter der Vorarlberger Arbeiterschaft nur schwer Fuß fassen. Am Vorabend des Ersten Weltkrieges zählten die sozialdemokratischen Gewerkschaften 1171 Mitglieder in 42 Ortsgruppen (Stand 1912) (11). Das Terrain wurde von den christlichen Arbeiter- und Gesellenvereinen erobert - in einer ungewöhnlichen politischen Konstellation. Die katholisch-konservative Bewegung Vorarlbergs profilierte sich ab dem Ende der sechziger Jahre im Kampf gegen die bürgerlichen Liberalen als scharfe Kritikerin des Kapitalismus und Verteidigerin der Heimat gegen "fremde" Einflüsse (12). Dies war ein Kampf gegen den Kapitalismus (oder genauer: gegen die Kapitalisten) nicht im Namen des Fortschritts, sondern der Bewahrung und der Tradition. Die Vermengung von Kapitalismuskritik und Propagierung des traditionellen Wertsystems war sicherlich nicht nur ein taktischer Schachzug gegen Liberalismus und Sozialismus, und auch nicht allein die ideologische Reaktion eines von der großen Industrie bedrohten Klein-

bürgertums. Vielmehr wurden hier die realen Lebenserfahrungen jenes großen Teils der Arbeiterschaft angesprochen, der erst mit einem Bein im kapitalistischen Arbeitsprozeß, mit dem andern aber immer noch in der bäuerlichen Produktion oder zumindest im sozialen Milieu des Bauerntums stand. Die Zwiespältigkeit der politischen Propaganda der katholisch-konservativen Bewegung entsprach der zwiespältigen ökonomischen und kulturellen Situation vieler einheimischer Arbeiter - sie war also durchaus auf der Höhe ihrer Zeit und dementsprechend erfolgreich.

Solche politischen und sozialen Zusammenhänge dürfen nicht ausgeblendet werden, wenn man der Frage nach Herausbildung und Entwicklung der Arbeiterklasse in der "Provinz" gerecht werden will. Das Merkmal der "Provinz" ist die widersprüchliche Koexistenz von sich entfaltenden kapitalistischen Produktionsverhältnissen und vor- bzw. nichtindustriellen Produktions-, Lebens- und Bewußtseinsformen. Ernst Bloch hat dies als "Ungleichzeitigkeit" begriffen (13), im Gegensatz zur "Gleichzeitigkeit" sozialer Entwicklungen in den großen Zentren der wirtschaftlichen und politischen Dynamik des Kapitalismus. Unter den Bedingungen solcher "Ungleichzeitigkeit" agiert auch die Arbeiterbewegung - nämlich in einem kulturellen und sozialpsychologischen Zusammenhang, in dem gerade angesichts der sich entwickelnden sozialen Gegensätze der Rückgriff auf traditionelle, vorkapitalistische Lebens- und Bewußtseinsformen eine Antwort auf die neuen Herausforderungen darstellt. Doch für die Arbeiterschaft, die die "gleichzeitigen" Verhältnisse der kapitalistischen Produktion überwinden möchte, aber zu "ungleichzeitigen" nicht mehr zurückkehren kann oder will, gibt es noch eine zweite, "übergleichzeitige" (Bloch) Antwort: in der politischen Organisation den Weg zu einer anderen Gesellschaft, zum Sozialismus, zu suchen.

In der Existenz der sozialistischen Arbeiterschaft in der "Provinz" sind Ungleichzeitigkeit, Gleichzeitigkeit und Übergleichzeitigkeit zusammengesprochen. "Gleichzeitig" ist der Arbeiter in seiner ökonomischen Funktion, im Produktionsprozeß. In Vorarlberg bekamen vor allem jene Arbeiter, die nicht auf einen Nebenerwerb zurückgreifen konnten - und darunter besonders die Frauen -, den Druck der kapitalistischen Entwicklung nicht weniger schwer zu spüren als in den übrigen Industriezentren (14). Der Arbeiter in der "Provinz" ist "ungleichzeitig" zu Hause, im Dorf, im Alltag außerhalb des Betriebes. Die Auswirkung des traditionellen Milieus auf die soziale Identität der Arbeiterschaft wird vielleicht durch nichts besser illustriert als durch die Tatsache, daß im Vorarlberger Dialekt "Arbeiter" ein Fremdwort ist - man spricht statt dessen abschätzig von "Fabriklem". "Übergleichzeitig" war die Arbeiterschaft in den sozialistischen Partei- und Gewerkschaftsorganisationen. In den Organisationen und ihrer politischen Aktion konnte eine neue Identität gefunden werden. Indem sie ein eigenes Netz sozialer Beziehungen

gerade auch für den sonst "ungleichzeitigen" Alltag bereitstellten und die Gemeinsamkeit existentieller Interessen erfahrbar machten, entstand für viele ein neuer Lebenszusammenhang, den man ganz unpathetisch als "Heimat" bezeichnen darf - eine Heimat freilich, die angesichts der Verhältnisse im Land eher eine Enklave war.

Für soziale Bewegungen gibt es historische Eckdaten, an denen grundlegende Entscheidungen über die künftige politische Orientierung, über Organisationsformen, über die innere Struktur und über das Verhältnis zu anderen Bewegungen und Klassen fallen. Geschichtliche Erfahrungen wirken hier - bewußt oder unbewußt - im Prozeß der Klassenentwicklung weiter. Für die Vorarlberger Arbeiterschaft der Zwischenkriegszeit, und hier wiederum für die Sozialdemokratie, waren solche Eckdaten die Zeit des Umbruchs von der Monarchie zur Republik 1918/19 und die Jahre der klerikalfaschistischen Diktatur 1934-1938.

Es waren Grenzstationen in einem doppelten Sinn: Sie erforderten eine oft sehr schmerzhaft überprüfte und Neugestaltung des politischen Kurses der sozialdemokratischen Bewegung, und es war die Grenzlage des Landes, die hierbei eine wichtige Rolle spielte. Denn sowohl in den Ereignissen des Jahres 1919 als auch nach dem 12. Februar 1934 war die Nähe zu Deutschland bzw. zur Schweiz ein wesentlicher Faktor in den politischen Auseinandersetzungen.

RÄTE IN VORARLBERG 1918/19

Beim Zusammenbruch der Monarchie im November 1918 legten die Vorarlberger Konservativen nicht gerade ein Zeugnis republikanischer Gesinnung ab. Sie fürchteten um Ruhe und Ordnung, um Religion und Besitz. Landespräsident Dr. Ender hätte es gar für "eine große Sünde" gehalten, dem Doppeladler an der Fassade öffentlicher Gebäude den Garau zu machen und statt dessen "irgend eine Göttin" hinaufzusetzen (15).

In der Tat war mit der Monarchie auch die Autorität der alten Staatsmacht zusammengebrochen. Arbeiter und Soldaten, aber auch Beamte begannen, durch die Bildung von "Räten" ihre Angelegenheiten selbst in die Hand zu nehmen - sehr zum Mißfallen der Christlichsozialen, die in den Räten "ausgeliehene russische Einrichtungen" und "gefährliche Titulaturen" sahen (16).

Die größte Dynamik ging anfangs von den Soldaten aus, die über die Ernennung ihrer Offiziere und Unteroffiziere selbst bestimmen und gleichen Sold für alle wollten. Der konservativen Landesregierung mußte es nun vor allem darum gehen, die bewaffnete Macht sozialdemokratischem Einfluß zu entziehen und möglichst rasch die alte Befehlsstruktur

zu restaurieren. Schon am 6. November 1918 war durch den Staatssekretär des Inneren die telegraphische Anweisung an die Bezirksbehörden ergangen, "zur Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ordnung ... für ihren Bereich die Bildung einer Volkswehr einzuleiten". Doch gab es darauf offenbar sofort die interne Anordnung des Landesrats: "Bildung der Bezirksvolkswehr unterbleibt; Landesrat bildet Volkswehr selbst" (17). Damit wollte die Landesregierung einer möglichen Dezentralisierung bewaffneter Verbände - und wohl auch ihrer inneren Demokratisierung - vorbeugen. Das Kommando über die Volkswehr übernahm der deutschösterreichische Landesbefehlshaber in Vorarlberg, Oberst Steuerer. Auf seine Weisung blieben die Militär-Stationskommandos von Bregenz, Feldkirch, Bludenz und Dornbirn "bis auf weiteres" bestehen, wobei die Kommandanten der Volkswehrбатаillone "in Vertretung des d.ö. Befehlshabers" auch die Stationskommandos führen sollten (18). Faktisch bedeutete das den Zusammenschluß der Volkswehr mit dem alten Militär.

Die sozialdemokratische Partei mußte nun um jeglichen Einfluß auf die Volkswehr fürchten, besonders da abzusehen war, daß die Wehr durch eine entsprechende Rekrutierungspolitik zu einer Domäne der konservativen Kräfte würde. Auf einer Landeskonferenz am 24. November 1918 forderte sie:

"1. Die Organisation der Volkswehr ist so einzurichten, daß dieselbe eine rein demokratische Einrichtung wird.

2. Den Volkswehrmännern ist Gelegenheit zu bieten, bei allen Abteilungen Soldatenräte zu bilden.

3. Offiziere und Unteroffiziere sind nicht zu ernennen, sondern von der Mannschaft zu wählen.

4. Dem Landes- und Staatswehrausschusse sind Vertreter von Mannschaftspersonen beizuziehen.

5. Ueber Aufnahme und Entlassung aus der Volkswehr entscheidet ein dreigliedriges Komitee, bestehend aus Vertretern aller drei Parteien, welchem Komitee auch ein Mitglied des lokalen Soldatenrates beizuziehen ist" (19).

Dieser Forderungskatalog war nicht gerade aus einer Position der Stärke formuliert. Bis auf das Verlangen, Offiziere und Unteroffiziere sollten von den Mannschaften gewählt werden, blieben die Kompetenzen der Soldatenvertreter gegenüber den politischen Instanzen reichlich unbestimmt. Mit der Wahl der Offiziere wurde es denn auch nichts, und gediente Kommandanten der alten Armee rückten in die Führungspositionen der Volkswehr ein. Auf einer Landessitzung der Soldatenräte Anfang Dezember 1918, bei der Delegierte aus Bludenz, Feldkirch, Dornbirn, Bregenz, Lustenau und Höchst anwesend waren, standen im wesentlichen nurmehr soziale Angelegenheiten zur Debatte (20). Dem Demokratisierungsdruck von der Basis dürfte zu diesem Zeitpunkt die Politik der Landesregierung bereits die Spitze genommen haben. Schließ-

lich wurde - so die "Vorarlberger Wacht" - den Soldatenräten sogar per Dienstanweisung nahegelegt, an den sich bildenden (sozialdemokratischen) Arbeiter- und Bauernräten tunlichst nicht mitzuwirken (21).

Innerhalb der Arbeiterschaft jedoch verzeichnete die sozialdemokratische Partei einen kräftigen Aufschwung. Allein von Oktober 1918 bis Mitte Februar 1919 gewann sie 1806 neue Mitglieder (22). In den Jahren 1919 und 1920 erreichte sie mit knapp über 3400 Mitgliedern einen bis zum Beginn der klerikalfaschistischen Diktatur nie mehr erreichten Stand - gegenüber 1913 hatte sich diese Zahl fast verfünffacht (23). Am 16. Februar 1919 erzielte die Sozialdemokratische Arbeiterpartei bei den Wahlen zur Nationalversammlung ein für die Vorarlberger Verhältnisse ausgezeichnetes Ergebnis. Mit 14 663 Stimmen (21,8%) stellte sie nun mit Hermann Hermann aus Hard einen von vier Vorarlberger Abgeordneten. In den Gemeinden Hard, Rieden-Vorkloster und Fußach hatte sie die relative Mehrheit gewonnen, in Höchst und Nüziders mit den Christlichsozialen fast gleichgezogen. Vor allem in den Gemeinden des politischen Bezirks Feldkirch (einschließlich Dornbirn) lag sie mit einem durchschnittlichen Stimmenanteil von rund 27% beträchtlich über dem Landesdurchschnitt (24).

Dieser Erfolg war sicherlich auch das Ergebnis einer starken politischen Mobilisierung der Basis, die gewillt war, sich zur Wehr zu setzen, wenn sie Errungenschaften der jungen Republik durch die konservativen Landesbehörden gefährdet sah. Die erste größere - und erfolgreiche - Aktion hatte in Feldkirch stattgefunden, nachdem von der dortigen Staatsanwaltschaft die Ausgabe der sozialdemokratischen Parteizeitung "Vorarlberger Wacht" vom 5. Jänner 1919 wegen eines antiklerikalen Pamphlets beschlagnahmt worden war. Schon am nächsten Tag zogen nach Angaben der "Wacht" ca. 600 Arbeiter, darunter offenbar viele Eisenbahner, zusammen mit dem sozialdemokratischen Landesrat Franz Rauscher aus Levis vor die Bezirkshauptmannschaft und anschließend zum Landesgericht, wo eine Abordnung der Demonstranten tatsächlich die Aufhebung der Beschlagnahmung durch den Staatsanwalt erreichen konnte (25).

ZWISCHEN RÄTEN UND PARTEI

Doch mit der politischen Mobilisierung mußten vor allem auch die drängenden materiellen Probleme der arbeitenden Bevölkerung in Angriff genommen werden. Dem drückenden Nahrungsmittel- und Brennstoffmangel und der Inflation vermochten die Maßnahmen der Landesregierung nur ungenügend zu begegnen: Die Bauern erfüllten ihre verordneten Ablieferungsquoten nicht, und die Unternehmer wehrten sich gegen die

Zwangsbewirtschaftung. In Form eines "Arbeiter-, Bauern- und Soldatenrates" versuchte nun die Sozialdemokratische Partei, eine Institution zu schaffen, die die Mobilisierung an der Basis mit Kontroll- und Entscheidungsbefugnissen im wirtschaftlichen Bereich verbinden sollte. Dies hätte gleichzeitig den Aufbau einer Gegenmacht zu den staatlichen Institutionen bedeutet und damit die politische Dominanz der Christlich-sozialen aufgebrochen. Allerdings hat die Vorarlberger Sozialdemokratie zu dieser Zeit nie ein konkretes Konzept für eine solche Verbindung von politischer Mobilisierung an der Basis und institutionellem Handeln entwickelt - doch dieses Versäumnis teilt sie mit der Rätebewegung in Österreich und Deutschland insgesamt (26).

In den innerösterreichischen Industriegebieten hatten sich Räte unter dem Eindruck der russischen Oktoberrevolution schon während des Jännerstreiks 1918 gebildet. Sie blieben weitgehend unter dem Einfluß der Sozialdemokratischen Partei, deren Mitglied sein mußte, wer als Arbeiterrat gewählt werden wollte. 1919 hatte der Reichsarbeiterrat als "eine Art Nebenparlament" (27) eine beträchtliche Machtfülle erreicht und die Sozialgesetzgebung der deutschösterreichischen Republik nachhaltig beeinflußt.

Im benachbarten Bayern und in Württemberg hatte sich im November und Dezember 1918 die Rätebewegung ebenfalls rasch ausgebreitet. In München war nach der Ausrufung der bayerischen Republik am 8. November 1918 der Arbeiter-, Bauern- und Soldatenrat unter dem Vorsitz Kurt Eisners, der dann bald auch Ministerpräsident einer neu gebildeten Regierung wurde, die wichtigste politische Kraft (28). Eisner, der am 21. Februar 1919 von Graf Arco erschossen wurde, war übrigens am 12. Februar in Lindau und Bregenz (29). In Lindau hatte gleichfalls am 8. November der Arbeiter- und Soldatenrat die politischen Geschäfte der Stadt übernommen (30). Auch in Kempten, Ravensburg, Friedrichshafen, Reutlingen, Lindenberg und Weiler im Allgäu - um nur die etwas nähergelegenen Orte zu nennen - entstanden Arbeiter- und Soldatenräte (31). Doch in den Klein- und Mittelstädten Württembergs und Bayerns waren in den Räten, soweit sie im politischen Geschehen eine Rolle spielten, Bürgertum und Beamtenschaft in der Regel gut vertreten. Hier artikulierte die Rätebewegung allgemeine demokratische Forderungen - in Ulm beispielsweise erklärte der Arbeiter- und Soldatenrat bei seiner Gründung, daß man in der Stadt "keine russischen Zustände" und keine "Diktatur der Arbeiterschaft" wolle (32).

Auch wenn die Rätebewegung im deutschen Bodenseeraum für die Vorarlberger Sozialdemokratie eine allgemeine Beispielwirkung hatte, war letztlich nur aus dem benachbarten Lindau ein direkter Einfluß festzustellen. Dort rief der Arbeiter- und Soldatenrat unter seinem Vorsitzenden Dipl.-Ing. Oskar Groll am 7. April 1919 die Räterepublik aus - gleichzeitig mit der Ausrufung der bayerischen Räterepublik in

München. Nach der blutigen Niederschlagung der Münchner Rätebewegung in den ersten Maitagen des Jahres 1919 kam am 17. Mai mit dem Einmarsch des Freikorps Schwaben auch das - relativ undramatische - Ende der Lindauer Räterepublik (33).

Der Vorarlberger Arbeiter-, Bauern- und Soldatenrat war nicht durch eine Initiative an der Basis ins Leben gerufen worden, sondern - wie ich vermute - im wesentlichen durch eine bloße Neubenennung der sozialdemokratischen Gewerkschaftsorganisation und ihrer Funktionäre entstanden. In der "Vorarlberger Wacht" findet sich von November 1918 bis Februar 1919 kein Bericht, der ausdrücklich auf die Gründung oder Wahl eines solchen Rates hinweist. Erst Ende Februar und Anfang März werden "Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte" in der "Wacht" aufgerufen, Delegierte "der jeweiligen Ortsgruppe" oder der "Parteiorte" zu einer Bezirks- bzw. Landeskonferenz der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei zu entsenden (34). Im Laufe des März werden führende Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre dann nicht mehr, wie bis dahin üblich, als "Genossen", sondern als "Arbeiterräte" bezeichnet (35). Auf der Landeskonferenz der Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte in Dornbirn am 25. März 1919 wurde denn auch - kaum überraschend - einstimmig beschlossen, die Konferenz betrachte sich "als Teil der sozialdemokratischen Partei" und als Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte könnten "nur solche Genossen gewählt werden, die gewerkschaftlich oder politisch organisiert sind" (36).

Als "Arbeiterräte" traten die sozialdemokratischen Funktionäre vermehrt an die Öffentlichkeit, nachdem am 9. März 1919, einem Sonntag, eine "vielhundertköpfige Menschenmenge" in einer spektakulären Aktion am Dornbirner Bahnhof zwölf Waggons mit 73 Stück Vieh und einen Waggon mit Heu beschlagnahmt und das Vieh in die Markthalle geführt hatte. Das Milchvieh, das für den Transport nach Innerösterreich bestimmt war, sollte - so forderten die Arbeiter - in Schlachtvieh umgetauscht und dieses im Land geschlachtet werden (37). Die "Wacht" hatte sich schon früher über den Verkauf von Milchvieh außer Landes beschwert und die hohen Fleischpreise sowie den Milchmangel kritisiert (38).

Dieser Aktion folgten zwei machtvolle "Volksversammlungen" in Dornbirn und Bregenz, zu denen jeweils im Namen des Arbeiter-, Bauern- und Soldatenrates aufgerufen wurde. In Dornbirn sollte die Versammlung am Abend des 10. März im Mohrensaal stattfinden, doch war der Andrang so groß, daß sie auf den Marktplatz verlegt werden mußte. Die "Wacht" (39) schätzte die Zahl der Teilnehmer auf ca. 4000 (wenn diese Angabe wirklich stimmt, dann wäre das ungefähr das Doppelte der damaligen sozialdemokratischen Wähler in Dornbirn gewesen). Die Versammlung scheint jedenfalls sehr turbulent verlaufen zu sein. Nachdem Landespartei sekretär Linder in seiner Funktion als Ar-

beiterrat die Versammlung eröffnet hatte, sprach der Dornbirner Arbeiterrat Wehinger, der bei der Aktion am Bahnhof eine maßgebliche Rolle gespielt hatte. Er plädierte ebenso wie Arbeiterrat Franz Josef Riedmann aus Lustenau dagegen, das Vieh wieder herauszugeben. Für eine Herausgabe trat jedoch der sozialdemokratische Landeshauptmann-Stellvertreter Fritz Preiß ein - ohne mit diesem Vorschlag bei den Versammelten auf viel Gegenliebe zu stoßen. Es sei Kompensationsware im Anrollen, und dies werde der letzte Transport außer Landes sein, erklärte er. Schließlich stellte Linder den Antrag, "die Frage der Herausgabe des Viehs dem Arbeiter-, Bauern- und Soldatenrat Dornbirn zur Beratung und Beschlußfassung zu übertragen" - eine gut sozialdemokratische Antwort auf die Gretchenfrage, wie der Protest der Menge in politische Aktion umgesetzt werden sollte. Der Rat solle dann mit der Landesregierung über das Problem verhandeln. Nachdem Preiß noch einen Appell zu Disziplin und Ruhe an die Versammelten gerichtet hatte, schloß Linder, wie die "Wacht" vermerkt, "mit einem markigen Schlußwort" die Kundgebung (40).

Am folgenden Tag fand die Kundgebung in Bregenz statt. Es sprachen wiederum Linder und Wehinger, außerdem die Bregenzer Arbeiterräte Spindler und Weißmann sowie zum Schluß Landeshauptmann-Stellvertreter Preiß. Über 1000 Menschen waren gekommen. Dem Bericht der "Wacht" zufolge "steigerte sich die Erregung der Anwesenden bis zur Siedehitze, die sich erst wieder legte, als die Genossen Linder und Preiß mit beruhigenden Worten eingriffen. Es gehörte schon ein außergewöhnliches Führungstalent und Redebegehung dazu, eine aufgepeitschte und erwachte Menschenmasse im Zaume halten zu können, welche Eigenschaft natürlich umso leichter ist, wenn die Teilnehmer zum größten Teil organisierte Parteigenossen sind, als bei Indifferenten und solchen Elementen, welche von einem eventuellen Putsch die Interessen der Veranstalter und die Partei zu schädigen beabsichtigen. Genosse Preiß appellierte an die zahlreich Versammelten, sie möchten ihren Ärger über die traurigen Zustände und deren Urheber nicht durch Ausschreitungen kundtun, sondern bei der Landtagswahl (am 27. April 1919; Anm. d. Verf.) mit der Waffe des Stimmzettels sich Genugtuung und Vergeltung verschaffen durch die Wahl unserer sozialdemokratischen Parteigenossen..." (41).

Die Strategie der sozialdemokratischen Führung war klar darauf gerichtet, mittels der starken politischen Mobilisierung der Arbeiterschaft mehr Gewicht in den staatlichen Institutionen zu gewinnen. Unter dem Druck der Kundgebungen erzielte der Arbeiter-, Bauern- und Soldatenrat Dornbirn mit der Landesregierung sehr rasch eine Einigung über einen Ausfuhrstopp für Schlachtvieh. Das beschlagnahmte Nutzvieh wurde unter der Bedingung freigegeben, daß es bis zum Herbst zu keinen weiteren Ausfuhren komme (42). Dies entsprach im wesentlichen

dem Beschluß des Arbeiter-, Bauern- und Soldatenrates, der unmittelbar nach der Dornbirner Kundgebung gefaßt worden war.

Den Zwiespalt zwischen revolutionärem Anspruch und der Notwendigkeit, aus einer Minderheitenposition heraus in den bestehenden politischen Institutionen mitzuwirken, konnte die Vorarlberger Sozialdemokratie nur schwer bewältigen. Es waren letztlich tastende Versuche, erst einmal ein Bild von den politischen Spielräumen zu gewinnen und die eigene Stärke sowie die des Gegners auszuloten. Daß dies genügend Konfliktstoff innerhalb der Organisation abgab, ist verständlich. Doch läßt sich die Auseinandersetzung nur ungenügend erhellen, wenn man sie auf einen Konflikt zwischen einer gemäßigten "Landtagsfraktion", die in den bürgerlichen Institutionen Politik machen wollte, und einer radikalen "Rätefraktion" reduziert. Denn die "Räte" waren personell und organisatorisch mit der Partei untrennbar verbunden, und ein letztlich mäßigend wirkender Landtagsabgeordneter wie Anton Linder war ebenso Arbeiterrat, wie umgekehrt der sicher radikalere Arbeiterrat Franz Josef Riedmann sozialdemokratischer Landtagsabgeordneter war.

Fest steht lediglich, daß die "Vorarlberger Wacht" in ihren Berichten und Kommentaren zunehmend schärfere Töne anschlug und immer wieder mit einer Radikalisierung der Sozialdemokratie drohte, wenn der bürgerliche Gegner nicht auf die berechtigten Anliegen der Arbeiterschaft eingehe. Doch selbst da war die Linie nicht klar: In der Ausgabe vom 13.3.1919 etwa wurde berichtet, der Arbeiter-, Bauern und Soldatenrat weise den von der bürgerlichen Presse erhobenen Vorwurf des Bolschewismus zurück; in derselben Nummer aber steht ein Bericht aus der Ortsorganisation Hard über die Reaktion der dortigen Parteigenossen auf die Dornbirner Viehbeschlagnahme, wobei mit offenen Drohungen nicht gespart wird. Jeder einzelne habe bedauert, bei der Abrechnung in Dornbirn nicht dabeigewesen zu sein, und wenn je einem Genossen für diese wackere Tat ein Haar gekrümmt werden sollte, würden die vielen hundert Organisierten von Hard nicht davor zurückscheuen, mit Gewalt zu erwidern: "... wie wir die unschuldigen Italiener und Russen hinschlachten mußten, ebenso können wir auch einmal die richtigen eigenen Feinde an unserer Familie aufs Korn nehmen..." (43).

Die Dornbirner Ereignisse führten dazu, daß der Kommissär des eidgenössischen Ernährungsamtes, Major Stingelin, drohte, die Schweizer Lebensmittellieferungen nach Vorarlberg einzustellen. Im November 1918 war ein entsprechendes Abkommen zwischen Vorarlberg und der Schweiz geschlossen worden, um im Lande einer Hungerkatastrophe vorzubeugen. Die schweizerische Bundesregierung leistete ihre Hilfe nicht ganz uneigennützig: Sie wollte der Gefahr revolutionärer Umtriebe im benachbarten Ausland steuern und behielt sich deshalb die Möglichkeit vor, im Falle von Unruhen in Vorarlberg ihre Lebensmittellieferungen einzustellen oder zu verringern (44). Mit der Gründung der Arbeiter-, Bauern-

und Soldatenräte sah Stingelin diesen Fall kommen. Er warne, so erklärte er am 14. März 1919 in Bregenz, vor der weiteren Gründung von Räten, vor jeder Einmischung der Räte in die Tätigkeit der Landesregierung und aller Verwaltungsorgane sowie vor Gewaltakten jeder Art. Nach dem geltenden Vertrag sei jederzeit die Einstellung der Belieferung möglich (45). Doch damit ließ sich die Vorarlberger Sozialdemokratie nicht erpressen. - im Gegenteil: Mit derartigen Drohungen, so wurde betont, werde der Bolschewismus nicht gebannt, sondern geradezu wachgerufen; und "sollten ... die klerikalischen Machthaber die Zeichen der Zeit nicht verstehen wollen, so dürfte die Zeit nicht mehr ferne sein, in der unsere Führer nicht mehr imstande und nicht mehr gewillt sind, dem Volkswillen entgegenzutreten..." (46).

Auf der Landeskongress der Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte am 25. März wurde dann ein Forderungsprogramm beschlossen, das wohl auf einer Überschätzung des politischen Gewichts der Sozialdemokratie beruhte - doch aus der Dynamik der vergangenen Ereignisse nicht ganz unverständlich ist. Innerhalb von acht Tagen erwartete die Konferenz eine Antwort der Landesregierung auf die Forderungen, die Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte sollten durch die Landesregierung offiziell anerkannt werden und ihre Organe das Recht haben, "unter Beiziehung von Assistenzen aus der Volkswehr oder der Landesorgane oder der Polizei allüberall und jederzeit Kontrolle nach aufgespeicherten Lebensmitteln vorzunehmen, Waren zu beschlagnahmen und sie den Landesaprovisionierungsstellen zur Verfügung zu stellen". Weiter forderte die Konferenz ein Verbot des Zwischenhandels bei Heu und Vieh sowie den Verkauf von überflüssigem Vieh an das Land. Und schließlich wurde die Erklärung von Major Stingelin scharf zurückgewiesen und dies auch dem Schweizer Bundesrat zur Kenntnis gebracht (47). Einzig die Attacke gegen Stingelin hatte Erfolg. Er wurde Anfang April von seinem Bregenzer Posten abberufen und gerügt (48).

ABWARTEN - UND AUF DIE WELTREVOLUTION HOFFEN

Alle anderen Forderungen blieben Makulatur. In dieser Situation hätten die Mitglieder der Partei und der Gewerkschaft zur Unterstützung der Forderungen mobilisiert werden müssen. Doch nichts geschah. Offenbar vertraute die Führung darauf, die vorangegangenen Demonstrationen hätten die Staatsmacht schon ausreichend beeindruckt - und die proletarische Bewegung in Rußland und in Ungarn (wo am 21. März 1919 die Räterepublik ausgerufen worden war) würde dies noch tun. Schon bald sei eine internationale politische Situation zu erwarten, die das Zusammengehen der Proletarier aller Nationen erzwingen werde; das

Proletariat Deutschösterreichs und Deutschlands werde "vielleicht bald dem Beispiel der ungarischen Arbeiter folgen müssen", und gegen ein einiges Proletariat Deutschlands-Deutschösterreichs, Böhmens, Ungarns und Rußlands hätten auch die Mächte der Entente keine Chance, erfolgreich zu intervenieren - so die "Wacht" in einem Leitartikel Ende März 1919 (49). Das waren laute revolutionäre Worte, denen aber nicht einmal leise reformerische Schritte folgten. Auf einer außerordentlichen Landeskonferenz der sozialdemokratischen Partei am 7. April 1919 wurden lediglich die bereits bestehenden Forderungen des Arbeiter-, Bauern- und Soldatenrates noch einmal verabschiedet (50).

Im übrigen erwartete man wohl durch die Fortschritte der Rätebewegung in Bayern eine nachgiebigere Haltung der Landesregierung und eine Stärkung der eigenen Position. Die Ausrufung der bayerischen Räterepublik am 6./7. April 1919 kommentierte die "Vorarlberger Wacht" mit der Bemerkung, die "Weltrevolution, welche allein imstande ist, a l l e Völker der Erde vom kapitalistischen Joche zu befreien", sei "ein tüchtiges Stück vorwärts gekommen" (51).

Drei Tage nach der Ausrufung der bayerischen Räterepublik und der Räterepublik Lindau ereignete sich in Bregenz ein Zwischenfall, der für sich allein genommen eher wie eine Burleske wirkt, doch der Landesregierung als wohlfeile Rechtfertigung diene, unter eigenem Kommando die "Volksmiliz", die Vorläuferin der Heimwehr, aufzubauen. Der Vorsitzende des Lindauer Arbeiter- und Soldatenrates, Oskar Groll, und der linksstehende katholische Pfarrer Johann Georg Müller waren von der sozialdemokratischen Partei als Redner zu einer Versammlung am Abend des 10. April nach Bregenz eingeladen worden. Groll war von Lindau mit dem Boot nach Bregenz aufgebrochen, hatte dann jedoch in die Schweiz abgedreht. Mitglieder des Lindauer Arbeiter- und Soldatenrates aber befürchteten, Groll, dem keine Einreisebewilligung für Vorarlberg gewährt worden war, sei in Bregenz verhaftet worden. An der Grenze sollen die Lindauer mit Gewalt gedroht haben, falls sie mit ihrem Auto nicht passieren dürften, worauf Landeshauptmann Dr. Ender telefonisch Anweisung gab, das Auto unter Protest hereinzulassen. Die Lindauer fuhren nun direkt zum Gebäude der Landesregierung in Bregenz und verlangten von Dr. Ender, Groll sofort zu enthaften, andernfalls die Lindauer Garnison zu seiner Befreiung einrücken werde. Doch da Groll tatsächlich nicht in Bregenz war, erklärte Dr. Ender den Lindauer Räten, "es stehe den Herren ... frei, nach Groll in Bregenz zu suchen" - worauf die Herren wieder nach Hause fuhren (52). Groll und Müller sprachen an jenem Abend gleichwohl in Bregenz, da sie durch ein Mißverständnis der Grenzbehörden am Abend einreisen konnten... (53).

Dieser Vorfall war anfangs nicht einmal der konservativen Presse einen Kommentar wert - das "Volksblatt" erwähnt lediglich den Vortrag von Groll und Müller als Zeichen bolschewistischer Umtriebe bei den

Sozialdemokraten (54) -, doch in der Darstellung gegenüber dem Wiener Staatsamt für Heerwesen, das eine (von der Landesregierung freilich nicht befolgte) Auflösung der bürgerlichen Volksmiliz forderte, wird das Ereignis als besonders nachdrückliches Beispiel für die "gefährdrohende Lage" zitiert, unter der die Landesregierung bei der Gründung der Vorarlberger Volksmiliz gehandelt habe (55).

In Wirklichkeit aber war die Volksmiliz nicht aufgrund der aus Bayern drohenden spartakistischen Gefahr, die der Vorarlberger Öffentlichkeit und den Wiener Behörden von den Konservativen in immer neuen Varianten vorgeführt wurde, konzipiert worden. Eine erste Anregung war offenbar vom Gemeindevorsteher von Altenstadt, Josef Rheinberger, ausgegangen, der mit Schreiben vom 10. März 1919 den Landesrat in Bregenz um die "Bewilligung zur Aufstellung einer Bürgerwehr" ersuchte. Begründung: Am 8. März sei auf einer sozialdemokratischen Versammlung besprochen worden, bei den Bauern Plünderungen vorzunehmen. Am 13. März sei wieder eine solche Versammlung, wo vom Wirtschaftsrat sicher mehr Mehl und Brot gefordert werde: "... aber diese Klasse von Leuten sind nicht zu sättigen und greifen nach unerlaubten Mittel(n)" (56). Es drohte also nicht der Spartakismus, sondern die ordinäre Angst des Bürgers, der Pöbel könnte ihm was wegfressen. Die Polizeiabteilung der BH Feldkirch, über die dieses Ansuchen an die Landesregierung weitergeleitet worden war, vermerkte dazu, die Aufstellung von Bürgerwehren in bedrohten Orten solle nicht verzögert werden: "Allerdings müßte die bezügliche Organisation mit großer Vorsicht erfolgen und erschiene es zweckmäßig dieselbe unauffällig in eine bereits bestehende Formation (Standschützen, Feuerwehr od. dgl.) einzugliedern" (57). Am 19. April 1919 teilte die Landesregierung das Vorhaben einer Volksmiliz den politischen Behörden und der Spitze der Exekutive mit: Der Stand der Vorarlberger Volkswehr sei mit ca. 800 Mann, wovon die Hälfte im Grenzschutzdienst stehe, zu gering, "um bei plötzlichen Unruhen, die wohl auch gleichzeitig an verschiedenen Stellen ausbrechen können, Nennenswertes leisten zu können. ... die immer stärker werdenden äusseren Einflüsse und spartakistischen Umtriebe im Lande fordern ... zur Schaffung von Formationen aus besonnenen, ruhigen, für die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung voll eintretenden Elementen, 'freiwilligen Volksmilizen', in möglichst vielen Städten und Gemeinden des Landes, mindestens aber in den Orten voraussichtlichen Bedarfes" (58). Ende April wurde die Volksmiliz durch einen Erlaß der Landesregierung amtlich - was aus ihr geworden ist, schildern Beiträge in diesem Band (59).

Militärische Maßnahmen waren die eine Ebene, auf der das Bürgertum zu dieser Zeit der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung begegnete; eine verstärkte politische Formierung der konservativen Kräfte im Land war die andere.

Für den Palmsonntag, den 13. April 1919, rief das "Volksblatt" zu antibolschewistischen Massenkundgebungen im ganzen Land auf. Schon am 10. April hatte im Bregenzer Forstersaal eine von angeblich 2000 Personen besuchte Kundgebung der Christlichsozialen gegen Bolschewismus und Spartakismus stattgefunden. Doch die Massenversammlungen in 16 Orten des Landes, drei Tage später, scheinen an Besucherzahl alles Gewohnte in den Schatten gestellt zu haben. Das "Volksblatt" nennt im Durchschnitt eine Teilnahme von 1000 bis 2000 Personen, in Dornbirn sollen es gar 5000 gewesen sein (60). Das an jenem Palmsonntag erscheinende "Volksblatt" hatte die Kundgebungsteilnehmer auf gut alemannisch eingestimmt: "Eine Gruppe von Sozialdemokraten, vielfach Landesfremde planen einen Anschlag auf die Freiheit und auf die Verfassung des Landes. Ihr Ideal ist die Räterepublik, die Gewaltherrschaft des Proletariates. ... Die Fremden wollen herrschen; dem bodenständigen Vorarlberger, verwachsen mit der heimatlichen Scholle, droht das Gewaltjoch russischer Herkunft und halbasiatischer Art" (61).

Der mit der heimatlichen Scholle und dem "Volksblatt" verwachsene Vorarlberger konnte sich leicht ausrechnen, wer mit jenen Fremden in erster Linie gemeint sein mochte: war ihm dies doch mit unermüdlicher Regelmäßigkeit von den Redakteuren des Blattes mitgeteilt worden. So konnte der bodenständige Vorarlberger etwa am 14. Februar jenes Jahres anlässlich der bevorstehenden Parlamentswahlen erfahren, 80% der Redakteure, Kassenbeamten und Sekretäre der Sozialdemokratie seien Juden: "Eine solche Partei kann uns die Befreiung vom Kapitalismus n i e bringen, das kann n u r eine c h r i s t l i c h -soziale Partei, die aus vieljährigem Kampf gegen jüdisches Kapital hervorge wachsen ist..." (62). Und am Vortag: "Die Christlichsoziale Volkspartei bekämpft mit aller Entschiedenheit die Vorherrschaft des Judentums, sowie überhaupt den unheilvollen und verderblichen Einfluß des jüdischen Geistes auf allen kulturellen, wirtschaftlichen und politischen Gebieten" (63).

Dieser programmatische und rassistische Antisemitismus, dessen Anfänge sich mit dem Beginn der christlichsozialen Bewegung im 19. Jahrhundert verbinden, sollte bis zur Errichtung der nationalsozialistischen Diktatur in Österreich das entscheidende Kampfmittel der Christlichsozialen gegen die sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeiterorganisationen bleiben (64).

Die massive Mobilisierung der Christlichsozialen gegen Sozialdemokratie und Rätebewegung zeigte bei der Partei Wirkung. Landespartei-vorstand und Landtagsfraktion zusammen erklärten "nachdrücklichst, daß die soz. Partei Vorarlbergs auf dem Boden des demokratischen Sozialismus steht, das heißt, daß das Volk in seiner Mehrheit selbst sein Geschick zu bestimmen habe". Die Partei werde den Bolschewismus, "der für Deutschösterreich und für Vorarlberg wirklich eine Gefahr sein

würde, weil Bolschewismus und demokratischer Sozialismus sich nicht vereinbaren lassen, ... selbst fernzuhalten wissen". Der Bolschewismus sei offiziell von der Partei nie propagiert worden "und besteht eigentlich nur in der Phantasie unserer Gegner als Wahlwerbemittel" (65). Das "Volksblatt" nahm diese Erklärung wohlwollend zur Kenntnis (66). Bei der am 27.4.1919 stattfindenden Landtagswahl verlor die sozialdemokratische Partei gegenüber den Parlamentswahlen vom 16.2.1919 rund 3000 Stimmen (67). Die konservative Propaganda war offenbar nicht erfolglos gewesen.

Der 1. Mai 1919 war der Landesregierung noch einmal ein Grund zur Beunruhigung. Die Sozialdemokratische Partei hatte die Aufhebung der Grenzsperrung gegen Bayern verlangt, um am 1. Mai an einer Massenversammlung der Lindauer Räte teilnehmen zu können. Die Landesregierung jedoch befürchtete, bei der Rückkehr könnten die Sozialdemokraten Waffen nach Vorarlberg mitbringen. Die Grenzsperrung blieb also aufrecht, außerdem wies Landeshauptmann Dr. Ender den Landesbefehlshaber Steurer an, 100 Mann Volkswehr aus dem Oberland zuzuziehen und eine M.G.-Abteilung zur Verstärkung der Volkwehrrkompagnie zu bilden. Nach dem Bericht des Landesbefehlshabers zogen 30 bis 40 Bregenzer Sozialisten an die Grenze, auf der anderen Seite erschienen 100 bis 130 Lindauer. Schneidermeister Gattermeier entbot den Lindauer Genossen die Grüße der Bregenzer Sozialdemokraten, die Lindauer hingegen hätten die Bregenzer aufzustacheln versucht, sich keine Vorschriften mehr machen zu lassen. Schließlich habe sich die Menge auf beiden Seiten der Grenze friedlich verlaufen (68) - die Volkswehr aber, die sich bis dahin mit Einsätzen zu politischen Anlässen sehr zurückgehalten hatte, konnte ihre erste Mobilisierung gegen sozialdemokratische Arbeiter verzeichnen.

Mit dem Zusammenbruch der bayerischen Rätebewegung war auch in Vorarlberg endgültig der Gedanke gescheitert, durch Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte eine wirtschaftliche und politische Gegenmacht zu den Unternehmern und zum Staatsapparat zu schaffen. Am 6. Mai 1919 kündigte der politisch einst so ambitionierte Dornbirner Arbeiterrat in der "Vorarlberger Wacht" an, es sei ihm gelungen, "ein größeres Quantum Sauerkraut zu erwerben"; es werde zum Selbstkostenpreis nur an Organisierte bei Vorlage des Mitgliedsbuches der Organisation abgegeben... (69). Dies war eine der letzten Aktionen des Arbeiterrats. In der Folge traten wieder Partei und Gewerkschaft an seine Stelle.

ZWISCHENBILANZ

Für die sozialdemokratische Arbeiterbewegung bedeutete die Entwicklung im Winter und Frühjahr 1919, gemessen an ihren Ansprüchen, eine politische Niederlage - wobei man in Anbetracht des Zusammenbruchs der bayerischen Rätebewegung vielleicht noch froh sein mußte, daß der politische Verlust nicht auch zu einem blutigen militärischen wurde.

Die Jahre 1919 und 1920 waren Höhepunkte der sozialdemokratischen Partei und der sozialdemokratischen Gewerkschaften, was die Zahl der Mitglieder betrifft. Nie mehr in der Zwischenkriegszeit vermochten Partei und Gewerkschaften einen so hohen Organisationsgrad zu erreichen, wie sie ihn bis ca. 1922 hatten. Ab 1923 begannen die Mitgliederzahlen in Partei und Freien Gewerkschaften augenfällig zu sinken.

Bis 1932 hatte die sozialdemokratische Partei in Vorarlberg, bei einem kurzfristigen Aufschwung 1928-29, mehr als ein Viertel ihrer Mitgliederzahl von 1921 verloren. Damals waren es 3263 gewesen, 1932 waren es nurmehr 2216. Lediglich die oberösterreichische Parteiorganisation verzeichnete höhere prozentuelle Verluste - allerdings bei einer Ausgangsgröße, die fast das Zwanzigfache jener Vorarlbergs betrug (70).

Bei einer weiteren negativen Entwicklung hält die Vorarlberger SDAP die einsame österreichische Spitze: im Verhältnis von sozialdemokratischen Wählern zu sozialdemokratischen Mitgliedern. Im Jahre 1920 waren bei den Parlamentswahlen noch 28 von 100 sozialdemokratischen Wählern auch Parteimitglieder, 1923 verringerte sich die Zahl auf 22,4%, 1927 auf 16% und 1930 auf 15%. Zum Vergleich: 1930 lautet die entsprechende Zahl für die beiden nächstfolgenden Bundesländer Tirol und Burgenland 22,1% bzw. 22,7% (71).

Auch bei den Freien Gewerkschaften ergibt sich ein ähnliches Bild: Während sie 1922 noch die erstaunlich hohe Zahl von 10 158 Mitgliedern beanspruchten, sank der Mitgliederstand im folgenden Jahr auf 6817. Ein weiterer Einbruch erfolgte zwischen 1925 und 1926 mit einem Rückgang von 6225 auf 4545 Organisierte. 1930 waren es nurmehr 2839 Mitglieder - und darunter bloß 314 Frauen (72). Die christlichen Gewerkschaften verzeichneten nach 1922 (Stand: 6174 Mitglieder) ebenfalls einen deutlichen Abschwung, doch zählten sie zwischen 1928 und 1930 mehr Mitglieder als die Freien Gewerkschaften - im Jahre 1930 z.B. 4353 (73). Selbst wenn man den Angaben der Gewerkschaften über ihre Mitgliederzahl nicht unbesehen Glauben schenken will, wird doch auch an den Ergebnissen der Kammerwahlen 1921 und 1926 bei den Freien Gewerkschaften mehr oder weniger eine Stagnation, bei den christlichen Gewerkschaften hingegen ein relativ starkes Wachstum und beim deutschnationalen Gewerkschaftsbund ebenfalls ein Zuwachs deutlich.

Eine umfassende Bilanz über die Arbeiterklasse Vorarlbergs und ihre politische Bewegung in der Zwischenkriegszeit steht noch aus. Die wenigen hier präsentierten Zahlen müssen in unserem Zusammenhang für eine grobe Darstellung einiger bezeichnender Trends genügen.

Angesichts der numerischen Verluste der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei ist es überraschend - doch auch ein Zeichen des starken inneren Zusammenhalts der Organisation -, daß sie am Beginn der dreißiger Jahre eine im Verhältnis zur Mitgliederzahl äußerst beeindruckende Intensität bei Schulungs- und Bildungsveranstaltungen aufwies (74).

Was es hieß, am Anfang der dreißiger Jahre in Vorarlberg Sozialdemokrat zu sein, dokumentiert wohl nichts besser als ein Foto vom 1. Mai 1932 (75), das die Nüziderser Sozialdemokraten beim Auszug aus ihrer Gemeinde und auf dem Marsch ins benachbarte Bludenz zeigt: vorneweg 25 Mann hoch die Trachtenmusikkapelle, dahinter 17 Jugendliche im Blauhemd, mit roter Fahne und einem Transparent "Hände weg von unseren sozialen Renten", dann noch 15 andere 1.-Mai-Demonstranten im Sonntagsstaat. Mehr Bekenntnismarsch als Demonstration - verstecken konnte sich da keiner.

Mit der folgenden Darstellung der zweiten "Grenzstation" der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung, der Zeit der Diktatur von 1934 bis 1938, gilt es auch, die Landkarte des Arbeiterwiderstands gegen den österreichischen Klerikalfaschismus deutlicher zu zeichnen: In einschlägigen Untersuchungen sind den Vorarlberger Revolutionären Sozialisten höchstens ein paar allgemeine Bemerkungen gewidmet, und selbst die sind nicht immer sachlich richtig (76).

SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI IM FEBRUAR 1934 (77)

Beim letzten Landesparteitag vor dem Februar 1934, am 3. April 1933 in Dornbirn, hatte es angesichts der erdrückenden Übermacht der Nationalsozialisten in Deutschland heftige Strategiedebatten gegeben: Ein Teil der Delegierten plädierte für eine Unterwanderung der NSDAP und die Stärkung des Arbeiterflügels, ein anderer für illegale Arbeit. Auch auf den Parteimitgliederversammlungen und der Bezirkskonferenz beispielsweise des Bezirks Bludenz kam der Strategiekonflikt zum Ausdruck (78).

Hier wurde eine Stimmung deutlich, die die Nationalsozialisten nach der Machtübernahme im März 1938 zielstrebig auszubeuten versuchten. Denn daß gerade bei politisierten Arbeitern die Erbitterung über den christlichsozialen Ständestaat zu - wenn auch zurückhaltenden - Sympathien mit den NS führen konnte, wird z.B. aus einem Bericht im "Vor-

arlberger Tagblatt" vom 4. April 1938 deutlich: Der frühere sozialistische Gewerkschafter Emil Nesler, so heißt es, habe auf einer faschistischen Kundgebung in Bludenz Anfang April 1938 erklärt, die Arbeiter hätten "wahrlich keinen Grund, dem verflissenen christlichen Ständestaat, der alles andere als christlich und sozial war, eine Träne nachzuweinen". Er könne heute noch nicht mit Überzeugung "Heil Hitler" sagen, doch würden sich die Arbeiter freuen, "wenn der Nationalsozialismus, den sie bekämpft hätten, ihnen den wahren Sozialismus bringe" (79).

Es spricht ebensowenig gegen die Annahme, daß sich auch Teile des kommunistisch organisierten Potentials für die antikapitalistischen und antiklerikalen Versprechungen des Faschismus anfällig erweisen sollten. Als etwa im Juli 1938 die Gendarmerieposten des Bezirks Feldkirch aufgefordert wurden, ein Verzeichnis der von den jeweiligen Posten zwischen 1933 und 1935 erhobenen Kommunisten vorzulegen, kam z.B. aus Dornbirn der Bericht: "Soweit bis jetzt in Erfahrung gebracht werden konnte, sollen einige von den im Verzeichnis angeführten Kommunisten der SA und NSKK angehören und sich in den letzten zwei Jahren in keiner Weise im kommunistischen Sinne betätigt ... haben" (80).

Normalerweise stand aber sicher nicht die Frage einer taktischen Orientierung auf die NS im Vordergrund der Diskussionen vor dem 12. Februar 1934. Typisch war es vielmehr - wie in der Bregenzer Parteiorganisation -, daß auf der einen Seite eine Gruppe von meist jüngeren Sozialdemokraten sich mit dem linken Flügel der Gesamtpartei, repräsentiert durch Otto Bauer, identifizierte, während auf der anderen Seite ältere Sozialdemokraten oft Bedenken gegen den revolutionären Weg und Resignation angesichts der politischen und militärischen Machtmittel des faschistischen Gegners äußerten (81).

Militärisch war die Sozialdemokratie in Vorarlberg überhaupt kein Faktor. Der Schutzbund war weder personell noch waffentechnisch auf eine größere Auseinandersetzung eingestellt. Nach Meinung von Alois Hammer war er "nicht einmal eine Turnorganisation, er war noch schlechter als eine Turnorganisation" (82). Praktisch bestand nur eine Ausbildung in militärischer Marschdisziplin, gelegentlich gab es Schießübungen mit Kleinkaliberpistolen (83).

Die wesentliche Aufgabe der Vorarlberger Schutzbundorganisation lag im Versammlungsschutz gegen Heimwehr und illegale SA (84). Nach dem 12. Februar kam es in Vorarlberg denn auch zu keinerlei bewaffneten Auseinandersetzungen; es war das einzige Bundesland, in dem die klerikalfaschistische Diktatur von der Verhängung des Standrechts absehen konnte.

Gleichwohl war den Vorarlberger Schutzbündlern auch eine Funktion im gesamtösterreichischen Rahmen zugeordnet: Sie sollten im Konflikt-

fall durch ihre Aktionen das Bundesheer bzw. die Gendarmerie binden und die Verlegung von Truppeneinheiten in ein kämpfendes Ostösterreich (d.h. nach Wien) verhindern. Vor dem Beginn der Februarkämpfe waren Otto Glöckel und - so berichtet Franz Zoller- der Stabschef des Schutzbundes, Alexander Eifler, noch in Vorarlberg gewesen (85). Ein Appell Eiflers bei einem dazu einberufenen Schutzbundtreffen im Dornbirner Arbeiterheim scheint einen nachhaltigen Eindruck hinterlassen zu haben. Neben der Hoffnung auf einen von Bregenz bis Wien sich ausbreitenden Generalstreik war das strategische Kalkül Eiflers: Die Entscheidung müsse in Wien fallen; Aufgabe der Vorarlberger sei es, danach zu trachten, daß kein Militär nach Wien komme, und Militär wie Gendarmerie durch Unruhen zu binden (86). Offensichtlich war auch an eine Unterbrechung der Arlberg-Bahn durch eine Sprengung der Trisanna-Brücke gedacht, zumindest wurde diese Möglichkeit unter Bludenzern Sozialisten diskutiert (87).

In Bludenz fanden am 12. Februar dann tatsächlich Straßendemonstrationen statt, die auch viele Neugierige anzogen. Die Demonstranten konzentrierten sich an verschiedenen Punkten der Stadt ständig neu (88). Den Behörden blieb durch diese Aktionen das Widerstandspotential wohl unklar. Im Vorarlberger Unterland allerdings scheint es ähnliche Aktionen nicht gegeben zu haben (89).

Daß der sofortige Widerstand im ganzen Land nicht effektiver organisiert werden konnte, hängt nicht nur mit der Verhaftung der beiden Schutzbundkommandanten Hans Draxler (Bregenz) und Anton Linder (Dornbirn-Feldkirch), die als einzige über die Waffenlager Bescheid wußten, unmittelbar nach dem Ausbruch der Februarkämpfe zusammen. Bereits vor den Verhaftungen agierte die Partei sehr hilflos. Die Besetzung der Arbeiterheime - in Bludenz, Dornbirn, Bregenz, in Hard und Höchst - war für viele Aktive offenbar eine völlige Überraschung (90). Und das Landesparteiensekretariat ersuchte in einem Express-Brief vom Nachmittag des 12. Februar die Funktionäre erst einmal, "auf unsere Mitgliedschaft beruhigend einzuwirken".

Bei diesem hektographierten Rundbrief läßt sich aus jeder Zeile die Dramatik, aber auch die Ratlosigkeit herauslesen, die der beginnende Bürgerkrieg bei der sozialdemokratischen Parteiführung hervorgerufen haben muß. Aus Wien, so heißt es in dem Schreiben, sei um 11 Uhr 50 die Meldung gekommen, daß der Generalstreik ausgebrochen sei. Radio Zürich habe um 12 Uhr 30 ebenfalls vom Aufruf zum Generalstreik und von schweren, andauernden Zusammenstößen in Linz berichtet. Über Linz sei das Standrecht verhängt worden, und nach einer Meldung von Radio Wien auch über die Bundeshauptstadt. "... Solange wir die Verbindung aufrecht halten können, werden wir dies tun und sind uns wichtige Vorfälle aus den Orten telefonisch sofort zu melden. Sollte es zur Verhaftung meiner Person kommen, oder sollten sonstige Ereignisse

eintreten, die Weisungen von hier aus unmöglich machen, so gelten die Weisungen der Bezirksstellen. ...

Besten Gruß
f.d.
Landessekretariat
der Sozialdemokratischen Partei
Vorarlbergs
Linder" (91).

Während das Landesparteisekretariat die Funktionäre noch ersuchte, auf Weisungen zu warten - natürlich konnte es keine mehr geben -, hatte die Gegenseite, der Staatsapparat, schon lange vor dem 12. Februar die entsprechenden Vorkehrungen getroffen. Bereits am 29. Januar 1934 war an die Kriminalbeamten des Bezirkes Bregenz - auch an die anderer Bezirke, wie anzunehmen ist - die Anweisung ergangen, "ein Verzeichnis jener Personen zusammenzustellen, welche als aktive Sozialdemokraten bzw. Kommunisten in Frage kommen" und "eine systematische Überwachung derselben" vorzunehmen (92).

Nach dem 12. Februar verfügte z.B. die BH Bregenz denn auch sehr bald über ein exaktes Verzeichnis von 101 aktiven Linken, auf dem die als "prominent" anzusehenden Personen gesondert ausgewiesen sind (93). In einem weiteren von der BH Bregenz angelegten Verzeichnis, das möglicherweise auf die erwähnte kriminalpolizeiliche Erhebung zurückgeht, lassen sich 50 Personen nach Berufen wie folgt aufschlüsseln: 25 Bundesbahn-Bedienstete (darunter 9 Pensionisten, des weiteren Lok- und Zugführer sowie gewerbliche Berufe, 5 Angestellte/Beamte), 11 Angehörige gewerblicher Berufe, 5 Angehörige von Dienstleistungsberufen, 6 Hilfsarbeiter, 2 Hausfrauen, 1 Gastwirt (6 Personen, darunter 3 Hilfsarbeiter, sind als Kommunisten ausgewiesen) (94).

Im Bezirk Bregenz wurden am Abend des 12. Februar 13 Sozialdemokraten in "Verwahrung genommen", sie blieben bis zum Nachmittag des 17. Februar im Gefängnis (95). Auch in den übrigen Bezirken kamen die führenden Funktionäre in Vorbeugehaft (96). In Vorarlberg wurde jedoch im Zusammenhang mit den Februar-Ereignissen niemand von den politischen Behörden bestraft oder in ein Anhaltelager gebracht (97).

Die Hausdurchsuchungen in Arbeiterheimen, Konsumgebäuden und Privatwohnungen förderten keine beachtenswerten Ergebnisse zutage - im Bezirk Bregenz konnten im wesentlichen nur Zeitschriften und Fahnen konfisziert werden, ganze dreimal bloß wurde eine leichte Waffe gefunden (98).

Mit der Zerschlagung der sozialdemokratischen Organisationen kam auch das Ende der "Vorarlberger Wacht" als sozialdemokratisches Organ. Am 13. Februar erschien die Zeitung zum letzten Mal als sozialdemo-

kratisches Blatt - ob die Nummer auch ausgeliefert wurde, muß mit gutem Grund bezweifelt werden. Als die Zeitung - von den ständestaatlichen Behörden gleichgeschaltet - am 20. Februar wieder erschien, führte sie den neuen Untertitel "Unabhängiges Organ für die Interessen der Arbeiter und Angestellten Vorarlbergs". Nach einer Woche wurde diese Bezeichnung jedoch beseitigt.

In ihrer ersten Nummer nach der Errichtung der Diktatur appellierte die Zeitung unter dem Titel "Keine Kriegskontributionen" erstaunlich weitsichtig an die neuen Machthaber: "Man kann äußere Formen zerbrechen, man kann einen Namensruf untersagen, man kann Sekretariate schließen, man kann Vertrauensmänner verhaften - aber man kann nicht die Arbeiterschaft ausrotten und die Arbeiter auflösen. Man kann nicht eine Idee verbieten und man kann nicht eine Weltanschauung abschaffen." Die Auflösung der Organisationen der Arbeiterschaft dürfe nicht lange währen, "sollen die Arbeiter nicht in die Hände der Nationalsozialisten, der geschworenen Feinde Österreichs, getrieben werden" (99).

Doch in derselben Nummer stand ein Aufruf, der widerstandsbereite Sozialdemokraten aufs tiefste treffen mußte: Landpartei sekretär Anton Linder wandte sich mit einem vom 18. Februar datierten Appell an die "Arbeiteröffentlichkeit", "die Besonnenheit nicht zu verlieren und ... sich mit den gegebenen Tatsachen abzufinden". Man müsse nun nach neuen Wegen suchen, um der arbeitenden Bevölkerung zu dienen (100). Vier Tage später, am 24.2.1934, erschien ein weiterer Aufruf Linders in der "Wacht": Wer von den Sozialdemokraten Waffen und Munition besitze, der solle die bis zum folgenden Tag gewährte Frist nutzen und die Waffen abführen. Was jetzt not tue, sei Verständnis und guter Wille auf allen Seiten (101).

Zum Zeitpunkt der Abfassung seines zweiten Aufrufes konnte Linder noch nicht wissen, in welchem aktuellen Zusammenhang er in der Zeitung erscheinen würde. Auf der Titelseite derselben Ausgabe berichtet die "Vorarlberger Wacht" ausführlich über das Todesurteil gegen den Linzer Brauereiarbeiter und Februarkämpfer Anton Bulgari sowie dessen Hinrichtung. Die lapidare letzte Zeile der Meldung: "Die Exekution an Bulgari wurde um 17.30 Uhr vollzogen."

Landespartei sekretär Linder war, wie andere führende Funktionäre, in Vorbeugehaft genommen worden. In der Haft ließ er sich - sehr wahrscheinlich zusammen mit dem Landesvorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei Wilhelm Sieß - unter Druck setzen, eine - so wörtlich - "Loyalitätserklärung" zu unterzeichnen und sich "zur neuen Staatsordnung Oesterreichs" zu bekennen. Die Führung der Sozialdemokratischen Partei Vorarlbergs, hieß es in dieser Erklärung, habe "schon vor den erfolgten Verhaftungen die Parole ausgegeben ..., dass die Parteigenossen sich zu keinerlei Ausschreitungen oder sonstigen Störungen der öffentlichen Ruhe und Ordnung hinreissen lassen sollen. ... Die Führung

der sozialdemok. Partei Vorarlbergs ist entschlossen, keine gegenteiligen Weisungen von Wien entgegenzunehmen. Sie ist gewillt, auch in Zukunft an diesem Entschlusse festzuhalten und wird auch weiterhin alles tun, um ihr möglichstes zur Erhaltung der Ruhe und Ordnung in Vorarlberg beizutragen..." (102).

Was Linder zu diesem Schritt wirklich bewogen hat, ist heute schwer festzustellen. Noch kurze Zeit vor dem 12. Februar hatte er bei einem Waffenappell des Schutzbundes im Dornbirner Arbeiterheim von Widerstand gesprochen und Pistolen ausgegeben (103) - deshalb wohl auch sein Aufruf in der "Vorarlberger Wacht", Waffen und Munition abzuführen. Daß eines seiner Motive für die Unterzeichnung der Loyalitätserklärung die Erwartung war, er werde dadurch das Schicksal der anderen verhafteten Parteifunktionäre erleichtern, ist sicher glaubwürdig (104). Doch daß er sich auch zu den beiden Aufrufen in der "Wacht" bereit erklärte, mußte tieferliegende Gründe gehabt haben. Sie deuten auf das Dilemma langgedienter Parteifunktionäre hin, die durch ihr Wirken in der Organisation so sehr an bürokratische und parlamentarische Formen der Vertretung von Arbeiterinteressen fixiert waren, daß sie sich mit der Zerschlagung der formalen Organisation auch keine sozialistische Bewegung mehr vorstellen konnten. Das geht ganz deutlich aus den Einschätzungen hervor, die Linder in der Emigration von Zürich, wo er u.a. mit den Vorarlberger Sozialdemokraten Fritz Preiß (Bregenz) und Wilhelm Sieß (Bludenz) Kontakt hielt, an Julius Deutsch in Brünn übermittelte. In Vorarlberg, so schrieb Linder z.B. 1935, gebe es "wenig, was zu berichten sich lohnen würde", und an anderer Stelle: "Auch aus Vorarlberg gibt es wenig zu berichten, die Tätigkeit dort ist nicht bedeutend" (105). Eine solche Einschätzung war aber in Wirklichkeit nur für jenen Teil der Parteimitglieder und -funktionäre zutreffend, die nach der Niederlage der österreichischen Sozialdemokratie tatsächlich resigniert hatten und in der illegalen Arbeit keine Chance sahen. Es gab jedoch andere - meist jüngere -, die gewillt waren, die Auseinandersetzung mit dem Klerikalfaschismus auch unter erschwerten Bedingungen und ohne das schützende Dach einer legalen Organisation weiterzuführen.

Fest steht, daß die Aufrufe in der "Wacht" das Verhältnis der Vorarlberger Illegalen zu Linder lange belasteten. Zwar bestanden Kontakte zu ihm in die Schweiz, da Eisenbahner aus dem Raum Feldkirch-Bludenz Material von ihm bezogen (106). Auf der anderen Seite aber richtete beispielsweise die von illegal arbeitenden Sozialisten im Vorarlberger Unterland herausgegebene Zeitschrift "Der Kämpfer" in der Nr. 4 vom Mai 1934 einen schweren Angriff auf ihn: Er habe in entscheidender Stunde "jämmerlich versagt" und komme für eine Mitarbeit nicht in Frage. "Ein Einmischen (Linders; Anm. d. Verf.) in die Kampf-

handlungen der illegalen Gruppen wäre offener Kampf mit allen Mitteln" (107).

DER AUFBAU DER ILLEGALEN ORGANISATION

Ihre wesentliche Aufgabe sahen die in der Illegalität arbeitenden Vorarlberger Sozialisten in der Beschaffung und im Vertrieb von Flugblättern und Zeitschriften. Alois Hammer, im Grenzort Lustenau wohnhaft, konnte bereits am 15. Februar ein in der Schweiz gedrucktes Flugblatt mit einer Auflage von 5000 Stück über die Grenze bringen (108). Nachdem die in Vorbeugehaft genommenen Sozialisten entlassen worden waren, ging es an den Aufbau der illegalen Organisation in Gestalt der bekannten Dreier-Verbindungen: Nur drei Leute wußten etwas voneinander, einer von ihnen hielt die Verbindung zur nächsthöheren Dreier-Verbindung. Dabei wurde stets mit Decknamen gearbeitet. Schwerpunkte der Organisation waren die Räume Bregenz und Bludenz, während für die Bereiche Dornbirn-Hohenems sowie Feldkirch zwar ein gut funktionierendes Vertriebssystem für das illegale Material zur Verfügung stand, starke organisatorische Kerne jedoch nicht gebildet werden konnten.

Auf früher führende Funktionäre zurückzugreifen war kaum möglich, da zu fürchten war, daß sie von den Behörden besonders überwacht wurden, oder weil sie zu einem größeren Engagement in der Illegalität nicht bereit waren. Vor allem jüngere Funktionäre und Mitglieder, die einander in der Regel aus der Arbeiterjugendorganisation kannten, versuchten deshalb, die illegale Arbeit zu organisieren: etwa Josef Greussing, Hans Wahsel und Alois Hammer, die die Verbindungen in Bregenz bzw. Lustenau aufbauten, oder Robert Klopff - ein Absolvent der Arbeitermittelschule aus Deutschland -, Otto Siegl jun. und Franz Zoller, die in Bludenz aktiv wurden (109). Dazu kam eine Gruppe von Eisenbahnern aus Bludenz, Nüziders und Feldkirch, die die Kontakte über den Arlberg nach Innerösterreich und via Buchs in die Schweiz hielt und für den Transport von illegalem Material sorgte (110).

Die zentrale Koordination der Dreier-Verbindungen im Vorarlberger Unterland ist sehr wahrscheinlich von Josef Greussing vorgenommen worden (111), der aber auch die Kontakte ins Oberland, z.B. nach Bludenz, hielt (112). Daß Greussing in der Herstellung landesweiter Kontakte eine wesentliche Rolle spielte, geht auch aus der Tatsache hervor, daß er faktisch sämtliche Verbindungsleute im Land nennen konnte (113), während die von mir interviewten anderen ehemaligen Illegalen meist allein über ihre Dreier-Verbindung definitiv Bescheid gaben. Sie schätzten denn auch die Gesamtzahl der aktiven Illegalen

meistens auf nicht mehr als ein Dutzend. In Wirklichkeit dürfte sie wohl 50 - 60 betragen haben, die Endabnehmer von Material natürlich nicht eingeschlossen.

Theoretische Diskussionen unter den Vorarlberger Illegalen hat es während dieser Zeit nicht gegeben (114). "Wir sind von der Zentrale aus belehrt worden" - so der Bregenzer Hans Wahsel (115). Die kontroversen Auseinandersetzungen um die politischen und strategischen Perspektiven der Revolution nach der Februar-Niederlage, die Fragen der Aktionseinheit mit der KP, des Verhältnisses von Partei, Schutzbund und "Autonomen Schutzbund", die in den Jahren 1934/35 die Diskussion im östlichen Österreich und unter den österreichischen Auslandssozialisten bestimmten (116), fanden in Vorarlberg keinen Widerhall. Das theoretische und ideologische Bindeglied für die in der Illegalität Wirkenden war ausschließlich die "Arbeiter-Zeitung".

Ab wann genau sich die illegal arbeitenden Sozialdemokraten Vorarlbergs als "Revolutionäre Sozialisten" (RS) bezeichneten, ist nicht klar zu eruieren. Die illegale Partei der "Revolutionären Sozialisten" war am 9. März 1934 vom radikaleren Flügel der Sozialdemokratie gegründet worden. Nach längeren Auseinandersetzungen übernahm die illegale sozialdemokratische Bewegung insgesamt die Bezeichnung "Revolutionäre Sozialisten". In der Nummer 2 der Vorarlberger Zeitschrift "Der Kämpfer" vom Mai 1934 jedenfalls war noch ein heftiges Plädoyer für die Beibehaltung des Namens "sozialdemokratisch" zu lesen - eine Namensänderung diene nur den Kommunisten und ihrer Propaganda vom Verrat der sozialdemokratischen Führung. Doch für die Motivation und die politische Orientierung der Vorarlberger Illegalen spielte dieser Streit in Wirklichkeit keine Rolle. In ihren Flugblättern, die bereits im März 1934 etwa in Kennelbach oder Bregenz gestreut wurden, riefen sie zum Kampf gegen die Diktatur und für die "marxistische Gesellschaftsordnung" auf (117). Ab 1935 jedenfalls war dann auf Flugblättern und Flugschriften die Bezeichnung "Revolutionäre Sozialisten" allgemein gebräuchlich (118).

Eine wichtige Funktion in der Arbeit der Revolutionären Sozialisten hatten natürlich Vorarlberger Eisenbahner: Sie brachten illegales Material über die Arlbergstrecke aus Innerösterreich und via Buchs aus der Schweiz (119).

Von Alois Hammer wurde der Kontakt zur sozialdemokratischen "Volksstimme"-Druckerei in St. Gallen hergestellt, wo der Redakteur Franz Schmidt die Vorarlberger Sozialisten tatkräftig unterstützte (120). Auch der vormalige sozialdemokratische Landesrat Fritz Preiß aus Bregenz scheint gute Kontakte nach St. Gallen gehabt zu haben (121). Bedauerlicherweise ist in St. Gallen heute keinerlei Material mehr vorhanden, das aus dieser Zusammenarbeit herrührt. Infolge der schwei-

zerischen Zensur- und Durchsuchungsmaßnahmen mußte alles illegale Material von den St. Galler Sozialdemokraten vernichtet werden (122).

Die doppelte Streckenführung, einerseits über den Arlberg, andererseits über den Rhein, hatte ihre besonderen Vorteile, wenn die Nordbahnstrecke von Brünn nach Wien "zu" war. Dann sollen sogar Matern der illegalen "Arbeiter-Zeitung" per Flugzeug von Brünn nach Zürich und von dort in die St. Galler Druckerei gebracht worden sein, wo die letzte Seite der AZ mutiert und mit Informationen aus Vorarlberg gedruckt wurde (123).

Das Flugblattmaterial kam zum Teil von auswärts - vor allem kleine rote Streuzettel im Ausmaß von 5,8 x 3,7 cm mit Parolen wie "Schuschnigg, Habsburg, Hitlerei! Wir kämpfen gegen alle drei! Revol. Sozialisten" -, zum andern Teil wurden die Flugblätter als Stempeldrucke offensichtlich im Land selbst fabriziert. Die BH-Akten vermerken jedenfalls zahlreiche Streuaktionen von März 1934 bis Ende 1937 (124). Unter anderem kursierten auch kleinformatige Fotos hingerichteter Februartkämpfer (125).

Eigene Mitteilungsblätter und Zeitungen brachten die Vorarlberger RS nur beschränkt zum Einsatz. Hier ist einmal ein "Mitteilungsblatt der Revolutionären Sozialisten R.S. Vorarlbergs" zu nennen, das 1935 offenbar vorwiegend im Raum Feldkirch-Bludenz vertrieben wurde. Wahrscheinlich gab es nur wenige Nummern dieses im Format 21 x 33,7 cm hektografierten, zwei- bis vierseitigen Blattes, das zwar auch auf die Vorarlberger Situation Bezug nimmt, aber im wesentlichen Beiträge aus der illegalen AZ wiedergeben dürfte (126).

Wesentlicher, doch ebenfalls kurzlebig, war die Zeitschrift "Der Kämpfer", die von Mai bis Juni 1934 mit sieben Nummern erschien. Sie führte den Untertitel "Für Wahrheit und Recht. Sozialistisches Kampfblatt für die westlichen Alpenländer Österreichs". Gedruckt wurde der "Kämpfer" in der St. Galler "Volksstimme"-Druckerei und anfangs durch Schmuggler, dann durch sozialistische Illegale über die Grenze gebracht (127). Die achte Nummer des "Kämpfer" wurde schließlich beschlagnahmt. Alois Hammer geriet mit der Zeitung sowie anderem Material, das er in einem Depot gesammelt hatte, in die Hände der St. Galler Kantonspolizei. Er wurde kurzfristig in Haft genommen, doch anschließend auf Intervention des St. Galler Polizeipräsidenten Kehl, der insgesamt mit diesen Aktionen sympathisierte, wieder freigelassen. Auch das beschlagnahmte Material kam frei. Es wurde aber nicht mehr vollständig nach Vorarlberg gebracht, da die Gefahr der Information der österreichischen Zollbehörden durch die Schweizer Organe zu groß war (128).

Die Zeitschrift, die sich vor allem auf Ereignisse in Vorarlberg beziehen sollte, war auf Anregung von J. Greussing entstanden, der den "Kämpfer" auch redigierte (129). Die Auflage betrug anfangs ca. 500

Stück, später nur mehr 300. Die Verringerung der Auflage und die schließlich Einstellung der Zeitung waren - außer durch die relativ hohen Herstellungskosten - durch wachsende Schwierigkeiten beim Vertrieb bedingt: Sowohl in Vorarlberg als auch in der Schweiz nahm die Polizeirepression gegen das in beiden Ländern illegale Unternehmen zu. Auch war das Format mit 35 x 50,5 cm für ein illegales Blatt denkbar ungeeignet; zudem scheint der Vertrieb über das Vorarlberger Unterland nicht hinausgekommen zu sein (130).

Inhaltlich und formal spricht die Zeitung von ihrer ersten Nummer an die Sprache des radikalen Flügels der österreichischen Sozialdemokratie. Bei der redaktionellen Gestaltung wurden überwiegend Artikel aus der illegalen "Arbeiter-Zeitung" sowie der St. Galler "Volksstimme" übernommen. Die auf die Vorarlberger Situation bezogenen Meldungen nehmen keinen großen Raum ein. Doch mit Ausnahme der Nummer 7 enthalten alle Ausgaben einen oder mehrere Artikel zu politischen Ereignissen in Vorarlberg (131).

Die organisatorischen und politischen Außenkontakte der sozialistischen Illegalen des Landes dürften - aus naheliegenden Gründen - stärker über die Schweiz als in Richtung Innerösterreich gelaufen sein. Wann genau die ersten Verbindungen mit dem Untergrund in anderen österreichischen Bundesländern bzw. dem Auslandsbüro der österreichischen Sozialisten hergestellt wurden, ist nicht klar zu eruieren. Fest steht aber, daß ein Vorarlberger Delegierter, der Bregenzer Hans Wahsel, an der "Wiener Konferenz" im September 1934 in Blansko bei Brünn teilnahm (132). Im übrigen wurde die Verbindung zu den Bundesländern hinter dem Arlberg - wie bereits erwähnt - im wesentlichen von Eisenbahnern aus dem Raum Bludenz gehalten, doch auch durch Innerösterreicher, die als Kurier nach Vorarlberg kamen, wie Franz Rauscher (Wien), Ferdinand Wedenig (Kärnten) und Rupert Zechtl (Tirol) (133).

Wenngleich auch Kommunisten in Vorarlberg in der Illegalität aktiv waren, bestand zu ihnen von seiten der Revolutionären Sozialisten des Landes kaum Kontakt. Eine Ausnahme bildete die punktuelle Zusammenarbeit beim Transport von Spanien-Kämpfern über die Grenze in die Schweiz (134). Nach dem Februar 1934 waren zwar etliche jüngere Sozialdemokraten zur KP übergegangen. Doch der erbitterte Kampf, den die kommunistische Bewegung allgemein in den Jahren vor dem Sieg des Faschismus gegen die Sozialdemokratie geführt hatte, hinterließ auch in der Illegalität seine Spuren. Der linke Flügel der österreichischen Sozialdemokratie unter dem Einfluß Otto Bauers hatte stets ein kritisch-solidarisches Verhältnis zur Sowjetunion gehabt. Doch die Politik der ab 1922 völlig von der KPdSU dominierten Kommunistischen Internationale, deren Direktiven auch die Haltung der nationalen KPen bestimmten, entsprach gegenüber der Sozialdemokratie, unabhängig von den Unter-

schieden zwischen den einzelnen Ländern, der programmatischen Erklärung Stalins aus dem Jahre 1924: "Der Faschismus ist eine Kampforganisation der Bourgeoisie, die sich auf die aktive Unterstützung der Sozialdemokratie stützt. Die Sozialdemokratie ist objektiv der gemäßigte Flügel des Faschismus. ... Diese Organisationen schließen einander nicht aus, sondern ergänzen einander. Das sind keine Antipoden, sondern Zwillingbrüder" (135).

Diese Programmatik galt selbst noch nach der Machtübernahme des Faschismus in Deutschland, der anfänglich nur als kurzes Zwischenspiel vor dem schließlichen Sieg der Revolution gesehen wurde. Erst im Juni 1934 trat mit dem Konzept einer "Einheitsfront" von Kommunisten und Sozialdemokraten eine Wende dieser Haltung ein (136).

Es war nicht allein das Erbe dieser historischen Spaltung der internationalen Arbeiterbewegung, das auch in der praktischen Arbeit der illegalen Linken zu getrennten Wegen führte. Die Vorarlberger Revolutionären Sozialisten gründeten ihre Organisation auf bereits jahrelang bestehenden, festen persönlichen und politisch-sozialen Bindungen. Selten nur flogen Illegale auf, und wenn, dann wohl niemals durch Spitzel in der Organisation oder durch Geständnisse von Verhafteten gegenüber den Behörden (137).

Die Vorarlberger Kommunisten hingegen versuchten, ihre Organisation in der Illegalität erst auf- und auszubauen. Durch Berichte von Behördenspitzeln kam es Ende 1934/Frühjahr 1935 zu einer ersten Verhaftungswelle, bei der rund 80 Personen aktenkundig wurden. Die Hälfte davon waren Eisenbahner, von denen einige weitreichende Geständnisse ablegten, da ihnen mit dem Verlust des Arbeitsplatzes gedroht wurde. 33 Personen wurden bis Anfang März 1935 zu Arreststrafen zwischen einer Woche und sechs Monaten verurteilt. Aufschlußreich ist die Berufsstruktur der Verurteilten: 20 der 33 waren Fabriks- oder Hilfsarbeiter - offenbar die Zielgruppe der kommunistischen illegalen Arbeit (138). Umfangreichere weitere Verhaftungen wegen des Verdachts illegaler KP-Arbeit gab es im November 1937, nachdem ein Konfident von Richard Kolar aus Dornbirn, der den Behörden als der organisatorische Kopf der Partei im Lande galt, illegales Material übernommen hatte. Kolar wurde noch im selben Monat zu drei Monaten Gefängnis verurteilt, drei weitere KP-Aktivisten, die schon früher aktenkundig geworden waren, erhielten Strafen von drei bzw. vier Wochen (139). Daß sich mancher Vorarlberger Kommunist nicht gerade wie ein gewiefter Illegaler benahm, wird an dem Fall eines Mannes aus Lustenau deutlich, der in seinem Garten die Kresse in der Form eines Sowjetsterns sprießen ließ (140).

Durch den spanischen Bürgerkrieg ab 1936 wurden die Vorarlberger Revolutionären Sozialisten schließlich auch in die internationale Auseinandersetzung zwischen Faschismus und Arbeiterbewegung eingebracht.

Im Vorarlberger Unterland spielte Alois Hammer aus Lustenau beim Transport von Spanienkämpfern in die Schweiz eine wichtige Rolle. Daneben war es der Lustenauer Gastwirt Andreas Müller, dessen Gasthauskeller als Versteck diente, bis ein Weitertransport von Flüchtlingen und Spanienkämpfern möglich war (141).

Bei der illegalen Arbeit der Revolutionären Sozialisten zugunsten politisch oder rassistisch Verfolgter und Spanienfreiwilliger gab es keine Abgrenzung zu den Kommunisten: Jedem wurde geholfen, mit Essen, Kleidung, Geld und einer Begleitung über die Grenze. Dabei waren die RS, die nicht wie die Kommunisten über einen eigenen Fonds zur Finanzierung der Transporte von Spanienkämpfern verfügten, ausschließlich auf private Mittel angewiesen (142).

SCHLUSSBEMERKUNG

Die Voraussetzungen für die illegale Arbeit der Vorarlberger Sozialisten von 1934 bis 1938 unterschieden sich wesentlich von jenen in den übrigen österreichischen Industriegebieten. In Vorarlberg hatte sich in der Zwischenkriegszeit keine mächtige sozialdemokratische Bewegung entfalten können. Gegen die Errichtung der Diktatur 1934 gab es keinen aktiven Widerstand. Und die Führung der Sozialdemokratischen Partei war alles eher als ein Beispiel des Aufrufs und der Hilfe, wenn es um die Fortführung der politischen Arbeit in der Illegalität gehen sollte.

Dennoch ist die Sozialdemokratie nicht einfach von der Bühne abgetreten. Meist jüngere Mitglieder der Partei und der Freien Gewerkschaften führten die Auseinandersetzung weiter. Sicherlich taten sie das nicht im Bewußtsein, dadurch der bürgerlichen Diktatur sehr bald ein Ende bereiten zu können. Es ging darum, für die Arbeiterschaft Zeichen zu setzen, daß die sozialistische Bewegung lebte.

Die Revolutionären Sozialisten Vorarlbergs bildeten eine relativ kleine, doch geschlossene Gruppe politisch Aktiver. Sicherlich haben zwei Umstände das Bewußtsein ihres Handelns bestimmt: zum einen die Erfahrung des materiellen und sozialen Drucks der kapitalistischen Entwicklung und zum anderen das Engagement in der zwar schwachen, darum aber auch besonders exponierten sozialdemokratischen Arbeiterbewegung des Landes. Doch dazu kommt ein drittes, ebenso wichtiges Moment. Es hat wohl eher mit der "ungleichzeitigen" bäuerlichen Tradition des Landes zu tun: nämlich der Anspruch einer politischen Moral, niemandes anderen Knecht, sondern sein eigener Herr zu sein. Pius Moosbrugger - aus einer Bauernfamilie stammend, in der Umbruchzeit 1918/19 als junger Mann Sozialdemokrat geworden, Lokomotivführer von

Beruf - antwortete auf die Frage, was ihn bewogen habe, auch während der Zeit der Diktatur engagierter Sozialist zu bleiben:

"Damals - dieses feste Zur-Idee-Stehen, unbeirrt von den äußeren ungünstigen Verhältnissen, das hat auch in der bürgerlichen Welt eine bestimmte Achtung hervorgerufen, mehr Achtung als für diejenigen, die gekrochen sind" (143).

ANMERKUNGEN

- 1) So Ernst Hanisch: Die sozialdemokratische Fraktion im Salzburger Landtag 1918-1934. In: Gerhard Botz u.a. (Hg.): Bewegung und Klasse. Studien zur österreichischen Arbeitergeschichte. Wien-München-Zürich 1978, S.247-268, hier S.247.
- 2) Vertreter der Rassen- und Volksgruppenpsychologie haben zwar seit der nationalsozialistischen Ära ihr Vokabular etwas geändert, sind deswegen aber nicht von ihrer grundsätzlichen Überzeugung abgekommen, gesellschaftliche Entwicklungen und Konflikte seien durch Unterschiede in den "Volkscharakteren" und den rassistischen Eigenarten zu erklären. Als besonders prägnantes Beispiel s. Guy Héraud: Die Völker als Träger Europas. Wien 1967, sowie allgemeiner: Handbuch der europäischen Volksgruppen. Wien 1970.
- 3) Die methodisch bahnbrechende und spannendste Arbeit in diesem Zusammenhang ist wohl E.P. Thompson: The Making of the English Working Class. Harmondsworth 1968.
- 4) Sämtliche Zahlenangaben nach Manfred Scheuch: Geschichte der Arbeiterschaft Vorarlbergs bis 1918. Wien 1961, S.68-70 (Abschn. II/2). Der leichter zugängliche Neudruck des Buches (Feldkirch 1978) ist inhaltlich unverändert, doch anders paginiert. Ich gebe deshalb hier und im folgenden zu jeder Seitenzahl auch den entsprechenden Abschnitt des Inhalts an.
 - 5) Ebd., S.20 (Abschn. I/2).
 - 6) Ebd., S.115-117 (Abschn. II/9).
 - 7) Ebd., S.103f. (Abschn. II/7).
 - 8) VV 7.3.1893, S.292, und 25.4.1893, S.516f.
 - 9) Scheuch (Anm.4), S.105 (Abschn. II/7).
- 10) Gerhard Oberkofler: Die Tiroler Arbeiterbewegung. Von den Anfängen bis zum 2. Weltkrieg. Wien 1979, S.64-67.
- 11) Scheuch (Anm. 4), S.105 (Abschn. II/7).
- 12) Siehe Leo Haffner: Die Kasiner. Vorarlbergs Weg in den Konservatismus. Bregenz 1977, S.38-42.
- 13) Vgl. Ernst Bloch: Gespräch über Ungleichzeitigkeit. In: Kursbuch No. 39/1975, S.1-9, sowie ders.: Erbschaft dieser Zeit. Frankfurt/M. 1962.
- 14) Zu Löhnen und Arbeitsbedingungen bis zum Ersten Weltkrieg siehe Scheuch (Anm. 4), S.70-86 (Abschn. II/3,4), und zur Zwischenkriegszeit Gerhard Wanner: Die Geschichte der Vorarlberger Kammer für

Arbeiter und Angestellte 1921-1938. Feldkirch o.J. (1978), S.28-33, 64-72.

- 15) Zu einer ausführlicheren Darstellung der Umbruchzeit siehe auch Gerhard Wanner: Vorarlbergs Übergang von der Monarchie zur Republik (1918-1919). In: Montfort 2/1980, S.104-116, hier S.105.
- 16) VW 28.12.1918, S.3, zit. n. Wanner (Anm.15), S.106.
- 17) VLA, BH Bregenz C 331-39/1919, 6. und 7.11.1918.
- 18) Ebd., 26.11.1918.
- 19) VW 1.12.1918, S.5.
- 20) VW 8.12.1918, S.4.
- 21) VW 26.3.1919, S.3.
- 22) VW 22.3.1919.
- 23) Nach Josef Weidenholzer: Bildungs- und Kulturarbeit der österreichischen Sozialdemokratie in der Ersten Republik. (Maschinschr. Diss.) Linz 1977, S. 487.
- 24) VW 18.2.1919, S.1.
- 25) VW 9.1.1919, S.2.; 10.1.1919, S.2.
- 26) Siehe Erwin Weissel: Die Ohnmacht des Sieges. Arbeiterschaft und Sozialisierung nach dem Ersten Weltkrieg in Österreich. Wien 1976, bes. S.167-174.
- 27) Siehe u.a. den kurzen Überblick in: Hans Hautmann/Rudolf Kropf: Die österreichische Arbeiterbewegung vom Vormärz bis 1945. Wien 1974, S.136-139, hier S.136.
- 28) Siehe Karl Schweizer: Die Revolutions- und Rätebewegung in Lindau/Bodensee von November 1918 bis Juni 1919. Lindau 1978, S.79ff.; Helmut Neubauer: München 1918/19. In: Tankred Dorst (Hg.): Die Münchner Räterepublik. Zeugnisse und Kommentar. Frankfurt/M. 1966, S.171-188.
- 29) VW 26.2.1919, S.2.
- 30) Schweizer (Anm.28), S.90ff.
- 31) Zu Lindenberg und Weiler i.A. siehe Schweizer (Anm.28), S.99, 123.
- 32) Ulrich Kluge: Das "württembergische Volksheer" 1918/19. Zum Problem der bewaffneten Macht in der deutschen Revolution. In: G. Doeker und W. Steffani (Hg.): Klassenjustiz und Pluralismus - Festschrift für Ernst Fraenkel. Hamburg 1973, S.92-130, hier S.93, 122f.
- 33) Vgl. Schweizer (Anm. 28), S.156-188.
- 34) Vgl. VW 25.2.1919, S.1; 27.2.1919; 1.3.1919, S.1; 6.3.1919.
- 35) Siehe VW 10. und 11.3.1919 sowie folgende Nummern.
- 36) VW 28.3.1919.
- 37) VW 10.3.1919; VV 12.3.1919.
- 38) VW 20.2.1919, S.1f.
- 39) VW 11.3.1919
- 40) Ebd.
- 41) VW 21.3.1919, S.3.
- 42) VW 13.3.1919; VV 14.3.1919
- 43) VW 13.3.1919, S.3.
- 44) Siehe Wanner (Anm. 15), S.110.
- 45) VW 17.3.1919, S.4.

- 46) VW 27.3.1919, S.1.
- 47) VW 29.3.1919, S.1f.
- 48) VW 9.4.1919, S.2.
- 49) VW 29.3.1919, S.1.
- 50) VW 16.4.1919.
- 51) VW 8.4.1919, S.1.
- 52) VLA, LReg. Präs. 234 XVI-124a/1919, zusammenfassende Stellungnahme der Landesregierung an das Lindauer Bezirksamt vom 30.5.1919.
- 53) Ebd. sowie VW 12.4.1919 und Schweizer (Anm.28), S.167.
- 54) VV 12.4.1919, S.1.
- 55) VLA, LReg. II 1277 XXIV-226/1919 vom 20.5.1919.
- 56) VLA, LReg. 437 XIV-120/1919.
- 57) Ebd.
- 58) VLA, BH Bregenz C 331-39/1919.
- 59) Siehe die Aufsätze von Ludger Rape und Werner Dreier.
- 60) VV 15.4.1919, S.1-3.
- 61) VV 13.4.1919, S.1.
- 62) VV 14.2.1919, S.1f.
- 63) VV 13.2.1919.
- 64) Hierzu ausführlich Anton Pelinka: Stand oder Klasse? Die Christliche Arbeiterbewegung Österreichs 1933 bis 1938. Wien-München-Zürich, S.213-233.
- 65) VW 23.4.1919, S.1.
- 66) VV 25.4.1919, S.2.
- 67) VW 29.4.1919, S.1f.
- 68) VLA, LReg. Präs. 234 XVI-124a/1919 vom 2.5.1919.
- 69) VW 6.5.1919, S.4.
- 70) Nach Weidenholzer (Anm.23), S.21, 487. Siehe auch ders.: Auf dem Weg zum "Neuen Menschen". Wien-München-Zürich 1981, S.24 (gekürzte Fassung der Dissertation in Anm.23).
- 71) Nach Weidenholzer (Anm.23), S.489; s.a. Weidenholzer (Anm.70), S.23.
- 72) Nach Wanner (Anm.14), S.89. Die Zahlenangabe für 1922 - aus gewerkschaftseigener Quelle - erscheint äußerst unrealistisch, da die Freien Gewerkschaften bei den Kammerwahlen 1921 nur 6015 Stimmen erreichten (ebd., S.48).
- 73) Ebd., S.89.
- 74) Nach Weidenholzer (Anm.23), S.368; s.a. Weidenholzer (Anm.70), S.249.
- 75) Im Nachlaß von Pius Moosbrugger, Nüziders.
- 76) Vgl. Anm.131.
- 77) Wesentliche Informationen für die weitere Darstellung erhielt ich durch Interviews, die ich im August 1972 und im August 1973 mit folgenden Augenzeugen und Beteiligten der Ereignisse führte:
 Alois Hammer, Lustenau (6.8.1972, 9.8.1973)
 Franz Madlener, Bregenz (10.8.1973)
 Josef Mayer, Bregenz (9.8.1972)
 Anton Mayrhauser, Bregenz (8.8.1972, 10.8.1973)
 Pius Moosbrugger, Nüziders (8.8.1973)

Ludwig Pruner, Bregenz (9.8.1973)
Ferdinand Valentini, Lochau (9.8.1973)
Hans Wahsel, Bregenz (8.8.1972, 6.8.1973)
Karl Würbel, Schruns (8.8.1973)
Franz Zoller, Bludenz (7.8.1972, 8.8.1973).

Allen bin ich für die bereitwillig erteilten Auskünfte zu Dank verpflichtet. Die Interview-Tonbänder befinden sich im Besitz des Verfassers. Weitere Informationen stammen aus schriftlich festgehaltenen Gesprächen mit Josef Greussing (Lauterach) vom April 1965 und August 1970.

- 78) Moosbrugger (Anm. 77). Ein Bericht über den Parteitag, der auf diese Strategiediskussion (verständlicherweise) nicht eingeht, findet sich in der "Vorarlberger Wacht" vom 13.4.1933.
- 79) Ähnliche Hinweise auf die Stimmung unter manchen Sozialisten gibt Pius Moosbrugger in einem Brief an den Verfasser vom 17.3.1977.
- 80) VLA, BH Feldkirch III-842/1938, in: BH Feldkirch - Polizeiabteilung (III) Schachtel "Kommunistische Akten aus mehreren Jahrgängen".
- 81) Mayer (Anm.77).
- 82) Hammer (Anm. 77).
- 83) Mayrhauser, Pruner (Anm. 77).
- 84) Zu tätlichen Auseinandersetzungen zwischen Heimwehrlern und Schutzbündlern konnte ich nichts in Erfahrung bringen. Wohl aber berichtet z.B. die "Vorarlberger Wacht" vom 9.8.1932 über einen erfolgreichen Versammlungsschutz gegen Nazis in Dornbirn.
- 85) Zoller (Anm. 77). Über den Besuch Glöckels wird noch in der "Vorarlberger Wacht" vom 13.2.1934 berichtet. Ein Besuch Eiflers wird in der "Wacht" nicht erwähnt. Zoller (Anm. 77) erklärte, Eifler sei unmittelbar nach seiner Rückkehr aus Vorarlberg am Wiener Westbahnhof festgenommen worden. Wenn dies richtig ist, dann müßte er Anfang Februar in Vorarlberg gewesen sein, da er in Wien am 3. Februar verhaftet worden ist; s. Hautmann/Kropf (Anm. 27), S.162.
- 86) Hammer, Zoller (Anm. 77).
- 87) Würbel (Anm. 77).
- 88) Zoller (Anm. 77).
- 89) Hammer (Anm. 77).
- 90) Mayrhauser (Anm. 77).
- 91) Ein konfisziertes Exemplar dieses Rundschreibens in: VLA, BH Bregenz C-280/1934.
- 92) VLA, BH Bregenz C-280/1934, handschriftlicher Vermerk, datiert vom 29.1.1933 (recte: 1934) auf C-Zl.280 vom 7.1.1934.
- 93) VLA, BH Bregenz C-280/1934 vom 18.2.1934.
- 94) VLA, BH Bregenz C-280/1934, ohne Datierung.
- 95) VLA, BH Bregenz C-280/1934 vom 17.2.1934.
- 96) Zoller (Anm. 77).
- 97) VLA, BH Bregenz C-280/1934 vom 11.11.1934.
- 98) VLA, BH Bregenz C-280/1934 vom 17.2.1934.
- 99) VW 20.2.1934, S.1.

- 100) Ebd., S.4.
- 101) VW 24.2.1934, S. 3.
- 102) Durchschrift der Erklärung in VLA, BH Bregenz C-280/1934, datiert vom 13. Februar 1934. Diese Durchschrift trägt keine Originalunterschriften, doch ist die Unterzeichnung zumindest im Falle Linders anderweitig eindeutig belegt; s. den Beitrag von Hermann Brändle in diesem Band.
- 103) Wahsel (Anm. 77) sowie Anton Mayrhauser in einem Gespräch mit dem Verf. im März 1977.
- 104) Siehe die ausführlicheren Darstellungen im Beitrag von Hermann Brändle (in diesem Band).
- 105) DÖW 10.774, Briefe aus Zürich vom 24.6.1935 und vom 20.11.1935.
- 106) Moosbrugger (Anm.77)
- 107) Zur Zeitschrift "Der Kämpfer" s. weiter unten sowie Anm. 131.
- 108) Hammer (Anm. 77).
- 109) Zoller (Anm. 77).
- 110) Moosbrugger (Anm. 77).
- 111) Wahsel (Anm. 77).
- 112) Zoller (Anm.77).
- 113) Greussing (Anm. 77).
- 114) Hammer u.a. (Anm. 77)
- 115) Wahsel (Anm. 77).
- 116) Zu diesem Problemkomplex ausführlich Ilona Duczynska: Der demokratische Bolschewik. Zur Theorie und Praxis der Gewalt. München 1975, S.245-287.
- 117) Originale in VLA, BH Bregenz C-1420 vom 11.6.1934, in Schachtel "Kommunistische Akten..." (Anm. 80).
- 118) Vgl. z.B. VLA, BH Feldkirch III-87/1935 in Schachtel "Kommunistische Akten..." (Anm. 80).
- 119) Zoller, Moosbrugger (Anm. 77).
- 120) S. den Bericht von A.H. (Alois Hammer) im "Vorarlberger Volkswille" vom 2.5.1947, S.3.
- 121) Valentini (Anm. 77).
- 122) Telefonische Auskunft vom Archiv der Druckerei im Spießerturm (St. Gallen), die die Traditionspflege der "Volksstimme" wahrnimmt, sowie von der Witwe nach Redakteur Schmidt und von dessen Sohn am 14.8.1973.
- 123) Hammer (Anm. 77). Exemplare dieser mutierten "Arbeiter-Zeitung" waren für mich nicht auffindbar. Vgl. auch den etwas vagen Hinweis auf einen Druck der "Arbeiter-Zeitung" in St. Gallen bei Otto Leichter: Zwischen zwei Diktaturen - Österreichs Revolutionäre Sozialisten 1934-1938. Wien 1968, S.436.
- 124) Vgl. u.a. VLA, BH Feldkirch III-87/1935, III-51/1936 und III-220/1937, alle in Schachtel "Kommunistische Akten..." (Anm. 80).
- 125) Hammer (Anm. 77) sowie Exemplare aus dem Nachlaß von Josef Greussing im Besitz des Verf.
- 126) Einzelne Nummern in DÖW 4020/6 sowie VLA, BH Feldkirch III-87/1935, in Schachtel "Kommunistische Akten..." (Anm. 80).
- 127) Hammer, Valentini, Greussing (Anm. 77).

- 128) Hammer, Greussing (Anm. 77).
 129) Hammer (Anm. 77).
 130) Moosbrugger, Zoller und Würbel (Anm. 77) konnten sich zum Beispiel an den "Kämpfer" nicht erinnern.
 131) Die einzig erhalten gebliebenen Original-Exemplare des "Kämpfer" (aus dem Nachlaß von Josef Greussing) befinden sich heute als Leihgabe aus dem Besitz des Verf. im Vorarlberger Landesarchiv (VLA Misc. Sch. 204/1). Unhaltbar ist selbstverständlich die Darstellung bei Leichter (Anm. 123), S. 436f., die Zeitung sei "von Julius (recte: Anton; Anm. d.Verf.) Linder, einem Vorarlberger Sozialdemokraten und Mitarbeiter der Untergrundbewegung", redigiert worden, "der zu diesem Zwecke jede Woche von Österreich nach St. Gallen kam".
 132) Wahsel (Anm. 77).
 133) Greussing, Hammer, Zoller (Anm. 77).
 134) Siehe den Beitrag von Gernot Egger in diesem Band.
 135) J.W. Stalin: Werke Bd. 6 (1924). Berlin 1952, S.253.
 136) Vgl. Jane Degras: The Communist International. Documents. Bd. 3 (1929-1943). London 1965, S.320-322, 331-335.
 137) Als einziger Prozeß wegen "Hochverrats" aufgrund von RS-Aktionen ist dem Verf. der gegen Josef Greussing bekannt. Der Angeklagte wurde nach einer Untersuchungshaft von Oktober 1937 bis Anfang Februar 1938 schließlich vom Landesgericht Feldkirch aus Mangel an Beweisen freigesprochen.
 138) VLA, BH Bludenz II-2544/1934 sowie BH Feldkirch III-231, 271-285, 336-354/1935, alle in Schachtel "Kommunistische Akten..." (Anm. 80). Der bereits zitierte Gendarmerie-Bericht aus Dornbirn (Anm. 80) verzeichnet unter 37 namhaft gemachten Personen 20 Hilfs- und Fabrikarbeiter.
 139) VLA, BH Feldkirch III-220/1937, BH Bregenz III-2809/1937, alle in Schachtel "Kommunistische Akten..." (Anm. 80); Rundschreiben Nr. 25 der Vaterländischen Front - Landesführung Vorarlberg vom 6.12.1937 ("Strengstens vertraulich!"), Kopie im Besitz des Verf.
 140) VLA, BH Feldkirch III-1209/1936, in Schachtel "Kommunistische Akten..." (Anm. 80).
 141) Hammer, Mayer (Anm. 77).
 142) Hammer (Anm. 77).
 143) Moosbrugger (Anm. 77).

Im Einklang Der Februar 1934 im Spiegel der Vorarlberger Presse

Hermann Brändle

Der Februar 1934 markiert eine Zäsur in der Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung. Ihre Organisationsformen wurden zerschlagen, es folgte eine Reihe von Maßnahmen des autoritär-faschistischen ständestaatlichen Systems gegen die Arbeiterschaft: Die sozialdemokratischen Betriebsräte verloren ihr Mandat, das Genossenschaftswesen und die Konsumvereine wurden "gleichgeschaltet", der Mieterschutz wurde praktisch aufgehoben, Kollektivverträge wurden gekündigt, am 2. März 1934 wurde eine Einheitsgewerkschaft installiert, und am 12. Juli 1934 folgte mit dem Werksgemeinschaftsgesetz, welches das Betriebsrätegesetz von 1919 aufhob, der wohl härteste Schlag gegen die Arbeiter (1). Der militärische Triumph des ständestaatlichen Systems brachte zusammen mit diesen Maßnahmen "die totale machtpolitische Niederlage der Sozialdemokratie, das Ende ihrer Organisationen und ihrer legalen Tätigkeit" (2).

Auch in Vorarlberg war die Arbeiterschaft vom politischen Kurs des autoritären Regimes betroffen: Es erfolgten Haussuchungen in Konsumgebäuden und Privatwohnungen, die Arbeiterheime in Bludenz, Bregenz, Dornbirn, Höchst und Hard wurden besetzt, die beiden Schutzbundkommandanten Hans Draxler (Bregenz) und Anton Linder (Dornbirn) verhaftet (3). Bei den sozialdemokratischen Lokalorganisationen und den Freien Gewerkschaften des Landes wurden von den Heimwehrlern und Vaterländischen das Partei- und Gewerkschaftsvermögen und die vorhandenen Gelder beschlagnahmt (4). In der Kammer für Arbeiter und Angestellte, deren politischer Umbau bereits 1933 begonnen hatte und deren endgültige ständestaatliche Neuorientierung seit dem 23. März 1934 festlag, wurden die meisten sozialdemokratischen Vertreter entlassen (5).

Abgesehen von Greussings Aufsatz (6) und den betreffenden Abschnitten in Wanners Arbeit (7) existiert bislang - zumindest aus der Perspektive der Arbeiterbewegung - über diese Ereignisse kaum eine nennenswerte Literatur (8).

Im Folgenden soll es aber nicht darum gehen, neues Material über die Februarereignisse in Vorarlberg beizubringen, sondern den Februar 1934 im Spiegel der Vorarlberger Presse darzustellen. Dies scheint mir

insofern wichtig, als die Presse damals nicht weniger als heute ein bedeutendes Massenmedium und eine "ideologische Instanz" ersten Ranges war (9).

DIE BERICHTERSTATTUNG DER "VORARLBERGER WACHT"

Die "Vorarlberger Wacht" erscheint erstmals 1910 als Wochenzeitung und kam ab 1919 täglich heraus (10). Die Vorarlberger Sozialdemokratie konnte sich mit dieser Zeitung ein eigenes Organ halten und im Laufe des Ersten Weltkrieges war die Zahl ihrer Abonnenten auf 2000 angewachsen (11).

Die Berichterstattung der "Vorarlberger Wacht" über den Umkreis der Februarereignisse ist durch zwei Abschnitte gekennzeichnet: eine Phase als originär sozialdemokratische Zeitung, in der ein Kurs der politischen Beschwichtigung verfolgt wurde; und eine Phase der Gleichschaltung, in der das Blatt auf die Politik des Ständestaates einschwenkte und auf eine Integration der Arbeiter in das neue System hinarbeitete - was jedoch viele Leser mit einer Aufkündigung ihres Abonnements quittierten (12).

Otto Glöckel und wahrscheinlich auch der Stabschef des Schutzbundes, Alexander Eifler, waren noch vor den Februarereignissen in Vorarlberg gewesen, um zu dringenden Problemen der österreichischen Politik zu sprechen. Am 12. Februar 1934 fanden in Bludenz Straßendemonstrationen der dortigen Sozialdemokraten statt. Dabei kam es auch zu einem Sprengstoffanschlag, wobei jedoch unklar ist, ob es sich um eine organisierte Aktion handelte. Es scheint, daß man in Vorarlberg in bestimmten Kreisen der Sozialdemokratie, wie auch im übrigen Österreich, nicht mehr ausschließlich an lediglich verbale Protestaktionen dachte. Jene Vorarlberger Sozialdemokraten, die einen aktiven Widerstand befürworteten, setzten sich aber landesweit nicht durch - der Großteil der hiesigen Sozialdemokratie folgte einem Kurs der "Ruhe und Besinnung".

Am 10. Februar 1934, zwei Tage vor dem Bürgerkrieg also, hatte die "Vorarlberger Wacht" gemeldet: "... im Laufe des heutigen Tages (wurden) in einer Reihe von Objekten in Wien ... Haussuchungen durchgeführt" (14). Und weiter: "Im Zusammenhang mit den Haussuchungen ... wurden bereits zahlreiche Verhaftungen durchgeführt" (15). Obschon dies klare Signale der Reaktion waren, vermerkte die Zeitung unter der Rubrik "Lokales" am selben Tag:

"Bregenz. Kommt zur Besinnung! Solche Extratouren, wie sie sich die Heimwehr dieser Woche in Tirol ... geleistet hat, sind wenig geeignet, dem Ansehen Österreichs im Ausland zu nützen. ... Die Besetzung unserer Innsbrucker Parteidruckerei, die dort vorgenommene willkürliche

Verhaftung des Miteigentümers ... und anderer Angestellten ..., die Zerstörung des fertiggestellten Satzes ..., das sind Dinge, die nur allzusehr an das Vorbild der seinerzeitigen Besetzung der 'Münchener Post' durch die Nazi erinnern. ... Was Österreich braucht, ist Ruhe und Ordnung. ... Wir mahnen daher nachdrücklich zur Besinnung" (16) - dies trotz einer Verhaftungswelle in Wien (17), trotz Haussuchungen in Wiener Arbeiterbezirken, trotz offener Reaktion der Tiroler Heimwehr. Am 13. Februar erschien in der "Vorarlberger Wacht" ein Rückblick auf Haussuchungsaktionen in Wien. Dazu vermerkte die Zeitung: "Das ist die Geschichte der zwei ersten Haussuchungen in der Zentrale der Wiener Arbeiterschaft. Gestern wurde unser Parteihaus zum drittenmal durchsucht. Dieses Kapitel der österreichischen Arbeiterbewegung entzieht sich noch der Geschichtsschreibung" (18).

Wie dieses Kapitel der Arbeitergeschichte aussah, ist inzwischen in kritischen historiographischen Aufarbeitungen jener Zeit deutlich genug geworden.

Die "Vorarlberger Wacht" erschien am 13. Februar 1934 zum letztenmal als unabhängiges sozialdemokratisches Organ. Nachdem die österreichischen Arbeiter geschlagen waren, kam sie als gleichgeschaltete Zeitung wieder heraus (19). Mit ein Grund, warum die "Wacht" überhaupt wieder erscheinen konnte, war die Tatsache, daß der Hauptgesellschaft der Innsbrucker Parteidruckerei, Druckereileiter Schneider, Schweizer Staatsbürger war. Dadurch vermochte er die vorläufige Beschlagnahmung der Druckmaschinen rückgängig zu machen und den Betrieb am Montag, dem 18. Februar 1934, wieder aufzunehmen (20).

Die Gleichschaltung der sozialdemokratischen Presse bedeutete aber nicht, daß die Vorarlberger Sozialdemokratie aufhörte zu existieren. Wie Greussing in seiner Arbeit nachweist, begann nach den Februarereignissen auch in Vorarlberg der Aufbau einer illegalen Organisation (21).

Der Sicherheitsdirektor für Vorarlberg berichtete am 21. Februar 1934, also wenige Tage nach dem Bürgerkrieg, an das Bundeskanzleramt in Wien: "In den letzten Tagen wurden die beiliegenden Flugblätter im Bundeslande zur Verteilung gebracht. Die Flugblätter sind jedenfalls von den Nationalsozialisten in verschiedener Art verbreitet worden..." (22). Daß es sich dabei aber kaum um Nationalsozialisten handelte, soll eine Auswahl aus den obengenannten Flugblättern belegen (23):

S O L D A T E N !

Ihr seid Arbeiter- und Bauernsöhne, also unsere Klassenbrüder. Ihr dürft nicht als Werkzeuge der Reaktion, der Unterdrücker und Lohnräuber unsere Mörder werden. Bedenkt das wohl!

"HELFT UNS!" dann siegen wir und unser Sieg ist auch Euer Sieg.

ARBEITERKAMPFFRONT

A U F R U F !

Arbeiter und Arbeiterinnen!!!

In Wien und anderen Orten Österreichs kämpfen unsere Brüder heldenhaft gegen die Reaktion, gegen die Unterdrücker und Lohnräuber. Die Lage ist sehr ernst!

Wir müssen ihnen helfen!

Haltet Euch bereit Opfer, auch Blutopfer zu bringen und folgt dann unserem "Rufe" zum Kampfe.

ARBEITER-KAMPFFRONT

An alle Menschen, die Menschen sind!!!

Die Blutarbeit ist vollbracht! In Österreich hat der christliche Kurs gesiegt. Gesiegt im Namen JESU CHRISTI, der zur Erlösung der Menschen von allen Übeln auf Erden am Kreuze gestorben sein soll. Im Namen Jesu Christi überfiel die christliche Regierung Dollfuß die Arbeiterschaft Wiens, welche seit Kriegsende zum Wohle der Menschen einen Kulturaufbau geschaffen hat, der die Bewunderung der ganzen Welt erregte. Diese Kulturwerke sind zerstört und tausende Menschen gemordet! Und was hat der christliche Kurs seit Seipel bis Dollfuß vollbracht?

Arbeitermord auf Arbeitermord, Bankskandal auf Bankskandal und Seelenanierung, Ihr Christen wagt Ihr noch zu beten, dann betet für Euch!

Ein Arbeiter

Natürlich gibt es theoretisch mehrere Möglichkeiten, wem diese Flugblätter zuzuschreiben sind. Die Annahme des Sicherheitsdirektors dürfte jedoch die unwahrscheinlichste sein. Denn das Vokabular verweist Wort für Wort auf die Linke, und die besondere Erwähnung der kulturellen Leistungen Wiens wiederum eindeutig auf das sozialdemokratische Lager (24). Eine mögliche, aber eher unwahrscheinliche Urheberchaft wäre noch in den Kreisen jener ehemaligen Sozialdemokraten zu suchen, die mit den Nationalsozialisten zu sympathisieren begonnen hatten. Da diese Gruppe aber weder vor noch nach den Februarereignissen selbständig aktiv war, läßt sich der nicht näher begründete Hinweis des Sicherheitsdirektors nur aus dessen eigener Interessenlage erklären. Es ist nämlich zu berücksichtigen, daß gerade dem Sicherheitsdirektor, der soeben der sozialdemokratischen Führung den Wortlaut zu ihrer totalen Unterwerfung abgerungen und ans Bundeskanzleramt vermeldet hatte (25), nichts unangenehmer sein konnte als solche Lebenszeichen der sozialdemokratischen Basis, die seine Erfolgsmeldung zweifellos relativiert hätten.

Neben anderen Mitteln (26), solcher Straßenagitation zu begegnen und die Arbeiterschaft für die Mitarbeit am Ständestaat zu gewinnen, war natürlich die Presse von besonderer Bedeutung. Die Vorarlberger

Landesregierung war deshalb auch am Wiedererscheinen der gleichgeschalteten "Wacht" interessiert. Der ehemalige Landespartei sekretär Linder berichtet, unter welchen Bedingungen man in Vorarlberg bereit war, die "Wacht" wieder erscheinen zu lassen. Landeshauptmann Dr. Ender habe den Standpunkt vertreten, daß "die Tendenz des Blattes vor allem gegen die Nazis gerichtet sein müsse, im übrigen eine loyale oppositionelle Stellung gegen die Regierung einnehmen könne" (27).

Die ideologischen Absichten der gleichgeschalteten "Vorarlberger Wacht" wurden denn auch sofort klar, als unter der Überschrift "Unser - Unser aller Schuld" am 20. Februar 1934 ein Artikel erschien, in dem zu lesen ist: "... Wir haben die Zeichen des 15. Juli 1927 nicht verstanden, wir alle nicht. ... Ein Mann stand damals an der Spitze, dem sich in böser Stunde das Wort: 'Keine Milde' von den Lippen rang. Ignaz Seipel hat das Wort später zurückgenommen und hat die Hand versöhnend nach links gestreckt - zum Frieden. Die Friedenshand ist schroff zurückgewiesen worden. Wieder ist eine große Gelegenheit zum Frieden versäumt worden!..." (28).

Die Absicht dieses Artikels liegt auf der Hand: Die österreichische "Linke" wird als nicht friedensbereit denunziert, geschichtliche Tatsachen werden verdreht, um auf diese Weise die Arbeiterschaft zur Unterstützung der Ständeregierung zu gewinnen (29).

Nachdem die österreichische Arbeiterschaft bereits klar geschlagen war, veröffentlichte die gleichgeschaltete "Vorarlberger Wacht" einen Aufruf des Landespartei sekretärs der Vorarlberger Sozialdemokraten, Anton Linder:

"Die blutigen Ereignisse in Wien ... haben zur Auflösung aller sozialdemokratischen Organisationen geführt. ... ich halte es nun für meine Pflicht, die erste ... Gelegenheit zu benützen, um an euch ... einen ersten Appell zur weiteren Ruhe und Besonnenheit zu richten. In Vorarlberg wurde die Ruhe und Ordnung nicht gestört, Vorarlberg war das einzige Land, über welches das Standrecht nicht verhängt wurde. ... Nun da der Kampf entschieden ist, gilt es vor allem die Besonnenheit nicht zu verlieren und es bleibt nichts übrig, als sich mit den gegebenen Tatsachen abzufinden. ... Bewahrt ruhig Blut..." (30).

Am 24. Februar 1934 erschien ein weiterer Aufruf Linders, der jedoch inhaltlich über den ersten hinausging und der Reaktion direkt dienlich sein mußte: "Wer von euch Waffen und Munition besitzt, der benütze die bis zum 25. Februar gewährte Frist und führe die Waffen ab. ... So wie es möglich war, euer Blatt, die 'Vorarlberger Wacht' nun wieder erscheinen zu lassen, so wird es auch möglich werden, in neuen, wahrscheinlich ständischen Formen die Interessen der Arbeiter und Angestellten unseres Landes wahrzunehmen" (31).

Diese beiden Aufrufe konnten natürlich für die konservative Seite nur die Funktion haben, daß sich die Arbeiterschaft mit der Ausschalt-

tung der Sozialdemokratie abfinden und die Eingliederung in den Ständestaat hinnehmen würde. Anton Linder spielte hierbei, gewollt oder ungewollt, eine wichtige Rolle (32). In einem von ihm selbst verfaßten Bericht nahm er später zu diesem politischen Verhalten Stellung. Dort ist zu lesen:

"... Für den Fernstehenden wird die Frage entstehen, warum ich mich auf Verhandlungen über die Abgabe einer Erklärung überhaupt eingelassen habe. Nun das erklärt sich zum Teil aus den Verhältnissen im Lande Vorarlberg selbst. Die Gegensätze waren dort zwischen der Sozialdemokratie und den Christlich Sozialen nie so groß wie in Innerösterreich. Dadurch, daß Dr. Ender selbst an den Verhandlungen teilnahm, wurde den Verhandlungen von vornherein die Schärfe genommen. Die Schwäche der eigenen Partei im Lande, dazu die Überzeugung, daß der Kampf in Innerösterreich mit einer schweren Niederlage enden werde und es nun Aufgabe sein werde, durch bestehende Verbindungen mit Dr. Ender und dem vernünftigeren Teil der Christlich Sozialen den gerichtlich Verfolgten zu helfen, waren ebenfalls mitbestimmend..." (33).

Linder glaubte also, durch Verhandlungen mit Dr. Ender (34) seinen verfolgten Genossen helfen zu können. Er wurde aber von diesen Verhandlungen schwer enttäuscht. Als er einsah, daß er von der konservativen Seite nur vereinnahmt wurde, entschloß er sich zur Emigration:

"... Dann aber (Worte fehlen; Anm. d.Verf.) mich aufgerafft und nach Rücksprache mit meiner Tochter mich entschlossen Schluß zu machen und lieber das bittere aber ehrliche Brot der Emigration zu suchen als mich von den anderen durch Erpressungen und Mandate mißbrauchen zu lassen. ... am 23. Februar nachmittags habe ich illegal die österreichische Grenze überschritten. Mein erster Gang auf schweizer Boden führte mich auf das Postamt. Ich habe an den Druckleiter nach Innsbruck telegraphiert, daß der Aufruf nicht erscheinen darf und ich meine Unterschrift zurückziehe" (35).

Linder konnte allerdings nicht mehr verhindern, daß sein Aufruf, Waffen und Munition abzugeben, noch am selben Tag in der "Vorarlberger Wacht" erschien.

DIE BERICHTERSTATTUNG DER KONSERVATIVEN PRESSE

Die Berichterstattung der konservativen Presse über die Februarereignisse konzentrierte sich grob gesagt auf vier Hauptpunkte: Idealisierung der Person Dollfuß, Betonung von Ruhe und Ordnung im eigenen Land, Antisemitismus und schließlich Kriminalisierung der kämpfenden Arbeiter.

Zur Idealisierung Dollfuß' ein Beispiel: Im "Vorarlberger Volksblatt", das seit 1866 regelmäßig erschien (36), wurde am Donnerstag, dem 15. Februar 1934, eine bewegende Geschichte abgedruckt, offenbar mit der Absicht, die menschlichen Qualitäten von Dollfuß in ein rechtes Licht zu rücken. Unter der Überschrift "Des Bundeskanzlers letzte, erschütternde Warnung an die Irgeleiteten" ist zu lesen:

"... Ich (Dollfuß; Anm.d.Verf.) habe heute persönlich mich an den kritischen Stellen in Floridsdorf vom Stand der Dinge und der bewunderungswerten Haltung unserer Exekutivorgane ... überzeugt, ich habe einen verletzten Polizisten auf die Unfallstation mitgenommen und dort verwundete Heeresangehörige ... gesehen. Ich bin am Sterbelager eines braven Polizeimajors gestanden und habe ihm die gebrochenen Augen zugeedrückt..." (37).

Nach diesem emotionalen Vorspann folgt das eigentlich Wichtige dieses Artikels: "Ich erkläre als Kanzler: Die Regierung will noch einmal Gelegenheit zur Umkehr geben. Wer sich ... den Exekutivorganen stellt, kann ... auf Pardon rechnen. Von morgen 12 Uhr mittags an gibt es für niemanden ... irgendwelchen Pardon..." (38).

In traditioneller Manier wurde in der konservativen Presse auch der "Gegensatz" Wien-Vorarlberg hervorgehoben und dabei betont, daß im eigenen Land, im Gegensatz zum übrigen Österreich und vor allem zum "roten Wien", alles unter Kontrolle sei. "Was unser Land betrifft, herrscht vollkommene Ruhe. Die sozialdemokratischen Führer haben schon gestern Vormittag erklärt, daß die Vorarlberger Sozialdemokratie von Wien abrückt..." (39).

Die ideologisch wesentlichere Rolle in der konservativen Berichterstattung spielten jedoch der Antisemitismus und die Kriminalisierung der kämpfenden Sozialdemokraten. "Möge der gestrige Tag besonders der arbeitenden Bevölkerung wie ein Damaskus sein, damit ihr die Schuppen endlich von den Augen fallen und sie erkenne, daß nicht jene jüdischen Führer, die über die Grenze flüchteten, ihre wahren Freunde sind" - so das "Vorarlberger Volksblatt" (40). Am 16. Februar 1934 erschien in derselben Zeitung ein Artikel über die Ausschaltung des Austromarxismus, in dem es heißt: "... Ihre (der Sozialdemokratie; Anm.d.Verf.) jüdisch-freimaurerische Führung verwertete ... alle ... Möglichkeiten, um das Bürgertum unter Druck zu setzen und sturmreif zu machen. ... Der Austromarxismus erschütterte ... den Staatskredit durch landesverräterische Versuche, das Ausland oder zumindest die Internationale gegen Österreich aufzupeitschen..." (41).

In der "Vorarlberger Landeszeitung", 1863 erstmals erschienen und nach 1945 in den "Vorarlberger Nachrichten" fortgeführt (42), ist zu lesen: "Die 'Arbeiterzeitung' und das 'Kleine Blatt' werden nicht mehr erscheinen. Der Chefredakteur des 'Kleinen Blatts', der Hetzjude Brauntal, ist verhaftet worden..." (43).

Judentum, Freimaurerei, Austromarxismus und kommunistische Internationale – sie werden in der konservativen Presse in einen Topf geworfen, um beim Leser irrationale Angstbilder einer Bedrohung des Bürgertums hervorzurufen.

Schließlich noch zur Bezeichnung der kämpfenden Arbeiter als Verbrecher: Dies stellte den Versuch der konservativen Presse dar, jegliche Verständigung innerhalb der Arbeiterschaft unmöglich zu machen und jenen Teil, der im Februar 1934 aktiv Widerstand geleistet hatte, zu kriminalisieren. So meldete das "Vorarlberger Volksblatt" am 13. Februar 1934:

"Eine jeder Verantwortung bare Führung der sozialdemokratischen Partei Österreichs hat den Versuch unternommen, sich mit Gewalt gegen die staatlichen Behörden aufzulehnen, außerdem einen Generalstreik anzuzetteln und den verbotenen Republikanischen Schutzbund zu mobilisieren. ... in einer Stunde, in der wir im Kampf um die Freiheit des Vaterlandes stehen, haben sich sozialistisch-kommunistische Verbrecher gegen die staatliche Autorität erhoben..." (44).

Die "Vorarlberger Landeszeitung" schrieb am selben Tag: "... Wie in Kärnten, sind in Vorarlberg die sozialdemokratischen Führer bei den Landeshauptleuten vorstellig geworden, mit der Erklärung, daß sie die anderwärts vorgekommenen Ausschreitungen verurteilten und erklärten, daß kein Sozialdemokrat in Vorarlberg Hand anlegen würde an diese verbrecherischen Anschläge, noch sich zu beteiligen..." (45).

Redaktionell wird hier also das Bestreben der Vorarlberger Sozialdemokratie, sich von Gewaltakten zu distanzieren, umgebogen in eine Distanzierung von "verbrecherischen Anschlägen". Bezeichnende Beispiele für die Gleichsetzung der österreichischen Arbeiter und des Austromarxismus mit kriminellen Elementen: "... Der Austromarxismus mißbrauchte ... Der Austromarxismus terrorisierte ... Der Austromarxismus bekämpfte ... Der Austromarxismus verwirtschaftete ... Der Austromarxismus mißbrauchte ... Der Austromarxismus korrumpierte ..." (46) – so die Wortwahl des "Volksblatts" in stereotyper Häufung.

Gelegentlich findet sich auch ein Jargon, der frappant dem Sprachgebrauch der Nationalsozialisten ähnelt. Im "Vorarlberger Volksblatt" vom 19.2.1934 wurde auf Seite 3 von einer Kundgebung der Vaterländischen Front (VF) berichtet, auf der ein Ortsführer der VF u.a. folgendes verlas: "... Die Bevölkerung von Bludenz und des Vorarlberger Oberlandes grüßt ihren Kanzler in der schicksalsschweren Stunde der heutigen Kampfeszeit und gelobt ihm treue Gefolgschaft bis ans Ende..." (47).

DIE BERICHTERSTATTUNG DER DEUTSCHNATIONALEN PRESSE

Die österreichischen Nationalsozialisten bewahrten in den Februarkämpfen von 1934 trotz offener Feindschaft zum Dollfuß-Regime und trotz des Verbots ihrer Partei dem Ständestaat auf Weisung ihres Chefs, des in München residierenden Reichsinspektors Habicht, Klassen-solidarität. Der Münchener Befehl lautete, nichts zu unternehmen, was die Regierung Dollfuß stören könnte, die sozialistische Arbeiterbewegung niederzuschlagen (48). Dieser Kurs machte sich auch in der deutschnationalen Presse bemerkbar: Die Berichterstattung über die Februarereignisse nahm den Standpunkt des Dollfuß-Regimes ein.

Das "Vorarlberger Tagblatt", 1900 erstmals erschienen (49), war ehemals das Organ der Deutschnationalen und ging 1933 offen zum Nationalsozialismus über (50).

Über Haussuchungen bei der Arbeiterschaft Wiens und über die Auffindung von Sprengkörpern, Gewehren etc. schrieb die Zeitung: "... Die vorgefundene Menge hätte also genügt, ganze Stadtviertel zu zerstören. Es handelt sich daher um einen unerhörten verbrecherischen Anschlag bolschewistisch-marxistischer Elemente gegen die Bevölkerung und die Sicherheit des Staates..." (51).

Im Artikel "Verhängung des Standrechts in mehreren Bundesländern" vom 13.2.1934 schloß sich das "Vorarlberger Tagblatt" den amtlichen Nachrichtenquellen an und berichtete über die Linzer Ereignisse aus der Sicht der Dollfuß-Regierung (52). Im selben Artikel wurde auch folgender Aufruf veröffentlicht: "... Die Regierung richtet an die gesamte Bevölkerung den Appell, vollste Ruhe und Besonnenheit zu bewahren. Besonders richtet sich der Appell neuerdings an die ehrlichen, vernünftigen Arbeiter, sich nicht in Abenteuer ... hetzen zu lassen. Die gesamte Arbeiterschaft wird aufgefordert, ihre Arbeit unbeeinflußt von verbrecherischen Hetzern fortzusetzen. Jeder Widerstand gegen die Staatsgewalt, jede Sabotage oder jeder Gewaltakt wird mit schärfsten standrechtlichen Mitteln geahndet..." (53).

Auch die Berichte der Zeitung vom 14.2., 15.2. und 16.2. hielten diese Linie durch, d.h. sie übernahmen den offiziellen Standpunkt der Regierung, ohne daß in der Redaktion personelle Veränderungen vorgenommen worden wären (54).

ZUSAMMENFASSUNG

Am Beispiel der sozialdemokratischen, der konservativen und der deutschnationalen Presse konnte gezeigt werden, auf welche Interessen die Berichterstattung über die Februarereignisse 1934 jeweils orientiert war.

Die "Vorarlberger Wacht" durchlief dabei zwei Phasen, eine als originär sozialdemokratische Zeitung und eine als mit den ständestaatlichen Interessen gleichgeschaltete. Die Vereinnahmung des Landesparteisekretärs der Vorarlberger Sozialdemokraten, Anton Linder, für die Interessen des Ständestaates wurde durch seine beiden Aufrufe in der gleichgeschalteten "Wacht" und seine persönlichen Erinnerungen an diese Zeit deutlich.

Auffällig an der konservativen Berichterstattung ist ein gelegentlich manifest geäußerter Antisemitismus, der also keinesfalls nur bei Nationalsozialisten, sondern auch im christlichsozialen Lager anzutreffen war.

An der deutschnationalen Berichterstattung ist bemerkenswert, daß sie - gemäß dem NSDAP-Kurs eines "Stillhalteabkommens" mit dem Dollfuß-Regime - den öffentlich-amtlichen Standpunkt des Ständestaats vertrat.

Doch eines darf man nicht übersehen: Trotz der Schärfe der Angriffe in der konservativen Presse hielt sich in Vorarlberg die reale politische Verfolgung der Gegner des Ständestaates in Grenzen. Gemessen an den Ereignissen in Wien oder in der Steiermark war sie relativ harmlos. Doch dies ist eine bittere Pointe - daß nämlich die Vorarlberger Konservativen, nachdem sie seit 1919 völlig unangemessen verbal und militärisch gegen die Arbeiterbewegung aufgerüstet hatten, erst angesichts der Diktatur ein etwas realistischeres Verhältnis zu ihrem Gegner gefunden zu haben scheinen.

ANMERKUNGEN

- 1) Vgl. Hans Hautmann/Rudolf Kropf: Die österreichische Arbeiterbewegung vom Vormärz bis 1945.
- 2) Wolfgang Neugebauer: Die Arbeiterbewegung in Wien im Widerstand 1934-1945. In Gerhard Botz u.a. (Hg.): Bewegung und Klasse. Studien zur österreichischen Arbeitergeschichte. Wien-München-Zürich 1978, S.361-377, hier S.362. Hautmann/Kropf (Anm.1), S.172ff., bemerken allerdings, daß es dem ständestaatlichen Regime auf längere Sicht nicht gelang, die sozialdemokratische und kommunistische Arbeiterschaft Österreichs vollständig zu integrieren - im Gegenteil: Der Kern der österreichischen Arbeiterbewegung blieb in der austrofaschistischen wie auch in der national-

sozialistischen Epoche seinen traditionellen politischen und weltanschaulichen Überzeugungen treu.

- 3) Vgl. Kurt Greussing: Vorarlberger Sozialdemokraten in der Illegalität 1934-1938. In: Botz (Anm.2), S.341-359, hier S.345f. Vgl. weiters DÖW (ausgehoben, aber ohne Nummer): Bericht des Anton Linder über die Februarereignisse in Vorarlberg, S.1: Linder bezifferiert hier die Zahl der Verhafteten auf 26 bzw. 28.
- 4) Vgl. Pius Moosbrugger: So erlebte ich den 12. Februar 1934 - Der Februar in Vorarlberg. In: AZ, 12. Februar 1974, S.4.
- 5) Vgl. Gerhard Wanner: Die Geschichte der Vorarlberger Kammer für Arbeiter und Angestellte 1921-1938. Feldkirch o.J. (1978), S.92ff.
- 6) Vgl. Greussing (Anm.3).
- 7) Vgl. Wanner (Anm.5).
- 8) Vgl. etwa Karl Heinz Burmeister: Geschichte Vorarlbergs. Wien 1980, S.187: Hier erfährt man zwar im Telegrammstil von der "Selbstausschaltung" des Parlaments sowie dem Verbot von NSDAP und SDAP, über vieles andere und gerade auch über den österreichischen Bürgerkrieg wird aber der Mantel des Schweigens gebreitet. Unvermittelt folgt der Übergang zu einem beliebten Sujet des kleinen Mannes: "... in dieser schwierigen Zeit gelangte der Vorarlberger Hochleistungssport zu bisher unbekanntem Ehren." Vgl. auch Hubert Frommelt: Vorarlberg 1933/34. Die Anfänge des neuen Systems Dollfuß-Schuschnigg. (Ungedruckte Hausarbeit aus Geschichte der Neuzeit an der Universität Innsbruck), Innsbruck o.J.
- 9) Auffällig ist die damals ideologisch äußerst scharf geführte Berichterstattung in der Vorarlberger Presse. Nur ein Beispiel: Im "Vorarlberger Volksblatt" vom 19. Februar 1934 heißt es auf Seite 3: "Der Zusammenbruch des Austromarxismus bringt die von diesem verhetzten Massen wieder zu religiöser Besinnung."
- 10) Vgl. Adalbert Welte: Vorarlberger Zeitungen seit dem Jahre 1793. In: VN 14.7.1952, S.4f.
- 11) Vgl. Manfred Scheuch: Geschichte der Arbeiterschaft Vorarlbergs bis 1918. Feldkirch 1978, S.110.
- 12) Vgl. DÖW, Nr.7521: In einem Brief aus dem Exil in der Schweiz schreibt Anton Linder über die "Wacht": "Die 'Vorarlberger Wacht' erscheint noch, die Hälfte der Abonnenten sind bereits abgefallen."
- 13) Vgl. Greussing (Anm.3), S.345.
- 14) VW 10.2.1934, S.1.
- 15) Ebd., S.1.
- 16) Ebd., S.4.
- 17) Vgl. Greussing (Anm.3), S.346: auch in Vorarlberg erfolgten am 12. Februar 1934 Festnahmen; im Bezirk Bregenz wurden 13 Sozialdemokraten in Verwahrung genommen.
- 18) VW 13.2.1934, S.1.
- 19) Vgl. Greussing (Anm.3), S.344.
- 20) Vgl. Linder (Anm.3), S.9.
- 21) Vgl. Greussing (Anm.3), S.349ff.
- 22) DÖW Nr. 126.756.
- 23) Ebd.

- 24) Vgl. Dieter Langewiesche: Zur Freizeit des Arbeiters. Bildungsbestrebungen und Freizeitgestaltung österreichischer Arbeiter im Kaiserreich und in der Ersten Republik. Stuttgart 1980, bes. S.92ff.
- 25) Vgl. Linder (Anm.3), S.5.
- 26) Vgl. Hautmann/Kropf (Anm.1), S.170.
- 27) Linder (Anm.3), S.10.
- 28) VW 20.2.1934, S.2.
- 29) Vgl. Gerhard Oberkofler: Die Tiroler Arbeiterbewegung. Von den Anfängen bis zum 2. Weltkrieg. Wien 1979, S.250: Nach dem Bürgerkrieg sollte die Arbeiterklasse politisch, ideologisch und organisatorisch vollends entwaffnet werden. Werden nun in einer ehemals sozialdemokratischen Zeitung einer proletarischen Leserschaft die Juli-Ereignisse von 1927 in einem derartigen Kontext vermittelt, so zielt dies auf nichts anderes als auf eine ideologische Entwaffnung der Arbeiterklasse und deren Integration in das ständestaatliche System.
- 30) VW 20.2.1934, S.4.
- 31) Ebd., 24.2.1934, S.3.
- 32) Vgl. hierzu Greussing (Anm. 3), S.348f.: Greussing beurteilt Linder sehr ambivalent: Linder sei geprägt gewesen von der Grenzerfahrung in der Rätezeit und habe offene Gewalt als Mittel der Politik moralisch nicht verantworten können. Andererseits schreibt Greussing: "Kurz vor dem 12. Februar hatte er (Linder; Anm.d.Verf.) bei einem Waffenappell des Schutzbundes im Dornbirner Arbeiterheim noch Pistolen ausgegeben und von Widerstand gesprochen."
- 33) Linder (Anm.3), S.4.
- 34) Vgl. Burmeister (Anm.8), S.187: Dr. Otto Ender wurde am 19. Juli 1933 zum Verfassungsminister berufen und nahm dieses Amt an, um die Grundsätze der päpstlichen Enzyklika "Quadragesimo Anno" in der Ständeversammlung zu verwirklichen. Vgl. hierzu aber auch Moosbrugger (Anm.4), S.4: Dr. Ender habe schon Monate vor den Februarereignissen auf einer Wählerversammlung der Christlich-sozialen Partei wörtlich gesagt: "Nun ist für das österreichische Bürgertum der Zeitpunkt gekommen, wo wir die Sozialdemokratische Partei gänzlich aus dem öffentlichen Leben Österreichs ausscheiden werden müssen, um den christlichen Ständestaat ohne ständige Störungen einführen zu können." Vgl. auch "Tageszeitung" vom 12.2.1946, S.4, und Joseph Buttinger: Das Ende der Massenpartei. Frankfurt 1972, S.11: Dr. Ender habe am 9. bzw. 10. Februar 1934 erklärt: "Der Übergang zum Ständestaat wird autoritär, ja fast diktatorisch sein müssen."
- 35) Linder (Anm.3), S.15. Vgl. dazu Werner Röder und Herbert A. Strauss (Hg.): Biographisches Handbuch der deutschsprachigen Emigration nach 1933. Bd.1, Politik, Wirtschaft, öffentliches Leben. München-New York-London-Paris 1980, S.447f.: Linder reiste illegal in die Schweiz, wurde nach Frankreich abgeschoben und erhielt dann im Juni 1934 die Aufenthaltserlaubnis für Zürich und die Anerkennung als politischer Flüchtling.
- 36) Vgl. Welte (Anm.10), S.4f.

- 37) VV 15.2.1934, S.1.
- 38) Ebd., S.1.
- 39) Ebd., 13.2.1934, S.1.
- 40) Ebd., S.1.
- 41) Ebd., 16.2.1934, S.2, Der christlichsoziale Antisemitismus war während der Ersten Republik durchweg ein Kampfinstrument gegen die Linke gewesen - auch in Vorarlberg; vgl. Gerhard Wanner (Anm. 5), S.15: "Auch noch im Jahre 1928 sah Landeshauptmann Ender im sozialdemokratischen Judentum Wiens, als deren treue Gehilfen er die Landesführer der Sozialdemokraten, Hermann und Linder, bezeichnete, eine 'Gefahr für Vorarlbergs Alemannen'."
- 42) Vgl. Welte (Anm.10), S.4f.
- 43) Sonderausgabe der VL, 14.2.1934, S.1. Vgl. hierzu auch Arnold Reisberg: Februar 1934. Hintergründe und Folgen. Wien 1974, S.121: Julius Braunthal, der Chefredakteur des sozialdemokratischen Massenblatts "Das kleine Blatt", habe Otto Bauer geraten, auf eine Arbeiterdelegation, die nach den Juli-Ereignissen von 1927 wegen Direktiven zu ihm kommen wollte, beruhigend einzuwirken und ihre berechnete Empörung abzuwiegeln.
- 44) VV 13.2.1934, S.1.
- 45) VL 13.2.1934, S.1.
- 46) VV 16.2.1934, S.2.
- 47) VV 19.2.1934, S.3.
- 48) Vgl. Franz West: Die Linke im Ständestaat Österreich. Revolutionäre Sozialisten und Kommunisten 1934-1938. Wien-München-Zürich 1978, S.16.f.
- 49) Vgl. Welte (Anm.10), S.4f.
- 50) Vgl. Benedikt Bilgeri: Bregenz. Geschichte der Stadt. Wien-München 1980, S.568.
- 51) VT 10.2.1934, S.1f.
- 52) Vgl. ebd., 13.2.1934, S.1.
- 53) Ebd., S.1.
- 54) Vgl. ebd., 14.2.1934/15.2.1934/16.2.1934, jeweils S.1.

Vorarlberg und die Republik in Spanien 1936—1939

Gernot Egger

"Und dauert's auch noch sieben Jahr,
daß wir im Kampfe stehn..."
(Aus einem Lied der Internationalen
Brigaden)

Der vorliegende Beitrag untersucht einen vergleichsweise kleinen Ausschnitt der Vorarlberger Landesgeschichte: die aktive Solidarität von Vorarlberger Arbeitern mit dem Freiheitskampf des spanischen Volkes 1936-1939. Sowohl die Mitgliedschaft bei den Internationalen Brigaden als auch die Durchschleusung von Spanienfreiwilligen aus Mittel- und Osteuropa über Vorarlberg in die Schweiz müssen als Widerstand gegen den Faschismus begriffen werden. Durch die entscheidende Intervention der faschistischen Staaten Deutschland und Italien auf der Seite der putschenden Generale in Spanien trug der Konflikt von Anfang an internationalen Charakter.

Die nationalsozialistische Geschichtslüge von einem Aufstand der "Roten" in Spanien ist hierzulande fast noch Allgemeingut; deshalb ist eine genaue Darstellung der damaligen Ereignisse notwendig.

Wesentliche Teile der vorliegenden Arbeit hätten ohne die bereitwilligen Informationen der Vorarlberger Antifaschisten G.E., J.P. und A.P. nicht entstehen können. Aufgrund der rigorosen Archivsperrre im Vorarlberger Landesarchiv konnte ein Großteil der dort aufbewahrten Dokumente nicht eingesehen werden. Die Darstellung beruht deshalb zu einem wesentlichen Teil auf Interviews mit Betroffenen und Hinterbliebenen, die 1980 bzw. 1981 geführt wurden. Tonbänder und Abschriften der Gespräche befinden sich im Besitz des Autors.

DER KRIEG IN SPANIEN 1936-1939

1923 wurde die schwache konstitutionelle Monarchie Spaniens (1917-1923: 13 Kabinette) von einer Militärdiktatur unter General Primo de Rivera abgelöst. 1930 mußte er zurücktreten, ein Jahr später verließ König Alfons XIII. ohne Verzicht auf die Thronrechte das Land; die Zweite Republik wurde errichtet. Ab 1933 wurde Spanien von der

CEDA, einem Block von Rechtsgruppierungen, in einer Koalition mit monarchistischen Parteien regiert. Die politische Leistung dieser Regierung "war der systematische Abbau aller Errungenschaften der ersten republikanischen Regierung" (1). Durch das Militär ließ die Regierung im Oktober 1934 den asturischen Bergarbeiterstreik niederschlagen - 3 000 Tote, 7 000 Verwundete und über 40 000 Verhaftete (2) bewiesen die bestialische Vorgangsweise der Militärs. Bereits ein halbes Jahr vorher hatten Vertreter der äußersten Rechten Spaniens ein Abkommen mit Mussolini geschlossen, in dem er sich verpflichtete, eine Bewegung zum Sturz der Republik mit Waffenlieferungen und Geldmitteln zu unterstützen (3).

Die Weltöffentlichkeit allerdings wandte sich den Ereignissen in Spanien erst zu, als bei den Wahlen vom 16. Februar 1936 ein Wahlbündnis von bürgerlich-republikanischen und sozialistischen Parteien, die sogenannte Volksfront, einen überwältigenden Sieg errang. Das war möglich, weil das spanische Wahlsystem Parteienbündnisse begünstigte und zudem die anarchistischen Verbände (4) erstmals darauf verzichteten, ihren bisherigen Wahlboykott aufrechtzuerhalten. Mit der Wahl setzte eine starke politische Aktivierung der Bevölkerung ein. Von der neugebildeten Regierung des Republikaners Azaña wurden längst überfällige soziale Reformen erwartet.

Das im wesentlichen monarchistisch und faschistisch orientierte Offizierskorps der spanischen Armee mit seiner sprichwörtlichen Neigung zu "pronunciamentos" - Staatsstreichern zur Beseitigung der zivilen Regierung - reagierte mit einer großangelegten Verschwörung. Ihr Zentrum war Spanisch-Marokko; dort regierte das Militär praktisch unbeschränkt, dort standen Fremdenlegion und maurische Soldaten, die Elite der späteren Bürgerkriegsarmee, zur Verfügung.

Am 17. Juli 1936 begann der Aufstand der Armee gegen die verfassungsmäßig gewählte Regierung; bis zum 20. Juli griff er auf das spanische Festland über. Allerdings konnte sich dieser Aufstand nur in einigen Teilen des Landes durchsetzen. Die Hauptstadt Madrid und der größere Teil des Staatsgebiets blieben in den Händen der rechtmäßig gewählten Regierung, was fast ausschließlich der sofortigen bewaffneten Gegenwehr der Arbeiterbewegung zu danken war. Spanien wurde in ein "nationales" Territorium (Herrschaftsgebiet der Generale) und in ein republikanisch kontrolliertes Gebiet gespalten. Es ist eigentlich nicht korrekt, wenn der an den Grenzen dieser beiden Bereiche geführte Krieg als "Spanischer Bürgerkrieg" bezeichnet wird - war er doch von Anfang an durch die massive Intervention faschistischer Staaten zugunsten der putschenden Generale gekennzeichnet.

Das Engagement Deutschlands und Italiens intensivierte sich ab dem Herbst 1936, etwa zur selben Zeit, als die "Achse Berlin-Rom" gebildet wurde. Zu ihrer Bildung hatte die Gemeinsamkeit in der Unterstützung

der spanischen Putschisten nicht unwesentlich beigetragen (5). Bereits im November 1936 wurde eine größere Zahl italienischer Truppen nach Spanien eingeschifft (6); im März 1937 waren 70 000 italienische Soldaten in den Verbänden der aufständischen Generale eingesetzt (7). Die deutschen Truppen in Spanien, großteils Spezialisten, wurden ebenfalls im November 1936 zu einer eigenen Einheit, der "Legion Condor", zusammengefaßt. "Für Nationalsozialismus und Faschismus war der spanische Konflikt nicht nur ein Kontrollexperiment, in dem die Schwäche der Demokratien zutage treten mußte; er war zugleich die 'Generalprobe', der Waffengang, der Versuchsstand für die Erprobung ihrer Waffen gegenüber den aus der Sowjetunion oder aus der Tschechoslowakei gelieferten, eine Gelegenheit, Kriegsmaterial, das für viel größere Schlachtfelder bestimmt war, auf seine Brauchbarkeit hin zu prüfen" (8).

Es steht heute außer Zweifel, daß die Hilfe der faschistischen Staaten dem "nationalen" Spanien zum Sieg verholfen hat. Die Material- und Waffenhilfe aus der Sowjetunion für die spanische Republik war vergleichsweise gering; sie mußte außerdem ab dem Frühjahr 1937 praktisch eingestellt werden, weil der internationale Nichteinmischungsausschuß ausgerechnet Deutschland und Italien mit der Kontrolle der spanischen Mittelmeerküste beauftragt hatte (9). In der letzten Phase des Krieges mußten dem ungeheuren Materialaufwand der Faschisten schlecht bewaffnete, oft nicht einmal mit genügend Munition ausgestattete Truppen entgegengestellt werden. Im April 1938 wurde das republikanische Spanien zwischen Valencia und Barcelona in zwei Teile zerschnitten. Im Jänner 1939 mußte Barcelona aufgegeben werden, am 28. März 1939 besetzten die Franco-Truppen Madrid. Die erste bewaffnete Auseinandersetzung von internationaler Bedeutung zwischen den Kräften der Demokratie und jenen des Faschismus endete so mit einer Niederlage der Demokraten.

Auch auf internationaler Ebene haben Deutschland und Italien durch ihre Anerkennung "National-Spaniens" am 18.11.1936 vollendete Tatsachen zu schaffen versucht. Zum Sieg der Faschisten in Spanien haben auch die westlichen Demokratien durch ihre de-facto-Duldung der Intervention Deutschlands und Italiens beigetragen; kein Land außer der Sowjetunion hat die spanische Republik wirksam unterstützt.

Besonders tragisch angesichts ihres eigenen Schicksals ist die Rolle der österreichischen Schuschnigg-Regierung im spanischen Konflikt. Obwohl sie wenig später selbst Opfer des deutsch-italienischen Interessenausgleichs wurde, unterstützte sie die Intervention dieser Mächte in Spanien und verteidigte sie sogar vor dem Völkerbund (10).

Bereits im Jänner 1938 hatten Österreich, Ungarn und Albanien die Franco-Regierung diplomatisch anerkannt (11). Wer in den Reihen der Faschisten mitkämpfte (12) oder, wie der Innsbrucker Heimwehroffizier

Rudolf Penz, für die faschistische Armee Söldner anwarb, konnte in Österreich mit Straffreiheit rechnen (13).

DIE INTERNATIONALEN BRIGADEN

In ganz Europa erregte der Krieg in Spanien starkes Interesse. Nicht einmal Deutschland und Italien konnten verhindern, daß die Ereignisse in Spanien auch in diesen Ländern bekannt wurden und zur Opposition gegen das Regime beitrugen. Namentlich im Deutschen Reich herrschte große Erbitterung über sich häufende Todesfälle von Soldaten, die - angeblich zu Manövern eingezogen - in Spanien gefallen waren. Die Arbeiter der Rüstungsbetriebe erwachten aus ihrer Lethargie, in die sie vom Terror des Nazi-Regimes getrieben worden waren. Sammlungen für die spanische Republik wurden veranstaltet (14). Für die politisch Bewußten trat ein wesentliches Element hinzu: in Spanien schien sich eine andere Entwicklung anzubahnen als in Deutschland und Österreich, wo es nicht zu einer umfassenden bewaffneten Gegenwehr gegen den Faschismus gekommen war. Der Gedanke, das Versäumte nachzuholen, auf spanischem Boden gegen Franco und Hitler zugleich zu kämpfen, besaß große Attraktivität (15). Außerdem schien die verhängnisvolle Spaltung zwischen dem sozialistischen und dem kommunistischen Teil der Arbeiterbewegung in Spanien durch die Volksfront überwunden.

Ausländische Antifaschisten traten anfänglich spontan in die republikanischen Armeen ein. So stellten sich die Teilnehmer der Internationalen Arbeiterolympiade in Barcelona bereits im Sommer 1936 den Milizen der Arbeiter ebenso zur Verfügung wie zufällig in Spanien sich aufhaltende antifaschistisch eingestellte Ausländer. Dies war anfänglich nur individuell möglich; später wurden die ausländischen Freiwilligen in eigenen Einheiten zusammengefaßt und als "Internationale Brigaden" mit einem einheitlichen Kommando dem spanischen Oberbefehl unterstellt. Schätzungen über die Gesamtzahl der Mitglieder der Internationalen Brigaden gehen stark auseinander: Die wahrscheinlichste Zahl liegt bei 30 000 (16).

Als Eliteeinheiten nahmen die Internationalen Brigaden - oft ausschlaggebend - an allen wesentlichen Offensiven und Schlachten der Republik teil. In der letzten Phase des Krieges nahm die Zahl der Freiwilligen ständig ab, weil der Zustrom aus den europäischen Ländern unterbunden wurde und die Verluste sehr hoch waren. Zum Zeitpunkt ihrer offiziellen Auflösung zählten die Internationalen Brigaden noch 12 673 Mann (17). Viele Interbrigadisten waren allerdings in die reguläre spanische Armee übernommen worden und scheinen in dieser Zählung nicht auf.

Freiwillige konnten sich zu den Internationalen Brigaden bei den Geschäftsstellen der gewerkschaftlichen Organisationen und der Linksparteien melden. In Österreich, wo legale Institutionen der Arbeiterbewegung nicht mehr bestanden, wurden Hilfskomitees für die spanische Republik eingerichtet (18). Das Rekrutierungsverfahren als Ganzes lag in den Händen der kommunistischen Parteien bzw. der Kommunistischen Internationale (19), bisweilen unter Beteiligung sozialistischer Organisationen. Die Freiwilligen wurden in Paris registriert und organisiert über die französisch-spanische Grenze gebracht. Beim Stab der Internationalen Brigaden in Albacete erhielten sie eine militärische Ausbildung und wurden einer Einheit zugeteilt.

Als im internationalen Nichteinmischungsausschuß im Juli 1938 ein Beschluß zustandekam, auf beiden Seiten die Freiwilligen zu demobilisieren, wurden die Internationalen Brigaden aufgelöst. Die faschistische Seite hingegen unterließ die Auflösung ihrer "Freiwilligenverbände". An der Abwehr der Dezemberoffensive der faschistischen Truppen gegen Katalonien haben sich die Freiwilligen der Internationalen Brigaden allerdings wieder beteiligt. Im Februar 1939 halfen sie noch bei der Evakuierung von Flüchtlingen über die französische Grenze, bevor sie diese dann selbst überschritten. Sie wurden in französischen Internierungslagern angehalten. Einigen gelang in den Wirren des Sommers 1940 die Flucht aus dem Lager, sie konnten in Frankreich untertauchen oder in ihre Heimatländer zurückkehren. Die meisten blieben jedoch auch unter der Vichy-Regierung interniert. Diese versuchte, die Internierten zur Fremdenlegion zu zwingen. Sehr viele der Internierten wurden an Deutschland ausgeliefert, wo für sie das Martyrium in den nationalsozialistischen Konzentrationslagern begann.

ÖSTERREICHER IN DEN INTERNATIONALEN BRIGADEN

Für Österreich fehlt eine Studie wie die von Helmut Zschokke für die Schweiz (20). Die wenigen Beiträge zur Geschichte der österreichischen Interbrigadisten und der österreichischen Solidarität mit Spanien (21) haben bisher noch keine Gesamtschau ergeben.

Relativ zur Bevölkerungszahl ist die Zahl der Spanienfreiwilligen aus Österreich die höchste überhaupt. Absolut ist sie schwer festzustellen – die Angaben schwanken zwischen 1 400 (22) und 2 000 (23) Freiwilligen sowie zwischen 500 (24) und 700 (25) Gefallenen. 350 österreichische Spanienfreiwillige lebten noch Ende 1980 in Österreich (26).

Viele Österreicher, die ebenso wie deutsche Antifaschisten in die Tschechoslowakei emigriert waren, haben sich den Internationalen Brigaden zur Verfügung gestellt. Zahlreiche ehemalige Schutzbündler kamen

aus der sowjetischen Emigration nach Spanien (27). Der größere Teil der österreichischen Spanienfreiwilligen dürfte allerdings aus Österreich nach Spanien gekommen sein - entweder direkt über die Schweiz und Frankreich oder nach einem kurzen Aufenthalt in Prag, der "Hauptstadt" der deutschen und österreichischen Emigration, wo sich auch die nach Paris wichtigste Rekrutierungsbasis der Interbrigaden befand (28).

Ohne Zweifel besaß eine Teilnahme am Krieg in Spanien für ehemalige Schutzbündler große Attraktivität. Sie waren zum Teil jahrelang für einen bewaffneten Kampf zur Verteidigung der Republik bereitgehalten worden, um dann erleben zu müssen, daß ihr Einsatz am Versagen der Politiker und der Leitung des Schutzbunds scheiterte. Wichtig dürfte auch die im Vergleich zu anderen sozialistischen Parteien starke Unterstützung der spanischen Republik durch die österreichischen Revolutionären Sozialisten gewesen sein. Es kam zu einer gemeinsamen Spanien-Erklärung der KPÖ und der Revolutionären Sozialisten (29). Auch in den illegalisierten Freien Gewerkschaften fand die Solidarität für Spanien Widerhall (30).

Die österreichischen Arbeiterparteien setzten sich dafür ein, daß nur diejenigen nach Spanien gehen sollten, deren illegale politische Tätigkeit in Österreich wegen der Verfolgung durch den Austrofaschismus unmöglich geworden war. Die Kader der Arbeiterbewegung dürften diese Anweisung im allgemeinen befolgt haben (31). Die hohe Zahl der österreichischen Interbrigadisten legt es somit nahe, daß viele Freiwillige nur losen Kontakt zu den Arbeiterparteien gehabt und auf sich allein gestellt den Weg nach Spanien eingeschlagen haben (32). Sie dürften vor allem aus Gebieten Österreichs gekommen sein, in denen die Arbeiterparteien wenig verankert waren."

Der "Transport" der Organisierten aus Österreich erfolgte durch die Kommunistische Partei. In jeder illegalen Kreisleitung war dafür ein Verantwortlicher bestimmt worden (33). Während Kommunisten und Sozialisten auf lokaler Ebene zusammenarbeiteten, scheinen sich die Revolutionären Sozialisten an der überregionalen Transportorganisation nicht beteiligt zu haben.

Wie andere Interbrigadisten wurden auch viele Österreicher nach der Niederlage der spanischen Republik in Frankreich interniert. Einigen von ihnen gelang die Flucht aus dem Lager, sie konnten in Frankreich untertauchen und spielten im österreichischen Widerstand in Frankreich eine hervorragende Rolle (34). 450 verblieben jedoch allein im Lager Gurs (35). Ein Großteil von ihnen ließ sich von der deutschen Waffenstillstandskommission, die eine Amnestie zugesagt hatte, repatriieren (36). Am 1. Mai 1941 wurden fast alle Repatriierten ins Konzentrationslager Dachau gebracht (37), wo viele bis zur Befreiung 1945 inhaftiert blieben. Österreichische Interbrigadisten, die diesem Schicksal entgehen konnten, leisteten in den alliierten Armeen, in den österrei-

chischen Freiheitsbataillonen in Jugoslawien und in den Partisanengruppen Kärntens und Steiermarks einen hervorragenden Beitrag zur Befreiung Österreichs (38).

VORARLBERG - DURCHGANGSLAND FÜR SPANIENFREIWILLIGE

Die starke Solidarität für die spanische Republik innerhalb und außerhalb Europas führte dazu, daß nicht nur zufällig in Spanien sich aufhaltende Ausländer, sondern auch Freiwillige aus anderen Ländern sich zum Kampf für die Verteidigung der Republik meldeten. Damit entstand ein nicht zu unterschätzendes Problem: der Grenzübertritt dieser Freiwilligen. In den meisten Fällen mußte er illegal erfolgen. Auch Länder mit bürgerlich-demokratischen Regierungssystemen wie die Schweiz verfolgten jedes Engagement für die spanische Republik (39), erst recht natürlich taten dies die faschistischen Staaten. Ein solcher illegaler Grenzübertritt gefährdeter Personen konnte nur durch eine funktionierende Organisation durchgeführt werden, die über internationale Kontakte verfügte. Die Aktivisten einer solchen Organisation gingen ein erhebliches Risiko ein. Ihre Tätigkeit muß in den Rahmen eines antifaschistischen Widerstands eingeordnet werden.

Vorarlberg und Westtirol befanden sich von 1933 bis 1938 in einer exponierten Position: Die einzig mögliche Verbindung zwischen den osteuropäischen Staaten Tschechoslowakei, Polen, Rumänien, Bulgarien und Ungarn führte (abgesehen vom Seeweg) durch Westösterreich in die Schweiz und nach Frankreich. Westösterreich bildete so einen schmalen Durchlaß zwischen Deutschland und Italien. Nicht nur Freiwillige der Internationalen Brigaden haben diese Verbindung genutzt. Vorher schon hatte sie verfolgten Schutzbündlern und ihren Angehörigen sowie (über die Tschechoslowakei) Flüchtlingen aus Nazideutschland gedient.

Die Internationale Arbeiter-Hilfe, eine überparteiliche Organisation, und die kommunistische Rote Hilfe hatten die Flucht organisiert (40). Diese Organisationen verfügten schon 1934 über Aktivisten an Vorarlbergs Grenze zur Schweiz. Namentlich in Lustenau bestand eine Organisation der Roten Hilfe unter der Führung von Hans König, an der auch der spätere Spanienfreiwillige J.P. mitarbeitete. Von ihm wurde Leopoldine Münchreiter, die Frau des am 14. Februar 1934 trotz schwerer Verwundung standrechtlich hingerichteten Schutzbündlers Karl Münchreiter, im Sommer 1934 illegal über die Grenze in die Schweiz gebracht (41). In den Tagen der nationalsozialistischen Okkupation Österreichs konnten ebenfalls viele Österreicher über Vorarlberg ins rettende Ausland fliehen. Andererseits kam über die hiesige Grenze seit 1934 Propagandamaterial der Arbeiterbewegung zur Verteilung nach Öster-

reich. So wurde 1936 von der Vorarlberger Sicherheitsdirektion die "Einfuhr marxistischer Druckwerke aus der Schweiz bzw. Frankreich nach Österreich betreffend spanischen Bürgerkrieg" vermerkt (42).

Wie bereits angedeutet, wurde ab September 1936 der Zustrom von Freiwilligen für die Republik in Spanien von den kommunistischen Parteien organisiert. An der Spitze des Rekrutierungskomitees stand unter dem Namen Allard der Italiener Guido Verreti (43). Den Zustrom der Freiwilligen aus Mittel- und Südosteuropa leitete der Jugoslawe Josip Broz, später bekannt unter dem Namen Tito (44). Gesamtverantwortlich für Rekrutierung und Transport der Freiwilligen waren die Kommunistische Partei Frankreichs und die italienische Emigrantenorganisation in Frankreich unter führender Beteiligung Luigi Longos (45). Von dieser Zentrale wurde auch der Transport durch Vorarlberg organisiert. Funktionäre der KPÖ wie Melanie Ernst, Tilly Spiegel und Josef Foscht haben von der Schweiz aus die lokalen Verbindungen aufgebaut (46). Dabei griffen sie diesseits und jenseits der Grenze auf Lokalorganisationen der Arbeiterbewegung zurück, und zwar nicht ausschließlich auf kommunistische. Es wurden aber auch gegen Bezahlung Personen angeworben, die nur aus kommerziellen Motiven handelten - Gastwirte, Bergführer und professionelle Schmuggler.

So entstand eine konspirativ arbeitende Organisation, die über mehrere Möglichkeiten des illegalen Grenzübertritts im Montafon und im Silvrettagebiet sowie im Walgau und im Rheintal verfügte. Die Aktivisten waren einander zum Teil nicht bekannt. Die Koordination erfolgte von der Schweiz aus; österreichische Emigranten, Funktionäre der Exilorganisation der KPD und Schweizer arbeiteten dabei zusammen (47).

Anfangs war es Freiwilligen, die über gültige Personaldokumente verfügten - was auf den Großteil allerdings nicht zutraf -, möglich, legal in fahrplanmäßigen Zügen auszureisen; als Ziel wurde in solchen Fällen die Weltausstellung in Paris angegeben (48). Sehr bald jedoch verlangten die Behörden die Vorweisung einer Rückfahrkarte; wer eine solche nicht hatte, wurde festgenommen. Auch abgetragene Schuhe und verschlissene Unterkleidung konnten einen Verdacht wecken und zur Festnahme führen (49). In der Mehrzahl der Fälle mußte die Grenze also illegal überschritten werden. Dazu wurden meist schon in Wien (50) oder Prag Gruppen von bis zu zehn Freiwilligen zusammengestellt, mit dem notwendigen Geld ausgerüstet und mit den Adressen der Anlaufstellen versehen. Diese waren meist Gasthäuser. Zum einen Teil - wie im Falle "Hohe Kugel" in Götzis (51), "Löwen" in Altach (52) und "Brückenwaage" in Lustenau (53) - wurden sie von Sympathisanten oder Mitgliedern von Arbeiterparteien geführt, zum anderen Teil handelten die Wirte aus kommerziellen Motiven, was natürlich die Gefahr des Entdecktwerdens erhöhte. Von den Gasthäusern wurden die Freiwilligen meist nachts und "auf Nebenwegen", wie die offizielle Formulierung

lautete (54), über die Grenze und zu einer weiteren Anlaufstelle im Schweizer Grenzland gebracht. Von dort ging es dann - wieder illegal - meist in der Umgebung von Basel über die Grenze nach Frankreich; der Übertritt nach Spanien war problemlos.

Wenn die österreichischen oder schweizerischen Behörden einen illegal Reisenden fassen konnten, reagierten sie mit Abschiebung - schweizerdeutsch: Ausschaffung - in die Heimatländer. Allein vom 19. August bis zum 10. Oktober 1937 wurden laut Bericht der Sicherheitsdirektion Vorarlberg an das Bundeskanzleramt vom 16. Oktober 1937 40 Personen wegen Vermittlung des unbefugten Grenzübertritts verhaftet und 93 Spanienfreiwillige (26 Österreicher, 28 Jugoslawen, 19 Polen, 7 Tschechen, 3 Reichsdeutsche, 2 Italiener, 2 Ungarn und 6 angeblich Staatenlose) an der Ausreise gehindert. 50 von ihnen wurden mittels Sondertransport in ihre Heimat überstellt (55).

Da die Behörden der jeweiligen Herkunftsländer oft die Übernahme der Abgeschobenen verweigerten und ihnen den Grenzübertritt nicht gestatteten, half man sich, indem die in Frage kommenden Personen zur Grenze gebracht und dort zu einem unerlaubten Überschreiten der Grenze gezwungen wurden. So wurde der Wiener Karl Bauer, der am 4. Dezember 1936 aus Wien mit dem Zug abgereist war, in Basel verhaftet, von den schweizerischen Behörden zum illegalen Grenzübertritt aufgefordert, in Frankreich wieder inhaftiert und in die Schweiz zurückgestellt. Erst beim zweiten Versuch gelang es ihm, von den französischen Behörden unbemerkt das Grenzgebiet zu verlassen (56). Besonders Staatenlose, die ja unter niemandes Schutz standen, wurden so bis zur Groteske herumgeschoben. Der Staatenlose Anton Pavlitsch war aus der Schweiz ausgewiesen worden; ein Polizist hatte ihm bei Schaanwald eine Möglichkeit gezeigt, unbemerkt nach Österreich zu kommen, wo er aber den österreichischen Behörden in die Hände fiel. Diese fertigten ein Protokoll an und entließen ihn mit folgender Anweisung: "... mit dem nächsten Zug bei Lösung einer Fahrkarte nach Buchs in der Richtung seiner Herkunft zurückzuintradieren. Einvernehmen mit der Bahnpolizei pflegen. Beiliegende Niederschrift wolle bei der schweizerischen Grenzpolizei gleichzeitig übergeben werden..." (57).

Wenn allerdings die Behörden in einem Staatenlosen einen "großen Fisch" vermuteten, konnte er ohne weiteres beliebig lange angehalten werden - kein Staat setzte sich für ihn ein. Isaak Szop, ein staatenloser Interbrigadist (58), wurde am 11. September 1937 in Feldkirch aufgegriffen und von den Behörden mit längerer Haft bedroht. Als einzigen Ausweg sah er die Vortäuschung konfidentieller Mitarbeit; er erklärte sich bereit, Anlaufstellen der Spanienfreiwilligen aufzudecken, wenn man ihn entlasse (59). Mit Hilfe seiner Mitinhaftierten gelang ihm dann die Flucht in die Schweiz (60).

Erst recht verfolgt und unter Strafe gestellt wurden Personen, die Spanienfreiwillige warben, unterstützten oder über die Grenze brachten. In der Schweiz verbot ein Bundesratsbeschluß bereits im August 1936 jede Unterstützung der "Feindseligkeiten in Spanien" (61). In Österreich konnte bloße Sammeltätigkeit für die spanische Republik zwei Jahre schweren Kerker einbringen, wie im Falle des Knittelfelders Thomas Hofer (62). Am 23. Dezember 1937 wurde in Feldkirch der Villacher Johann Schneeberger nach § 92 StG rechtskräftig zu 6 Monaten Kerker verurteilt wegen des "Verbrechens der unbefugten Werbung" (63). Er war in Sankt Gallenkirch beim Versuch des illegalen Grenzübertritts aufgegriffen worden. Auch der Bludenzner Johann Franzoi kam in Untersuchungshaft, weil er sechs Spanienfreiwillige über die Grenze geführt hatte (64). In einem Schreiben der Sicherheitsdirektion für Vorarlberg an die Bezirkshauptmannschaften vom 7. September 1937 (65) wurden Richtlinien "zur einheitlichen Behandlung der in letzter Zeit beanstandeten Personen, die sich mit der Vermittlung des unbefugten Grenzübertritts von Spanienfreiwilligen in die Schweiz befaßt haben" (66), erlassen. Weil es sich dabei um "bekannte Marxisten" und Angehörige illegaler Organisationen handle, sei gegen alle Beteiligten im Sinne des § 12 des Ordnungsschutzgesetzes wegen verbotener Parteibetätigung vorzugehen; die den Freiwilligen abgenommenen Geldbeträge wurden als Parteigelder für verfallen erklärt (67).

Bis zum Herbst 1937 scheint die in Vorarlberg aufgebaute Organisation zur Durchschleusung von Spanienfreiwilligen gut funktioniert und eine erhebliche Zahl von Interbrigadisten über die Grenze gebracht zu haben (68). Im Lauf des Sommers und Herbstes des Jahres 1937 wurde aber von den österreichischen und schweizerischen Behörden wahrscheinlich das ganze Netz vorübergehend aufgerollt. Die Gründe hierfür hat Kurt Greussing in seinem unveröffentlichten Manuskript (69) aufgeführt: Mittels Konfidenten an zentralen Stellen hatten die Behörden Zugang zu wichtigen Informationen erhalten; Österreich und die Schweiz hatten dabei eng zusammengearbeitet. Die Transporte von Freiwilligen mußten auf Dauer vor allem bei den Anlaufstellen auffallen; so kam es zur Aufdeckung beteiligter Gastwirte (70). Der wohl gravierendste Schwachpunkt des Systems war die Mitarbeit bezahlter Verbindungsleute. Sie konnten von den Behörden viel leichter als weltanschaulich zur Sache Stehende mit der Aussicht auf Straffreiheit zu Spitzeltätigkeiten veranlaßt werden.

Bereits im Juni 1937 wurden Übergänge im Rheintal aufgedeckt (71). Sofern dem Bericht der Sicherheitsdirektion geglaubt werden darf, wurden ab Juli 1937 zwei wichtige Verbindungsleute von Konfidenten beobachtet: Franziska Vobr, damals Büroangestellte in Bregenz (72), und die exilierte österreichische Kommunistin Melanie Ernst. Sie dürfte den Aufbau des Durchschleusungsnetzes in Vorarlberg von

Frankreich aus initiiert haben. Da sie in der Schweiz mit falschen Papieren lebte, war ihre Bewegungsfreiheit eingeschränkt. Die gefährliche Organisationsarbeit in Österreich besorgte daher der St. Galler Albert Scheurer. Melanie Ernst wurde am 26. August 1937 über Ersuchen der Vorarlberger Sicherheitsdirektion in der Schweiz verhaftet, allerdings nicht an Österreich ausgeliefert. Nach der Verbüßung ihrer Strafe wurde sie nach Frankreich abgeschoben (73). Nach dem Zusammenbruch Frankreichs im Sommer 1940 floh sie erneut in die Schweiz, wurde aber an die deutschen Behörden ausgeliefert und in das Konzentrationslager Ravensbrück deportiert (74).

Durch die Verhaftungswelle alarmiert, unternahm Albert Scheurer im August 1937 mehrere Reisen nach Vorarlberg, um die Anlaufstellen zu überprüfen. Auf der Bazora bei Frastanz (75) wurde er verhaftet und anschließend mehrere Monate in Feldkirch in Untersuchungshaft gehalten. Im Feldkircher Gefängnis konnte er feststellen, daß der Großteil seiner Vertrauensleute in Vorarlberg mit ihm inhaftiert war (76).

Als Folge der Verhaftungswelle wurden vermehrt Freiwillige angehalten: 93, wie schon erwähnt, im Zeitraum vom 19. August bis zum 10. Oktober 1937 (77) und weitere 27 vom 11. Oktober bis zum 4. November 1937 (78). Wem die Verhaftungsaktion, bei der die Schweiz und Österreich so gute Zusammenarbeit bewiesen hatten, objektiv nützte, beweist hinlänglich ein frohlockender Artikel im Berliner Tageblatt vom 6. November 1937: "Mit einigen Schweizer Kommunisten zusammen hat die Agentin (79) aus Österreich, Polen und der Tschechoslowakei Kanonenfutter nach dem bolschewistischen Teil Spaniens geschmuggelt. Der Fall dieser Frau hat die enge Zusammenarbeit der österreichischen Sicherheitspolizei und der Schweizer Bundesanwaltschaft in Punkto Kommunisten begründet..." (80).

Anscheinend gelang es, die durch die Verhaftungswelle unterbrochenen Verbindungen noch einmal herzustellen. Die österreichischen Kommunisten Josef Foscht und Tilly Spiegel versuchten aus der benachbarten Schweiz, neue Anlaufstellen in Vorarlberg zu finden (81). Eine davon war das Gasthaus "Hohe Kugel" in Götzis, betrieben von Tobias Feuerstein (82). Obwohl im März 1938, nach dem Einmarsch der Nationalsozialisten, sein Gasthaus vorübergehend behördlich geschlossen wurde, setzte Tobias Feuerstein seine gefährlichen Solidaritätsaktionen für Opfer des Faschismus fort. Zusammen mit Edmund Fleisch brachte er Bedrohte, vor allem rassistisch Verfolgte, in die Schweiz (83). Im Jänner 1941 kam er für einige Wochen in Gestapohaft. 1944, als er vor der bevorstehenden neuerlichen Verhaftung fliehen wollte, ertrank er nach Angaben der Gestapo im Rhein (84).

Am 16. bzw. 21. Dezember 1937 wurden Tilly Spiegel und Josef Foscht in St. Margrethen festgenommen (85). Damit dürfte die Vermitt-

lung von Spanienfreiwilligen über die Grenze wohl endgültig zum Erliegen gekommen sein.

Welche Bedeutung die Nationalsozialisten der Verfolgung von Angehörigen der Internationalen Brigaden beimaßen, zeigt ein Erlaß der Gestapo, der bereits am 17. Juni 1938 auf das "ehemalige Bundesgebiet Österreich" ausgedehnt wurde (86). Danach waren alle "Reichsdeutschen, die in Spanien auf Seiten der Roten gekämpft haben und in das Reichsgebiet zurückkehren, ... unverzüglich dem Geheimen Staatspolizeiamt mittels Sammeltransport zu überstellen ..." (87). Österreicher waren dabei ausdrücklich eingeschlossen (88).

VORARLBERGER SPANIENKÄMPFER

In der "Parteitags-Beilage" der "Tageszeitung", des Organs der KPÖ Vorarlbergs, zu ihrem Landesparteitag 1946 (89) ist von 25 Vorarlbergern die Rede, die Mitglieder der Internationalen Brigaden gewesen seien. Acht Personen konnten von mir verifiziert werden. Die Differenz kann aus der schlechten Quellenlage erklärt werden. Es ist auch zu bedenken, daß die Vorarlberger in Spanien einander oft nur zufällig kennenlernten und über verschiedene Einheiten verstreut waren. Daneben gab es noch potentielle Spanienfreiwillige, die bereits in der Schweiz verhaftet und nach Vorarlberg zurückgestellt worden waren (90).

Um das Schicksal wenigstens einiger Vorarlberger Spanienkämpfer im ganzen Umfang und in der ganzen Tragik wiederzugeben, scheint eine biographische Darstellung am ehesten angebracht. Die Quelle der Biographien sind Interviews mit Betroffenen, gestützt durch Dokumente und Photos aus Privatbesitz.

G.E. aus Mäder (91)

Geboren 1913 als Sohn eines Spenglermeisters und Obmannes der sozialdemokratischen Lokalorganisation in Mäder, kommt G. E. sehr früh mit Politik in Berührung; er erlebt schon als Kind die Schikanen, die ein Sozialdemokrat in einem kleinen Dorf über sich ergehen lassen mußte. Bereits als achtjähriges Kind verteilt er sozialdemokratisches Propagandamaterial. 1932 wird er Metzgerlehrling. 1934 wird der Betrieb seines Lehrherrn aufgelöst, es folgen Arbeitslosigkeit und schlecht-bezahlte Jobs, manchmal nur fürs Essen. 1935 ermöglicht G.E. das mütterliche Erbe, auf das er mit der Volljährigkeit Anspruch hat, die Ausreise nach Spanien. Sein älterer Bruder, der in dem kleinen Dorf San Sadurni de Noya als Maler eine Existenz gefunden hat, lädt G.E. und

dessen Bruder L.E. zu sich ein. G.E. arbeitet in einer Fabrik im Ort; beim Putsch der Offiziere melden sich G.E. und L.E. (92) spontan als Mitkämpfer bei den anarchistischen Milizen. Der neueingesetzte kommunistische Bürgermeister des Dorfes weist sie auf die internationalen Einheiten hin, die im nahen Barcelona gerade entstanden. So werden die Brüder Angehörige der Centuria Thälmann, einer mehrheitlich aus Deutschen und Österreichern gebildeten Einheit (93). G.E. lernt den österreichischen Medizinstudenten Pepi Schneeweiß dort kennen (94). Im Oktober 1936 wird G.E. bei Tardiente verwundet. Die Centuria hat hohe Verluste, von 140 Leuten fallen 70 aus. Nach der Ausheilung seiner Verwundung wird G.E. Artillerist im Verband der XIII. Internationalen Brigade (95). Auf der Seite der Republik gibt es während des ganzen Krieges zuwenig Artillerie, die wenigen Einheiten werden dauernd eingesetzt und verschoben.

Nachdem das republikanische Spanien durch die faschistischen Truppen im April 1938 in zwei Teile getrennt worden ist, dient G.E. in einer MG-Abteilung. Nach der offiziellen Auflösung der Internationalen Brigaden übernimmt er als Sargento eine spanische Einheit (96). Anfang 1939 bietet sich kurzfristig die Möglichkeit der Ausreise nach Mexiko (97), der dazu notwendige Übertritt nach Frankreich wird aber von den französischen Behörden verwehrt. Erst am 9. April 1939 darf G.E. französischen Boden betreten, wird aber wie die anderen Interbrigadisten in dem Lager Argelès sur mer interniert. Anfangs besteht das Lager nur aus einer eingezäunten und bewachten Sandfläche am Meer, erst allmählich werden Baracken gebaut. Im Lager herrscht Hunger, ebenso in Gurs, wohin G.E. im April 1939 überstellt wird. Kontakte zur Zivilbevölkerung sind unmöglich; die Internierten dürfen das Lager nur einmal, anlässlich des Nationalfeiertags am 14. Juli 1939, verlassen. Mit dem Abschluß des Nichtangriffspaktes zwischen der Sowjetunion und Deutschland verschlechtert sich die Haltung der französischen Behörden gegenüber den Internierten noch mehr. Zum Zeitpunkt der französischen Kriegserklärung an Hitlerdeutschland werden deutsche und österreichische Emigranten in denselben Lagern wie die Spanienkämpfer interniert (98). Die einzige Möglichkeit, dem Lagerdasein zu entkommen, ist die freiwillige Meldung zur französischen Armee. G.E. und auch andere Interbrigadisten schlagen diesen Weg ein (99). G.E. wird zum Stellungsbau an der französisch-schweizerischen Grenze eingesetzt. Die dort stationierten Truppen werden durch den Vormarsch der deutschen Wehrmacht abgeschnitten, diese erreicht am 16. Juni 1940 die Loire und tags darauf die Grenze zur Schweiz. Für G.E. ist es unmöglich, in die Schweiz zu gelangen (100). Es bleibt nur die Flucht nach Süden. Das Mißtrauen unter der Zivilbevölkerung ist groß, man hält G.E. für einen deutschen Fallschirmspringer und lyncht ihn fast. Er meldet sich ins Lager St. Cyprien zurück. Die Zeit bis zum Einmarsch der deutschen

Truppen ins bisher unbesetzte Vichy-Frankreich verbringt er in verschiedenen Lagern: Albi, St. Sulpice, Rivel. Eine Repatriierung lehnt er ab, obwohl die deutsche Waffenstillstandskommission die miserable Lage der Internierten ausnutzen will und ihnen Straffreiheit in Aussicht stellt.

Aus dem Lager Albi heraus unterhalten Kameraden G.E.s Kontakt zur illegalen Organisation der KPF in Montauban; auch G.E. wird Mitglied der MOI (Main d'Oeuvre Immigrée), der Ausländerorganisation der KPF. Der Einmarsch deutscher Truppen im November 1942 bringt die internierten Deutschen und Österreicher in größte Gefahr. G.E. verläßt heimlich das Lager Albi und taucht bei Bauern unter. Er gibt sich als Elsässer aus, um seinen Akzent erklären zu können. Bis zum Sommer 1943 arbeitet er bei einem Bauern bei Albi, dann nimmt er eine Stelle auf einem Gut bei Villefranche an. Dort lernt er einen Spanier kennen, der Kontakt zur Resistance hat. Von Spezialisten der Resistance (101) erhält G.E. einen Ausweis, lautend auf den elsässischen Namen Charles Wild (102). Noch im Sommer 1943 schließt G.E. sich einer Gruppe vorwiegend spanischer Untergrundkämpfer an. Anfang 1944 umfaßt die Gruppe 800 Mann, auch andere Österreicher sind in ihr organisiert (103). G.E. erhält jetzt einen spanischen Ausweis, lautend auf Antonio Prades Sanchez (104); zum gegebenen Zeitpunkt soll die Aktivität nach Spanien verlegt werden (105). Bis zur endgültigen Befreiung durch die Alliierten im August 1944 sind die Partisanen in Kämpfe gegen die deutschen Besatzungstruppen verwickelt, dann werden sie im Rahmen der FFI (Forces Francaises de l'interieure = Innerfranzösische Streitkräfte) als Sicherheitsbataillon eingesetzt (106). In dieser Zeit tritt G.E. der Österreichischen Freiheitsfront bei, einer inner- und außerhalb Österreichs aktiven Volksfrontorganisation (107). Im Herbst 1945 kehrt er nach Vorarlberg zurück und wird hier Funktionär der KPÖ.

L.E. aus Mäder (108)

Er ist der jüngere Bruder des obengenannten G.E. Auch er stellt sich bei Ausbruch des Kriegs den Arbeitermilizen und später den Internationalen Brigaden zur Verfügung. In Gurs tritt er, wie G.E., freiwillig der französischen Armee bei und wird beim Rückzug vor der deutschen Wehrmacht von seinem Bruder getrennt. Er fällt den Deutschen in die Hände; die Gestapo inhaftiert ihn in Innsbruck. Andere Interbrigadisten, vor allem J.P., decken ihn dort und sagen aus, er hätte bei den Internationalen Brigaden nie eine Waffe in der Hand gehabt, er sei nur Koch gewesen. L.E. kommt frei, kann wieder in Vorarlberg arbeiten, muß sich allerdings regelmäßig bei der Gestapo melden. Zur Wehrmacht einberufen, kommt er am 15. Dezember 1943 um, als im Innsbrucker Bahnhof ein Lazarettzug bombardiert wird.

J.P. aus Lustenau (109)

Seit 1934 als Aktivist der Roten Hilfe in Lustenau tätig, beschließt der Arbeiter J.P. im Frühjahr 1937 aus politischen Gründen, nach Spanien zu gehen. Illegal gelangt er über Basel nach Mulhouse, von dort nach Paris und Albacete. In der dortigen Basis der Internationalen Brigaden wird J.P., wohl weil seine gefährliche Tätigkeit als "Menschenschmuggler" bekannt war, für eine Spezialeinheit ausgesucht. Es handelt sich um das Primero Bataillon de los Guerilleros. J.P. wird zum Offizier (Teniente) befördert. Nach der Zerschneidung des republikanischen Spanien kommt er im Jänner 1939 per Schiff aus dem südlichen Teil nach Barcelona; auch er will nach Mexiko auswandern. Eigenen Aufzeichnungen zufolge überschreitet er die französische Grenze am 8. Februar 1939 und wird in St. Cyprien interniert. Später, in Gurs, weigert er sich, als Fremdenlegionär nach Afrika gebracht zu werden, und beteiligt sich sogar an einer Demonstration im Lager gegen dieses Projekt der französischen Regierung (110). Obwohl J.P. nie seine Bereitschaft zur Repatriierung ausgesprochen hat, wird er zusammen mit anderen Internierten an die Demarkationslinie zwischen dem besetzten und dem unbesetzten Teil Frankreichs gebracht und der deutschen Besatzungsmacht überstellt (111). Während die meisten Interbrigadisten sofort ins Konzentrationslager Dachau gebracht werden, kommt J.P. zur Verfügung der Gestapo ins Polizeigefängnis nach Innsbruck. Er ist zu diesem Zeitpunkt völlig ausgehungert. Mitinhaftierte Geistliche stellen ihm Lebensmittel zur Verfügung. Nach wenigen Monaten wird J.P. ins Konzentrationslager Dachau gebracht und erhält dort die Nummer 27.795. Völlig geschwächt und ausgehungert, übersteht er die erste Zeit nur durch die Hilfe seiner Mithäftlinge (112). Ab 1944 muß er im Außenlager Friedrichshafen Zwangsarbeit für die Rüstungsindustrie verrichten. Das dortige Lager wird oft bombardiert, die Gefangenen dürfen die Luftschutzkeller nicht aufsuchen. Bei einem der Bombenangriffe brennt das Lager aus. J.P. wird nach dem Konzentrationslager Dora, später nach Sachsenhausen verlegt (113). In den letzten Kriegsmonaten, als die Nazis ihre Gefangenen durch Evakuierungsmärsche dem Zugriff der Alliierten zu entziehen suchen, wird J.P. noch nach Ravensbrück gebracht. Auf einem weiteren Evakuierungsmarsch gelingt es ihm dann, den Wachmannschaften zu entkommen. Er schlägt sich nach Vorarlberg durch, wo er im Herbst 1945 ankommt.

Ernst Reiner aus Götzis (114)

Geboren 1901 als Sohn eines Stickers. Die Familie hatte 15 Kinder, von denen acht starben. 1910 übersiedelt die Familie nach Arbon in die

Schweiz, dort stirbt der Vater, die Mutter kehrt mit den Kindern in ihren Geburtsort Götzis zurück. "Da wir mit unserem Vater den eigentlichen Haupternährer verloren hatten, die älteren Geschwister sich verheirateten, so waren wir jüngeren Geschwister gezwungen, frühzeitig in ein Dienst- oder Arbeitsverhältnis einzutreten. So kam ich schon 1914 nach Deuchelried bei Wangen (Schwaben), wo ich bis 1920 in landwirtschaftlichen Diensten stand. Von dort kam ich dann 1920 nach Österreich zurück und arbeitete ab diesem Jahr bis um 1925 herum am Bau des Vorarlberger Spullerseekraftwerkes..." (115). Nachdem Reiner bis 1930 als Landarbeiter in Liechtenstein gearbeitet hat, findet er nach seiner Rückkehr nach Vorarlberg keine Arbeit mehr. "Arbeit gab man mir, wie vielen Tausend anderen, keine. Ich sollte trotzdem einerseits leben, andererseits aber mit dem Gesetz nie in Konflikt kommen. Das fertigzubringen, war mir ebensowenig wie den anderen möglich, die in die gleichen Verhältnisse hineingeraten waren. Von Tag zu Tag geriet ich zusehends in immer größere Not, aus der es keinen Ausweg mehr gab..." (116). Reiner wird Schmuggler, beteiligt sich am Transfer von Spanienkämpfern in die Schweiz. Als ihm Verfolgung und Verurteilung durch die Behörden drohen (117), meldet er sich als Freiwilliger der Internationalen Brigaden. 1939 in Gurs inhaftiert, gelangt auch er unter nicht geklärten Umständen in die Hände der deutschen Behörden. Am 15. März 1941, nach einigen Aufenthalten in Gefängnissen der Gestapo in Frankreich, wird er von der Innsbrucker Gestapo übernommen (118). Bereits in den französischen Gefängnissen war er an einer Kiefereiterung erkrankt, das Leiden verschlimmert sich in Innsbruck. Die Familie erfährt erst von einem entlassenen Häftling, daß Ernst Reiner in Innsbruck inhaftiert ist. Beraten von Johann August Malin, erwirkt sie durch zahlreiche Interventionen eine ärztliche Behandlung des Kranken. Am 21. Mai 1941 (119) wird Ernst Reiner in die Innsbrucker Zahnklinik gebracht, befindet sich aber auch dort noch in der Verfügung der Gestapo. Eine Kieferprothese wird eingesetzt. Erst nach weiteren schmerzhaften Operationen stellt sich heraus, daß Reiner Kieferkrebs hat. Nach einer erfolglosen Radiumbehandlung (120) stirbt er am 23. August 1942 (121).

Franz Jäger aus Bludenz (122)

Geboren 1899, im Ersten Weltkrieg schwer verletzt, kommt Jäger als Eisenbahner 1921 nach Bludenz; bereits in den Zwanzigerjahren ist er Kommunist. Im August 1936 verläßt er Österreich wegen drohender politischer Verfolgung (123). Er meldet sich bei den Internationalen Brigaden, wo er aufgrund seiner militärischen Qualifikation einen hohen Rang bekleidet. Wie die Brüder E. wird Jäger nach seiner Internierung

in Gurs Freiwilliger in der französischen Armee. Noch im Juni 1940 fällt er in den Wirren des französischen Zusammenbruchs in Straßburg in die Hände der Gestapo und wird nach Dachau gebracht. Dort ist Jäger Spezialarbeiter (124). Selbst im Konzentrationslager nimmt er das Risiko auf sich, Auslandssender zu hören und den Mithäftlingen Nachrichten zukommen zu lassen (125). Auf Intervention seines Sohnes kommt er 1944 frei, wird aber Anfang 1945 noch einmal inhaftiert, weil er sich in der Bludenz Remise abfällig über den Nationalsozialismus äußert und denunziert wird. Zu der beabsichtigten Deportation ins Konzentrationslager Flossenbürg kommt es wegen des Kriegsendes nicht mehr. 1945 ist er einige Monate Stadtrat in Bludenz, zieht sich dann aber zurück.

ZUSAMMENFASSUNG

Seit der Machtübernahme durch den Nationalsozialismus in Deutschland und besonders seit auch in Österreich die Organisation der Arbeiterbewegung gewaltsam zerschlagen worden war, befand sich Vorarlberg in einer exponierten Lage. Es bildete nämlich fast die einzige Verbindung zwischen Österreich, dem Asylland Tschechoslowakei und anderen mittel- und osteuropäischen Ländern einerseits und den westlichen Demokratien andererseits, die von der Arbeiterbewegung als Operationsbasis gegen den Faschismus benutzt werden konnte. Diese Situation bestand bis zum März 1938 und in stark reduziertem Ausmaß noch darüber hinaus.

Es ist ein Verdienst der Arbeiterbewegung Vorarlbergs, bedrohten Funktionären der Arbeiterparteien, Verfolgten und ihren Angehörigen die Flucht in die Schweiz und nach Frankreich ermöglicht oder doch erleichtert zu haben. Hierfür wurde unter der Beteiligung internationaler Organisationen, wie der überparteilichen Internationalen Arbeiter-Hilfe und der kommunistischen Roten Hilfe, ein konspiratives Transportsystem geschaffen. Bis zu seiner vorübergehenden Zerschlagung im Herbst 1937 diente es vor allem Freiwilligen der Internationalen Brigaden. Nach 1937 wurde es teilweise wieder aufgebaut.

Die Arbeiterbewegung Vorarlbergs (und die anderer Länder) hat so der Begünstigung des spanischen und internationalen Faschismus durch die österreichische und auch die schweizerische Regierung einen Akt antifaschistischer Solidarität entgegengestellt, der bisher noch wenig gewürdigt wurde. Vorarlberger Arbeiter haben selbst als Mitglieder der Internationalen Brigaden am Kampf für die Demokratie in Spanien teilgenommen. In jedem Fall waren die Motive dafür primär politischer Natur; alle Vorarlberger Spanienkämpfer waren (in unterschiedlichem

Ausmaß) bereits in Vorarlberg politisch tätig gewesen, einige für das beschriebene Transportsystem.

1939, im Jahr der Niederlage der spanischen Republik, wurden die Reste der Internationalen Brigaden in Frankreich interniert. Nur für wenige Spanienkämpfer bestand die Möglichkeit, in Frankreich unterzutau-chen oder aktiv an der französischen Resistance teilzunehmen. Die meisten Internierten wurden in nationalsozialistische Konzentrationslager oder Gefängnisse gebracht und dort bis 1945 festgehalten. Dieses Schicksal teilten (außer G.E.) alle von mir erfaßten Spanienkämpfer aus Vorarlberg.

BILDTEIL



Abb. 1



Abb. 2

Abb. 1 Die Brüder E. 1935 in San Sadurni de Noya.

Abb. 2 G.E., Telefonist in einer Artilleriestellung der Internationalen Brigaden.



Abb. 3



Abb. 4

- Abb. 3 Verwundete Angehörige der Centuria Thälmann, Barcelona 1936. Ganz rechts, wegen der Beschädigung des Photos kaum erkennbar, der Vorarlberger Spanienkämpfer G.E.
- Abb. 4 Ehemalige Angehörige der Centuria Thälmann im Internierungslager Gurs in Frankreich, 1939. Vorderste Reihe ganz rechts G.E., hinterste Reihe zweiter von links L.E.



Abb. 5



Abb. 6

- Abb. 5 Interbrigadisten, in der Mitte der Vorarlberger G.E.
Abb. 6 Französische Bauernfamilie, Albi, 1943. Rechts stehend
G.E., der bei dieser Familie nach seiner Flucht aus dem
Lager Aufnahme fand.



Abb. 7



Abb. 8

Abb. 7 Gruppe ehemaliger Interbrigadisten in Gurs. Vorne links G.E., hinter ihm L.E.

Abb. 8 Wie Abb. 6. G. rechts stehend.

Empreinte digitale

CARTE D'IDENTITÉ

Nom Wild
 Prénoms Charles
 Profession agriculteur
 Nationalité Française
 Né le 5 Janvier 1914
 à Forbach (Moselle)
 Domicile Rue de la gare (Perpignan)

SIGNALEMENT

Taille 1m65 Cheveux blonds
 Bosche moyenne Yeux bleus
 Visage ronde Teint clair
 Signes particuliers aucun


 Signature titulaire

Etabli à **PERPIGNAN**
 Le **12 MAI 1943** 194
 Le Maire ou le Chef de bureau
R. Vallée
 Enregistré sous le n° **1032**

2 FRANCS

15 FRANCS

CHANGEMENTS SUCCESSIFS DE DOMICILE

Cachet officiel	Cachet officiel
-----------------	-----------------

Imprimé en France
 Modifié 1/4/43

Abb. 9 Gefälschter Identitätsausweis des Vorarlbergers G.E., hergestellt von Spezialisten im Maquis. Der elsässische Name Charles Wild wurde verwendet, um den Akzent in der Aussprache des Französischen plausibel zu machen.

<p>ARTICULO UNICO</p> <p>El guerrillero al ingresar en la Unidad se compromete a luchar por la Reconquista de España y a acatar la disciplina de sus Mandos superiores sin reparos a todos los sacrificios que la lucha aporte. Los Guerrilleros Españoles son el brazo ejecutor de la Junta Suprema de Union Nacional Española cuya única tarea es la RECONQUISTA DE ESPAÑA.</p> 	<p>AGRUPACION DE GUERRILLEROS ESPAÑOLES</p> <p>11.ª BRIGADA</p> <p>UNE</p> <p>F. F. I.</p> 
 <p>FIRMA</p> <p><i>Antonio Prades Sanchez</i></p> <p><i>1944</i></p> <p><i>S. Brianda</i></p>	<p>Nombre y apellidos <i>Antonio Prades Sanchez</i></p> <p>Fecha y lugar de nacimiento <i>14 7 1915</i> <i>Graulier (Barona)</i></p> <p>Refugiado o emigración económica <i>Refugiado</i></p> <p>Fecha de ingreso en guerrilleros <i>7 1944</i></p> <p>Estado <i>soltero</i></p> <p>Categoría <i>combatiente</i></p>

Abb. 10 Ausweis der FFI, der Innerfranzösischen Streitkräfte, lautend auf Antonio Prades Sanchez. Hinter diesem Pseudonym verbirgt sich G.E.

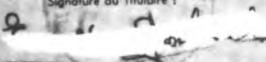
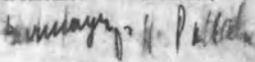
<p>En fondant le FRONT NATIONAL AUTRICHIEN nous avons juré de ne ménager ni peines, ni sacrifices, et de travailler corps et âme à l'union de tous les patriotes autrichiens dans le combat pour une Autriche libre et indépendante.</p> <p>L'AUTRICHE AUX AUTRICHIENS !</p> <p>Extrait de l'appel au peuple d'Autriche par le F. N. A., à sa fondation en Octobre 1942.</p>	<p style="text-align: center;">  CARTE D'ADHÉRENT OESTERREICHISCHE FREIHEITSFRONT FRONT NATIONAL AUTRICHIEN FONDÉ EN AUTRICHE EN 1942 </p> <p style="text-align: center;"> Pour une Autriche Libre, indépendante, Démocratique </p> <p style="text-align: center;">SIÈGE CENTRAL PARIS</p>
<p>Carte délivrée par le siège de <i>Toulouse</i></p> <p>le <i>26.5.</i> 19 <i>45</i></p> <div style="border: 1px solid black; width: 150px; height: 100px; margin: 10px auto;"></div> <p>Signature du Titulaire : </p>	<p style="text-align: right;">No <i>734</i></p> <p>Nom et Prénom _____</p> <p>Né à <i>Walden (Vorderberg)</i></p> <p>le <i>5.9.1913</i></p> <p>Adresse <i>Austrisque Thalles, par Francaz, Orsiège</i></p> <p>Fait partie du F. N. A. depuis le <i>Novembre 1944</i></p> <p>Le Secrétaire : _____ Le Président, </p>

Abb. 11 Mitgliedsausweis der Österreichischen Freiheitsfront, ausgestellt für G.E. am 26. Mai 1945.

XVI Region Militaire.
Subdivision de Carassonne.
F.F.I.
3^o esen. Bataillon Sécurité.
E.M.

MIGUEL TOMAS, Comandante Jefe del 3^o esen. Bataillon de Seguridad (F.F.I.) y Comandante de la 27 Division del Ejercito Republicano Español.

CERTIFICIO: Que el subdito Austriaco ANTONIO PRADES, se incorporo en la guerra de España en el mes de Agosto de 1936, ingresando en la Centuria Thelmann, paso despues al 2^o Grupo de Artilleria Suda Internacional, mas tarde en el Bataillon Especial de Ametralladores del XV Cuerpo, haciendo toda la campaña, hasta que ante el numero de material puesto en linea por el enemigo, que le era facilitado por los Estados fascistas de Alemania e Italia, tuvimos que retirarnos pasando a Francia.

El interesado paso la frontera el dia 9 de Febrero de 1939, pasando por los campos de concentracion de Argelles Gurs, en la 256 Compañia de Trabajadores Extranjeros, y mas tarde evadiendose se incorpora al "maschia" el año 1943, permaneciendo en este, combatiendo al ejercito invasor nazista, hasta el 1^o de Septiembre de 1944 que ingresa en la 7^o Brigada de Guerrilleros Españoles, 204 Division, que mas tarde pasa a ser 153 Brigada y ultimamente Bataillon de Seguridad (F.F.I.) base n^o 4 hasta el 31 de Marzo de 1945, que queda disuelto por disposicion del Gobierno Francés.

Pasa con los españoles a trabajar en el chantier de Paraves par Bressac (Ariège) y despues al de Ginola (Aude).

Yo extiendo este documento con el agrado intimo de ser para un luchador que en todo momento ha estado en su puesto de honor, como antifascista y del cual, como de tantos otros guardaremos el recuerdo de haber luchado y sufrido juntos por un ideal comun.

Ginola (Aude) 11 de Agosto de 1945

- Abb. 12 Dokument G.E.s. Übersetzung: "MIGUEL THOMAS, Chefkommandant des 3. Sicherheitsbataillons (F.F.I.) und Kommandant der 27. Division der Spanisch-Republikanischen Armee. Ich bestätige, daß nachstehend genannter Antonio Prades (österreichischer Nationalität) am spanischen Bürgerkrieg teilgenommen hat. Im August 1936 trat er in die Centuria Thälmann ein, übersiedelte später in die internationale Artilleriegruppe Scoda und von dort in das Maschinengewehrbataillon des XV. Armeekorps. Genannter hat am Bürgerkrieg teilgenommen, bis die republikanische Armee vor der materiellen Überlegenheit der faschistischen Armeen sich nach Frankreich zurückziehen mußte. Der Inhaber dieses Schreibens hat die französische Grenze am 9. Februar 1939 überschritten und war in den Konzentrationslagern Argèles, Gurs, in der 256. Arbeitskompanie der Ausländer, flüchtete später und reihte sich 1943 in den 'Maquis' ein, wo er bis September 1944 verblieb, als er zu den spanischen Partisaneneinheiten überging. ... Durch Verfügung der französischen Regierung wurde das Bataillon am 31. März 1945 aufgelöst. ... Ich stelle ihm dieses Dokument aus mit der tiefsten Befriedigung, denn er war ein antifaschistischer Kämpfer, der zu jeder Zeit auf seinem ehrenvollen Posten gestanden und zusammen mit uns für ein gemeinsames Ideal gekämpft und gelitten hat. Gincla (Aude), 11. August 1945".



Abb. 13



Abb. 14



Abb. 15

- Abb. 13 Ernst Reiner aus Götzis als Internierter in Gurs.
 Abb. 14 Ernst Reiner vor dem Haus seiner Familie in Götzis. Er durfte diese von der Innsbrucker Klinik aus 1942 einmal besuchen.
 Abb. 15 Ernst Reiner kurz vor seinem Tod, nach der Radiumbestrahlung, in der Innsbrucker Klinik.



4 Monate

**stand ich an der Front „Madrid-Teruel“;
wurde verwundet und konnte dann mit
Hilfe des österr. Konsulates flüchten.**

Abb. 16 Der Hohenemser Alfred Jäger auf einem von ihm verfaßten Flugblatt. Er hatte Spanien bereits 1937 verlassen und sich wieder in Hohenems niedergelassen. Links und rechts von Alfred Jäger zwei österreichische Interbrigadisten. Der Text des Flugblattes legt nahe, daß es zur Agitation gegen die spanische Republik verwendet werden sollte.

Amt
der Vorarlberger Landesregierung

Bregenz, am 24. März 1948.

Zahl: IVa - 168/72

An Herrn

In Antwortschriften obige Zahl
und Abteilungszeichen anführen

Betr.: , Lustenau;
Anspruchsberechtigung
nach dem OPG./1947.

in Lustenau

Gemäss Abschnitt I, Abs.9 des Durchführungserlasses zum Opferfürsorgegesetz 1947 muss in Ihrem Falle "zumindestens der Nachweis einer polit.Tätigkeit in Österreich zu Gunsten der Demokratie oder Unabhängigkeit Österreichs vor dem Ein-satz in Spanien aufzuweisen. Eine blosser Emigration nach Spanien ohne vorherige aktive Teilnahme einer politischen Bewegung in Österreich für die Erhaltung der Unabhängigkeit und Frei-heit Österreichs oder für die Sicherung oder Wiedererlangung der Demokratie in Österreich erscheint nicht ausreichend. Dieser Nachweis wird dann als zweifellos erbracht zu gelten haben, wenn bezügliche Schriftstücke aus dieser Zeit vorgelegt werden können. Es kann sich hierbei um Mitgliedsausweise einer politischen Partei aus dieser Zeit oder um allfällige gerichtl. oder polit.Bestätigungen, Zeitungsausschnitte oder dergl. handeln. Bestätigungen einer polit.Partei aus der Zeit nach dem Umbruch 1945 über eine polit.Zugehörigkeit oder Betätigung des Anspruchs-werbers vor seiner Emigra-^{tion} nach Spanien können nur dann in Rücksicht gezogen werden, wenn auch durch andere Nachweise, die Annahme gerechtfertigt erscheint, dass es sich bei der Ausstellung solcher Bescheinigungen nicht um Gefälligkeitsbescheinigungen handelt."

Seitens der Bezirkshauptmannschaft Feldkirch und des Markt-gemeindeamtes Lustenau wurde wiederholt versucht, diesbezügliche Angaben Ihrerseits zu Protokoll zu nehmen. Es ist unerklärlich, weshalb Sie diesen Aufforderungen keine Folge geleistet haben, denn angesichts der im ersten Absatz geschilderten Rechtslage könnte auf Grund der bisher vorliegenden Unterlagen Ihrem Antrag auf Ausstellung einer Bescheinigung nicht entsprochen werden. Sie werden daher letztmalig aufgefordert, bis längstens 10.4.1948 sicher schriftlich bekanntzugeben, ob, bzw. in welcher Weise Sie sich vor Ihrer Teilnahme an spanischen Bürgerkrieg auf der Seite des republikanischen Spaniens im obgenannten Sinne betätigt haben, sowie welche Beweismittel Sie hierfür geltend machen können.

Für den Landeshauptmann:
Im Auftrage:

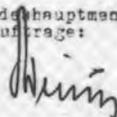


Abb. 17 Schreiben des Amtes der Vorarlberger Landesregierung an einen Vorarlberger Spanienkämpfer.

ANMERKUNGEN

- 1) Pierre Broué und Emile Témime: Revolution und Krieg in Spanien. Geschichte des spanischen Bürgerkrieges. Frankfurt am Main 1975 (Paris 1961), S.51.
- 2) Ebd., S.76.
- 3) Ebd., S.49.
- 4) Zum Anarchismus in Spanien siehe John Berger: Glanz und Elend des Malers Pablo Picasso. Reinbek 1973.
- 5) Broué/Témime (Anm. 1), S.398.
- 6) Ebd., S.427.
- 7) Ebd., S.429. Dies bei einer Truppenstärke Molas und Francos von zusammen 250 000!
- 8) Ebd., S.394.
- 9) Ebd., S.468.
- 10) Franz West: Die Linke im Ständestaat Österreich. Revolutionäre Sozialisten und Kommunisten 1934-1938. Wien 1978, S.169.
- 11) Broué/Témime (Anm. 1), S. 628. Österreich befand sich in einer bezeichnend zusammengesetzten Gruppe: außer den genannten Staaten hatten bis Jänner 1938 Portugal, Guatemala, San Salvador, Nicaragua, der Vatikan und der japanische Vasallenstaat Mandschukuo die spanischen Faschisten diplomatisch anerkannt. Liechtenstein wollte bereits im Herbst 1937 Franco anerkennen, unterließ es aber, weil die Schweiz nicht mitzog; siehe Edgar Bonjour: Geschichte der schweizerischen Neutralität. Band III, Basel 1967, S.217.
- 12) Siehe: Die Völker an der Seite der spanischen Republik 1936-1939. Hg. Akademie der Wissenschaften der UdSSR, Moskau 1975. Darin ein Beitrag über Österreich, verfaßt von Max Stern, S.246-265, hier S.247.
- 13) Ebd., S.248.
- 14) Karl Heinz Jahnke: Jungkommunisten im Widerstandskampf gegen den Hitlerfaschismus. Berlin 1977, S.231. So wurden z.B. bei Krupp in Essen 58 Arbeiter verhaftet, weil sie für die spanische Republik gesammelt hatten. Daß die Unterstützung für die spanische Republik weit über den kommunistischen Teil der Arbeiterbewegung hinausging, beweisen zahlreiche Berichte in: Deutschlandberichte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands 1934-1940. Neu herausgegeben von Klaus Behnken. Frankfurt am Main 1980.
- 15) "Ich habe mich für das Bataillon Edgar André anwerben lassen, weil ich ein deutscher Antifaschist bin und weiß, daß ich hier den Kampf, den ich in meinem Land gegen Hitler begonnen habe, weiterführen werde..." Interview mit einem deutschen Spanienfreiwilligen, in: Dokumente des nationalen Befreiungskampfes des spanischen Volkes und der internationalen Solidarität. O.O., o.J., S.18.
- 16) Broué/Témime (Anm. 1), S.481.
- 17) Ebd., S.481.
- 18) Bericht des österreichischen Spanienkämpfers Karl Bauer, maschinenschriftliches Manuskript, März 1978, ebenso wie weitere Berichte

im Besitz der "Vereinigung österreichischer Freiwilliger in der spanischen Republik 1936-1939 und der Freunde des demokratischen Spanien". Ihr Sekretär Rudolf Schober hat sie mir zur Verfügung gestellt.

- 19) Broué/Témime (Anm. 1), S.479. Die Internationalen Brigaden wurden am 22.10.1936 gegründet, doch befanden sich schon vorher Freiwillige in Spanien.
- 20) Helmut Zschokke: Die Schweiz und der Spanische Bürgerkrieg, Zürich 1976.
- 21) Außer dem schon erwähnten Bericht Max Sterns (Anm. 12) sind dies: Karl R. Stadler: Opfer verlorener Zeiten. Geschichte der Schutzbund-Emigration 1934. Wien 1974; Rolf Reventlow: Spanien in diesem Jahrhundert - Bürgerkrieg, Vorgeschichte und Auswirkungen. Wien 1968; Alois Müller: Der Anteil der Österreicher am Freiheitskampf des spanischen Volkes. In: Weg und Ziel 1946, S.409-412; West (Anm. 10).
- 22) Müller (Anm. 21), S.412.
- 23) Stadler (Anm. 21), S.261.
- 24) West (Anm. 10), S.169.
- 25) Stadler (Anm. 21), S.261.
- 26) Schriftliche Auskunft von Rudolf Schober (Anm. 18) vom 21.1.81 an den Verf.
- 27) Stadler (Anm. 21) behandelt ausführlich das Schicksal dieser Schutzbündler.
- 28) Vgl. Stadler (Anm. 21), S.264.
- 29) Stern (Anm. 12), S.249.
- 30) Josef Hindels: Österreichische Gewerkschaften im Widerstand 1933-1945. Wien 1976, S.287.
- 31) Ilona Duczynska: Der demokratische Bolschewik. Zur Theorie und Praxis der Gewalt. München 1975, S.284; Berichte österreichischer Spanienkämpfer (Anm. 18) bestätigen das ebenso wie für Tirol Gerhard Oberkofler: Die Tiroler Arbeiterbewegung. Von den Anfängen bis zum 2. Weltkrieg. Wien 1979, S.257f.
- 32) Beispielhaft in der bekannten Erzählung von E.E. Kisch: Die drei Kühe, in: Adelante! Pasaremos! Erzählungen, Reportagen und Dokumente aus dem Spanischen Bürgerkrieg. Köln 1976, S.161-173 (= Nachdruck aus: Das Wort, April 1938). Ein Tiroler Bauer verkauft seine drei Kühe, um die Fahrt nach Spanien finanzieren zu können.
- 33) Alois Müller (Anm. 21), S.412.
- 34) Tilly Spiegel: Österreicher in der belgischen und französischen Resistance. Wien 1969. Näheres auch in den Biographien Vorarlberger Interbrigadisten in dieser Arbeit.
- 35) Stern (Anm. 12), S. 261.
- 36) Stadler (Anm. 21), S. 271 und Stern (Anm. 12), S.261f.
- 37) Stern (Anm. 12), S. 261.
- 38) Willibald Ingo Holzer: Die österreichischen Bataillone im Verbands der NOVBI POJ. Die Kampfgruppe Avantgarde/Steiermark. Die Partisanengruppe Leoben-Donawitz. Die Kommunistische Partei

- Österreichs im militanten politischen Widerstand. (Dissertation) Wien 1971.
- 39) In der Schweiz fanden mehrere Prozesse gegen Personen statt, die Solidaritätsveranstaltungen für die spanische Republik organisiert hatten; siehe Zschokke (Anm. 20), S.59-84.
 - 40) Zur Geschichte der Roten Hilfe siehe Martin Wagner (Hg.): Im Namen des Volkes! Rote Hilfe gegen Polizeiterror und Klassenjustiz. Berlin 1976.
 - 41) Lilli Beer-Jergitsch: Gespräch mit Frau Leopoldine Münchreiter, Jänner 1970. In: Zeitgeschichte 8, Mai 1980, S.277-287, hier S.284, und Interview J.P., Lustenau, 10.3.1981.
 - 42) VLA, BH Bregenz III-3020/1936, 31.12.1936.
 - 43) Broué/Témime (Anm. 1), S.478.
 - 44) Ebd., S.478.
 - 45) Ebd., S.479.
 - 46) Interview Albert Scheurer, St. Gallen, 21.5.1981; siehe auch weiter unten.
 - 47) Interviews Albert Scheurer, St. Gallen, 21.5.1981; Sepp Bleisch, St. Gallen, 1.7.1981; Theo Pinkus, Salecina, 13.8.1981. Zum Anteil der KPD siehe Hans Teubner: Exilland Schweiz. Dokumentarischer Bericht über den Kampf emigrierter deutscher Kommunisten 1933-1945. Frankfurt/Main 1975.
 - 48) Die Freiwilligen erhielten eine Pariser Adresse, von der aus sie dann weitervermittelt wurden. Eine solche wurde z.B. bei dem Vorarlberger Kommunisten Albert Kainz gefunden ("Rue Montholon Metro Italien Cadet Restauration"); vgl. Bericht des Sicherheitsdirektors für Vorarlberg an das BKA, 23.11.1937 - DÖW 15.261.
 - 49) Bericht der Kriminalbeamtenabteilung Feldkirch an BH Feldkirch, VLA, BH Feldkirch III-220/1937, 4.10.1937. Die Einsicht in die Akten des VLA wurde mir größtenteils verwehrt. Ich zitiere sie daher hier und im folgenden nach einem unveröffentlichten Manuskript, das mir Kurt Greussing für die vorliegende Arbeit zur Verfügung gestellt hat. Er konnte noch 1976 dieselben Akten, deren Benützung mir 1981 nicht gestattet wurde, exzerpieren.
 - 50) Bericht des österreichischen Spanienkämpfers Viktor Necas, Wien, 24.2.1977 (Anm. 18).
 - 51) Interviews Syneida Feurstein und Irma Klien, Götzis, 20.2.1981.
 - 52) VLA, BH Feldkirch III-2281/1937 (Anm. 49).
 - 53) Interview Josef und Alma Mayer, Bregenz, 7.4.1981.
 - 54) Niederschrift der Einvernahme Isaak Szops am 14.9.1937, VLA, BH Bregenz III-449/1937.
 - 55) Bericht des Sicherheitsdirektors für Vorarlberg an das Bundeskanzleramt, Generaldirektion für die öffentliche Sicherheit, 16.10.1937, VLA, ohne Registraturzeichen, Zl. 1003/71-SD (Anm. 49).
 - 56) Vgl. Anm. 18.
 - 57) Kopie der Niederschrift der Einvernahme Anton Pavlitschs am 12.1.1938, VLA, BH Feldkirch III-108/1938.
 - 58) Anm. 54 und Interview seines Mithäftlings Albert Scheurer, St. Gallen, 21.5.1981.

- 59) Anm. 54. Die Niederschrift ist ein typisches Beispiel für die Unzuverlässigkeit von unter Druck entstandenen Polizeiprotokollen.
- 60) Interview Albert Scheurer, St. Gallen, 21.5.1981. Es ist belegt, daß er tatsächlich in die Schweiz entkommen konnte. Sein weiteres Schicksal ist trotz der Nachforschungen, die Albert Scheurer in mehreren osteuropäischen Ländern nach ihm angestellt hat, nicht bekannt.
- 61) Zschokke (Anm. 20), S.21.
- 62) Stern (Anm. 12), S.249.
- 63) DÖW 15.527.
- 64) Interview Rosemarie Gabriel, Bregenz, 10.4.1981.
- 65) Der Sicherheitsdirektor für das Land Vorarlberg an die 3 Bezirkshauptmannschaften, Zl. 1003/30-SD, 7. Sept. 1937, VLA, BH Bregenz III-449/1937.
- 66) Ebd.
- 67) Ebd.
- 68) Genaue Zahlen sind sehr schwer festzustellen. 800 Polen, 500 Rumänen, 1300 Tschechen und in der Tschechoslowakei lebende Emigranten und 2 000 Österreicher kämpften in den Reihen der Internationalen Brigaden; siehe Internationales Autorenkollektiv (Anm. 12), S.272, 299 und 350. Es spricht alles dafür, daß der Großteil von ihnen durch Vorarlberg gekommen sein muß.
- 69) Anm. 49.
- 70) So im Falle des Gasthauses Löwen in Altach; VLA, BH Feldkirch III-2281-84/1937. Nachdem 4 Polen in Götzis nach seiner Adresse gefragt hatten, wurde der Wirt, der als kommunistischer Sympathisant galt, am 20.8.1937 inhaftiert; VLA, BH Feldkirch III-2281/1937 (Anm.49).
- 71) Bericht der Sicherheitsdirektion für Vorarlberg an das Bundeskanzleramt, Generaldirektion für die öffentliche Sicherheit, vom 31.8.1937, Zl.819/15 SD, VLA, ohne Registraturzeichen (Anm. 49).
- 72) Ebenda sowie Interview Franziska Vobr, Berlin, 16.4.1981, und Albert Scheurer, St. Gallen, 21.5.1981.
- 73) Bericht an den Sicherheitsdirektor für Vorarlberg vom 19.1.1938, VLA, BH Bregenz III-3148/1938 (Anm. 49).
- 74) Spiegel (Anm. 34), S.14f. Zur verhängnisvollen Flüchtlingspolitik der Schweiz im Krieg vgl. auch Carl Ludwig: Die Flüchtlingspolitik der Schweiz in den Jahren 1933 bis 1955. Bericht an den Bundesrat zuhänden der eidgenössischen Räte. Bern 1966; Alfred A. Häsler; Das Boot ist voll - Die Schweiz und die Flüchtlinge 1933-1945. Zürich 1967; Teubner (Anm. 47).
- 75) Interview Albert Scheurer, St. Gallen, 21.5.1981. Kurz zuvor war der Wirt des Gasthauses Bazora, der gegen Bezahlung angeworben worden war, verhaftet worden. Bericht der VlbG. Sicherheitsdirektion an das Bundeskanzleramt, Generaldirektion für die öffentliche Sicherheit, 31.8.1937 (Anm. 71).
- 76) Interview Albert Scheurer, St. Gallen, 21.5.1981.
- 77) Bericht der Sicherheitsdirektion für Vorarlberg an das Bundeskanzleramt, Generaldirektion für die öffentliche Sicherheit, 16.10.1937 (Anm. 55).

- 78) Bericht der Kriminalbeamtenabteilung Feldkirch an die BH Feldkirch, 4.10.1937 (Anm. 49).
- 79) Gemeint ist Melanie Ernst.
- 80) Berliner Tageblatt Nr. 524/525, 6.1.1937. Dem Artikel liegt eine Meldung des NDB (= Deutsches Nachrichtenbureau) Basel zugrunde (Anm. 49).
- 81) Bericht an den Sicherheitsdirektor von Vorarlberg, 19.1.1938 (Anm. 73).
- 82) Ebenda und Interviews Syneida Feurstein, Irma Klien, Götzis, 20.2.1981.
- 83) Interviews Syneida Feurstein, Irma Klien, Götzis, 20.2.1981, und Edmund Fleisch, Altach, 25.2.1981.
- 84) Ebenda. Alle drei Informanten zweifeln die Darstellung der Gestapo an.
- 85) Bericht an den Sicherheitsdirektor von Vorarlberg, 19.1.1938 (Anm. 73).
- 86) Staatspolizeistelle Innsbruck an alle BH in Vorarlberg und Tirol, VLA, BH Bregenz III-920/1938, 19.7.1938.
- 87) Ebd.
- 88) Ebd.
- 89) Nachlaß Johann August Thalman, noch ohne Nummer im DÖW.
- 90) So wurde der Hohenemser G. St. bereits in Zürich verhaftet und nach Österreich abgeschoben, als er versuchte, nach Spanien zu gelangen; Interview G. St., Höchst, 15.3.1981.
- 91) Wenn im folgenden nicht anders vermerkt, stützen sich alle Angaben auf eine Reihe von Interviews mit G.E., die von Dezember 1980 bis Mai 1981 durchgeführt wurden. Im folgenden habe ich das Prinzip verfolgt, noch Lebende nur mit Initialen anzuführen.
- 92) Zu L.E. siehe weiter unten.
- 93) Die Centuria Thalman bestand schon vor der Gründung der Internationalen Brigaden. Vgl. Abb. 3. Miguel Thomas (Abb. 12) gibt den August 1936 als Zeitpunkt des Eintritts von G.E. in die Centuria Thalman an.
- 94) Über ihn Stadler (Anm. 21), S. 273.
- 95) Vgl. Carnet militar (Soldbuch) der Internationalen Brigaden, im Besitz von G.E.
- 96) Ebd. G.E. war im April 1938 zum Sargento befördert worden.
- 97) Die vorbehaltlose Bereitschaft Mexikos zur Aufnahme von Flüchtlingen aus dem republikanischen Spanien und auch von Interbrigadisten wird von Broué/Témime (Anm. 1), S. 679, besonders hervorgehoben.
- 98) Spiegel (Anm. 34), S.14ff.
- 99) Stadler (Anm. 21), S. 271ff., spricht davon, daß die illegale kommunistische Organisation der Internierungslager jede Zusammenarbeit mit den französischen Behörden abgelehnt habe. G.E. wurde, obwohl kommunistischer Sympathisant, bei seinem Eintritt in die französische Armee von der illegalen Lagerorganisation nicht behindert. Auch der organisierte Kommunist Franz Jäger (siehe weiter unten) trat der französischen Armee bei.

- 100) In jenen Tagen wurde das schweizerische Grenzpersonal instruiert, Personen, "die die Grenze heimlich überschritten hatten, unverzüglich wieder auszuschaffen"; siehe Ludwig (Anm. 74), S. 183.
- 101) Spiegel (Anm. 34), S. 36, weist auf die Gruppe der "Künstler" in der Resistance hin. Von Beruf meist Maler oder Graphiker, befaßten sie sich mit der Anfertigung von Ausweisdokumenten.
- 102) vgl. Abb. 9.
- 103) So Franz Junghofer, später Polizist in Wien.
- 104) Vgl. Abb. 10.
- 105) Diesbezügliche Versuche blieben in den Anfängen stecken.
- 106) Vgl. dazu das Dokument auf Abb. 12.
- 107) Vgl. Ausweis der ÖFF, Abb. 11. Die ÖFF wurde 1942 in Österreich gegründet; siehe Holzer (Anm. 38), S.134ff. Die Gruppen der illegalen österreichischen Widerstandskämpfer in Belgien und Frankreich konstituierten sich als im Ausland wirkender Teil der ÖFF. Im Spätsommer 1944 wurde ein Aktionsprogramm für die spätere Arbeit in Österreich formuliert; siehe Spiegel (Anm. 34), S.55.
- 108) Auch das Folgende nach Interviews mit G.E.
- 109) Der folgende Abschnitt beruht, wenn nicht anders angegeben, auf Interviews mit J.P.
- 110) Auch Stern (Anm. 12), S.261, erwähnt den Widerstand gegen das Afrikaprojekt der französischen Regierung und die Eingliederung in die Fremdenlegion. "Zwei Kompanien garde mobile stürmten die Baracken, ... die Österreicher leisteten Widerstand und verloren wenige Gefangene..."
- 111) In der Literatur wird die Frage, ob die in Vichy-Frankreich Internierten freiwillig oder gezwungen in deutsche Hände fielen, sehr unterschiedlich beantwortet. Franz Goldner: Die österreichische Emigration 1938 bis 1945. Wien 1977 (2.Aufl.), S.61, führt an, daß das Waffenstillstandsabkommen vom Juni 1940 Vichy die Verpflichtung auferlegte, von Deutschland angeforderte Flüchtlinge auszuliefern.
- 112) Die Solidarität ehemaliger Spanienkämpfer wird von Hermann Langbein: ... Nicht wie die Schafe zur Schlachtbank. Widerstand in den nationalsozialistischen Konzentrationslagern. Frankfurt am Main 1980, S.192ff. hervorgehoben.
- 113) Postkarte aus "Sangershausen", Absender Schutzhäftling 91.879, J.P., 16.3.1945, im Besitz J.P.s.
- 114) Falls nicht anders vermerkt, alle Angaben aus Interviews mit Maria Reiner.
- 115) Gnadengesuch Ernst Reiners aus der Innsbrucker Klinik an Adolf Hitler, 15.6.1941, Kopie im Besitz Maria Reiners. Nach ihren Angaben hat dieses Gesuch Johann August Malin nach Konsultationen mit Ernst Reiner aufgesetzt. Malin, Jahrgang 1902, war in den Zwanzigerjahren sozialdemokratischer Betriebsrat im Spullerseekraftwerk und dürfte Reiner von dort her gekannt haben. Privatgelehrter, Volksschriftsteller, Volksanwalt wie im vorliegenden Fall, wurde Malin am 9. November 1942 wegen Wider-

standstätigkeit gegen den Nationalsozialismus und Wehrkraftzer-
setzung hingerichtet.

- 116) Ebd.
- 117) "Tageszeitung", Organ der KPÖ Vorarlbergs, 18.6.1946. Der Arti-
kel ist von Josef Heinzle verfaßt, der Reiner offenbar gut kann-
te.
- 118) Namensverzeichnis von Fällen aus dem Zuständigkeitsbereich der
Gestapo Innsbruck, DÖW 15.062.
- 119) Ebd.
- 120) vgl. Abb. 13, 14, 15. Josef Heinzle (Anm. 117) äußert die An-
sicht, Reiner sei für medizinische Experimente mißbraucht wor-
den.
- 121) Bestätigung des Standesamtes Innsbruck, 24.8.1942, im Besitz
Maria Reiners.
- 122) Alle Angaben vom Sohn Franz Jägers, Interview, Bludenz,
15.5.1981.
- 123) Genaueres ließ sich nicht feststellen.
- 124) Schon in Bludenz hatte Jäger eine Radiowerkstätte eingerichtet.
In Dachau wurde er als Radiomechaniker verwendet.
- 125) Das bestätigt auch J.P., Interview, Lustenau, 10.3.1981.

Eine unbeschreibliche Vergangenheit Die Vorarlberger Geschichtsschreibung und der Nationalsozialismus

Meinrad Pichler

Die Tendenz, sich und die eigenen Verhältnisse zu verklären und zu belobigen, ist der Vorarlberger Geschichtsschreibung nicht neu. Daß bei besonders negativen Erscheinungen eigene Schuld gerne an fremde Verursacher abgeschoben wird, dafür ist die Darstellung der nationalsozialistischen Zeit ein äußerst prägnantes Beispiel. Sich der Verantwortlichkeit für diese dunkelste Epoche der neueren Geschichte auch auf lokaler Ebene zu entziehen, sind besondere historiographische Hintertüren geöffnet worden. Natürlich wird auch anderswo eine ehemalige NS-Mittäterschaft so gut wie möglich verschleiert; fast niemand möchte nachträglich politische Irrwege mitgegangen sein. Uns soll hier aber ausschließlich beschäftigen, wie dieser noch keineswegs abgeschlossene Prozeß der Reinwaschung und Verdrängung in unserer Region sich schriftlich niedergeschlagen hat; ein Prozeß, der nur zum Teil in voller Absicht geschieht, im übrigen aber viel eher einem psychosozialen Bedürfnis nach gemeinschaftlicher Verdrängung entspringt. Das beweist auch die Tatsache, daß die wenigsten der Autoren, von denen hier die Rede sein wird, selbst nationalsozialistische Parteigänger waren. Vielmehr folgten und folgen sie einfach einem Muster, das Geschichtsbewältigung in der Verdrängung statt in der Auseinandersetzung gewährleistet glaubt. Und auch dort, wo aus überzeugt antifaschistischen Positionen heraus mit dem NS-System geradezu abgerechnet wird (1), fehlt eine wirkliche Analyse jener Strukturen, die auch in unserem Land den Übergang zur brutalsten Variante des Faschismus ohne größere Schwierigkeiten ermöglicht und schließlich das jahrelange Funktionieren dieses Terrorsystems ermöglicht haben.

Was von den landesgeschichtlichen Überblicksdarstellungen nicht zu erwarten ist, geht auch den wenigen ausführlichen Detailuntersuchungen (2) ab: nämlich ein erklärter Faschismusbegriff. Dieses theoretische Defizit schmälert natürlich deren Bedeutung. Daneben ist die Quellenlage, auf der die meisten Arbeiten basieren, entweder überhaupt nicht erklärt (z.B. in den Überblicksdarstellungen), oder sie ist einseitig, was sich in der Darstellung unwillkürlich niederschlagen muß. Solche Einseitigkeit ist aber nicht hauptsächlich auf die Auswahlkriterien der Auto-

ren zurückzuführen, sondern auf die Schwierigkeiten der Quellenerfassung überhaupt und auf die restriktive Archivpolitik in Vorarlberg. So kommt es immer wieder vor, daß jenen eine vorteilhafte Darstellung zuteil wird, die bereitwillig ihr eigenes "Material" zur Verfügung stellen (3). Die großen Archive in München, Koblenz, Berlin und Washington wurden für unseren Bereich bisher überhaupt nicht erschlossen, selbst das Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (DÖW) wurde nur spärlich herangezogen. Auch österreichweite Darstellungen (4) wurden bisher kaum rezipiert. Diese Lücke der landesgeschichtlichen Forschung erklärt auch, warum Vorarlberg in gesamtösterreichischen Arbeiten immer wieder sehr wenig Raum erhält: Es fehlt bisher für weite Bereiche an lokalen Vorleistungen.

All diese offensichtlichen Mängel können ihre Ursache nur darin haben, daß bestimmenden Teilen der Vorarlberger Öffentlichkeit an einer historischen Aufarbeitung der NS-Zeit wenig bis nichts gelegen ist. Dies gilt aber seltsamerweise nicht nur für ehemalige Mittäter, sondern auch für solche, die persönlich in keinem Nahverhältnis zur NSDAP gestanden sind. Ein regelrechtes Kartell des Schweigens hat sich offenbar auf ein Stillhalteabkommen geeinigt, und die wenigen Äußerungen bieten ein auffallendes Bild der Übereinkunft. Dieser Konsens bezieht sich nicht nur auf die Inhalte der Aussagen, sondern auch auf die Auswahl dessen, was überhaupt erwähnt bzw. verschwiegen wird. Einige Konstanten dieser historiographischen Perspektive lassen sich deutlich herausarbeiten.

DIE "FREMDHERRSCHAFT"

Fast durchwegs wird Klage darüber geführt, daß Vorarlberg nach der Etablierung des NS-Regimes seine eigene Landesverwaltung verloren habe. Mit dieser Tatsache wird im wesentlichen der folgende Terror begründet. Der Anschluß Vorarlbergs an den Gau Tirol wird in etlichen Darstellungen als weit tragischer dargestellt (5) als jener Österreichs an das nationalsozialistische Deutschland. Es entsteht geradezu der Eindruck, als wäre eine hausgemachte Naziherrschaft durchaus erträglich gewesen. Die endgültige Beseitigung politischer, kultureller und sozialer Errungenschaften - soweit sie den Ständestaat überlebt hatten - durch den Nationalsozialismus interessiert - wenn überhaupt - erst an fernerer Stelle. Ein durch diese Vorarlberg-Ideologie verengter Blickwinkel kann schwerlich die lokalen Ereignisse in einem allgemeineren Zusammenhang beurteilen: So ist etwa die Bekämpfung regionaler Eigenheiten keineswegs bloß mit der Boshaftigkeit des Innsbrucker Gauleiters zu erklären (6), sondern sie gehört zu den Wesensmerkmalen faschistischer Herr-

schaft. Die durchgängig geäußerte Ansicht, speziell in Vorarlberg seien quasi als Strafe für die "Selbständigkeitsbestrebungen" der hiesigen Nationalsozialisten fremde Machtverwalter eingesetzt worden (7), ist zumindest in dieser Form unhaltbar. Denn in allen Teilen des Reiches wurden in der mittleren und höheren Verwaltung Rochaden von Funktionsträgern vorgenommen, weil Fremde überall und zu allen Zeiten ohne Rücksicht auf gewachsene Traditionen, lokale Gegebenheiten, gesellschaftliche Konsequenzen oder verwandtschaftliche Bindungen walten konnten. In Österreich kam noch die Rivalität zwischen den alten Illegalen und den Reichsdeutschen hinzu, wie das etwa aus dem folgenden Stimmungsbericht zu entnehmen ist:

"Mit den illegalen Kämpfern hat man durchwegs Schwierigkeiten, da dieselben einerseits entweder ganz hochbesoldete Posten beanspruchen, die sie aufgrund ihrer Kenntnisse jedoch nie bekleiden können, während andere trotz ihrer Schulbildung (Doktorgrade) am liebsten Wachdienste, Ordonnanzdienste oder Postverteilungsdienste machen wollen. ... Einmal auf einen bestimmten Posten gesetzt, entwickelt sich bei vielen der Größenwahn" (8).

Das Argument der Durchsetzung des Verwaltungsapparates mit Fremden dürfte eher ein Versuch der Schuldabweisung als eine Erhellung der tatsächlichen Verhältnisse sein. Denn die Kreis- und Ortsleitungen der NSDAP waren beispielsweise fast ausschließlich in einheimischer Hand (9); daß von seiten der Partei und ihrer wichtigsten Vertreter alle wesentlichen Gleichschaltungs- und Terrormaßnahmen initiiert und überwacht wurden, ist unbestritten. Das Unterfangen, mit den reichsdeutschen Beamten auch die Verantwortung für das unsagbare Leid, das zahlreichen Menschen dieses Landes zugefügt wurde, über die Leiblach abzuschieben, fördert weder moralische noch historische Einsichten. Ein solches Verfahren unterschlägt zugleich jene Vorarlberger, die ihrerseits in Gau- und Reichsstellen ihrem nationalsozialistischen Eifer eine steile Karriere zu verdanken hatten.

DIE NAZIS IM "KAMPF UM VORARLBERG"

Zu den weiteren Mythen, die bis heute in etlichen Darstellungen auftauchen, gehört jener vom zwar erfolglosen, aber "heldenhaften Kampf" der Herren Kopf und Waibel um die Erhaltung der Vorarlberger Selbständigkeit (10). Auch bei Schönherr (11) ist davon wieder ausführlich die Rede, obwohl gerade diese Autorin Belege für die Zwiespältigkeit dieses Engagements liefert. Die Denkschrift an den Reichsinnenminister Frick, mit der Landeshauptmann Plankensteiner ein letztes Mal seine Landeshauptmannschaft zu retten versuchte, ist zwar in ihren

historischen Passagen von der ideologischen Handschrift der Vorarlberger NS-Historiographen Helbock und Nägele bestimmt, in ihrer Appellstruktur verrät sie allerdings die tiefe persönliche Enttäuschung Plankensteiners über seine bevorstehende Entmachtung. Wenn Plankensteiner meint:

"Wir Nationalsozialisten in Vorarlberg haben während der langen schweren Kampfzeit um den Anschluß ans Reich gerungen. Wir haben aber auch um die Seele unseres Völkchens für das Reich in langen gefahrvollen und mühevollen Kampffahren gerungen. Man kann uns nun daraus keinen Vorwurf machen, wenn wir es unsäglich bitter empfinden, daß man uns heute aus unserer, ich darf wohl sagen durch uns erkämpften Heimat hinauswirft und die Verwaltung des Landes Menschen übergibt, die keine Ahnung von der Härte unseres Kampfes haben, die aber auch den Weg zur Seele unseres Volkes kaum finden werden" (12)

so ist daraus deutlich abzulesen, wie sehr die persönliche Problematik eines soeben Aufgestiegenen, der seinen Sturz zu verhindern versucht, im Vordergrund steht. Dazu kommt, daß sich die Vorarlberger Nationalsozialisten einem Gau Schwaben durchaus hätten angliedern lassen (13), wenn dadurch der Zusammenschluß mit Tirol abzuwenden gewesen wäre.

Den einzelnen Bürgern konnte es allerdings unter den gegebenen politischen Umständen egal sein, welcher Verwaltungseinheit sie zugeschlagen wurden, barbarisch war diese allemal. Enttäuscht und beschämt waren vornehmlich jene, die sich ihrer Spitzenpositionen beraubt bzw. um ihre ideologischen Wunschvorstellungen von der "scharfen Arlberggrenze" geprellt sahen. Die Darstellung dieser Auseinandersetzung um die Eingliederung Vorarlbergs in den Machtbereich des Tiroler Gauleiters Hofer verweist noch auf weitere Probleme der Vorarlberger Geschichtsschreibung: Alle Darstellungen fußen bis heute auf den Ausführungen der damals unmittelbar Beteiligten (14), die ihre Informationen nach 1945 sehr gezielt an den Mann bzw. an die Frau gebracht, damit ihren "Kampf um Vorarlberg" systematisch hochstilisiert und als Eintrittskarte in die Vorarlberger Nachkriegsgesellschaft benutzt haben.

Aktuellstes Zeugnis für diese Art der Geschichtsschreibung sind Passagen bei Margit Schönherr (15), die etwa den Ausführungen Hans Nägeles stellenweise kritiklos auf den Leim gegangen ist. Alle Darstellungen zusammengenommen, ergibt sich das bedauerliche Resümee, daß der bisherigen Vorarlberger Geschichtsschreibung die Entmachtung der Landesverwaltung durch den NS-Staat problematischer erscheint als die Entrechtung der Menschen überhaupt.

DIE SCHWIERIGKEITEN MIT DEM WIDERSTAND

Eine weitere Konstante aller Darstellungen bilden die Ausführungen über Widerstand und Verfolgung. Zwar wird überall auf die Opfer der NS-Blutjustiz hingewiesen, Motivation, Tätigkeit und soziale Herkunft der Opfer jedoch werden generell verschwiegen (16): Die Inhaftierten und Hingerichteten werden, ohne die Art und die jeweilige politische Ausrichtung ihres Widerstandes näher zu beschreiben, als Vorarlberger mit "heimattreuer oder christlicher Gesinnung" (17) (schließt das einander aus?), "Hitlergegner" (18), "Personen" (19), "Parteigegner" (20) oder schlicht als "Gegner" (21) bezeichnet. Solche Pauschalierungen verstellen natürlich den Blick darauf, daß diese Mutigen durchwegs Menschen fester Überzeugung waren, und zwar nicht nur Christen - wie oft hervorgehoben wird -, sondern mindestens ebensowohl Parteigänger der linken Arbeiterbewegung. Deren Anteil an Widerstand und Verfolgung wird in keiner einzigen Arbeit auch nur angedeutet. So verwendet etwa Schwarz seine auf zwei Zeilen beschränkten Ausführungen über die Opfer der NS-Herrschaft nur als Vorspann dazu, sein Mitgefühl für den politischen Irrtum der Großdeutschen zu plazieren:

"Viele Vorarlberger wurden in Gefängnissen oder Konzentrationslagern festgehalten. Dreizehn starben unter dem Fallbeil. Ein schwerer Druck lastete über der Bevölkerung während der ganzen sieben Jahre, der erst von ihr wich, als die braunen Uniformen vom Straßenbild verschwunden waren. Eine solche Herrschaft hatte nicht sehr viel mit dem alten großdeutschen Ideal gemeinsam, und so ist es auch zu verstehen, daß erst denkende Männer dieser Richtung bald nach Beginn der Herrschaft eine merkliche Ernüchterung erfaßte" (22).

Es existiert nicht ein einziger Aufsatz, in dem eines NS-Opfers aus der Arbeiterschaft gedacht wurde. Erinnerungstafeln gibt es lediglich für Dr. Lampert, Dr. Grimm und Karoline Redler, wobei gerade die Kupfertafel in der Bregenzer Rathausstraße ein trauriges Dokument unbewältigter Vergangenheit darstellt. Die Inschrift lautet: "Karoline Redler, geb. Schwärzler, am 8.11.1944 in Wien gestorben als Opfer der Gewalt". In geradezu infamer Weise werden hier die Nazimörder verschwiegen - an deren Stelle wird eine anonyme, aus Wien kommende Gewalt gesetzt. Schönherr geht auf diesem Wege noch ein Stück weiter, wenn sie ungeniert feststellt: "Die Verhaftung der Vorarlberger Juden durch die GESTAPO erfolgte auf Weisung Wiens und nicht von Bregenz aus" (23). Damit befinden wir uns mitten in der Vorarlberger Gegenwart: Um "Wien" als allgegenwärtiges Feindbild zu fixieren, werden ihm auch noch die Untaten des NS-Regimes unterschoben.

Dies ist aber keineswegs der einzige Zynismus, den man sich hierzulande mit den Opfern des Nationalsozialismus leistet. Zwei Beispiele seien hier erwähnt: Den Vorwurf, daß mit der Auflassung des Grabes

von Josef A. King (ermordet 1945 in Mauthausen) die letzte Erinnerung an diesen aufrechten Hörbranner Antifaschisten vernichtet worden sei (24), konterte der Hörbranner Bürgermeister in einem Brief an den Schriftleiter der Zeitschrift "Montfort" folgendermaßen: "Der Grabstein, auf dem auch Josef King angeführt ist, steht entgegen der Behauptung von Pichler heute noch auf dem Familiengrab. Allerdings wurden die früheren Namen, so auch von Josef King, von den neuen Grabinhabern mit einer Marmorplatte überdeckt" (25).

Auch das zweite Beispiel bedarf keines Kommentars: Der Bregenzer Ernst Volkmann hatte sich aus Gewissensgründen geweigert, Wehrdienst in der deutschen Wehrmacht zu leisten. Diese Überzeugung gab er auch nach Drohungen, Psychiatrierung und Gestapohaft nicht auf - er wurde schließlich vom Volksgerichtshof in Berlin wegen Wehrdienstverweigerung zum Tode verurteilt und exekutiert (26). Der Name dieses außergewöhnlichen Mannes, der lieber sein Leben hingab, als sich in der Hitlerarmee mißbrauchen zu lassen, scheint - man glaubt es kaum - auf dem Bregenzer Kriegerdenkmal unter den gefallenen Soldaten des Zweiten Weltkriegs auf. Was die Nazis ergen nicht erreicht hatten, schafften die Traditionsverwalter nach 1945: aus Ernst Volkmann einen deutschen Soldaten zu machen.

Aber kehren wir zurück zu den Historikern. Ihre Schwierigkeiten mit dem Widerstand sind keineswegs auf die bisher erwähnten beschränkt. Kein einziger Geschichtsschreiber hat sich bislang um die wirkliche Zahl der in Konzentrationslagern und Gefängnissen Ermordeten und Geschundenen gekümmert. Schelling gab die Zahl der Blutopfer mit 13 an (27), Schwarz hat diese Zahl - wie vieles andere - unkontrolliert übernommen (28). Die späteren Autoren sprechen, wenn überhaupt, meist nur noch von "einigen Opfern". In Wirklichkeit stimmt Schellings Zahl mit der Realität genausowenig überein, wie jener Hinweis, daß "vierzig Vorarlberger, darunter drei Frauen" (29), in Konzentrationslager verschleppt worden seien. Beide Angaben sind viel zu niedrig angesetzt und verschleiern damit das wirkliche Ausmaß sowohl des Widerstandes als auch des NS-Terrors. Die über 200 politischen Verurteilungen am damaligen Landgericht Feldkirch (30) werden überhaupt an keiner Stelle erwähnt. Und wenn Schelling seiner Zahl von 40 Vorarlberger KZ-Häftlingen die Bemerkung hinzufügt, daß "in dieser Zahl nur die einwandfrei politischen Häftlingen inbegriffen" (31) seien, wird darin eine Tendenz deutlich, die später - weniger in der Geschichtsschreibung als in der breiten Überlieferung der Bevölkerung - systematisch verstärkt wurde: nämlich einen Teil der Opfer als Querulanten und Kriminelle zu diffamieren, um ihr Schicksal auf diese Weise um so einfacher verdrängen zu können.

Die Deportation und die Vernichtung der jüdischen Mitbürger werden zwar allenthalben erwähnt, erforscht ist dieses Kapitel für unseren

Bereich aber nicht einmal in Ansätzen; der reihenweise Abtransport von Fremdarbeitern in verschiedene Konzentrations- und Arbeitslager wird überhaupt in allen Arbeiten ausgeklammert. Liegt der Grund etwa darin, daß für ersteres übergeordnete Stellen, für letzteres aber die einheimischen Arbeitgeber verantwortlich waren? Für diese Annahme spricht auch die Tatsache, daß das bodenständige Denunziantentum, das in Vorarlberg nicht weniger blühte als anderswo, völlig unterschlagen wird.

DAS EPISCHE FINALE

Im Gegensatz zu diesen traurigen Kapiteln der Landesgeschichte ist bisher ausschließlich die Leistung der Landeseliten bei der schließlichen Überwindung des schon zerfallenden NS-Regimes breit geschildert und gewürdigt worden (32). Dabei erhalten aber nicht nur jene, die tatsächlich unter Einsatz ihres Lebens Wahnsinnstaten einer fanatischen Nachhut des gestürzten Hitlerfaschismus verhinderten oder deren Opfer wurden, den ihnen zustehenden historischen Platz; etliche, die sich mit Blick auf eine neue Karriere gerade rechtzeitig bei einer mehr oder weniger gefährdeten Brücke eingefunden oder als erste den Sprung auf einen französischen Militärjeep geschafft hatten, werden weit über ihr Verdienst hinaus gefeiert. Bei den Widerständlern des Jahres 1945 sparen die Autoren - ganz im Gegensatz zum Widerstand während der Nazi Herrschaft - auch nicht mehr mit Namen, selbst die geringste Leistung scheint nun erwähnenswert. Diese geradezu episch breiten Darstellungen der letzten April- und ersten Maitage des Jahres 1945 machen, wenn man die Kürze bei der Beschreibung der vorangegangenen sieben Jahre bedenkt, doch stutzig. Plötzlich bessert sich auch schlagartig die Quellenlage: Das Landesarchiv dispensiert von der Archivsperre (33), die Auskunftspersonen berichten nun aus einer fast lückenlosen Erinnerung. "Daß nur die passenden Bruchstücke der Vergangenheit zur Erinnerung zugelassen werden", ist ein bekannter Mechanismus zur "Abwehr der mit der Nazivergangenheit verbundenen Schuld- und Schamgefühle" (34).

Auch die ideologische Basis, auf der das Gewesene vergessen und der Neuaufbau begründet werden sollte, war bald gefunden: "Über diese Zeit der Finsternis werden noch viele Bücher geschrieben werden, dicke Bücher. Besser wäre es, man könnte diese 7 Jahre vergessen und mit ihnen das viele Leid. ... Sollte jetzt nicht wieder die Zeit kommen können, wo der Vorarlberger wieder zuerst Vorarlberger ist und dann erst Parteifanatiker nach der oder jener Richtung?" (35). Schellings Rat fand Gehör. Über die "Zeit der Finsternis" wurde kein Buch geschrie-

ben. Nur der Anfang und das Ende wurden in recht apologetischer Weise in Buchform dargestellt. Die Finsternis selbst harrt noch immer einer Ausleuchtung.

Man hielt sich bisher an den Rat, "die 7 Jahre" möglichst schnell zu vergessen. Der Appell, vor allem wieder Vorarlberger zu sein und erst in zweiter Linie ein parteipolitisches Programm zu vertreten, wurde nicht nur zum oft deklarierten ideologischen Eckpfeiler der offiziellen Landespolitik, sondern er bildete zugleich die Brücke, auf der die durch die NS-Zeit entzweiten schwarzen und braunen Eliten des Landes wieder zueinander fanden. Deshalb lag den ehemaligen exponierten Nationalsozialisten auch so sehr daran, ihren Kampf um die Erhaltung der Landesverwaltung ausführlichst zu dokumentieren. Was sie nach dem Krieg immer von sich selbst behauptet hatten, wurde ihnen schließlich 1981 von einer unbeteiligten Autorin bestätigt: "Die gebürtigen Vorarlberger Nationalsozialisten waren zuerst Vorarlberger und erst in zweiter Linie Nationalsozialisten" (36). Aufgrund der historischen Fakten ist dieser Einschätzung allerdings nur dann zuzustimmen, falls mit der Reihung die zeitliche Abfolge vom Kindes- zum Erwachsenenalter gemeint sein sollte...

Die Nationalsozialisten nahmen diese Vorarlberg-Plattform jedenfalls gerne an. Hans Nägele, ehemals Chefredakteur des nationalsozialistischen "Vorarlberger Tagblattes", bedankte sich durch eindringlichste Vorarlberg-Bekennnisse für seine Wiederaufnahme in die Zunft der Geschichtsschreiber:

"Heute gilt es, vom vorarlbergerischen Wesen zu retten, was noch zu retten ist und die geistige Eigenart des Landes zu erhalten, damit der Bruch mit der Tradition nicht vollständig werde, damit das österreichische Alemannenland bleibe, was es seit jeher war, ein Land besonderer Art" (37).

Bei diesem Traditionsbruch handelt es sich aber nicht "um die politischen und wirtschaftlichen Folgen des Zweiten Weltkrieges, sondern vor allem um seine Auswirkungen auf die Zusammensetzung der Bevölkerung und das geistige Antlitz des Landes". Deshalb - und nicht etwa der Barbarei wegen, die Vorarlberg 8000 Tote kostete - sind für Nägele "die Jahre von 1938 bis 1945 vielleicht die folgenschwerste Zeit, die Vorarlberg im letzten halben Jahrtausend erlebt hat" (38). Der Hofschreiber der Vorarlberger Textilindustrie, in dessen faschistischem Denken "Überfremdung" immer ein zentraler Begriff geblieben war, versuchte hier, ein negativ erscheinendes Phänomen als Kriegsfolge auszugeben, um von den wirklichen Verursachern, nämlich seinen Textilherren, abzulenken.

Gerade diese waren es, die vom elitären Agrément nach 1945 am meisten profitierten, nachdem viele von ihnen den illegalen Nationalsozialismus nachdrücklich unterstützt und von der anschließenden Kriegs-

produktion sowie von Arisierungen enorm profitiert hatten. In allen untersuchten Arbeiten wird die Rolle der Vorarlberger Textilindustrie als mächtigste einheimische Stütze des Nationalsozialismus strengstens tabuisiert (39). Nicht eine Andeutung findet sich dazu. Aber nicht nur die politische Tätigkeit zahlreicher Industrieller wird verschwiegen, sondern auch die Tatsache, daß auf Kosten vieler kleiner Textilbetriebe, die bei der Verteilung von Rohmaterialien benachteiligt wurden, einige Großunternehmen ihre Position wesentlich festigten. So berichtete etwa die NSDAP-Ortsgruppenleitung von Lauterach 1939 an die Bregenzer Kreisleitung, daß in "wirtschaftlicher Hinsicht einige Unzufriedenheit festzustellen" sei, "vor allem wegen der ungenügenden Berücksichtigung der Kleinbetriebe bei der Rohstoffverteilung". So sei "zum Beispiel festzustellen, daß die Klöppeleien viel zu wenig Baumwolle und fast keine oder gar keine Zellwolle bekommen, während die großen Textilbetriebe in Dornbirn gut versorgt sein sollen und sogar Lohnarbeit ausgeben wollen" (40).

Niedrige Löhne, nicht nur für die zahlreichen Fremdarbeiter, und teilweise unmenschliche Arbeitsbedingungen gehörten zu den weiteren faschistischen Sanierungsmaßnahmen auch für die heimische Industrie (41). Die Einführung des Führerprinzips in den Betrieben, die Abschaffung unabhängiger Arbeitnehmervertretungen und die Zuteilungskompetenzen der Arbeitsämter (42) zählen zu den weiteren Maßnahmen zur Unterdrückung der Arbeiterschaft. Angesichts dieser Tatsachen macht die Feststellung "Die Arbeitsbedingungen wurden maßgeblich verbessert" (43) einigermaßen fassungslos. Hier zeigt sich nicht nur das ungebrochene Nachwirken der NS-Propaganda, die den nationalsozialistischen "Sozialstaat" als "die Krönung des tausendjährigen Ringens des deutschen Volkes um seinen Lebensstil" (44) verkaufte, sondern zugleich die Notwendigkeit, die tatsächlichen Lebensverhältnisse in Vorarlberg während der NS-Herrschaft endlich aufzuzeigen.

DIE KIRCHE WÄHREND DER NS-ZEIT

Im Rahmen dieser bruchstückhaften Auseinandersetzung mit der Nazi-Ära in Vorarlberg werden schließlich die Behinderungen von Religion und Kirche am eingehendsten dargestellt, und zwar nicht nur in den hier untersuchten Überblickswerken, sondern auch in einer Reihe von Einzeluntersuchungen (45). Der katholische Widerstand ist dementsprechend auch relativ umfassend aufgearbeitet (46). Grundsätzliche Überlegungen zum Verhältnis von Kirche und NS-Staat kommen dabei, sofern sie überhaupt angestellt werden, zu kurz. In den zahlreichen Dokumentationen werden in erster Linie die kleinlichen und gehässigen

Schikanen der NS-Bürokratie zur Behinderung der freien Religionsausübung beschrieben. Daß die Kirche dem Nationalsozialismus jedoch kaum einen politischen Widerstand entgegensetzte, mit ihm anfänglich sogar ein gemeinsames Stück antibolschewistischen Weges ging, geht dabei unter (47). "Für den Klerus stand nicht die Legitimität des Systems zur Diskussion, sondern einzig die Erhaltung des kirchlichen Freiheitsraumes" (48).

Und wo auf katholischer Seite die Erinnerung an die Schrecken der NS-Zeit wachgeblieben ist, sind die Lehren, die für unsere Zeit daraus gezogen werden, bisweilen recht eigenwillig. Wenn etwa Elfriede Blaickner, langjährige Landtagsabgeordnete und hohe ÖVP-Funktionärin, auf die Frage nach den möglichen Anzeichen einer neuerlichen Faschisierung meinte, daß "die Erziehungsziele in der Schule etwa, die auf eine kritisierende und vertrauensarme Jugend hinarbeiten, und die unumschränkte Macht der Gewerkschaft" (49) die derzeit größten Gefahren darstellen; so ist das in der Tat erstaunlich. Wer sonst, wenn nicht gerade eine kritikfähige Jugend und eine wohlorganisierte Arbeitnehmerschaft, sollte - nach allen bitteren historischen Erfahrungen - einer faschistischen Entwicklung Einhalt gebieten können? Politische Fehleinschätzungen dieser Art verweisen nicht nur auf einen Mangel an historisch-politischen Grundkenntnissen, sondern sie zeigen auch nachhaltig die tagespolitische und ideologische Inanspruchnahme einer unverarbeiteten Geschichte.

DIE PROBE AUFS EXEMPEL

Schließlich soll noch ein besonderes Beispiel Vorarlberger Geschichtsschreibung erwähnt werden, das eindrucksvoll belegt, wie die Geschichte der nationalsozialistischen Zeit gezielt umgeschrieben wurde, indem man einfach strich, was man für die Zukunft getilgt sehen wollte. Die Rede ist hier von der Bearbeitung des Manuskripts von Ludwig Welti zur Ilgschen Landeskunde (50). Die Eingriffe des Herausgebers Karl Ilg geschahen hier nicht aus Gründen des Umfangs, sondern aus klaren inhaltlichen Absichten. Bei Ilgs Streichungen lassen sich drei deutliche Tendenzen erkennen:

a) Verharmlosung des Vorarlberger Anteils an der hiesigen NS-Herrschaft. Nur zwei gestrichene Passagen mögen dies anschaulich machen:

"Der vom Einmarsch der deutschen Reichsarmee begleitete 'Umbruch' vollzog sich auch in Vorarlberg, besonders in den großen Orten, in einer noch nie dagewesenen Hysterie einer von Rundfunk, Presse und Aufmärschen aufgeputschten, krankhaft epidemischen Massenpsychose. Es hatte in den ersten Tagen nach dem Anschluß den Anschein, als ob das

Paradies auf Erden nun endgültig ausgebrochen sei, als ob das deutsche Volk unter Führung des großen Magiers Adolf Hitler und seiner Trabanten in die herrliche Zukunft eines tausendjährigen Reiches geführt würde" (S.247).

Und:

"Auch bei uns fanden zunächst ebenfalls viele den 'Rank' und ließen sich durch die Lautstärke der Propaganda und durch den äußeren Schein blenden und betäuben" (S.251).

Auch Weltis Kommentar angesichts der nahezu 3500 Kirchenaustritte, nämlich daß er die Vorarlberger Bevölkerung in dieser Hinsicht "vorher für immuner gehalten" (S.252) hätte, wurde ein Opfer des Rotstiftes - verständlich, wenn man bedenkt, daß durch diese und die vorher zitierten Aussagen die Legende von der ungewollten Fremdherrschaft erschüttert hätte werden können. Auch die Tilgung der Passage über die fanatische Tätigkeit des NS-Landesschulinspektors Baldauf, eines Nationalsozialisten ureigenster Prägung, ist unter dem Gesichtspunkt der prinzipiellen Abweisung landeseigener Mittäterschaft zu erklären.

b) Der Versuch, die Landesgeschichtsschreibung als kontinuierlichen Prozeß erscheinen zu lassen, der höchstens von außen gestört, niemals aber durch politische Einflüsse wirklich verändert werden könne. So mußte der Zensor zwangsläufig wieder in Aktion treten, wenn Welti meint, auf Grund der vielfältigen Verstrickungen könne die offizielle Landesgeschichtsschreibung über diese Epoche nur schwerlich Objektivität beanspruchen, "weil fast nur einseitig nationalsozialistisch gefärbte Presseberichte des einzig konzessionierten Vorarlberger Tagblattes und die Befehle der Parteigewaltigen die Situation oberflächlich grell beleuchten, die völlig in den Hinter- und Untergrund abgedrängte Opposition dagegen ihre Stimme nur vereinzelt - meist mit katastrophalem Ausgang - und selbst nach dem Zusammenbruch des Reiches leider nur sehr spärlich und sporadisch zu erheben wagte, weil die beiden großen Parteien aus parteitaktischen Gründen (Wählerfang) an einer Pazifizierung der 'Entnazifizierten' stark interessiert blieben" (S. 250f.).

Mit dieser Streichung wurde zugleich die Problematik der Entnazifizierung aus der Welt geschafft, wie das ja auch in allen anderen Darstellungen systematisch geschieht.

c) Eine Tendenz zur Schonung des NS-Regimes überhaupt. Diese zeigt sich besonders in der Eliminierung der allgemeinen Ausführungen über die Brutalität und die Intoleranz des NS-Staates sowie in kleineren einzelnen Streichungen, durch die dem ursprünglichen Text gewisse Spitzen genommen werden sollten - so etwa, wenn Welti die "Härten" des neuen Systems beschreibt: "Zu denen gehörten die brutale Geistes-knechtung, der Kampf gegen Religion und Kirche, 13 Opfer der Blutjustiz und schließlich der am 1. Sept. 1939 frivol vom Zaune gebrochene

Schikanen der NS-Bürokratie zur Behinderung der freien Religionsausübung beschrieben. Daß die Kirche dem Nationalsozialismus jedoch kaum einen politischen Widerstand entgegengesetzte, mit ihm anfänglich sogar ein gemeinsames Stück antibolschewistischen Weges ging, geht dabei unter (47). "Für den Klerus stand nicht die Legitimität des Systems zur

Krieg..." (S.251). In diesem Satz wurden von Ilg "die brutale Geistes- knechtung" und das Wort "frivol" gestrichen (S.334). Könnte man bei "frivol" vielleicht noch stilistische Bedenken für die Korrektur geltend machen, so können für die Unterschlagung der "brutalen Geistes- knechtung" doch wohl nur inhaltliche Kriterien wirksam gewesen sein: die Entlastung des Regimes einerseits und Heraushebung der Kirche als einziges Opfer andererseits. Auch mag dabei die subjektive Erfahrung Ilgs eine Rolle gespielt haben, daß eben sein Geist nicht geknechtet wurde, was allerdings ein Licht auf die Konformität seines Denkens mit den Kategorien jenes Staates werfen würde.

Auch die SS erfährt durch Ilg eine gnädige Behandlung, indem alle drei Erwähnungen derselben einfach gestrichen wurden (bei Welti S.252, 255, 257).

Derartig gezielte Eingriffe in einen Text, der, wenn es nur um Probleme des Umfanges gegangen wäre, genug Kürzungsmöglichkeiten geboten hätte, ohne seine Substanz anzugreifen, zeigen in exemplarischer Weise, wie wählerisch mit Fakten umgegangen wird. Was sich hier am Einzelbeispiel aufzeigen läßt, nämlich die Verharmlosung eines Terrorregimes bis zur Unterschlagung von Fakten, ist tendenziell auch in anderen Arbeiten zu erkennen. Weltis - ebenfalls gestrichene - Befürchtung, daß die NS-Zeit "noch lange kaum eine objektive Darstellung" finden werde, bewahrheitete sich an der "Bearbeitung" seines Textes recht nachhaltig.

AUSBLICK

Zusammenfassend kann festgestellt werden, daß eine wirkliche landesgeschichtliche Aufarbeitung der NS-Zeit - abgesehen von der Situation der Kirche und den letzten Kriegstagen - bisher noch nicht stattgefunden hat. Einige Mechanismen, die eine für unser demokratisches Selbstverständnis notwendige Beschäftigung mit diesem Geschichtskapitel bisher verhindert haben, sind andeutungsweise beschrieben worden. Auch die wichtigsten Muster, mit denen eine historiographische Bewältigung umgangen wird, sollten sichtbar geworden sein.

Die Konsequenz aus der Analyse dieses derzeitigen Zustandes kann nur sein, daß sich gerade jüngere Historiker, unbelastet von persönlichen Verstrickungen, an die Arbeit machen, dieses dunkelste Kapitel unserer Landesgeschichte zumindest historiographisch zu erhellen. Die Zeit drängt, denn auf die Aussagen der Augenzeugen sollte nicht verzichtet werden. Auch das theoretische Gerüst der allgemeinen Faschismusforschung steht inzwischen. Die lokale Geschichtsforschung hat es nur noch zu konkretisieren.

Eine solche historische Aufklärungsarbeit sollte aber weder nachträgliche Rechtfertigung noch selbstzufriedene Verurteilung beabsichtigen. Sie hat einfach zu zeigen, unter welchen Voraussetzungen und Bedingungen das NS-Regime auf lokaler Ebene funktionierte und von welchen Interessen es getragen war. Zudem sollte endlich jenen Gerechtigkeit widerfahren, die unter Einsatz ihres Lebens dem systematischen Unrecht Widerstand entgegengesetzt haben.

ANMERKUNGEN

- 1) Besonders Ludwig Welti: Vorarlberg unter der Diktatur des nationalsozialistischen Dritten Reiches im gleichgeschalteten Gau Tirol-Vorarlberg (1938-1945). In: Karl Ilg: Landes- und Volkskunde. Geschichte, Wirtschaft und Kunst Vorarlbergs. Bd. 2, München-Innsbruck 1968, S.333-337.
- 2) Gerhard Wanner: Kirche und Nationalsozialismus in Vorarlberg, Dornbirn 1972; Margit Schönherr: Vorarlberg 1938. Die Eingliederung Vorarlbergs in das Deutsche Reich 1938/39. Dornbirn 1981; Dietlinde Löffler-Bolka: Vorarlberg 1945. Das Kriegsende und der Wiederaufbau demokratischer Verhältnisse in Vorarlberg im Jahre 1945. Bregenz 1975.
- 3) Z.B. Nägele, Plankensteiner und Kopf bei Schönherr (Anm. 2) oder einige 45er Widerstandskämpfer bei Löffler (Anm. 2).
- 4) Etwa F.L. Carsten: Faschismus in Österreich. Von Schönerer zu Hitler. München 1976, oder Karl R. Stadler: Österreich 1938-1945 im Spiegel der NS-Akten. Wien 1966.
- 5) Vgl. Artur Schwarz: Heimatkunde von Vorarlberg. Bregenz 1948, S. 369; Gustav Bachmann: Vorarlberg 1918-1968. Entwicklungslinien im Halbjahrhundert der Selbständigkeit. In: 50 Jahre selbständiges Land Vorarlberg 1918-1968. S.49-144, hier S. 58f.; Meinrad Tiefenthaler: Schicksale und Wege im Laufe der Geschichte. In: Das Land Vorarlberg. Dornbirn 1952, S.9-15, hier S.15; Benedikt Bilgeri: Politische Geschichte Vorarlbergs. In: Vorarlberger Jungbürgerbuch. Hg. Vorarlberger Landesregierung. Bregenz 1971, S.7-50, hier S.49: Besonders lapidar werden die Ereignisse des Jahres 1938 im heimatkundlichen Lehrerhandbuch kommentiert: "Der Vorarlberger Landtag, die Landesregierung, die eigene Landesverwaltung werden aufgelöst" - sonst nichts; siehe: Land Vorarlberg. Ein heimatkundliches Handbuch. Verfaßt von der Lehrer-Arbeitsgemeinschaft des Landesschulreferates. Bregenz 1969, S.89.
- 6) Vgl. Schwarz (Anm. 5), S.369.
- 7) Vgl. Karl Heinz Burneister: Geschichte Vorarlbergs. Ein Überblick. Wien 1980, S. 190; Benedikt Bilgeri: Bregenz. Geschichte der Stadt. Wien-München 1980, S. 590; Georg Schelling: Die Nacht ist um! In: Vorarlberger Volkskalender 1947, S. 121-129, hier S.121;

- Schwarz (Anm. 5), S. 369; Bachmann (Anm. 5), S.61; Welti (Anm. 1), S.333.
- 8) SD-Bericht von Wien nach Berlin vom August 1938. Zitiert nach: Gerhard Botz: Wien vom "Anschluß" zum Krieg. Wien 1978, S.227.
 - 9) Die leitenden Funktionäre in der Bregenzer Kreisleitung hießen beispielsweise Dietrich, Luger, Mathis, v. Schwerzenbach, Hofmann, Schneider, Kessler, Feurstein und Loacker.
 - 10) Vgl. Welti (Anm. 1), S. 333; Schelling (Anm. 7), S.121.
 - 11) Schönherr (Anm. 2), S.116.
 - 12) Zitiert nach Schönherr (Anm. 2), S.96.
 - 13) Siehe Burmeister (Anm. 7), S.189; Löffler (Anm. 2), S.18; Schönherr (Anm.2), S.94.
 - 14) Besonders Löffler und Schönherr stützten sich auf folgende Arbeiten: P. Waibel: Der Kampf um Vorarlbergs Selbständigkeit und Unabhängigkeit 1938/40 (Manuskript); R. Kopf: Erinnerung an die Zeit 1938-45 im Lande Vorarlberg (Manuskript); H. Nägele: Vorarlberg will selbständig sein (Manuskript); ders.: Der Kampf des Landes um seine Unabhängigkeit von Tirol (MS); ders.: Toni Planckensteiner (MS); ders.: Vorarlbergs Stellung im 3. Reich (MS). Waibel war während der NS-Zeit Bürgermeister von Dornbirn, Kopf fungierte, solange es eine eigene Vorarlberger Landeshauptmannschaft gab, als Landesstatthalter, und Nägele war Schriftleiter des nationalsozialistischen "Vorarlberger Tagblattes".
 - 15) Beispielsweise S.51 und 82 (Anm. 2).
 - 16) Vgl. Bachmann (Anm. 5), S.61; Bilgeri (Anm. 7), S.590; Burmeister (Anm. 7), S.192; Schelling (Anm.7), S.123f.; Schönherr (Anm. 2), S.60; Schwarz (Anm. 5), S.370.
 - 17) Bachmann (Anm. 5), S.61.
 - 18) Schönherr (Anm. 2), S.60.
 - 19) Ludwig Welti: Ungekürzte Fassung des von Karl Ilg zensurierten Landesgeschichtskapitels "Vorarlberg unter der Diktatur des nationalsozialistischen Dritten Reiches im gleichgeschalteten Gau Tirol-Vorarlberg 1938-1945", Manuskript im VLA, S.247.
 - 20) Bilgeri (Anm. 7), S.590.
 - 21) Burmeister (Anm. 7), S.192.
 - 22) Schwarz (Anm. 5), S.370.
 - 23) Schönherr (Anm. 2), S.119.
 - 24) Meinrad Pichler: Vergessen? Das Opfer nationalsozialistischer Gewalt: Josef A. King. In: Montfort 1/1981, S. 72.
 - 25) Brief von Bürgermeister Sigg an Dr. Benzer vom 7.11.1980.
 - 26) DÖW Akt Nr. 5320
 - 27) Schelling (Anm. 7), S.123.
 - 28) Schwarz (Anm. 5), S. 370.
 - 29) Schelling (Anm. 7), S.124.
 - 30) Vgl. DÖW Akt Nr. 8346.
 - 31) Schelling (Anm. 7), S.124.
 - 32) Georg Schelling: Festung Vorarlberg. Ein Bericht über das Kriegsgeschehen in unserem Lande. Bregenz 1947, 2. Auflage 1980; Löffler (Anm. 2); Paul Pirker: Zitadelle Bregenz. Bregenz 1946; Ulrich

- llg: Wir waren dabei. In: Vorarlberg - unser Land, Jungbürgerbuch. Hg. Vorarlberger Landesregierung, Bregenz 1978, S.170-179.
- 33) Etwa im Falle Löffler (Anm. 2).
- 34) Alexander und Margarete Mitscherlich: Die Unfähigkeit zu trauern, Grundlagen kollektiven Verhaltens, München 1970, S.26.
- 35) Schelling (Anm. 7), S.121.
- 36) Schönherr (Anm. 2), S.114.
- 37) Hans Nägele: Buch und Presse in Vorarlberg, Dornbirn 1970, S.199.
- 38) Ebd. S.198.
- 39) Erstmals hat Harald Walser auf die Verstrickungen zwischen Nationalsozialismus und großen Teilen der Vorarlberger Textilindustrie hingewiesen. Ein Nachdruck seines Aufsatzes findet sich in diesem Band.
- 40) Mitteilung der NSDAP-Ortsgruppe Lauterach an den Kreispropagandaleiter in Bregenz vom 26.7.1939, Stadtarchiv Bregenz.
- 41) In einer Bregenzer Textilfabrik mußten die Arbeiterinnen beispielsweise ganztägig mit Gasmasken arbeiten, da auf Baumwollmaschinen Zellwolle verarbeitet wurde und es dadurch zu einer unerträglichen Staubentwicklung kam; vgl. Interview d. Verf. mit der Arbeiterin Marcellina Schmid aus Bregenz vom 6.3.81. Zur Disziplinierung der Arbeiterschaft siehe den Erlaß zur Einrichtung des Arbeitserziehungslagers Reichenau, DÖW Akt Nr. 13237.
- 42) Vgl. Stadler (Anm. 4), S.165f.
- 43) Burmeister (Anm.7), S.192.
- 44) Theodor Bühler: Deutsche Sozialwissenschaft. Ein Überblick über die sozialen Aufgaben der Volkswirtschaft. Stuttgart 1940, S.52. Der aus Feldkirch stammende Dr. Bühler war Hauptabteilungsleiter im Zentralbüro der Deutschen Arbeitsfront (DAF) sowie wissenschaftlicher Generalreferent im Arbeitswissenschaftlichen Institut der DAF in Berlin und damit der Hauptsozialtheoretiker des Dritten Reiches.
- 45) Wanner (Anm. 2); Johannes Schöch: Chronik des Generalvikariats Feldkirch und der politischen Bedrängnisse in Vorarlberg 1938-45. O.O. und o.J.; Arnulf Benzer: Das Generalvikariat Feldkirch und die Generalvikare für Vorarlberg. In: Montfort 1/1955, S.3-19. E. Fasching: 2x7 Jahre. Eine kleine Kirchengeschichte Vorarlbergs der Kriegs- und Nachkriegszeit nach Tagebucherinnerungen. 1952. (= Quelle, Sonderheft Vorarlberg); Paul Sinz: Geknickt, doch nicht gebrochen. In: 100 Jahre Zisterzineser in Mehrerau (= Mehrerauer Grüße 1/1954), bes. S.200-212.
- 46) P. Lenz: Christus in Dachau. Wien 1956; Benedicta M. Kempner: Priester vor Hitlers Tribunalen. München 1966; Gaudentius Walser: Carl Lampert. Ein Leben für Christus und die Kirche 1894-1944. Dornbirn 1964; Hedwig Reckefuß-Kleiner: Selig, die Verfolgung leiden. In: Vorarlberger Volkskalender 1976, S.77-85; A.E.: Aus Vorarlberg stammender Märtyrerpriester (Pater Franz Reinisch). In: VN 4.12.1980; O. Schuchter: Priester der Heimat. In: Quelle, Juni 1955; Helmut Tschol: Josef Anton King. In: Paulinum unterwegs. Heft 24/1977, S.3-6; Pichler (Anm. 24).

- 47) Einzig Schönherr (Anm. 2), S.140ff., bezieht teilweise eine kritischere Position.
- 48) Kurt Greussing: Der unfreiwillige Widerstand. Zu Wanners Kirche und Nationalsozialismus in Vorarlberg. In: Neue Vorarlberger Tageszeitung 11.11.1972.
- 49) Neue Vorarlberger Tageszeitung 8.3.1979.
- 50) Welti (Anm. 1) ist die von Ilg "bearbeitete" Fassung, Welti (Anm. 19) das Original; die folgenden Seitenangaben beziehen sich auf diese Originalfassung.

Nachweise

Der Aufsatz von Norbert Peter erschien zuerst unter dem Titel "Die Hohenemser Judengemeinde im Spiegel antisemitischer Beschuldigungen" in: Montfort 2 (1980), S.148-158.

Ludger Rapes Beitrag ist eine Auskoppelung aus dessen Dissertation, die 1977 unter dem Titel "Die österreichischen Heimwehren und die bayerische Rechte 1920-1923" im Europa-Verlag Wien publiziert wurde (S.157-176).

Harald Walsers Aufsatz erschien erstmals unter dem Titel "Wer stand hinter der NSDAP?" in: Zeitgeschichte 8 (1980), S.288-297.

Der Beitrag von Kurt Greussing ist eine thematisch erweiterte und überarbeitete Fassung der Abhandlung "Vorarlberger Sozialdemokraten in der Illegalität 1934-1938" in: Gerhard Botz u.a. (Hg.): Bewegung und Klasse. Studien zur österreichischen Arbeitergeschichte. Wien-München-Zürich 1978, S.341-359.

An dieser Stelle sei allen Verlagen und Personen, die uns bereitwillig Abdruckrechte überlassen haben, herzlich gedankt.

Alle übrigen Aufsätze sind Originalbeiträge.

Namensregister

- Adler Friedrich 53
Alfons XIII. 156
Allmayer-Beck J. Ch. 11f.
Amberg, Generalvikar 13
Ambrozy, ungar. Gesandter 60
Arco, Graf 115
Azaña, Ministerpräsident 157
- Bahr Hermann 27f.
Bauer Karl 164, 184
Bauer Otto 71, 125, 134, 155
Belrupt-Tissac, LH 13
Bendt, Oblt. 92f.
Berchtold Bartholomä 17, 26
Bergmann Josef 39
Bergmeister Johann 41
v. Berque, Major 75
Bidermann, Hermann 40
Bilgeri Benedikt 25f.
Binder Ingo 20
Blaickner Elfriede 200
Bloch Ernst 111
Brändle Hermann 8
Braunthal Julius 149, 155
Brettauer Leopold 44
Broz Josip (Tito) 163
Bühler Theodor 205
Bulgari Anton 129
Burger Oskar 51, 75
Burmeister Karl Heinz 7, 19, 153
- Cleweta, Fabrikantin 101
- Dal Lago, Hptm. 77, 87, 89, 92f.
Daubrava Franz A. 37
Denner, Bahnadjunkt 84
Deutsch Julius 59, 87, 130
- Dietrich Hans 204
Dollfuß Engelbert 66, 73, 97,
146, 148f.
Draxler Hans 127, 143
Dreier Werner 7f.
Drexel Albert 54, 63, 81
- Ebner Johann 37
Egger Gernot 8
Eifler Alexander 60, 71, 127, 140
Elias Nathan 35
Elkan Hans 48
Elkan Helene 48
Elkan Theodor 48
Ender Otto 51, 53, 55, 57, 61,
62, 64, 66, 69, 70, 72, 75,
77ff., 82f., 97, 112, 120,
123, 147f., 154f.
Ernst Melanie 163, 165f., 188
Escherich Georg 74, 80
- Fassmann Kurt 10
Felder Franz Michael 14f.
Feßler Josef 12
Fetz Andreas 16
Feuerstein Josef 84, 92f.
Feuerstein Martin 77, 80
Feuerstein Tobias 166
Feurstein Josef 204
Fleisch Edmund 166
v. Florencourt Bernhard 15
Foscht Josef 163, 166
Franco, General 159, 184
Frank Hans 97
Fränkl, Doktor 45
Franz Karl Anton, Graf 33
Franz Wilhelm III., Graf 34

Franzoi Johann 165
Frick, Reichsinnenminister 193
Fritsch Sibylle 27
v. Froschauer Sebastian 22, 31

Ganahl Carl 13
Gattermeier Johann 123
Geist Paula 12, 16
Ginzel, Fabrikant 101
Glöckel Otto 127, 140, 144
Graf, Bezirkshauptmann 101
Greussing Josef 131, 133, 140,
142
Greussing Kurt 7f., 143, 145,
154, 165, 186
Grimm, Pater 195
Groll Oskar 115, 120

Habicht, Reichsinspekteur 151
Haffner Leo 7
Hagen Thomas 18, 27, 30
Halbeisen Johann Georg 35
Hammer Alois 126, 131ff., 136,
139
Hämmerle Franz 103
Hämmerle Hubert 103
Hämmerle Victor 100
Hansi Adolf 77, 84, 86
Heinzle Josef 190
Helbock Adolf 194
Herburger Leo 17
Hermann Hermann 114
Hindelang, Kreishauptmann 92f.
Hitler Adolf 48, 97, 159, 184,
201
Hofer Franz 194
Hofer Thomas 165
Hofmann Ernst 204
Hörl, Major 92
Huebmer Hans 72
Huter Karl 84

Ilg Karl 200, 202, 204
Ilg Ulrich 28

Jäger Franz 171, 182, 188, 190
Josef II. 34
Junghofer Franz 189

Kainz Albert 186
Kaiser Kurt 27f.
Kanzler Rudolf 74f., 77f., 85
Karl, Graf 32
Karl Friedrich, Graf 33
Karrer, Großdeutscher 75ff., 80,
84
Kaspar, Graf 32
Kehl, Polizeipräsident 133
Kerekes Lajos 56, 60
Kessler Arthur 204
King Josef A. 196
Klopf Robert 131
Kohler Johann 17, 26
Kohler Stefan 58, 77, 84
Kolar Richard 135
König Hans 162
Kopf Rudolf 193, 204
Körner Theodor 60, 71
Kratzer, Oblt. 75, 77, 92f.
Kunze, Oberst 57, 66

Lampert Carl 195
Levi Wolf J. 35
Linder Anton 52ff., 69, 116ff.,
127ff., 130, 141ff., 147f.,
152ff., 155
Loacker Albert 204
Lobkowitz, Statthalter 14
Longo Luigi 163
Loser, Lhstv. 51
Luger Ernst 204

Madlener Franz 139
Malin Johann A. 171, 189
Maria Theresia 34
Mathis Hermann 204
Mathis Hermann 44
v. Matt Moriz 57f., 66, 77ff.,
80ff., 84, 86, 89f., 92ff.

- Mätzler Bruno 103
 Mätzler, Pfarrer 27
 Mauthner Philipp 42
 Maximilian I. Josef 36
 Mayer Josef 139
 Mayrhauser Anton 139, 141
 Merkle Meinrad 38f.
 Mola, General 184
 Mohr Wilhelm 57f., 62, 64ff., 69
 Moosbrugger Kaspar 14f.
 Moosbrugger Pius 30, 136, 139f.
 Müller Adam 14
 Müller Andreas 136
 Müller Johann G. 120
 Müller Josef 75, 81, 84
 Münchreiter Karl 162
 Münchreiter Leopoldine 162
 Mussolini Benito 72, 157
- Nägele Hans 100, 194, 198, 204
 Natter, Lhstv. 51
 Nesler Emil 126
 Neubner, Rechtsanwalt 78, 80
 Nosko Siegfried 101
- Oberkofler Gerhard 26
 Ölz Josef A. 17, 21, 23
- Pavlitsch Anton 164
 Penz Rudolf 159
 Peter Norbert 7
 Petsche-Rüsch Dorle 20
 Pezzei, Stationschef 46
 Pfrimer Walter 64
 Pichler Meinrad 196
 Plankensteiner Anton 99f., 193f.
 Preiß Fritz 51, 53, 62, 117, 130, 132
 Pruner Ludwig 140
- Rape Ludger 7, 54
 Ratz Josef 16f., 21
 Rauscher Franz 114
 Rauscher Franz (Wien) 134
- Redler Karoline 195
 Redler, Lhstv. 51, 75
 Reiner Ernst 170f., 181, 189
 Reiner Maria 189f.
 Renner Karl 70f.
 Rheinberger Josef 121
 Rhomberg Adolf 18, 21
 Rhomberg Albert 18
 Rhomberg Erika 99f.
 Rhomberg Eugen 101
 Rhomberg Hubert 84
 Rhomberg Julius 57, 69, 76f., 84, 86
 Rhomberg Paul 101
 Rhomberg Victor 101
 Riedmann Franz Josef 117f.
 de Rivera Primo 156
 Rosenthal Philipp 45f.
- Schelling Georg 196f.
 Scheurer Albert 166
 Schiller Friedrich 27ff.
 Schilling Tibold 20
 Schmidt Franz 132, 141
 Schneeberger Johann 165
 Schneeweiß Pepi 168
 Schneider Erich 204
 Schneider, Druckereileiter 145
 Schober Karl 60
 Schober Rudolf 184
 Schönherr Margit 193ff., 206
 Schuschnigg Kurt 73
 Schwarz Artur 196
 Schwärzler, Kommandant d. TN 84
 Schwendinger Andreas 84
 v. Schwerzenbach Walter 204
 Seipl Ignaz 71, 146f.
 Seitz Karl 53
 Siegl Otto 131
 Sieß Wilhelm 129f.
 Silberbauer Gerhard 11
 Spann Othmar 63, 72
 Spiegel Tilly 163, 166

Spiegel Walter 23
Spindler Samuel 117
Staffler Jakob 37
Stalin J.W. 135
Starhemberg Rüdiger 66
Steidle Richard 63f., 72
Steurer, Oberst 51, 68f., 113,
123
Stingelin, Major 118f.
Straub Adolf 98
Szop Iszaak 164

Tänzer Aron 33ff., 49
Thomas Miguel 181, 188
Thurnher Johannes 17ff., 20f., 26
Thurnher Martin 26
Treidl, Gewerkschaftssekretär 58

Ulmer Toni 66

Valentini Ferdinand 140
Vaugoin Karl 90
Verreti Guido 163
Vobr Franziska 165
Vögel Franz 20

Volkmann Ernst 196

Wachter, Landesrat 78
Wagner-Wehrborn Gustav 100f.,
103, 105
Wahsel Hans 131f., 134, 140f.
Waibel Johann G. 17, 30
Waibel Paul 193, 204
Walderdorff, LAD 51
Walser Harald 8, 205
Wanner Gerhard 143
Webering, Hauptmann 89
Wedenig Ferdinand 134
Wehinger, Arbeiterrat 117
Weißmann, Arbeiterrat 117
Welti Ludwig 200ff.
Witzemann Johann G. 41f.
Wolf Johannes 58, 84
Würbel Karl 140

Zechtl Rupert 134
Zoller Franz 127, 131, 140
Zschokke Helmut 160

AUTORENVERZEICHNIS

Hermann BRÄNDLE, geb. 1956, Studium der Geschichte und Germanistik an der Universität Innsbruck, wohnhaft in Bregenz.

Werner DREIER, geb. 1956, Studium der Geschichte und Germanistik an der Universität Innsbruck, wohnhaft in Bregenz.

Gernot EGGER, geb. 1955, Studium der Geschichte und Germanistik an der Universität Innsbruck, wohnhaft in Bregenz.

Kurt GREUSSING, geb. 1946, Studium der Iranistik, Soziologie und Ethnologie sowie der Politikwissenschaft an der Freien Universität Berlin, wohnhaft in Dornbirn.

Leo HAFFNER, geb. 1940, Studium der Geschichte, Germanistik, Kunstgeschichte und Politikwissenschaft an der Universität Innsbruck, wohnhaft in Dornbirn.

Norbert PETER, geb. 1943, Studium der Geschichte und Volkskunde an der Universität Innsbruck, wohnhaft in Hohenems.

Meinrad PICHLER, geb. 1947, Studium der Geschichte und Germanistik an der Universität Wien, wohnhaft in Bregenz.

Ludger RAPE, geb. 1940, Studium der Geschichte an den Universitäten Würzburg, Mainz und Wien, wohnhaft in Dortmund.

Harald WALSER, geb. 1953, Studium der Geschichte und Germanistik an der Universität Innsbruck, wohnhaft in Altdorf.

Nachträge

- | | |
|-----------------|--|
| Leo Haffner | Die Aufklärung und die Konservativen |
| Norbert Peter | Christlicher Antisemitismus am Beispiel der Hohenemser Judengemeinde |
| Werner Dreier | Gegen Sozialisten und Nazis – Der Vorarlberger Heimatdienst |
| Ludger Rape | Die Vorarlberger Heimwehr und die bayerische Rechte |
| Harald Walser | Die Hintermänner – Vorarlberger Industrielle und die NSDAP |
| Kurt Greussing | Grenzstationen – Umbruch und Diktatur
Die Vorarlberger Sozialdemokratie |
| Hermann Brändle | Im Einklang – Der Februar 1934 im Spiegel der Vorarlberger Presse |
| Gernot Egger | Vorarlberg und die Republik Spanien |
| Meinrad Pichler | Eine unbeschreibliche Vergangenheit
Die Vorarlberger Geschichtsschreibung und der Nationalsozialismus |



fink's verlag

ISBN 3-900438-00-5